

Editorial; InkriT; Verlagsmitteilungen .....	169
Nachrichten aus dem Patriarchat (Frigga Haug) .....	176
Steffen Mensching <i>Marie Rose Aman</i> .....	177

## **Pessimismus des Verstandes Optimismus des Willens**

<b>Bernd Röttger</b> <i>Passive Revolutionen – ein Schlüssel zum Verständnis kapitalistischer Umwälzungen und der aktuellen Krise der Gewerkschaftspolitik</i> .....	179
<b>Gundula Ludwig</b> <i>Gramscis Hegemonietheorie und die staatliche Produktion von vergeschlechtlichten Subjekten</i> .....	196
<b>Derek Boothman</b> <i>Gramsci und der Islam</i> .....	206
<b>Ursula Apitzsch und Peter Kammerer</b> <i>Was geschieht mit den Besiegten? Die Biographie Antonio Gramscis aus der Perspektive der Gefängnisbriefe</i> .....	220
<b>Antonio Gramsci und Tatjana Schucht</b> <i>Drei Briefe</i> .....	233
<b>Giorgio Baratta</b> <i>Prosa und Poesie in den Gefängnisbriefen</i> .....	241

*Fortsetzung auf S. II*

Redaktion dieser Ausgabe  
Peter Jehle und Ursula Apitzsch,  
Klaus Bochmann, Frigga Haug,  
Gundula Ludwig

Rezensionsredaktionen  
Mario Candeias (Ökonomie)  
Claudia Gdaniec (Frauenredaktion)  
Wolfgang Fritz Haug (Philosophie)  
Peter Jehle (Literatur)  
Erwin Riedmann (Soziologie)  
Ingar Solty (Soziale Bewegungen und Politik)  
Thomas Weber (Kultur)  
Gerhard Zimmer (Pädagogik)

Gesamtkoordination Vanessa Lux

Redaktionsbüro  
Reichenberger Straße 150 · D-10999 Berlin  
Tel. +49-(0)30-611 41 82 · Fax -611 42 70  
redaktion@argument.de · www.inkrit.org

Buchhandelsauslieferung  
Prolit Verlagsauslieferung  
Tel. +49-(0)641-430 71 · Fax -42773

Einzelbestellungen und Abonnementsverwaltung  
Argument Versand  
Reichenberger Straße 150 · D-10999 Berlin  
Tel. +49-(0)30-6 11 39 83 · Fax -6 11 42 70  
versand-argument@t-online.de

Erich Wulff <i>Kritische Einfühlung in den Massenmord?</i> Jonathan Littells <i>Les Bienveillantes</i> .....	247
Manfred Naumann <i>Ein Außenseiter im Arbeiter-und-Bauern-Staat. Hans Mayers</i> <i>Leipziger Briefe</i> .....	251
Peter Uwe Hohendahl <i>Der Begriff des totalen Staats und die Aktualität Carl Schmitts</i> ...	259
Personenangaben; Zeitschriftenschau; Summaries .....	315

## Besprechungen

### Philosophie

Schöttker, Detlev, u. Erdmut Wizisla (Hg.), <i>Arendt und Benjamin. Texte, Briefe, Dokumente</i> (Lars Lambrecht) .....	272
Elliott, Gregory, <i>Althusser: The Detour of Theory</i> (Dick Boer) .....	274
Schütrumpf, Jörn (Hg.), <i>Rosa Luxemburg oder Der Preis der Freiheit</i> (Frigga Haug) .....	276
Keller, Fritz, u. Stefan Kraft (Hg.), <i>Rosa Luxemburg. Denken und Leben einer internationalen Revolutionärin</i> (Frigga Haug) .....	276
Scharrer, Manfred, »Freiheit ist immer ...«. <i>Die Legende von Karl und Rosa</i> (Frigga Haug) .....	276
Frosini, Fabio, u. Guido Liguori (Hg.), <i>Le parole di Gramsci. Per un lessico dei Quaderni del Carcere</i> (Klaus Bochmann) .....	281
Liguori, Guido, <i>Sentieri gramsciani</i> (Peter Jehle) .....	282
Ives, Peter, <i>Gramsci's Politics of Language. Engaging the Bakhtin Circle and the Frankfurt School</i> (Daniel Fastner) .....	285

### Sprache und Literatur

Mayer, Hans, <i>Briefe 1948-1963</i> (Manfred Naumann) .....	251
Weidermann, Volker, <i>Lichtjahre. Eine kurze Geschichte der deutschen Literatur von 1945 bis heute</i> (Helmut Peitsch) .....	287
Schumacher, Ernst, <i>Mein Brecht. Erinnerungen 1943 bis 1956</i> (Silvia Schlenstedt)	288
Koch, Gerd, Florian Vaßen u. Doris Zeilinger (Hg.), <i>Die Mahagonnysierung der Welt. Bertolt Brechts und Kurt Weills »Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny«</i> (Robert Cohen) .....	291

Fortsetzung auf S. IX

## Editorial

»Man muss nüchterne, geduldige Menschen schaffen, die nicht verzweifeln angesichts der schlimmsten Schrecken und sich nicht an jeder Dummheit begeistern. Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens.« (*Gef*, H. 28, §11, 2232) Antonio Gramsci, der vor siebzig Jahren dem Schrecken, dem er über ein Jahrzehnt lang im Gefängnis ausgesetzt war, erlegen ist, gilt seit langem als einer der bedeutendsten Intellektuellen des 20. Jahrhunderts, an dem keiner vorbeikommt, der in den aktuellen Auseinandersetzungen sich zu orientieren sucht. Während die Losung, die es aus dem *Kommunistischen Manifest* einst auf die erste Seite der kommunistischen Parteizeitungen gebracht hat – *Proletarier aller Länder, vereinigt euch!* –, seit dem welthistorischen Umbruch von 1989/1991 verloren scheint, hat Gramscis Losung, die er selbst auf Romain Rolland zurückgeführt hat, nichts von ihrer Aktualität eingebüßt. Sie müsse, schrieb er am 10. Juli 1920 in der maßgeblich von ihm geprägten Wochenzeitung *Ordine Nuovo*, »die Losung eines jeden Kommunisten sein, der sich der Anstrengungen und der Opfer bewusst ist, die jedem abverlangt sind, der freiwillig die Position eines Kämpfers in den Reihen der Arbeiterklasse eingenommen hat« (zit.n. *Gef* 1, A63). Wo immer man heute sich im Ringen um eine Lebens- und Produktionsweise im Interesse aller engagiert, wird beides gebraucht: Die nüchterne Analyse und die praktisch-politische Leidenschaft.

In den *Gefängnisheften* taucht jene Losung an zwei Stellen auf. Zum einen in einem kurzen Paragraphen mit dem Untertitel *Vom Träumen mit offenen Augen und vom Phantasieren*, welch letzteres Gramsci als einen »Beweis von Charaktermangel und von Passivität« begreift, wohingegen es gelte, »die Aufmerksamkeit gewaltsam auf die Gegenwart« zu lenken, »so wie sie ist, wenn man sie verändern will« (H. 9, §60, 1117). Zum andern gehört sie in den Kontext des Lorianismus, Gramscis Kritik an den Schaumschlägereien von Medien-Intellektuellen, einer Kritik, die ihren Ausgangspunkt von den »Bizarrheiten« des Soziologen Achille Loria nimmt und ihre Parallele in Brechts Tui-Kritik hat. Loria steht für »Mangel an systematisch kritischem Geist, Nachlässigkeit bei der Ausübung der wissenschaftlichen Tätigkeit« (H. 28, §1, 2223); er war keineswegs nur ein »Spinner«, sondern ein »Stützpfiler der Kultur, ein »Meister«, der »spontan« ein riesiges Publikum gefunden hat« (2227). Schon Kant hat die »geschwätzige Seichtigkeit« zum Gespött gemacht (*KrV*, Vorrede). Dass sie immer weiter existiert, heißt nur, dass ihre Kritik stets neu gefordert ist.

Die Gramsci-Philologie, die die verschlungenen Pfade durchs Labyrinth der im Gefängnis entstandenen Textstücke nicht scheut und ihre Aufmerksamkeit auch müßig scheinenden Übersetzungsfragen zuwendet (soll man »blocco storico« mit »historischer« oder »geschichtlicher Block« verdeutschen?), mag nicht jedermanns Sache sein. Doch anders als Kants Kritik der Vernunft, von der er überzeugt war, dass sie »niemals populär werden« kann, ja dass sie es auch nicht nötig hat, will Gramscis Philosophie der Praxis wenn nicht populär, so doch populär, d.h. nicht

nur von Professionellen des Denkens in Gebrauch genommen sein: Als ein Werkzeug, dessen Nützlichkeit sich daran entscheidet, ob es die Emanzipation der Subalternen voranbringt und damit die »Beförderung der Humanität«, die sich einst die bürgerliche Emanzipationsbewegung auf die Fahne geschrieben hatte, hier und heute als unabgeschlossenen Prozess wiederaufnimmt. Um mit Hans Mayer zu sprechen, der in diesen Tagen hundert Jahre alt geworden wäre (vgl. den Beitrag von Manfred Naumann) und den man mit Fug und Recht einen Gramscianer der Sache nennen darf: Man kann »der Bourgeoisie ihre Postulate entwinden, um sie durch neue gesellschaftliche Träger, [...] und im Kampf gegen die einstigen bürgerlichen Protagonisten, zu verwirklichen. Dann wird Aufklärung [...] zum Synonym einer permanenten Revolution.« (*Außenseiter*, Frankfurt/M 1975, 9)

»Nicht um Traditionspflege, sondern um Zukunftsgewinnung geht es«, schrieben wir vor zehn Jahren anlässlich von Gramscis sechzigstem Todestag (*Argument* 219). Dass Hugo Chávez den italienischen Kommunisten mitunter in seinen Reden zitiert, zeigt gar, dass Gramsci in der Mitte offizieller Politik angekommen ist, wo diese sich dem neoliberalen Konformismus verweigert und die Subalternen tatsächlich als Handelnde und Gestaltende – nicht nur als Schmiede ihres eigenen Glücks – gefragt sind. Bedeutsamer noch dürfte sein, dass zentrale Begriffe des gramscischen Denkens, allen voran der der Hegemonie und der Zivilgesellschaft, von vielfältigen sozialen Bewegungen, Parteien und Gewerkschaften (vgl. den Beitrag von Bernd Röttger) aufgenommen wurden – wenn auch oft, wie im Falle der Hegemonie, in der reduzierten Form einer bloßen Technik der Einflussgewinnung oder der »Meinungsführerschaft«, in der von der »materiellen Struktur der Ideologie« (H. 3, §49, 374) abstrahiert ist. Diese zu verstehen, ist freilich die entscheidende Voraussetzung für die Einsicht, dass »tägliche und geduldige Anstrengung« verlangt ist, um einen »Abschnitt« in dieser Struktur zu entwickeln und zu behaupten. Was heute oft für US-Hegemonie gehalten wird, ist in Wirklichkeit eher der Versuch direkter Welt-herrschaft ohne die Bindekraft des Konsenses, eine Situation, die Joschka Fischer auf den Zusammenbruch der Sowjetunion zurückführt, die den USA das »vergiftete Geschenk des Unilateralismus« hinterlassen habe. Dass der Irak mitsamt der US-Armee im blutigen Chaos versinkt, treibt selbst die »Willigen« auf Distanz.

Gramscis Beitrag zur Problematik der Zivilgesellschaft konnte überhaupt erst wahrnehmbar werden, seit »società civile« nicht mehr mit »bürgerlicher Gesellschaft« übersetzt wird, wie das erstmals in der Gesamtausgabe der *Gefängnishefte* der Fall ist, deren erster Band 1991 erschien. Wir eröffneten damals den Jahrgang mit einem Heft zu »Gramsci und die Zivilgesellschaft« – auch um zu verhindern, dass die politisch-ethische Zäsur von 1989 auf einen Begriff von Zivilgesellschaft gebracht wurde, der ohne ihren Stichwortgeber auszukommen glaubte. Was zunächst durch die Erfahrung der mittel- und osteuropäischen Dissidenten prominent geworden war – die Entgegensetzung von »Zivilgesellschaft« und »Staat«, weil letzterer jeden unabhängigen Organisationsversuch entweder mit Zwangsmitteln verfolgte oder marginalisierte (»Nischen-Gesellschaft«) –, wurde im Westen zur »regulativen Idee der liberalen Demokratie« (Dubiel, *Ungewissheit und Politik*, 1994, 94).

Die im Gegensatz zu Gramscis Begriffsgebrauch positiv-normative Färbung der »Zivilgesellschaft« fungierte sowohl als kritischer Begriff gegen die »korporative Abdichtung der öffentlichen Sphäre« (ebd., 96) wie auch umgekehrt als Ausweis des endlich gekommenen goldenen Zeitalters der liberalen Demokratien. Diese Ambivalenz zwischen Demokratisierungsanspruch und (neo)liberaler Ineinssetzung von Markt und Zivilgesellschaft, in welcher der Bourgeois hinter dem Citoyen verschwindet, weil dieser vor allem als Konsument interessiert, kennzeichnet den heutigen Begriffsgebrauch. Indem vermeintlich Einigkeit darüber herrscht, dass »in unseren Gesellschaften« sozialer Wandel nicht mehr »im Bilde des revolutionären Bruchs« gedacht werden kann und dass es folglich zum »Nadelöhr demokratischer Willensbildung und rechtsstaatlicher Verfahren [...] keine Alternative« gibt (Dubiel, 8), dominiert eine Begriffsverwendung, welche die Zivilgesellschaft als die Sphäre des Kampfes um die Organisation von Gesellschaft mit einer selbst zivilen Instanz verwechselt (vgl. hierzu auch *Argument* 206/1994). Der positive Wert, mit dem der Begriff in der demokratiethoretischen Debatte verwendet wird, ist Symptom der Deutungskämpfe, die um ihn geführt werden und mit denen sich widersprüchliche, wenn nicht gegensätzliche Konzepte aktueller Gesellschaftsgestaltung verbinden. Neue Kommunikations- und Vernetzungsmuster, die mit dem Internet möglich geworden sind, verlangen geradezu danach, im Horizont der von Gramsci ausgearbeiteten kulturellen Erweiterung des Politischen buchstabiert zu werden.

Auch für Gramsci gilt, was Walter Benjamin für »die Überlieferung« im Allgemeinen konstatierte, dass »in jeder Epoche« versucht werden muss, sie »dem Konformismus abzugewinnen, der im Begriff steht, sie zu überwältigen« (GS I.2, These VI). Gramsci wird auch siebzig Jahre nach seinem Tod kein Fremder sein, wenn dieser Versuch stets aufs Neue gewagt wird. Im Argument-Verlag erscheint in diesem Jahr der zweite Band von Gramscis Gefängnisbriefen, der auch Briefe von Tatjana Schucht enthält (vgl. den Beitrag von Ursula Apitzsch und Peter Kammerer); dem von Andreas Merckens zusammengestellten Themenband zu Erziehung und Bildung folgt ein zweiter, von Thomas Barfuss herausgegebener Band, der um die Fordismus-Schriften gruppiert ist und das Verhältnis zwischen Europa und Amerika behandelt. Nicht zuletzt wird die Aneignung Gramscis bei der Inkrit-Tagung Anfang Juni in Esslingen fortgesetzt werden, die unter dem Titel »Die Linie Luxemburg-Gramsci und linke Theorie und Praxis heute« stattfindet. PJ

## Berliner Beiträge zur kritischen Theorie

Veröffentlicht vom Institut für kritische Theorie

### Band 1

Institut für kritische Theorie

*Brecht – Eisler – Marcuse 100 · Fragen kritischer Theorie heute*  
Argument Sonderband 266 · ISBN 978-3-88619-266-3 (vergriffen)

### Band 2

Jan Rehmann

*Postmoderner Links-Nietzscheanismus*  
Argument Sonderband 298 · ISBN 978-3-88619-298-4

### Band 3

Wolfgang Fritz Haug

*Dreizehn Versuche marxistisches Denken zu erneuern*  
*gefolgt von Sondierungen zu Marx / Lenin / Luxemburg*  
ISBN 978-3-88619-329-5

### Band 4

Frigga Haug

*Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik*  
Argument Sonderband 300 · ISBN 978-3-88619-350-9

### Band 5

Bob Jessop

*Kapitalismus, Regulation, Staat · Ausgewählte Schriften*  
Argument Sonderband 302 · ISBN 978-3-88619-332-5

### Band 6

Richard Heigl

*Oppositionspolitik · Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken*  
Argument Sonderband 303 · ISBN 978-3-88619-333-2

### Band 7

Mario Candeias

*Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie*  
*Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise*  
Argument Sonderband 299 · ISBN 978-3-88619-299-1

 Argument  
www.argument.de

Im Buchhandel oder direkt vom Argument-Versand:  
Reichenberger Str. 150, 10999 Berlin, Fax: 030 / 611 42 70, versand@argument.de

## Verlagsmitteilungen

### Wissenschaft

Jetzt ist es endlich ›heraus‹: Das Luxemburg-Buch von Frigga Haug, *Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik* (Berliner Beiträge für Kritische Theorie, Bd. 4, Argument Sonderband 300, ISBN 978-3-88619-350-9) will einiges aus Luxemburgs Hinterlassenschaft neu ins Licht der Diskussion rücken, will Gegenwart im Spiegel von Rosa Luxemburg vermessen. Es arbeitet unter dem Vergangenen und Unwiederholbaren die Aktualität der Revolutionärin heraus. Indem Luxemburgs Denken in diesem Buch in seinen praktischen Anwendungsformen zerlegt und wieder zusammengesetzt wird wie ein Puzzle, zeichnet sich der Entwurf einer Politik ab, die sich gerade dadurch im Tageskampf bewährt, dass sie das Ziel einer solidarischen Gesellschaft nie aus den Augen verliert. Frigga Haug zeigt, dass in Luxemburgs politischen Vorschlägen, ihren zahlreichen Texten Unabgeholtes steckt für gegenwärtige Politik.

Ebenfalls ab Mai gibt es den Gramsci-Reader *Amerika und Europa* (herausgegeben im Auftrag des Instituts für Kritische Theorie von Thomas Barfuss, ISBN 978-3-88619-424-7). Gramscis Studien zu Amerikanismus und Fordismus sind unentbehrlich, um eine nicht-ökonomistische Theorie der Produktionsweise unter Einschluss der Produktivkräfte und umfassender Einbeziehung von Politik, Kultur und Lebensweise zu denken. Sie sind zugleich Anregungen für die Analyse des Übergangs zum High-Tech-Kapitalismus. Ausgewählt und editiert von Thomas Barfuss, fasst der Reader aus den verstreuten Notizen Gramscis thematisch zugehörige Schwerpunkttexte zusammen und macht sie, mit einem wissenschaftlichen Kommentar versehen, für Studienzwecke zugänglich.

Ab Mai ist auch ein Klassiker der Ideologietheorie in Neuedition wieder verfügbar. Projekt Ideologietheorie: *Faschismus und Ideologie* (die zwei Bände sind in einen Doppelband integriert, herausgegeben und mit einem Vorwort versehen von Klaus Weber, Argument Classics, ISBN 978-3-88619-334-9). Angefangen bei der Rekonstruktion der hitlerschen Selbst-Entdeckung, dass er mit Hilfe des Antisemitismus das Feld der völkischen Bewegungen von der Demokratie abspalten konnte, unterzieht die Untersuchung Praxisfeld um Praxisfeld einer ›Materialanalyse‹ und arbeitet diskurstheoretisch die jeweilige Motivbündelung heraus: die faschistische Aneignung des Ersten Mai, die Massenaufmärsche und ihre filmische Verklärung durch Riefenstahl, das Winterhilfswerk und den Eintopfsonntag, die Architektur, den Beginn des Massentourismus und die betriebliche Integration und vieles andere mehr. So wird die Quelle der ideologischen Mächtigkeit zumal des NS-Regimes begreifbar und der fetischistische Bann gebrochen, der die einzelnen vereinnahmten Elemente fürs faschistische ›Wesen‹ haftbar macht: nicht die artikulierten Elemente, sondern ihre Artikulation ist das spezifisch Faschistische. – Dieses lange vergriffene Kollektivwerk ist unentbehrlich nicht nur für Faschismus-Studien, sondern für alle Theorie und Praxis der Politik.

## Literatur

Im April erschien ein Krimi direkt aus dem Hamburger Alltag: Bis 2006 tobten im Schanzenviertel Straßenschlachten um den Wasserturm, idyllisch gelegen im schräg-bunten Sternschanzenpark. Der denkmalgeschützte Bau sollte Kulturprojekte fürs Viertel beherbergen, doch zur nötigen Sanierung fehlten die Mittel. Für einen symbolischen Betrag wurde der Wasserturm zur Investorenbaustelle: freie Bahn fürs Viersterne-Hotel. Noch immer laufen die Kämpfe um den Schanzenpark, das wichtigste Grün des Stadtteils. Der Krimi *Zugeschanzt* von Frauke Turm (Ariadne Krimi 1170, ISBN 978-3-86754-170-1) nimmt den Faden auf, wo das Gartenbauamt auf die Investorenwünsche trifft. - Frauke Turm, früher Gerichtsreporterin, lebt am Ort des Geschehens und hat die Realität mit fiktiven Handlungssträngen zu einem bissigen Milieuroman verwoben.

»Ärzte geben Medikamente, von denen sie wenig wissen, in Menschenleiber, von denen sie noch weniger wissen, zur Behandlung von Krankheiten, von denen sie überhaupt nichts wissen.« (Voltaire) – *Wahn* von Jacqueline Ohnhold (Ariadne Krimi 1172, ISBN 978-3-86754-172-5) ist der 2. Krimi mit der Ermittler-Crew Gollan, Hoffmann & Co: Ein Psycho-Krimi für Thrillerfreunde.

Im Mai erscheint bei Ariadne ein dem Vergessen entrungenes Tagebuch. Lili Hahn: *Bis alles in Scherben fällt – Tagebuchblätter 1933-45* (Ariadne Literaturbibliothek, gebunden, ISBN 978-3-88619-467-4) ist packend wie ein Roman, wahrhaftig wie eine gute Reportage, eindringlich wie gelebtes Leben. Lili Hahn, 1914 in Frankfurt am Main geboren, erhielt als Jungjournalistin 1936 Berufsverbot. Bis Kriegsende arbeitete sie als Laborantin und Sekretärin. In ihrem Tagebuch notierte sie Veränderungen, Erfahrungen, Gespräche, dabei entsteht mosaikartig nicht nur ein dichtes Zeitgemälde des Dritten Reiches, man sieht zugleich, wie Täuschung und interessierte Nicht-Wahrnehmung Schritt um Schritt in Wissen und Erkenntnis gedrängt werden – ein Lernprozess am eigenen Leib. Das macht das Tagebuch immer weiter lesenswert, dass man die Gewöhnlichkeit des alltäglichen Faschismus erfährt und zugleich die Bruchstellen, an denen Neutralität nicht mehr möglich ist.

Ebenfalls im Mai kommen die ersten fünf Ariadne Classics, das ist die neue handlich-kleine Hosentaschen-Edition von Ariadnes besten Frauenkrimiklassikern. Einst hatten wir vor, immer alle Krimis lieferbar zu halten. Doch der Markt war zu gnadenlos, viele Titel sind längst vergriffen. Jetzt machen wir mit digitaler Produktionsweise Stück um Stück die wichtigsten Ariadne Frauenkrimis wieder zugänglich. Die ersten fünf sind:

Dorothy Cannell: *Die dünne Frau* (Ariadne Classic 002, ISBN 978-3-86754-002-5, 7,50 €), eine romantisch-komische Schatzsuche, in der die Themen der Frauenbewegung aufgenommen und zugleich unterlaufen werden. Diese Zweideutigkeit machte den Roman zum größten Erfolg der ganzen Reihe.

Marion Foster: *Wenn die grauen Falter fliegen* (Ariadne Classic 001, ISBN 978-3-86754-001-8, 7,50 €), ein packender Gerichtskrimi aus Kanada mit großartigen Frauengestalten und realistischen Skizzen kleinstädtischer Homophobie.



Val McDermid: *Die Reportage* (Ariadne Classic 003, ISBN 978-3-86754-003-2, 7,50 €), der erste Krimi um die linke lesbische Reporterin Lindsay Gordon – mit diesem Buch begann die Karriere der britischen Queen of Crime Val McDermid, von der weitere zwei in diese erste Klassikerreihe aufgenommen sind: *Das Gesetz der Serie* (Ariadne Classic 005, ISBN 978-3-86754-005-6, 7,50 €), eine bissige Persiflage auf die TV-Seifenopern-Produktion mit der harten Detektivin Kate Brannigan aus Manchester, und *Skrupellos* (Ariadne Classic 004, ISBN 978-3-86754-004-9, 7,50 €), ebenfalls mit der Detektivin Kate Brannigan, die auf Wirtschaftskriminalität spezialisiert ist und mit Gesetz und Liebe in Konflikt gerät.

### *Einführungen in konkrete Felder kritischer Theorie*

Einführungen in bereits erarbeitetes kritisches Wissen sind ein notwendiges Mittel, die Brücke zur nächsten Generation zu schlagen. Abgesehen von den Gramsci-Readern haben wir über die Jahre immer wieder solche Einführungen veröffentlicht. So von Wolfgang Fritz Haug die *Vorlesungen zur Einführung ins Kapital* (1974; 6. Auflage, Neufassung, 2005), die *Neuen Vorlesungen zur Einführung ins Kapital* (2006) sowie die *Einführung in marxistisches Philosophieren* (2006), und von Frigga Haug die *Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit* (1999, 2.A. 2004).

Um der aktuellen Verdrängung kritisch-marxistischer Wissenschaft von den Hochschulen etwas entgegenzusetzen, wollen wir dies systematisieren und möglichst in jährlicher Folge solche Einführungen herausbringen. Geplant sind zunächst: Jan Rehmann, *Einführung in die Ideologietheorie*; Morus Markard, *Einführung in die Kritische Psychologie*; Bernd Röttger, *Einführung in die Regulationstheorie*.

Um dieses Projekt schultern zu können, bitten wir um Vorbestellungen. Ferner bitten wir um Vorschläge, welche Einführungen noch gebraucht werden. Gesucht werden ferner Buch-Patenschaften, d.h. Kredite, die wir kurzfristig benötigen, um die Bände zu drucken, die in einem Zeitraum von ca. zwei Jahren zurückgezahlt werden.

EL und FH

## Volksempfinden

Der Zug ruckt an. Zwei Halbstarke schmeißen sich in die Sitze, knallen Bierflaschen auf den Aschenbecher, ziehen die Flaschen an den Mund, öffnen sie mit den Zähnen und gießen das Zeug in ihre Hälse. Gurgelnd und prustend japsen sie nach Luft. Die Schuhe jetzt auf der Fensterbank schlägt das Mädchen die Flasche rhythmisch gegen den Aschenbecher, dass der Lärm den Zug füllt.

Ich sehe belästigt und empört mein Gegenüber an. Die unauffällige stille Dame wechselt mit mir einen Blick des Einverständnisses. Wir mögen diese Jugend nicht. Sie terrorisiert das ganze Abteil und überhaupt. Ekelhaft.

Jetzt ruckelt das Mädchen hin und her, öffnet den Mund und schreit gellend: »Biene Maja, Biene Maja«, immer wieder.

Ich muss etwas verpasst haben. Biene Maja ist doch etwas für Kinder.

Jetzt brüllt sie: »Winnie Puh«, auch immer wieder.

Leise sagt der Junge: »Mädchen, du hast ein Problem.«

Ich bin auf seiner Seite und überlege, ob sie vielleicht Drogen genommen hat. Da hebt sie erst recht die Stimme und schreit gellend:

»Ich hasse Deutschland!«

»Soll sie doch weggehen«, zischt die Dame mir gegenüber giftig.

Ich warte, dass das weitergeht, dass sie »nach Drüben« sagt, und weiß ja, dass das vorbei ist. »Wohin denn«, höre ich mich zu meiner eigenen Überraschung leise fragen.

Die Dame sprudelt los: »Das ist doch schrecklich. In meiner Jugend war so was nicht möglich. Ein Bier und noch dazu im Zug. Sie soll weggehen.«

Genüsslich hassend legt sie nach: »Da wird sie schon sehen, dass es bei uns in Deutschland doch am besten ist.«

Sie lässt mir keinen Moment der Entgegnung, sondern kommt jetzt erst richtig in Fahrt. »Das fing ja mit den 68ern an. Seitdem geht alles abwärts. Solche Jugendliche gehören in Gewahrsam und nicht rausgelassen. Die Antiautoritären von damals, die sitzen jetzt in den Gerichten ganz oben und lassen die raus. Und keiner denkt an die vielen Opfer. Das sind ja nicht nur der Ponto und der Schleyer. Da waren ja die ganzen anderen dabei, Fahrer und so, insgesamt acht Stück haben sie ermordet und keiner denkt an die Familien.«

Ich sitze in der Klemme. Ich will diese Jugendlichen nicht so, aber schlimmer noch ist die brav-braune Volksmoral, die die Kinder hinter Schloss und Riegel bringen will, wenn sie nicht spüren.

Eigenartigerweise stehen die Worte der alten Dame zehn Tage später in der FAZ unter dem Namen Roland Koch: »Ein Aufschrei hätte durch die Republik gehen müssen«, als der Intendant des Berliner Ensembles die Entstehung der RAF in einen Kontext mit der Adenauer-Ära rückte. Koch sorgt sich um die Jugend, die nicht mehr, wie unter Adenauer, im »Staat mit der besten Verfassung der Welt, mit sozialer Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit« aufwache. Abschieben kann er sie nicht. So schiebt er wenigstens den Zorn auf die DDR, in der »Deutsche [...] wie die Hasen abgeschossen wurden«.

Frigga Haug (Esslingen/N)

Steffen Mensching

## MARIE ROSE AMAN

Mein Vater war am Kesselmarkt in Augsburg Friseur und Perrückenmacher. Darüber schäm ich mich kein Stück. Im Gegenteil, da bin ich stolz drauf. Ein Fassonschnitt, muss man erst mal können, da braucht man Augen im Kopf und eine ruhige Hand. Nur weil man aus der Unterschicht kommt, heißt ja nicht, dass man sich keine Würde leisten kann. Sie wollten wissen, was ich von dem Bert Brecht halte? Nicht viel, das kann ich Ihnen gleich sagen, verehrte Kommissionäre. Weil, der Bert, mit dem ich mal intim war, also befreundet, hat dazumal ein Gedicht geschrieben und bestimmt eine Menge Geld verdient damit, wo er mich auftreten ließ, ohne zu fragen. »Erinnerung an die Marie A.« heißt es und wird sogar gesungen. 1916, als ich ihn kennen lernte, den Brecht, kannte den jeder in Augsburg, so was wie den gab es ja nur einmal. Mein Vater sagte immer, wenn's so was wie den Sohn vom Prokurator Brecht zweimal gäbe in der Stadt, würde er direkt nach München ziehen. Was für meinen Vater sein' Tod bedeutet hätte. Der mochte München nicht, aber den Bert noch viel weniger. Weil der erst meiner Schwester Maria und dann mir den Hof machte. Was keine feine Art war. Im Geschäft durfte er sich nicht sehen lassen, nicht mal zum Haareschneiden, wir trafen uns immer im Hof oder im Park oder an der Lech. Vor mei'm Vater hatte er Heidenangst, obwohl er sonst frecher war als die Kinder vom Kohlenhändler. Mit seiner Klampfe, der großen Gusche, seinen Manieren und Zigarren. Er riskierte immer eine dicke Lippe. Obwohl sie weich waren und schmal, seine Lippen, das weiß ich nun wirklich, aber Beißen war nicht drin, bei dem, der zuckte immer zusammen, als ob man ihn auffressen wollte. Davon steht in dem Gedicht natürlich nichts. Da machte er den großen Max. Den Verführer und so. Dabei war ich es, die ..., ich meine, wenn's nach mir gegangen wäre, aber er ist ja davon gerannt, damals im Park, und Pflaumenbäume gab's da keinen einzigen,

überhaupt keine Bäume, nur Büsche, und Wolken konnte man nicht sehen, weil viel zu dunkel, sonst hätte ich's mich gar nicht getraut, so nah ran zu rutschen zu ihm, dass er fast von der Bank fiel. Bis er dann aufsprang, weil es spät wäre und ich Ärger kriegte mit dem Vater, und wie schnell wäre man schwanger und dass er mich trotzdem heiraten würde, aber erst später. Was der daherredete, da wusste man gleich, dass er mal am Theater enden würde. Ohne Punkt und Komma. Und ohne Sinn. Von Frauen, würde ich sagen, hatte er keine Ahnung. Wie auch, er hatte je keine Schwestern. Physiologisch war er völlig ungebildet, trotz seines Lateins. Ich hätte ihm einiges zeigen können, also beibringen, aber er lief einfach weg. Kennt man ja, die Hunde, die am lautesten bellen, ziehen als erste den Schwanz ein. Und schrieb dann dieses Gedicht. »Doch ihr Gesicht, das weiß ich wirklich nimmer.« Was ja nun die Höhe war. Wo er gebettelt hatte, dass ich mich fotografieren lasse am Markt. Für eine Mark fünfzig der Abzug. Und sieben Kinder hat er mir angehängt, als wenn ich ein Waschweib wäre, die nichts andres kann und es nicht besser weiß. Dabei war ich ordentlich aufgeklärt, wie's geht, dass nichts passiert. Dass so was dann weltberühmt wird, ich versteh's nicht, aber ich bin ja auch nur die Tochter vom Friseur. Eins steht aber mal fest, wer so lügt, und schon in jungen Jahren, so was wird chronisch, und der Herrgott merkt sich alles, also, in den Himmel kommt der Brecht nicht. Erst einem Avancen machen, dann verduften und später gemeine Verse schreiben über anständige Mädchen, so was rächt sich. Mein Urteil, verehrte Herren Kommissare, steht fest: der Brecht hatte seinen Flirt mit den Wolken. Er soll mal schön zur Hölle fahren.

Bernd Röttger

## **Passive Revolutionen – ein Schlüssel zum Verständnis kapitalistischer Umwälzungen und der aktuellen Krise der Gewerkschaftspolitik**

Die Krise der Gewerkschaften hat ihr Kerngeschäft – die Tarifpolitik – erreicht. Im revitalisierten Kapitalismus haben die im Fordismus entstandenen gewerkschaftlichen Organisations- und Politikformen ihre einstige Wirkungsmacht eingebüßt. Das regulative Gefüge des sogenannten dualen Systems der Interessenvertretung – das traditionelle Erfahrungswissen der Betriebsräte und seine Einbindung in überbetriebliche Formen der Gewerkschaftspolitik –, das einst erfolgreich den kapitalistischen Heißhunger auf Mehrarbeit ›pazifizieren‹ konnte, greift immer weniger. Heute werden Tarifverträge in der Regel in betrieblichen Vereinbarungen unterlaufen oder existieren nicht (mehr). Betriebsräte und Belegschaften sahen und sehen oft keine Alternativen zu solchen ›Standortsicherungsvereinbarungen‹ und ›betrieblichen Wettbewerbspakten‹, die in der Regel mit massiven Konzessionen bei Löhnen und Arbeitszeiten einhergehen.

Gegenstand der folgenden Ausführungen sind die Bedingungen, unter denen sich die in die Krise getretenen Formen der Gewerkschaftspolitik herausgebildet haben, die Verlaufsformen und Prozesse ihrer Aushöhlung und schließlich die Formen, in denen sich die Erneuerung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung vollzieht. Gramscis Konzept der passiven Revolution, in den 1930er Jahren entwickelt, ermöglicht die Untersuchung solcher komplexer Prozesse. In passiven Revolutionen bildet sich ein neuer geschichtlicher Block, der spezifische Handlungskorridore politökonomischer Entwicklung konstituiert und der immer auch einen neuen Kampfzyklus der gesellschaftlichen Kräfte eröffnet. Gerade für die kritische Gewerkschaftsforschung kann die Theorie Gramscis fruchtbar gemacht werden. Sie kann zeigen, wie sich »gleichsam hinter dem Rücken der handelnden Personen« (MEW 23, 385) Verhältnisse durchsetzen, die neue Gewerkschaftsidentitäten erzwingen. Weder nämlich war der Aufstieg der Gewerkschaften zu ›Ordnungsmächten‹ des fordistischen Entwicklungsmodells politisch gewollt oder gar generalstabsmäßig ›geplant‹, noch vollzieht sich die Krise der Gewerkschaften – zumindest in der BRD und abgesehen von neoliberal-krakelenden Gewerkschaftsfressern – als ein Frontalangriff auf die Institutionen, sondern vielmehr »hinter dem Rücken« als ein Prozess schleicher Aushöhlung von geronnener Macht. Und tatsächlich entwickeln sich aus dem Zentrum der Krise aktueller Gewerkschaftspolitik – der Tarifpolitik – auch in Deutschland Ansätze gewerkschaftspolitischer Erneuerung, die die bisherige Identität der Gewerkschaften in ihren Formen und Politiken deutlich hinter sich lässt. In ihrem Kern zielen sie – vor dem Hintergrund, dass der Flächentarifvertrag seine ›Haltefunktion‹ für betriebliche Auseinandersetzungen weitgehend eingebüßt hat

und die »erpresserische Globalisierung« flächendeckend betriebliche Konzessionen in Gestalt von Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung mit Zustimmung der Belegschaften (»Hegemonie gepanzert mit Zwang«) erzwingt – auf eine Neuverknüpfung von gewerkschaftlicher Betriebs- und überbetrieblicher Gewerkschaftspolitik.

### *Passive Revolution, ökonomische Kämpfe und Katharsis bei Gramsci*

Gramsci entwickelt sein Konzept der passiven Revolution als Bestandteil der Entwicklungstendenzen einer »wirklichen Ökonomie« (MEW 42, 607) – einer Ökonomie, deren Entwicklung durch gesellschaftliche Kämpfe und Kompromisse bestimmt wird. In Gesellschaften, die durch die kapitalistische Produktionsweise strukturiert werden, setzen sich ökonomische Entwicklungsprozesse nicht als Ergebnis abstrakter Gesetze durch, sondern vielmehr als Moment des »notwendigen und lebenswichtigen Nexus [...] zwischen Struktur und Superstrukturen« (Gef., H. 10, §41.XII, 1326).

Gramsci kann zeigen, dass sich ökonomische Widersprüche in der Geschichte des Kapitalismus immer wieder zu politischen Widersprüchen entfalten und »sich politisch in einer Umwälzung der Praxis« lösen (H. 10, §33, 1290). Taylorismus und Fordismus bildeten für ihn die entscheidenden Bewegungsformen bürgerlicher Widerspruchsbearbeitung seiner Zeit. Er notierte aufmerksam »den Anfang eines fordistischen Fanfarenstoßes« (H. 22, §3, 2070), der in Europa allerdings nur als ein Prozess passiver Revolution vollzogen werden kann; daher die zentrale Bedeutung des *Korporatismus*. Er wird zur »Voraussetzung für eine italienische Form der Amerikanisierung« (2077); er bildet ein substanzielles Element der »europäischen Reaktion« auf Amerikanismus und Fordismus (2075), und er ist die politische Form, in der sich das »Modell« einer fordistischen Produktionsweise in lokalen Ausbeutungsmustern in Europa konkretisiert.

Grundlage für die passiven Revolutionen des frühen 20. Jahrhunderts in Europa bildeten erstarkte Arbeiterbewegungen. Gramsci konnte diese in Turin am Beispiel der revolutionären Unruhen in Norditalien nach 1918 studieren. Er unterstützte vehement die Forderung nach Umwandlung der Betriebskommissionen in demokratische Fabrikräte, denn diese verkörperten für ihn – ähnlich der marxischen Interpretation der Pariser Kommune als der »politischen Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeiter sich vollziehen konnte« (MEW 17, 343) – eine zukünftige sozialistische Demokratie: »Der Fabrikrat ist das Modell des proletarischen Staates« (Gramsci 1967, 42). Die Fabrikräte symbolisierten für ihn ein System von »Arbeiterdemokratie«, dem es gelingt, »die Probleme des sozialistischen Lebens [...] durch kommunistische Praxis« zu lösen: »durch gemeinsame Diskussion, die das Bewusstsein auf sympathische Weise verändert und mit aktivem Enthusiasmus erfüllt«. In den Fabrikräten von 1920 schien sich das Herzstück eines revolutionären Aufstandes zu entwickeln:

Die Fabrikräte waren eine erste Form dieser historischen Erfahrungen der italienischen Arbeiterklasse, die zur Selbstregierung im Arbeiterstaat strebt. (Gramsci 1980, 51)

Aber im Italien des Jahres 1920 gab es keine politische Organisation dieser Kämpfe, die es erlaubt hätte, den ökonomischen Kampf als einen politischen Kampf um die Machtverhältnisse im Staatsapparat fortzusetzen – keine Organisationsform, die »die revolutionäre Aktion zusammenfassen könnte« (Gramsci 1967, 59). Dies hätte allenfalls »ein Netz von proletarischen Institutionen« (34) leisten können, das sich jedoch nicht herausbildete. So mussten die strukturellen Grenzen der Fabrikrätebewegung offensichtlich werden. Gramsci notierte in einem Artikel zur »Eroberung des Staates« vom Juli 1919 die wechselseitigen Konstitutionsbedingungen des ökonomischen und politischen Kampfes, die in den Kämpfen der norditalienischen Arbeiterbewegung blockiert blieben:

Daher die Irrtümer der syndikalistischen Strömung, der es nicht gelang, die sozialistische Partei in der Aufgabe abzulösen, die arbeitende Klasse zur Revolution zu erziehen. [...] Der schwerste Fehler der sozialistischen Bewegung entsprach dem Kardinalfehler der Syndikalisten. Indem sie an der allgemeinen Aktivität der menschlichen Gesellschaft im Staat teilnahmen, vergaßen die Sozialisten, dass ihre Position wesentlich kritisch, antithetisch bleiben musste. Sie ließen sich von der Wirklichkeit absorbieren, sie beherrschten sie nicht. (30f)

Aus dieser Situation einer gescheiterten historischen Hoffnung leitet Gramsci die Notwendigkeit der »Katharsis« der Arbeiterbewegung ab. Darunter versteht er den »Übergang vom bloß ökonomischen (oder leidenschaftlich-egoistischen) Moment zum ethisch-politischen Moment« (*Gef.*, H. 10, §6.II, 1259) – also den Übergang vom ökonomischen Klassenkrieg zum politischen Kampf um Hegemonie. Der emanzipatorische Kampf musste auf allen Ebenen geführt und die verschiedenen Sphären des Kampfes mussten in der politischen Praxis verschränkt werden. Nur in einem solchen »Stellungskrieg« konnte die subalterne Rolle der Arbeiterklasse überwunden werden. Nicht die »ökonomisch-korporative Phase« des Kampfes wird bei Gramsci als Problem thematisiert; das Problem zeigt sich vielmehr darin, dass die Arbeiterklasse, wenn sie in einer solch »unterentwickelten« Konzeption verharret, subaltern bleiben muss, d.h. passiv in einen Prozess der »Staatswerdung« inkorporiert, d.h. »absorbiert« wird. Daher die Notwendigkeit für die Arbeiterklasse und ihre Organisationen, das eigene Sektierertum zu kritisieren, ein Bewusstsein über die eigene organische Einheit zu erlangen und den praktischen Kampf auf das politisch-kulturelle Niveau der Allgemeinheit zu heben:

Der ökonomische Kampf kann nicht vom politischen Kampf getrennt werden, und weder der eine noch der andere können vom ideologischen Kampf getrennt werden. (Gramsci 1980, 116)

### *Der strukturelle Reformismus des Sozial- und Wohlfahrtsstaates, oder: die Entstehung fordistischer Gewerkschaftsidentitäten*

Schön beschissene Zeiten, in denen die Sozialisten den Kapitalismus vorantreiben. (Manuel Vázquez Montalbán)

Weder die Fabrikrätebewegung in Norditalien noch das »gekappte rätedemokratische Konzept« (Blanke 1995, 12) des Betriebsverfassungsgesetzes von 1920 in Deutschland haben sich zu Triebkräften der Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse entwickelt. Gramsci stellte für die deutschen Betriebsräte

zwar fest, dass sie verhindern wollten, »dass der Keim des Kontrollrechtes der Arbeiterklasse über die industrielle Produktion erstickt würde« (1980, 78). Aber beide Rätebewegungen erwiesen sich im historischen Rückblick eher als Elemente, die die Herausbildung eines Systems korporatistischer Regulation gesellschaftlicher Arbeit beförderten. Weil der revolutionäre Impuls in beiden Ländern erstickt wurde,

verwandten sie [die Gewerkschaften] inzwischen ihre ganze Kraft darauf, die Lebensbedingungen des Proletariats zu verbessern, indem sie höhere Löhne, verkürzte Arbeitszeit und einen corpus sozialer Gesetzgebung verlangten (Gramsci 1967, 45f).

Dieses hat sich ausgehend von den in der fordistischen Fabrik revolutionierten »Existenzbedingungen der Lohnarbeit« und neuer »struktureller Formen des Klassenkonflikts« (Aglietta 1979) in der sogenannten Nachkriegsordnung durchgesetzt. Mit der halbautomatischen Fließbandfertigung, der tendenziellen Dequalifizierung der Arbeit und damit »den für Massen von Lohnarbeitern zunehmend homogenen Arbeitsbedingungen« entwickelte sich eine Konstellation der Arbeitspolitik, die dazu beitrug, »dass sich unter diesen Arbeitern ein Bewusstsein ihrer gemeinsamen Probleme und Bedingungen verbreitete« (Gordon u.a. 1982, 126). Gramsci beschrieb diese Homogenisierung der Klasse in der fordistischen Fabrik:

In der Fabrik wird die Arbeiterklasse zu einem bestimmten ›Produktionsinstrument‹ in einer bestimmten organischen Verfassung; jeder Arbeiter wird ›zufällig‹ Teil dieses konstituierten Ganzen: zufällig, soweit es seinen Willen betrifft, aber nicht zufällig, soweit es seine Aufgabe betrifft. Denn er stellt eine bestimmte Notwendigkeit des Arbeits- und Produktionsprozesses dar, und nur deshalb wird er eingestellt, nur deshalb kann er sein Brot verdienen (1967, 66f).

Diese »organischen« Bewusstseinsformen entwickelten sich weniger zur Basis für eine autonome Arbeiterpolitik; relativ starke Gewerkschaften aber konnten entscheidenden Einfluss auf die Regulation gesellschaftlicher Arbeit im Prozess fordistischer Industrialisierung der ›fortgeschrittenen Staaten‹ ausüben. Im Unterschied jedoch zu Gramscis Konzept einer von den Keimzellen der Fabrikräte oder Interessenvertretungen in den Betrieben ausgehenden autonomen »Katharsis« der Arbeiterklasse kam es im fordistischen Kapitalismus zu einer Aufspaltung der kollektiven Interessenvertretung der Arbeiterklasse auf verschiedene Institutionen und Akteure: Gewerkschaften, Betriebsräte, Aufsichtsratsvertreter und ›sozialdemokratisierte‹ Parteien. Ursprünglich revolutionäre Bewegungen wurden in einem Prozess passiver Revolution inkorporiert. Es entfaltete sich der für den fordistischen Kapitalismus der Nachkriegsordnung charakteristische Korporatismus, den Gramsci sehr weitsichtig schon in den 1920er Jahren als Bedingungen der europäischen Form des Fordismus bestimmt hat.

Christine Buci-Glucksmann und Göran Therborn (1982, 132ff) interpretieren in ihrer Analyse der »Sozialdemokratisierung« der westeuropäischen Gesellschaften der Nachkriegsordnung die Entwicklung der fordistischen Sozial- und Wohlfahrtsstaaten zu Recht als einen Prozess der Ausweitung von verschiedenen Formen von »historischem Kompromiss, den eine herrschende Klasse unter Umständen zwischen Staat und Arbeiterklasse schließen möchte«. Für sie wurde der »keynesi-



anische Staat« zu diesem »ständigen Ort politischer Kompromisse«. Er verkörpere einen »strukturellen Reformismus der passiven Revolution«. Tatsächlich kann der hier vollzogene Einbau der Arbeiterklasse in den bürgerlichen Staat mit Gramsci als ein Prozess einer eher voraussetzungslosen und damit blockierten »Katharsis« gedeutet werden. Er war – nicht nur in der BRD – das Ergebnis einer Niederlage der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung durch die Restauration der kapitalistischen Betriebs- und Wirtschaftsverfassung, die sich gerade in der Konstitution einer »gespaltenen Interessenvertretung« vollzog. Im Betriebsverfassungsgesetz von 1952 etwa wurde die Niederlage systemkritischer Gewerkschafter vollstreckt, weil in dieser Form der Verrechtlichung des Arbeitskampfes die Unrechtmäßigkeit des politischen Streiks festgeschrieben und die Handlungskorridore der Gewerkschaften auf arbeitsrechtlichen Streik, d.h. den Kampf *im* Lohnarbeitsverhältnis beschränkt wurden (Deppe u.a. 1969). Tarifpolitik avancierte so zum »Kerngeschäft« der Gewerkschaften. Die Verrechtlichung des Systems industrieller Beziehungen fungierte als entscheidender politischer Akt, mit dem die Handlungsspielräume der Gewerkschaften und die Aktionsparameter der Betriebsräte festgezurr werden konnten (Erd 1979, 145). Gleichzeitig wurde diese Engführung gewerkschaftlicher Politik von den Fraktionen des gewerkschaftlichen Legalismus zunehmend akzeptiert.

Ökonomisch basierte der fordistische Klassenkompromiss auf der Kopplung von Lohn- und Produktivitätsentwicklungen. Diese Kopplung wurde exemplarisch im Treaty of Detroit erstmals durchgesetzt. Die United Auto Workers (UAW) und General Motors einigten sich in diesem 1950 für fünf Jahre geschlossenen Tarifvertrag darauf, einerseits dem Management die Kontrolle über den Produktionsprozess zu überlassen, andererseits aber die Löhne an die Entwicklung von Produktivität und Preisen zu koppeln. Dieses Modell eines Klassenkompromisses verallgemeinerte sich zunehmend. Sukzessive gelang es den Gewerkschaften aller fortgeschrittenen fordistischen Gesellschaften, auf dieser Grundlage betriebliche Konfliktstrategien mit überbetrieblichen Regulationen im ausgebildeten System der Tarifdemokratie zu verknüpfen (»politischer Ökonomismus«, Hyman 1996). Indem die Gewerkschaften die Arbeiterklasse als Verhandlungsmacht organisierten, kam es zu einer beständigen Ausweitung »historischer Kompromisse« im Rahmen der tarifrechtlich zu regelnden Inhalte.

Abgesichert wurden diese Strategien des »politischen Ökonomismus« durch »strategische Beziehungen« (Richard Hyman) von Gewerkschaften und Staat, d.h. durch den Ausbau der Institutionen des Sozial- und Wohlfahrtsstaates, die eine Art komplementärer Arbeitsteilung zwischen Staat und Tarifdemokratie im Prozess der Außerwertsetzung der Arbeitskraft ausbildeten. Insbesondere die Systeme der Lohnersatzleistungen infolge von Arbeitslosigkeiten trugen entscheidend dazu bei, den kapitalistischen Imperativ »doppelt freier Lohnarbeit« – seine Ware Arbeitskraft (um jeden Preis) verkaufen zu müssen – abzuschwächen. Gewerkschaften artikulierten »die Klasse« bzw. die »Klasseninteressen« im politischen System, indem sie als »Transmissionsriemen« die Auseinandersetzungen in den Fabriken und im System der Tarifverträge auf die Ebene staatlicher Regulierungen transportierten. Diese

neuen ›strukturellen Formen‹ auch der Gewerkschaftspolitik wurden in der BRD im (erfolgreichen) Streik um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall in Schleswig-Holstein 1956/57 erstmals umgesetzt.

Diese im ständigen Prozess aus Gegenmacht und Kompromissfindung ausgebildeten Korridore politökonomischer Entwicklung blieben nicht ohne Konsequenzen für die gewerkschaftliche Identität. Gewerkschaften avancierten trotz ihrer tradierten Funktion als Organisation gesellschaftlicher Gegenmacht zu Gestaltungs- und Ordnungsmächten. Die Fähigkeit zur Organisation der Arbeiterklasse als Verhandlungsmacht wurde im »politischen Tausch« mit der Funktion gleichzeitiger Kontrolle der Klasse gekoppelt. Klasseninteressen mussten in den für den Fordismus charakteristischen Korridor der Kopplung von Lohn- und Produktivitätsfortschritten balanciert werden. Gewerkschaften wurden zu »intermediären Organisationen« (Müller-Jentsch 1982) – Organisationen, die in ihrer Praxis gleichzeitig Klassen- und Systeminteressen vertraten. Diese Entwicklung der Gewerkschaften kann auch als Dynamik hin zu »massenintegrativen Apparaten« kritisiert werden, deren zentrale Funktion darin bestand,

die materiellen Interessen der Massen in spezifisch gefilterten Formen aufzunehmen und organisationsintern so zu verarbeiten, dass sie in ihren wirksamen Äußerungsformen mit den Bedingungen der Aufrechterhaltung bürgerlicher Herrschaft, konkret: eines relativ ›störungsfreien‹ Gangs der Akkumulation und der Kapitalverwertung kompatibel bleiben (Hirsch 1976, 120).

Das entscheidende Mittel, mit dem autonome Klassenpolitik eingehegt und die Gewerkschaft zum Träger passiver Revolution degradiert wurde, war der Korporatismus, den Gramsci für Italien schon als das zentrale Moment der passiven Revolutionen des 20. Jahrhunderts identifiziert hat: die herrschenden Klassen greifen »das sporadische, elementare, unorganische Umstürzertum der Volksmassen« auf, kanalisieren es jedoch im Kontext eines neuen Herrschaftsprojekts. Gramsci spricht in diesem Zusammenhang von »fortschrittlichen Restaurationen« oder »Revolutionen-Restaurationen« (*Gef.*, H. 10, §41.XIV, 1330).

Im korporatistischen Modus der Repräsentation, in dem Gewerkschaften in der Nachkriegsordnung eine zentrale Rolle zugleich zugewiesen bekamen und erstritten, findet dieser Selektions- und Kanalisationsmechanismus auf allen Ebenen statt: auf der Ebene des makroökonomischen Korporatismus (›state corporatism‹), einer gesamtgesellschaftlichen Struktur also, in der organisierte sozioökonomische Produzentengruppen durch ein System der Repräsentation und der kooperativen wechselseitigen Zusammenarbeit auf der Leitungsebene integriert wurden (Panitch 1977, 66), und auf der Ebene des »social corporatism«, indem die Regulation der gesellschaftlichen Widersprüche vom Staatsapparat auf die Interessenvertretungen der ökonomischen Klassen verlagert wird.

Denn diese Art von Hegemonie funktioniert – wenn sie zustande gekommen ist – auf allen Ebenen der Gesellschaft und der Kräfteverhältnisse: oben durch den Staat [...]; unten wird die Fabrik zur Produktion von Hegemonie und zur Veränderung der Zusammensetzung der Arbeiterklasse benutzt; in der Mitte durch die Vermittlung all derjenigen Hegemonieapparate, die ein wirkliches Schamier zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft darstellen. (Buci-Glucksmann/Therborn 1982, 133)

Die passive Revolution fordristischer Industrialisierung und die in der Verrechtlichung des Systems industrieller Beziehungen festgeschriebenen politischen Formen brachte einen historischen Typus von Gewerkschaftspolitik hervor, bei dem sich die sozialpartnerschaftliche Politik in die »innere Verfassung der Gewerkschaften« übersetzte:

Die Beteiligung der Mitglieder an Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen wurde zugunsten einer zunehmenden Verselbständigung der Führungsapparate der Gewerkschaften auf ein Minimum reduziert. (Schmidt 1976, 143f)

Mit seinen Basisinstitutionen (»politischer Ökonomismus« vor allem durch Tarifpolitik, »strategische Beziehungen« vor allem zur Sozialdemokratie, »Stellvertreterpolitik« auf allen Ebenen der Kooperation) war dieses »Modell« gewordener Gewerkschaftsidentität durchaus erfolgreich im Sinne der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängigen Klasse. Gewerkschaften entwickelten sich so aber auch zu unverzichtbaren Scharnieren in einem hegemonialen System kapitalistischer Regulation. In der Krise des Fordismus wurden genau diese Formen gewerkschaftlicher Politik und Identität sukzessive in Frage gestellt. Es dauerte jedoch, bis dies ins Bewusstsein trat.

*Die Krise des Fordismus als politischer Prozess, oder: die Herausbildung struktureller Grenzen fordristischer Gewerkschaftspolitik*

Es steht ernster um uns, als man denken sollte.  
Man hat Tatsachen geschaffen. (Volker Braun)

Die Krise des Fordismus markiert keine konjunkturelle Störung, sondern einen tiefen Einschnitt in der Entwicklungsweise des historischen Kapitalismus. Sie begründet eine lange Phase der ökonomischen und sozialen Restrukturierung, die zur Grundlage eines politischen Prozesses wurde, den Gramsci als charakteristisch für passive Revolutionen ansah im Sinne von »molekularen Veränderungen, die in Wirklichkeit die vorhergehende Zusammensetzung der Kräfte zunehmend verändern und folglich zur Matrix neuer Veränderungen werden« (*Gef.*, H. 15, §11, 1727f). Im Zuge dieser Restrukturierung bildet sich ein »Kapitalismus neuen Typs« aus, der die im Fordismus entwickelten »strukturellen Formen der Politik« und historischen Formen der Gewerkschaftspolitik zur Disposition stellt. In diesem Prozess unterscheide ich im Folgenden vier unterschiedliche Wellen der Restrukturierung, in denen je spezifische Artikulationen von sozio-politischen Kämpfen und institutionalisierten Kompromissen zum Zuge kommen.

In der Endphase des bundesdeutschen Fordismus wurde der bürgerliche Staat zu einem systematischen Interventions- und Planstaat ausgebaut (Blanke u.a. 1975, 283ff). Erst die Krise 1966/67 ließ die herrschaftsfunktionale Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Steuerung ins Bewusstsein treten. Veränderungen des politischen Systems der BRD mit dem »Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft« vom 6.6.1967 bewirkten eine Gewichtsverlagerung zwischen den Apparaten des bürgerlichen Staates zugunsten korporatistischer Willensbildungs- und

Entscheidungsprozesse (Esser 1982, 249) – bei deutlicher Schwächung des Parlaments. Mit dieser Vervollkommnung korporatistischer Krisenpolitik erhielt staatliche Regulierung einen systematischen Doppelcharakter: sie diente sowohl der interventionistischen Bewältigung von Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals als auch zur aktiven Organisation des Klassenkompromisses. Gerade die wirtschaftspolitische Konzeption der SPD sollte den Klassenkompromiss stabilisieren, »indem als Voraussetzung eines nicht-antagonistischen Verteilungskonflikts das Wachstum der Wirtschaft [...] politisch garantiert werden sollte« (Hoffmann 1982, 9f).

In einer ersten Welle der Krise des Fordismus jedoch kommt zur gleichen Zeit die Erschöpfung des industriellen Paradigmas zum Ausdruck. Seit Ende der 1960er Jahre hatten sich die Produktivitätsreserven tayloristischer Rationalisierung erschöpft. Zudem geriet das System der fordistischen Repräsentation der Arbeit mit der Intensivierung der Klassenauseinandersetzungen Ende der 1960er Jahren in allen entwickelten westeuropäischen Gesellschaften »von unten« unter Druck. In den Septemberstreiks von 1969 artikuliert sich vor allem ein Protest der abhängig Beschäftigten an der Lohnpolitik der IG Metall in der Rezession 1967/68. In der ersten Hälfte 1968 vereinbarte die IG Metall mit den Arbeitgebern geringe Steigerungsraten bei verhältnismäßig langer Laufzeit (4% bei 18 Monaten Laufzeit). »Wilde Streiks« und die tendenzielle Aufnahme der autonomen Forderungen aus den Belegschaften durch die Gewerkschaften hebelten Anfang der 1970er Jahre den Lohn-Produktivitäts-Kompromiss aus; Verteilungskämpfe wurden zugunsten der abhängig Beschäftigten entschieden. In der Folge geriet der Kapitalismus in eine Rentabilitätskrise, die noch durch die Entwicklungen hin zu einer »neuen internationalen Arbeitsteilung«, der produktionstechnischen Angleichung der kapitalistischen Hauptländer, dem Anstieg in den Rohstoffpreisen und einer weitgehenden Sättigung der Märkte für dauerhafte Massenkonsumgüter verschärft wurde.

Die sich Ende der 1960er Jahre artikulierende Militanz der Arbeiterproteste konnte jedoch nicht auf Dauer gestellt werden. Oft auch mit Mitteln interner »Säuberung«, die sich vor allem gegen die in den Betrieben sich formierende linke Gewerkschaftsopposition richtete, gelang es den Gewerkschaften, ihre Funktion als »legitime Organisation der Arbeiterklasse« aufrecht zu erhalten. Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise 1974/75 wurden in einer zweiten Welle kapitalistischer Restrukturierung die korporatistischen Arrangements noch verstärkt. Oft entstand »ein politisches Kartell zur erfolgreichen, d.h. sachadäquaten und sozialkonsensualen Bewältigung der Krisenfolgen« (Esser u.a. 1983, 54). Die Durchsetzung der »neuen internationalen Arbeitsteilung« verschärfte die regionalen Branchenkrisen. Die vor allem in der Montanindustrie entwickelten Instrumente eines »sozialverträglichen Beschäftigungsabbaus« (Frühverrentung, Auffanglösungen, Qualifizierung) im korporatistischen Dreieck zwischen Kapital, Gewerkschaften und Staat wurden sukzessive auf andere Branchen übertragen. Die Gewerkschaften konnten ihre Funktion als »Transmissionsriemen« in strategischen Beziehungen zum Staat noch in der Offensive zur »Humanisierung des Arbeitslebens« nutzen. In der betrieblichen Praxis wurden sie aber bereits zu »Spezialisten« des »sozialverträglichen

Beschäftigungsabbaus«. Dabei blieb ihre »intermediäre« Funktion erhalten: gewerkschaftliche Praxis wurde oft zum Garanten eines weitgehend ohne soziale Revolten sich vollziehenden ökonomischen und regionalen Strukturwandels mit entstehender und sich verfestigender Massenarbeitslosigkeit.

Mit verstärkter Hinwendung des bürgerlichen Staates zu einer Agentur zur »Modernisierung der Volkswirtschaft« (Hauff/Scharpf 1975) jedoch, der Förderung von Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen also, wurde die staatliche Intervention zum Erhalt strukturschwacher Branchen sukzessive zurückgenommen. »Gesund-schrumpfen« hieß die neue Losung der Wirtschaftspolitik. Solche »Modernisierung der Volkswirtschaft« aber zersetzte die soziale Basis des korporatistischen Staates. Zwar sollte die Modernisierungspolitik das »Modell Deutschland« gerade dadurch dynamisch stabilisieren, indem »sein soziales Fundament, jenes Bündnis von Wachstumskapitalen und qualifizierter Arbeiterschaft, erhalten bleiben und als Konkurrenzvorteil auf dem Weltmarkt ausgenutzt werden« sollte (Hoffmann 1984, 415); genau das Gegenteil aber passierte: die durch Modernisierungs- und Spezialisierungspolitik akzentuierte Veränderung in der Zusammensetzung der lohnarbeitenden Klasse löste die einst politisch fixierten Kompromisslinien zwischen Lohnarbeit und Kapital auf oder drängte sie zurück. Die durch den keynesianischen Klassenkompromiss ermöglichte (stellvertretende) Kooptation der gesamten Klasse in den bürgerlichen Staat konnte sich aufgrund waltender Arbeitsmarktsegmentationen nur noch als »selektiver Korporatismus« (Esser 1982, 257ff) entfalten. Die Basis des keynesianischen Klassenkompromisses wurde zudem durch das »stagflationäre Dilemma keynesianischer Politik« zersetzt (Altwater u.a. 1983, 155).

Der wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel hin zur Austeritätspolitik der Regierung Schmidt in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre aber muss als Ergebnis von Verschiebungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und dem Versuch interpretiert werden, den das korporatistische »Modell Deutschland« tragenden Klassenkompromiss durch Politisierung auch von monetären Stabilitätsinteressen der abhängig Beschäftigten in neue Handlungskorridore zu balancieren. Tatsächlich vollzog sich die neoliberale Konterrevolution im britischen Kapitalismus durch den autoritären Versuch des Thatcherismus, »die Gewerkschaften als gesellschaftliche und politische Kraft auszuschließen«, während in der BRD der Versuch dominierte, »die Gewerkschaften krisenpolitisch zu konditionieren und ihren Handlungsspielraum im bestehenden System der industriellen und politischen Beziehungen einzugrenzen« (Kastendiek/Kastendiek 1985, 382).

In der BRD sollte sich die »autoritäre Regierungsintervention« (Bruno Trentin), von der der neoliberale Paradigmenwechsel immer auch begleitet wird, erst in der dritten Welle des fordistischen Krisenprozesses durchsetzen. Die Institutionen des »keynesianisch erweiterten Staates« wurden verstärkten Angriffen ausgesetzt. Die Regierung Kohl hat mit der Veränderung des § 146 SGB III (alt § 116 AFG) das Streikrecht eingeschränkt und damit die gewerkschaftliche Konfliktfähigkeit als Quelle von Gestaltungsmacht dramatisch beschnitten. Die nach wie vor handlungsleitende Identitätsform und strategische Ausrichtung der Gewerkschaftspolitik entlang der Achse Gewerkschaften/Staat

erhielt erste Risse. Auch deutet die in den 1980er Jahren vollzogene Abwendung von der Kopplung von Lohn- und Produktivitätsfortschritten auf eine Aufkündigung des (fordistischen) Klassenkompromisses durch das Kapital hin. Verteilungsspielräume blieben unausgeschöpft; die Einkommensschere begann sich zugunsten des Kapitals zu öffnen. Als intermediäre Organisation aber vollzog die Gewerkschaft auch ihr Notwendiges: die konzeptionelle Abkehr von einer wettbewerbsbegrenzenden und die Hinwendung zu einer wettbewerbsorientierten Tarifpolitik.

Gewerkschaftspolitik blieb in dieser Phase aber noch widersprüchlich: Auf der einen Seite erreichte ein Kampfzyklus der Arbeiterbewegung mit dem Konflikt um die 35-Stunden-Woche 1984 seinen Höhe- und Endpunkt. In ihrem Kontext wurden die letzten Entwürfe eigenständiger gewerkschaftlicher Kulturarbeit diskutiert. Auch wurden Betriebsbesetzungen (u.a. AG Weser Bremen 1983, Stahlwerk Rheinhausen 1987/88) organisiert. Auf der anderen Seite vollzog sich bereits ein deutlicher Prozess der Entpolitisierung der Gewerkschaftspolitik (»Anpassen oder Untergehen«). Zudem markierte der sogenannte »Leber-Kompromiss« zum Einstieg in die 35-Stunden-Woche den Durchbruch zu einer verstärkten Dezentralisierung der Tarifpolitik. Der Krisenprozess korporatistischer Gewerkschaftspolitik, der inzwischen in der Tarifpolitik angekommen ist, wurde hier entscheidend in Gang gesetzt. Er nahm seinen Lauf, als sich die Gewerkschaften in das Dilemma manövierten, einerseits in ihren »strategischen Beziehungen« zum kapitalistischen Staat die monetaristische »Einschränkung des Handlungsrahmens« zu akzeptieren, andererseits aber gleichzeitig diese Beziehungen als »wesentlichen Bezugspunkt ihrer Politik« weiter zu verfolgen (Kastendiek u.a. 1981, 152).

In der vierten Welle der Restrukturierung wird zunehmend deutlich, dass die fordistischen Institutionen der Arbeit zwar bestehen geblieben, inhaltlich aber zersetzt worden sind. Die Gewerkschaften hören nicht auf zu existieren. Sie werden

aber in der Wurzel getroffen. Die Gewerkschaft, oder was von ihr bleibt, ›verhandelt‹ weiter, aber nur noch in subalternen Formen, nämlich innerhalb der von der Unternehmenslogik festgelegten Koordinaten (Revelli 1997, 33).

In den Betrieben zerfällt infolge nachfordistischer Re-Qualifizierungs- und zugleich Prekarisierungstendenzen von Arbeit zunehmend das »Subjekt der Repräsentation« (Ingrao/Rossanda) – die in der »großen Industrie« vereinheitlichte Arbeiterklasse. Mit der Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse und der dadurch bewirkten »Repräsentationskrise« der Gewerkschaften werden alle Vorstellungen, im Rahmen der alten strategischen Orientierungen einer zwischen den (homogenen) Klasseninteressen und dem politischen System vermittelnden politisch-gewerkschaftlichen Praxis die pazifizierenden Institutionen des »rheinischen Kapitalismus« bewahren oder auch nur eine »Besitzstandswahrung« organisieren zu können, zu einer herben Täuschung. Zudem setzen die Kräfteverhältnisse in den Betrieben Konzepten »innovativer Arbeitspolitik« – also eher anpasslerischen gewerkschaftlichen Versuchen, die »intelligenteren« Managementkonzepte zu entwickeln – enge Grenzen. Die betriebliche Gestaltungsidee blamiert sich in dem Maße, wie ihr keine gesellschaftliche Gegenmacht mehr gegenübergestellt werden kann.

Auf dem Terrain der Zivilgesellschaft kommt es zu einer grundlegenden Entwertung vopolitischer Arenen. Wirkungsmechanismen des Tarifvertragssystems werden entkräftet, auch weil die globale Reorganisation der Unternehmen ihm das tradierte Regulationsobjekt zunehmend entzieht. Branchenbezogene Flächentarifverträge stellen kaum noch ein hinreichendes Instrument zur Verhinderung interessenpolitischer Rückschritte in den Betrieben dar, wenn die Reorganisation der Unternehmen genau darauf zielt, Betriebseinheiten zu schaffen, die aus einem gültigen Tarifsystem ausscheiden und in ein anderes wechseln sollen. Einst wirkungsmächtige Verknüpfungen zwischen betrieblicher und überbetrieblicher Interessenpolitik laufen ins Leere. Vieles deutet darauf hin, dass sich in der aktuellen Erosion tariflicher »Haltegriffe« unwiederbringlich veränderte Verschiebungen im Raumgefüge der Regulation gesellschaftlicher Arbeit manifestieren (Röttger 2006). Gewerkschaften gehen aus diesen Verschiebungen in den *politics of scale* geschwächt hervor – etwa wenn in der Lokalisierung und Internationalisierung des Staates in Gestalt von Public-Private Partnerships »vor Ort« Regulationsprozesse initiiert werden, in denen »schwache Interessen« kaum noch artikulierbar sind (Dörre/Röttger 2006).

Auf der Ebene der Staatsapparate werden die strategischen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Staat, die den keynesianisch erweiterten Staat hegemonial trugen, durch wettbewerbskorporatistische Formen der Erweiterung des Staates in strategischen Beziehungen zwischen Kapital und Staat sukzessive ersetzt. Damit wird die lange Zeit auch innerhalb der gewerkschaftlichen Identitätsfindung dominierende Ideologie der Wiedererlangung gewerkschaftlicher Handlungsfähigkeit durch Ent-Politisierung und politische Einbindung unterminiert. Im Wettbewerbsstaat entfalten sich deutlich unterscheidbare soziale Repräsentations- und (klassen-)politische Selektionsmechanismen. Gewerkschaften, die sich entpolitisiert in den »politischen Tausch« begeben, kommen darin um (»Beteiligungs- oder Integrationsfalle«). Das Staatsprojekt kapitalistischer Globalisierung geht aber auch darüber hinaus: es zielt auf eine neue umfassende »kapitalistische Landnahme« (Rosa Luxemburg), die die Unterscheidung von Zentrum und Peripherie der kapitalistischen Weltökonomie genauso aufhebt wie die bisherigen Grenzziehungen zwischen privatkapitalistischer und öffentlicher Sphäre. Peripherien und Privatisierungen werden oft zu Laboratorien des Erprobens neuer Verwertungsstrategien, mit denen tradierte Organisationen unter Druck gesetzt werden, um eine umfassende neuerliche Inwertsetzung der sozialen Verhältnisse durchzusetzen.

Frank Deppe (1996, 219ff) hat schon früh darauf aufmerksam gemacht, dass das Elend emanzipatorischer Bewegungen (und auch der Gewerkschaften) in der Dialektik des kapitalistischen Modernisierungsprozesses selbst wurzelt, indem Bastionen verteidigt werden, die gemeinhin dem Typus »rheinischer« (Albert 1992) oder »koordinierter Kapitalismus« (Hall/Soskice 2001) zugehören, »ohne hinreichend zur Kenntnis zu nehmen, wie gerade diese Bastionen sukzessive »geschleift« wurden«. Das entscheidende Problem bestünde darin, »dass mit der Zuspitzung der »sozialen Frage« und der Ungleichheit die »Fragmentierung« der Gesellschaft zunimmt und zugleich die nationalstaatlichen politischen Systeme (damit auch die Kanäle und Institutionen zur Bearbeitung der »sozialen Fragen«) transformiert werden.«

Die von Gramsci immer wieder eingeforderte »organische« Verknüpfung betrieblicher und zivilgesellschaftlich-politischer Kämpfe als notwendiger Bestandteil jeder emanzipatorischen Praxis war nun – nach einem 25-jährigen Krisenprozess des Fordismus – endgültig aufgelöst.

*»Ende der Fahnenstange«: neue Formen »autonomer Artikulation« gewerkschaftlicher Interessen*

Die Unterdrückung hat zugenommen /  
der Kampf dagegen / Gilt als veraltet. (Bert Brecht)

So manifestiert sich in der Krise gewerkschaftlicher Betriebs- und Tarifpolitik auch ein kultureller Konflikt: die Gewerkschaften haben ihre Deutungsmacht über und die Mobilisierungsfähigkeit für betriebliche Auseinandersetzungen in Teilen nicht nur der Belegschaften, sondern auch der betrieblichen Interessenvertretungen eingebüßt. In der gestiegenen Bereitschaft von Belegschaften und Betriebsräten zu scheinbar alternativlos gewordenem ›concession bargaining‹ im Rahmen der Unterjochung unter den »Sachzwang Weltmarkt« auf der einen Seite, aber auch in den autonomen Arbeiterprotesten beispielsweise bei Opel in Bochum 2004 und beim Caterer Gate Gourmet 2005/2006 kommen massive Erosionstendenzen im dualen System der Interessenvertretung zum Ausdruck.

Empirisch lassen sich zwei Bewegungen aus den Handlungskorridoren des dualen Systems der Interessenvertretung aufspüren: Zum einen verstärkte Tendenzen der sogenannten Verbetrieblichung des Systems industrieller Beziehungen, d.h. einer Tendenz, die Kräfte überbetrieblicher Regulation in ihrer Bedeutung für den Handlungsraum Betrieb und der in ihm waltenden Aushandlungskonfiguration einzudämmen. Hierdurch werden die vormaligen engen Beziehungen zwischen Betriebs- und Tarifpolitik und damit eingeschlifene Formen der Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten lockerer, wenn nicht sogar ein historischer Bruch konstatiert werden muss. Auf jeden Fall aber ist der durch das duale System institutionell befestigte »heilsame Zwang zum Kompromiss« hier ausgehebelt. Zum anderen Tendenzen des Neuvermessens des betrieblichen Handlungsraumes, indem Betriebsräte und Belegschaften versuchen, »jenseits des dualen Systems der Interessenvertretung« Handlungsfähigkeiten und Entwicklungskorridore zu erweitern. Es handelt sich hier um Suchstrategien von Teilen der betrieblichen Interessenvertretungen und lokalen Gewerkschaftsgliederungen, die auf mögliche Alternativen zu bisherigen Formen der »Verwaltung des Elends« und einer entpolitizierenden Anpassung an die »neuen Verhältnisse« hindeuten.

Unstrittig dürfte sein, dass nur die zweite Bewegung eine Erneuerung der Gewerkschaftspolitik bewirken kann. Interessenpolitische Rückschritte lassen sich auch trefflich ohne Gewerkschaft auf der Ebene des individuellen Arbeitsvertrages verhandeln. Die Motive für die Erneuerung kollektivvertraglicher Praxisformen liegen in der Krise des tradierten Kollektivvertragssystemes selber. Die Grenzen



fordistischer Gewerkschaftsroutine werden zu bestimmenden Elementen ihre Praxis – sogar in den Hochburgen der deutschen Gewerkschaftsbewegung: »Auch das Modell von kooperativer Konfliktbewältigung hat uns als Gewerkschafter nicht davor geschützt, dass wir in der letzten Tarifrunde knapp 1,5 Mrd. hergegeben haben« – so das Resümee eines Betriebsrats eines großen deutschen Automobilherstellers. Die bislang vorherrschende gewerkschaftliche Strategie der Anpassungsbereitschaft tritt zunehmend in das Zentrum der Kritik betrieblicher Interessenpolitik:

Und hier kommt natürlich die Politik der IG Metall ins Spiel: ihr Signal, »wir sind bereit, über ganz bestimmte Dinge völlig neu zu verhandeln«, strahlt natürlich in die Fabrik rein.

Eigene Konfliktstrategien werden hinterfragt:

Diese Politik der kooperativen Konfliktbewältigung bedeutet ja den Verzicht auf die politische Auseinandersetzung. Nur: wenn die Einschätzung richtig ist, dass der Vorstand diesen Kompromiss aufgekündigt hat [...], dann müssen wir schleunigst zu einer anderen Form der Auseinandersetzung finden.

Auch in den örtlichen Gliederungen der Gewerkschaften setzt sich ein deutliches Unbehagen in den alten Praxisformen durch: »Wir müssen ja zunehmend brav sein, um als Verhandlungspartner überhaupt noch akzeptiert zu werden« – so das eher resignierende Resümee eines Gewerkschaftssekretärs. Ein im Rahmen unserer Forschungen zur Erneuerung gewerkschaftlicher Politik in Betrieben und Regionen befragter Bevollmächtigter der IG Metall bringt das Dilemma der Gewerkschaften treffend auf den Punkt:

Das Betriebsverfassungsgesetz ist zur Zeit noch das einzige, das eine gewisse Sicherheit bietet. Aber die Anzahl der Betriebe, in denen das Betriebsverfassungsgesetz erkämpft werden muss, nimmt ständig zu. In der Praxis kriege ich drei Dinge immer wieder vorgeführt: Erstens ist die Selbstverständlichkeit, dass Tarifverträge und Gesetze akzeptiert werden in den Betrieben, nicht mehr vorhanden, bis hinein in Großbetriebe. Sie müssen mit großer Mühe tagtäglich wieder erkämpft werden [...] In einer ganzen Reihe von Klein- und Mittelbetrieben wird einfach das Betriebsverfassungsgesetz außer Kraft gesetzt, und wenn sich die Kollegen nicht wehren, dann bleibt das auch so. In großen und einigen mittleren Betrieben können wir es teilweise unter großer Kraftanstrengung wieder in Kraft setzen. Der Tarifvertrag wiederum war für die Kollegen immer noch der Schutz des »darunter geht's nicht« – dieser Schutz hat Löcher bekommen. Da haben wir teilweise sogar selber mitgemacht, in Sanierungsfällen oder Erpressungssituationen ist das auch schwierig zu vermeiden. Nur was wir im Zuge von Insolvenzverhinderung oder in der Insolvenz an Regelungen getroffen haben, wird mittlerweile zum üblichen Verhalten der Geschäftsführungen, die an die Belegschaften herantreten und sagen: »Wenn die Rendite x nicht erreicht wird, haben wir ein Problem und das Problem müsst ihr mit Geld ausfüllen.« Auf der einen Seite macht das Belegschaften sauer, die sich dann mit einer anderen Stärke wehren. Auf der anderen Seite kann man manchmal nicht mehr trennen zwischen wirklichen Problemfällen, reiner Erpressung, Kaschierung eigener Probleme, Nachahmereffekten [...] Ich habe Geschäftsführer in Verhandlungen, die mir sagen: »Ich wäre doch blöd, wenn ich das jetzt nicht auch versuche. Bei Daimler, Opel, Siemens, da hat die IG Metall das auch gemacht – warum soll ich das nicht auch kriegen?« Wenn ich dann antworte, was das denn soll, dass so die Belegschaft nur sauer gefahren wird, Motivation ist doch ein größerer Gewinnbringer als der Vorteil aus einem halbierten Weihnachtsgeld – da gibt es den einen oder anderen, der dann nachdenkt, vor allem wenn die Kollegen sich wehren. Das Problem ist nur: die Angst in den Betrieben ist riesig. Wir haben [...] eine Arbeitslosigkeit oberhalb von 15 %.

Deutlicher kann kaum zum Ausdruck gebracht werden, dass die die Herrlichkeit fordristischer Gewerkschaftsidentität tragende Fähigkeit zur Verknüpfung betrieblicher und überbetrieblicher Regulation gesellschaftlicher Arbeit spürbar verdampft ist. Die Verknüpfung betrieblicher und überbetrieblicher Kämpfe will innerhalb der im Fordismus ausgebildeten »strukturellen Formen der Politik« kaum noch gelingen.

Schon Gramsci hat auf das Problem der Verschärfung von Subalternität hingewiesen, das immer dann droht, wenn die Arbeiterbewegung ihren Kampf nicht (mehr) als Hegemonialkonflikt auf allen Ebenen der gesellschaftlichen Totalität begreift und/oder führen kann. Die Organisationen der Arbeiterbewegung werden zum bloßen »Anhängsel des bürgerlichen Staates« (1926/1980, 203). Gewerkschaftliche Alltagspraxis heute ist durch die ständige Erfahrung radikal entkräfteter Institutionen von ehemals erfolgreichen »Organen« der Regulation industrieller Beziehungen charakterisiert. Auch Gramsci konnte schon von solchen Phänomenen berichten:

Den Defensivkampf der Gewerkschaften, die Schaffung von sozialistischen Organen und die Durchführung sozialistischer Experimente im bürgerlichen Regime, die Eroberung immer neuer Posten in den Organen, mit denen das Bürgertum die Gesellschaft regiert, alles das reicht heute nicht mehr aus, es nützt nicht mehr. (1980, 95)

An diesem Punkte angelangt, kann die Gewerkschaft nicht mehr ignorieren, dass Lohnkürzungen erfolgt sind und dass die Industriellen, nachdem sie die Vereinbarungen zerrissen haben, diesen mit Gewalt geschaffenen Tatbestand legitimieren wollen. Für die Gewerkschaften gibt es nur ein einziges Problem: zustimmen oder kämpfen! Ein Jahr der Erfahrungen der Metallarbeiter, mit denen das Geschick aller anderen Arbeiter verbunden ist, beweist, dass es heute nicht mehr möglich ist, den Kampf aufzuschieben. Die Industriellen respektieren keine Vereinbarung mehr; je nachdem, wie stark sie sich fühlen, handeln sie. Die Gewerkschaft kann sich nicht einmal mehr auf die Verträge verlassen, die sie mit den Unternehmern abschließt, wenn diese nicht die Macht spüren, die sie hat. (109)

Auch heute lassen sich widerständige Formierungsprozesse beobachten, die bereits Gramsci beschrieben hat. Die in den geschleiften Regulationsverhältnissen agierenden gewerkschaftlichen Kräfte und betrieblichen Interessenvertretungen erfahren in ihrer Alltagspraxis den Verlust von »Selbständigkeit« durch »ihre Unterordnung unter die aktive Hegemonie der führenden und herrschenden Gruppe«; dies hat Gramsci aber auch als eine Bedingung herausgearbeitet, aus der »einige Selbständigkeiten«, u.a. in Form von »Gewerkschaften« neu entstehen (*Gef.*, H. 25, §4, 2194). Genau das lässt sich empirisch beobachten. Die Kritik an der eigenen Praxis nimmt zu; die historischen Bedingungen ihrer Entstehung werden kritisch reflektiert; neue Politikformen, die der Interessenpolitik mehr Wirkungsmacht verleihen, werden erprobt.

Die Beziehungen zwischen Belegschaften, Betriebsräten und Gewerkschaften werden in Suchstrategien neu austariert (Candeias/Röttger 2005). In ihnen zeigt sich, dass die Niederlage der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, wie sie im Zuge der prozessierenden Krise des Fordismus vollstreckt wurde, nicht zu einer vollständigen Unterwerfung der Lohnabhängigen und der gewerkschaftlichen Organisation unter das Diktat und die Hegemonie des Kapitals geführt hat. Die Strategien der Erneuerung aus dem Zentrum der Krise machen vielmehr deutlich, dass die bürgerliche Hegemonie die Arbeiterklasse niemals ganz und absolut in die herrschende Ordnung absorbieren kann:

Bei kapitalistischer Produktionsweise kann die Gesellschaft niemals [...] eindimensional sein. Gewiss ist die Hegemonie zeitweilig stark und kohäsiv, und die untergeordnete Klasse ist schwach, verletzlich und gefährdet. Aber sie kann per definitionem nicht verschwinden. (Clarke u.a. 1979, 85)

Hegemonie impliziert Klassenkämpfe und hat keine von ihnen gesonderte Bedeutung [...] Sie hat nichts gemein mit Konsensus-Geschichte und stellt vielmehr ihre Antithese dar – eine Art und Weise, den historischen Inhalt von Klassenkampf in Zeiten scheinbarer sozialer Ruhe zu bestimmen. (Eugene D. Genovese, zit.n. Thompson 1980, 374, Anm. 60)

Die neuen Suchbewegungen deuten auf die Entstehung eines neuen Kampfzyklus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hin. Gerade die widriger werdenden Bedingungen sind hier für die maßgeblichen Kräfte aus Betrieben und lokalen Gewerkschaftsorganisationen kein Anlass, »sich widerstandslos enthaupten zu lassen«. Im Zentrum der Erneuerung steht eine politisierende Strategie der Beteiligung, die explizit in Abgrenzung zur fordistischen Wirklichkeit korporatistischer Stellvertreterpolitik gesehen wird. Letztere wird für die aktuelle Krise der Gewerkschaften selbst verantwortlich gemacht – so etwa von einem von uns befragten IG Metall Funktionär:

Und wir haben sie selber mit verursacht, indem wir immer gesagt haben, wir sind die Stellvertreter und machen an eurer Stelle das schon alles. Und das ging ja auch alles, solange das Kapital noch Zugeständnisse machen musste. Aber das war mit 1990 alles zu Ende. [...] Und aus meiner Sicht: wenn du was bewegen willst, kannst du keine Stellvertreterpolitik mehr machen. Dir fehlen die Machtinstrumente dafür. Du weißt, was du vorher als benefit verteilen konntest, das hast du nicht mehr. Also insofern bleibt dir nur die Machtfrage und die Machtfrage kannst du nur mit Druck regeln und Druck kannst du nur regeln, indem du die Leute mobilisierst, dass sie auch was machen.

Tatsächlich kann von einer neuen »Kultur der Beteiligung« in der IG Metall gesprochen werden. Sie wird als Waffe gegen die schwindende betriebliche Basis und als Mittel des *organizing* begriffen. *Die Zeit* feierte am 1.2.2006 in ihrem Artikel »Du bist die Gewerkschaft. Kulturrevolution in der IG Metall: Nicht die Funktionäre, sondern die Mitglieder in den Betrieben machen Tarifpolitik« die Konzessionsverhandlungen als organisationspolitischen Erfolg. Tatsächlich lassen sich im Rahmen des »Pforzheim-Prozesses« Fälle beobachten, in denen durch eine Beteiligungsstrategie der Organisationsgrad verbessert werden konnte; interessenpolitische Rückschritte wie Arbeitszeitverlängerung und Lohnverzicht konnten allerdings nicht verhindert werden. Dieser »faule Kompromiss« ist der Grund, warum sich auch erheblich kritische Stimmen gegen die neue »Kultur der Beteiligung« erheben.

Ein wirkliches Element der Erneuerung gewerkschaftlicher Betriebs- und Tarifpolitik kann Beteiligung nur werden, wenn sie als politischer Prozess in Betrieben und lokalen Gesellschaften organisiert wird, wenn eine Dialektik von Spontaneität und Organisation in Gang kommt. Wie so etwas aussehen kann, konnten wir im Organisationsbereich des IG Metall Bezirks Küste untersuchen (Candeias/Röttger 2007, Röttger 2007). Betriebliche Tarifbewegungen als Strategie des Abwehrkampfes und der Politisierung betrieblicher Auseinandersetzungen sowie neu entstehende lokale Arbeiterbewegungen werden hier zu Momenten gewerkschaftspolitischer Erneuerung gebündelt.

Gemeinhin wird in industrie- und wirtschaftssoziologischen Untersuchungen die immer wiederkehrende These vom historischen Ende der Arbeiterbewegung bestätigt. Die Arbeiterklasse sei in den fortgeschrittenen Gesellschaften des Westens »unsichtbar« geworden; »die Arbeiter hätten ihren Schrecken verloren« (Beaud/Pialoux 2004, 23ff). Kontrastierend zu diesem Befund sind jedoch die Erfahrungen an der Küste. Mit Gramsci kommt es hier zu einer neuen Taktik, um die »reformistischen Tendenzen« der Gewerkschaftsbewegung zu unterlaufen, indem ausgehend von betrieblichen Kämpfen – bei Gramsci die Turiner Fabrikräte, in Kiel widerständige Betriebsräte und eine lokale Gewerkschaftsgliederung – eine neue Einheit zwischen ökonomischen und politischen Kämpfen konstituiert wird. Im Kieler Fall setzten sich in einem Arbeitskampf deutlich neue Formen der Beziehungen von Belegschaften, betrieblichen Interessenvertretungen (Räten) und Gewerkschaftsgliederungen durch, die sich von den hierarchischen Mustern fordristischer Stellvertreterpolitik klar unterscheiden. Die Verhältnisse der unterschiedlichen Institutionen der industriellen Beziehungen (Belegschaftsversammlungen, Betriebsräte, Gewerkschaft) wurden enthierarchisiert, weil die bisherigen Formen der Interessenpolitik unbefriedigend erschienen. Die »neuen Tatsachen« des revitalisierten Kapitalismus erzwingen neue Formen der Gewerkschaftsorganisation und -politik. Gramsci sprach bereits im Verhältnis von Fabrikrat und Gewerkschaften davon, dass »jeder Versuch, die beiden Institutionen in einem hierarchischen Abhängigkeitsverhältnis aneinander zu binden, [...] nur zur Vernichtung beider führen« kann (Gramsci 1967, 70).

### Literatur

- Aglietta, Michel, *A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience*, London 1979
- Albert, Michel, *Kapitalismus contra Kapitalismus*, Frankfurt/M 1992
- Altvater, Elmar, Kurt Hübner u. Michael Stanger, *Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus*, Opladen 1983
- Beaud, Stéphane, u. Michel Pialoux, *Die verlorene Zukunft der Arbeiter*, Konstanz 2004
- Blanke, Bernhard, Ulrich Jürgens u. Hans Kastendiek, *Kritik der Politischen Wissenschaft*, 2 Bde., Frankfurt/M 1975
- Blanke, Thomas, »75 Jahre Betriebsverfassung: der Siegeszug eines historischen Kompromisses«, in: *Kritische Justiz*, 1995, 12-25
- Buci-Glucksmann, Christine, u. Göran Therborn, *Der sozialdemokratische Staat. Die Keynesianisierung der Gesellschaft*, Hamburg 1982
- Candeias, Mario, u. Bernd Röttger, *Regionale Beteiligung und bürgerschaftliches Engagement: Antworten auf die Erosion tariflicher Haltegriffe? Erste Forschungsergebnisse und weitere Forschungsperspektiven des Projekts »Global mitbestimmen – lokal gestalten? Bürgerschaftliches Engagement von Betriebsräten am Beispiel regionaler Strukturpolitik*, Universität Jena, Juli 2005
- dies., »Betriebliche Tarif- und lokale Arbeiterbewegungen«, in: Heinrich Geiselberger (Hg.), *Und Jetzt? Politik, Protest und Propaganda*, Frankfurt/M 2007
- dies., *Neuorientierungen im System der Interessenpolitik. Betriebsräte und Gewerkschaften zwischen Betrieb und Zivilgesellschaft. Abschlussbericht des Projektes »Global mitbestimmen – lokal gestalten? Bürgerschaftliches Engagement von Betriebsräten«*, Universität Jena, Msk. (im Ersch.)
- Clarke, John, »Subkulturen, Kulturen und Klasse«, in: ders., u.a., *Jugendkultur als Widerstand*, Frankfurt/M 1979, 39-131
- Deppe, Frank, »Die Renaissance der ›sozialen Frage‹ im globalen Kapitalismus«, in: Pietro Ingrao u. Rossana Rossanda, *Verabredungen zum Jahrhundertende. Eine Debatte über die Entwicklung des Kapitalismus und die Aufgaben der Linken*, Hamburg 1996, 218-25

- ders., u.a., *Kritik der Mitbestimmung. Partnerschaft oder Klassenkampf*, Frankfurt/M 1969
- Dörre, Klaus, u. Bernd Röttger, *Im Schatten der Globalisierung. Strukturpolitik, Netzwerke und Gewerkschaften in altindustriellen Regionen*, Wiesbaden 2006
- Erd, Rainer, »Verrechtlichte Gewerkschaftspolitik. Bedingungen ihrer Entwicklung und Veränderung«, in: Joachim Bergmann (Hg.), *Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften*, Frankfurt/M 1979, 143-82
- Esser, Josef, *Gewerkschaften in der Krise. Die Anpassung der deutschen Gewerkschaften an neue Weltmarktbedingungen*, Frankfurt/M 1982
- Esser, Josef, Wolfgang Fach u. Werner Väh, *Krisenregulierung. Zur politischen Durchsetzung ökonomischer Zwänge*, Frankfurt/M 1983
- Gordon, David M., Richard Edwards u. Michael Reich, *Segmented Work, Divided Workers. The Historical Transformation of Labor in the United States*, Cambridge 1982
- Gramsci, Antonio, »Einige Gesichtspunkte der Frage des Südens« (1926), in: ders., 1980, 188-215
- ders., *Philosophie der Praxis*, hgg. v. Ch. Riechers, Frankfurt/M 1967
- ders., *Zu Politik, Geschichte und Kultur*, hgg. v. G. Zamis, Leipzig 1980
- ders., *Gefängnishefte*, 10 Bde., hgg. v. K. Bochmann, W.F. Haug u. P. Jehle, Hamburg 1991-2002 (zit. Gef.)
- Hall, Peter A., u. David Soskice (Hg.), *Varieties of Capitalism. The Institutional Foundation of Comparative Advantage*, Oxford 2001
- Hauff, Volker, u. Fritz W. Scharpf, *Modernisierung der Volkswirtschaft. Technologiepolitik als Strukturpolitik*, Frankfurt/M 1975
- Hirsch, Joachim, »Bemerkungen zum theoretischen Ansatz einer Analyse des bürgerlichen Staates«, in: *Gesellschaft – Beiträge zur Marxschen Theorie* 8/9, 1976, 99-149
- Hoffmann, Jürgen, »Das Ende der Fahnenstange. Sozialdemokratie und keynesianischer Klassenkompromiss in der Bundesrepublik«, in: *ProKla* 49, 1982, 9-30
- ders., »Modernisierungspolitik als arbeitspolitische Arena – Überlegungen zu ambivalenten Funktionen eines neuen Politiktypus«, in: Ulrich Jürgens u. Frieder Naschold (Hg.), *Arbeitspolitik. Materialien zum Zusammenhang von politischer Macht, Kontrolle und betrieblicher Organisation der Arbeit*, Opladen 1984, 408-27
- Hyman, Richard, »Die Geometrie des Gewerkschaftsverhaltens: Eine vergleichende Analyse von Identitäten und Ideologien«, in: *Industrielle Beziehungen*, 3. Jg., 1996, H. 1, 5-35
- Kastendiek, Hans, u. Hella Kastendiek, »Konservative Wende und industrielle Beziehungen in Großbritannien und in der Bundesrepublik«, in: *Politische Vierteljahresschrift*, H. 4, 1985, 381-99
- dies., u. Hugo Reister, »Inkorporierung der Gewerkschaften? Zum Verhältnis von Staat-Kapital-Gewerkschaften«, in: *Alternative Wirtschaftspolitik* 3, Argument-Sonderband 68, Berlin 1981, 144-77
- Marx, Karl, u. Friedrich Engels, *Werke*, Berlin/DDR 1956ff [zit. MEW]
- Müller-Jentsch, Walther, »Gewerkschaften als intermediäre Organisationen«, in: Gert Schmidt u.a. (Hg.), *Materialien zur Industrie- und Gewerkschaftsoziologie. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 24, 1982, 408-32
- Panitch, Leo, »The Development of Corporatism in Liberal Democracies«, in: *Comparative Political Studies*, Nr. 1, 1977, 61-90
- Revelli, Marco, »Vom Fordismus zum Postfordismus. Das kapitalistische Wirtschafts- und Sozialmodell im Übergang«, in: Supplement der Zeitschrift *Sozialismus*, H. 4, 1997
- Röttger, Bernd, »Die Region als Regulationssphäre für eine neue Politik der Arbeit – Gewerkschaftliche Suchstrategien aus der Defensive: zwischen Rekonstruktion des »Modell Deutschland« und radikaler Erneuerung. Thesen zur gewerkschaftlichen politics of scale«, in: Dieter Scholz u.a. (Hg.), *Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft*, Münster 2006, 237-48
- ders., »Erneuerung aus dem Zentrum der Krise. Die Wiederkehr lokaler Arbeiterbewegungen und die Perspektiven gewerkschaftlicher Betriebs- und Tarifpolitik«, in: Roland Klautke u. Brigitte Oehrlein (Hg.), *Prekarität – Neoliberalismus – Deregulierung. Beiträge des Kritischen Bewegungsdiskurses*, Hamburg 2007 (im Ersch.)
- Schmidt, Eberhard, »Grenzen staatlicher Intervention in den Prozess der Klassenseinwanderungen. Zur Entwicklung der westdeutschen Gewerkschaften unter den Bedingungen staatlicher Einkommenspolitik«, in: E. Altvater u.a., *Rahmenbedingungen und Schranken staatlichen Handelns*, Frankfurt/M 1976, 143-49
- Thompson, Edward P., *Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts*, Frankfurt/M u.a. 1980

Gundula Ludwig

## Gramscis Hegemonietheorie und die staatliche Produktion von vergeschlechtlichten Subjekten

Geschlecht und vergeschlechtlichte Subjektivität als Effekt von Machtverhältnissen begreifen zu wollen, stellt mehr als eineinhalb Jahrzehnte nach dem Erscheinen von Judith Butlers *Gender Trouble* (1990) keine Überraschung mehr dar. Die Rolle des Staates<sup>1</sup> in der Hervorbringung vergeschlechtlichter Subjektivierung sowie die Verknüpfung mit der Produktionsweise zu denken, fehlt bislang allerdings innerhalb feministischer Staatstheorie weitgehend<sup>2</sup>. In diesem Zusammenhang möchte ich Gramscis Gedanken zu Hegemonie und Staat für Vorschläge nutzen, die Lücke zu schließen. Dafür gebe ich zunächst einen kursorischen Abriss feministischer staats-theoretischer Debatten.

### *Die Entstehung des Staates aus den Geschlechterverhältnissen*

Anfang der 1980er Jahre kritisierte Catharine MacKinnon den Mangel an Staatstheorie im Feminismus (1983, 635; vgl. ähnlich noch Seemann 1996). Zu Beginn der Frauenforschung in den 1970er und 80er Jahren waren die Themen Arbeit, Familie, Sexualität, Sozialisation und Recht im Brennpunkt, weniger Staat als Gesamtapparat. Diese anfängliche »Staatsblindheit« feministischer Theorie kommt aus der Verwobenheit der Frauenforschung mit der zweiten Frauenbewegung, in der zunächst der Staat als solcher, als »Anti-Institution« (Sauer 2004, 113) pauschal bekämpft wurde. Eine enge Lektüre marxistischer Tradition, die den Staat lediglich als Instrument der herrschenden Klasse begriff, verstärkte die Staatsblindheit im politiktheoretischen Feminismus.

In den 1990er Jahren begann die Entwicklung feministischer Staatstheorie mit dem Anspruch, Geschlecht und Geschlechterverhältnisse als konstitutive Elemente des modernen Staates herauszuarbeiten. Die bisherigen Debatten haben folgende Schwerpunkte<sup>3</sup>:

- 
- 1 In ihrer Auseinandersetzung mit »hate speech« geht Judith Butler zwar auf die Bedeutung des Staates ein, allerdings umfasst ihr Staatsbegriff lediglich den Staat im engeren Sinne und bezieht sich daher auf dessen juristische Macht, Kategorien und damit Identitäten zu ratifizieren. Die Verbindung zwischen dem Staat und den alltäglichen Praxen der Individuen findet bei Butler somit auch in *Excitable speech* (1997) keine systematische Ausarbeitung.
  - 2 Ausnahmen sind u.a. die schon in den 1980er Jahren erschienenen Veröffentlichungen des Projekts Ideologietheorie auf der einen Seite (u.a. *Der innere Staat des Bürgertums*, 1986) und des Projekts Frauenformen (u.a. *Sexualisierung der Körper*, 1981, 3.A. 1991).
  - 3 In dieser Darstellung der Geschichte der feministischen staats-theoretischen Debatten folge ich in leicht modifizierter Version der Systematisierung von Sauer (2001).

*Geschlechtervertrag*: Carole Pateman behauptet, dass die liberale *Begründung* des Staates aus dem Gesellschaftsvertrag auf einem impliziten Geschlechtervertrag beruhe. Der Gesellschaftsvertrag – als Basis des modernen Staates – schreibe somit die »patriarchale Sozialordnung« (1994, 73) fort. Dem liege eine Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit zugrunde, die Männer der öffentlich-politischen Sphäre zuordne, während Frauen der Unsichtbarkeit der Privatheit zugewiesen würden. Die Diskussion wird zugespitzt zur Forderung nach einem neuen Geschlechtervertrag (vgl. dazu *Das Argument* 210/1995). Die Debatte wird weitergeführt zu einer feministischen Kritik des staatlichen Gewaltmonopols, das als geschlechtsspezifisch erkannt und zudem vom »privaten Gewaltmonopol« der Männer in der Sphäre der Privatheit gestützt behauptet wird (Rumpf 1995, Wasmuth 1991).

*Der Rechtsstaat*: Die Prinzipien des Staates werden als androzentrisch dechiffriert (Gerhard 1997, Sacksofsky 1996), der Wohlfahrtsstaat als patriarchal kritisiert (Gerhardt u.a. 1988). »Diese geschlechterkritischen Revisionen des Politikfelds Sozialpolitik konnten zeigen, dass westliche Sozialstaaten Wohlfahrt nicht geschlechtsneutral garantieren, sondern dass sozialstaatliche Leistungen die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und mithin die soziale Ungleichheit zwischen Männern und Frauen zementieren.« (Sauer 2004, 115) Feministische Wohlfahrtsstaatsanalysen durchdringen allerdings das Verhältnis von Staat und Geschlecht nicht hinreichend.

*Staatsstruktur*: Die Theorisierung des Staates als Männerbund durch Eva Kreisky verweist auf »Männlichkeit als System«, womit sie die Einschreibung und Sedimentierung »männlicher Interessen und Lebenserfahrungen« (1995, 215) in staatliche Institutionen fasst. Rosemary Pringle (1989) konstatiert, dass die Rationalität der staatlichen Bürokratie maskulin und damit der Staat substantiell maskulinistisch sei. Maskuline Interessen fänden somit – unabhängig von der tatsächlichen Anzahl von Männern – leichter Eingang in den Staat. So ist auch an der Gender-Budgetierungsdebatte ablesbar, wie sehr die Ausgaben des Staates an androzentrischen Interessen ausgerichtet werden. »Vergeschlechtlichte Hierarchien, Senioritätsprinzip, starre Rollen- und Aufgabenverteilung, kameralistische Vergabeformen und persönliche Netzwerke von Männern [...] sind Teil einer Grammatik der Männlichkeit von Institutionen« (Sauer 2001, 141).

Seit MacKinnons Mängelmeldung wurde mithin ein breites Wissen über den Zusammenhang von Staat und Geschlechterverhältnissen und damit darüber, wie Geschlechtlichkeit in die Staatskonstitution verwoben ist, erarbeitet. Schwerpunkte sind die Frage nach der maskulinistischen Struktur und ferner der je verschiedenen Auswirkung staatlicher Politik auf die Geschlechter und damit der Fortschreibung des ungleichen Zugangs zu gesellschaftlichen Ressourcen.

Dabei ist die *Existenz* von Frauen und Männern bereits vorausgesetzt. Außerhalb des Blickfeldes bleibt die Frage, wie der *Staat* an der Produktion von »Weiblichkeit« und »Männlichkeit« beteiligt ist. Dieser Frage möchte ich unter Zuhilfenahme von Gramscis Staatstheorie nachgehen. Im Zentrum steht dabei der staatliche Konstitutionsprozess von vergeschlechtlichter Subjektivität, was bislang mit wenigen Ausnahmen (vgl. Demirović/Pühl 1997, Pühl 2001, Sauer 2001) kaum in feministische Überlegungen zum Staat Eingang fand.

### *Integraler Staat, Alltagsverstand und Subjektivierung*

Ein fundamentaler Beitrag Gramscis zur Staatstheorie ist sein Verständnis staatlicher Machtausübung durch Hegemonie. Im Vergleich des westlichen kapitalistischen und des russischen Staates arbeitet er heraus, dass staatliche Stabilität nicht allein über *Zwang* aufrechterhalten wird. Vielmehr ist der Staat im Westen »nur ein vorgeschobener Schützengraben, hinter welchem sich eine robuste Kette von Festungen und Kasematten befand« (*Gef.*, H. 7, §16, 874), die Gramsci als Zivilgesellschaft bezeichnet. Staatliches Handeln besteht somit neben Herrschaft, die auf *Zwang* basiert, auch aus Hegemonie, die er als »kulturelle und moralische Führung« (H. 10, Teil I, §7, 1239) fasst. Seine Konzeption des integralen Staates ist: »Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit *Zwang*« (H. 6, §88, 783). Aus diesem erweiterten Staatsverständnis folgt u.a., »dass der Staat nicht immer dort zu suchen ist, wo er ›institutionell‹ zu sein scheint« (H. 8, §233, 1079). Den Staat als integralen Staat zu denken, ermöglicht es Gramsci, neben der repressiven auch die »pädagogische« Funktion des Staates zu fassen. Dieses pädagogische Verhältnis unterscheidet den bürgerlichen Staat von allen vorherigen Staatsformen. Der Staat ist auch ethischer Staat und daher bestrebt, »die große Masse der Bevölkerung auf ein bestimmtes kulturelles und moralisches Niveau zu heben, ein Niveau (oder Typ), der den Entwicklungsnotwendigkeiten der Produktivkräfte und daher den Interessen der herrschenden Klassen entspricht. Die Schule als positive Erziehungsfunktion und die Gerichte als repressive und negative Erziehungsfunktion sind in dieser Hinsicht die wichtigsten staatlichen Aktivitäten: aber in Wirklichkeit zielt darauf eine Vielzahl anderer sogenannter privater Aktivitäten und Initiativen, die den Apparat der politischen und kulturellen Hegemonie der herrschenden Klassen bilden« (H. 8, §179, 1043). Der Staat leitet die Individuen dazu an, bestimmte Denk- und Handlungsweisen sowie kulturelle, moralische und intellektuelle Gewohnheiten in ihren alltäglichen Praxen zu reproduzieren. Hegemonie bedeutet somit die »Fähigkeit zur ideologischen Führung eines gesamten ›historischen Blocks‹« (Priester 1977, 522).

Ideologien sind das umkämpfte Terrain, wobei Gramsci Ideologien nicht als subjektive Täuschung der Individuen versteht, sondern als Formen der Erkenntnis und Wahrnehmung, in denen die Individuen sich in der Welt verorten. Da diese Denkformen die Basis für soziale Handlungen sind, haben Ideologien – »als ideelle Vergesellschaftung von oben« (W.F. Haug 1987, 37) – immer auch materielle Gewalt. Vor diesem Hintergrund wird der Alltagsverstand Voraussetzung und Mittel für die Ausbildung gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit und nimmt auch in Gramscis Hegemonietheorie eine bedeutende Stellung ein: In den Alltagsverstand integrieren die Subjekte Normen, Werte und Moralvorstellungen, die in zivilgesellschaftlichen Institutionen wie dem Erziehungssystem, der Kunst, gesellschaftlichen Vereinen und Verbänden, »bis hin zur Architektur, zur Anlage der Straßen und zu den Namen derselben« (H. 3, §49, 374) ausgearbeitet werden und die die Subjekte als für sie sinnvoll und richtig erachten. Das Resultat kann als eine bewusste aber



fremdverfügte Subjektform gefasst werden. Die Zustimmung zu bestimmten kulturellen und moralischen Denkweisen und die Übernahme in den Alltagsverstand stellen daher einen wesentlichen Pfeiler für die Stabilität der Hegemonie dar.

Die »erzieherische Dimension« des Staates lässt den Alltagsverstand zur Schnittstelle von Herrschaftsausübung und Subjektivierung als Internalisierung hegemonialer Weltanschauungen werden. Der Staat stellt als Erzieher Normen und Wissensformen bereit, in denen sich die Subjekte selbst und ihre Umwelt imaginieren und danach handeln. Im Prozess der Formierung des Subjekts wirken staatliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse und die Ausbildung gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit des Subjekts zusammen. In der Kategorie des Alltagsverstands stellt Gramsci ein Instrumentarium bereit, Staat und Subjektivität zusammen zu denken.

Dies ist ein wichtiger Anknüpfungspunkt für feministische Überlegungen zur *staatlichen* Produktion vergeschlechtlichter Subjekte. Exemplarisch lese man Gramscis Fordismusanalyse. Ich lasse hier den Staat im engeren Sinne beiseite, der mit seiner Sozial-, Arbeitsmarkt-, Familien- und Steuerpolitik eine bestimmte Ausgestaltung von geschlechtlichen Zuschreibungen forciert. Mein Gegenstand sind die erziehenden und führenden Mechanismen des erweiterten Staates, die auf die Hervorbringung spezifischer Formen von Subjektivität abzielen. Ausgangspunkt ist Gramscis Aussage, dass »jeder Staat bestrebt ist, einen bestimmten Typus von Zivilisation und von Staatsbürger (und damit des Zusammenlebens und der individuellen Beziehungen) zu schaffen und zu erhalten, bestimmte Gewohnheiten und Verhaltensweisen zum Verschwinden zu bringen und andere zu verbreiten« (H. 13, §11, 1548).

### *Fordismusanalyse*

Mit militärischem Drill war die Herausbildung des neuen Menschentypus für den Fordismus nicht möglich: Das »militärische ›Vorbild‹ war zu einem verhängnisvollen Vorurteil geworden, die Arbeitshere scheiterten« (H. 4, §52, 529). Vielmehr war für das fordistische Produktionsmodell eine bestimmte *Führung* nötig, wobei diese sich primär auf die Integration hegemonialer Weltauffassungen in den Alltagsverstand bezieht. So wurden beispielsweise staatliche Kampagnen gegen Alkoholmissbrauch und Polygamie geführt. Gramsci argumentiert, dass die (zumeist) männlichen Lohnarbeitssubjekte eine bestimmte Lebensweise verfolgen müssen, damit sie die Anforderungen der tayloristischen Fließbandproduktion ausüben können. Da das fordistische Produktionsmodell den Arbeitssubjekten primär Routinetätigkeiten und Arbeitshandlungen innerhalb eines strikt vorgegebenen Ablaufs abverlangte, setzt die Reproduktion des gesellschaftlichen Zusammenhalts voraus, dass die Individuen selbst ein geregelter, stabiles Leben führen: »Der neue Industrialismus will die Monogamie, will, dass der arbeitende Mensch seine Nervenkräfte nicht bei der krampfhaften und ungeordneten Suche nach sexueller Befriedigung verschwendet: der Arbeiter, der nach einer ausschweifenden Nacht zur Arbeit geht, ist kein guter Arbeiter, der Überschwang der Leidenschaft verträgt sich nicht mit der zeitgemessenen Bewegung der Maschinen und der menschlichen Produktionsgesten« (H. 4, §52, 531).

Aus Gramscis Fordismusanalyse kann man folgern, dass das Gelingen der Produktionsweise staatliche Interventionen für eine bestimmte Subjektivität braucht. Dabei skizziert er, wie die Lebensführung der männlichen Arbeiter wesentlich durch das »Modell« der Haus- und Ehefrau abgesichert wurde, die gewährleisten musste, dass »der Arbeiter [in seiner Freizeit] sein Geld »rational« ausgibt, um seine muskulär-nervliche Leistungsfähigkeit zu erneuern, zu erhalten und möglichst zu erhöhen, nicht um sie zu zerstören oder zu schädigen« (H. 4, §52, 530). Frigga Haug fasst mit Blick auf die Geschlechterverhältnisse den »neuen Menschentypus« des Fordismus zusammen: »Seine [des Arbeiters] Verausgabung bedingt spezifische Moral und Lebensweise, Monogamie als nicht zeitvergeudend-ausschweifender Sex, wenig Alkoholkonsum, die Einsetzung von Hausfrauen, die über Disziplin, Lebensführung, Gesundheit, Ernährung der Familie, also das Wie des Konsums wachen und entsprechend tätig sind« (2001, 772). Die Haus- und Ehefrauen stellen somit das für den männlichen Industriearbeiter des Fordismus notwendige »äußere« Gleichgewicht dar. Da durch die Produktionsweise »Menschlichkeit und Geistigkeit, Kunst und Handwerk [...] zerstört« werden, wird »das psycho-physische Gleichgewicht außerhalb der Arbeit aufrechterhalten, um den individuellen Zusammenbruch zu verhindern« (Haug 1998, 83).

Diese Form der vergeschlechtlichten Arbeitsteilung und Lebensführung wurde durch gesetzliche Regelungen sowie staatlich abgesicherte Institutionen wie den Familienlohn gewährleistet. Dabei ist aus einer hegemonietheoretischen Perspektive die Zustimmung und Übernahme bestimmter ideologischer Normvorstellungen die Voraussetzung für die stabile Reproduktion der fordistischen Gesellschaftsformation.

### *Gramscis Hegemonietheorie und die staatliche Produktion von vergeschlechtlichten Subjekten*

Gramsci schreibt, dass es der herrschenden Klasse nur gelingen kann, ihre hegemoniale Position aufrechtzuerhalten, wenn sie der Zustimmung der Beherrschten habhaft wird. Da die Übernahme der ideologischen Normen und »Weltauffassungen« – die ich hier als Medium von gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit fasse – die Basis ihres alltäglichen Handelns, Denkens und Fühlens darstellt, wird die Ausbildung von Subjektivität erst durch sie ermöglicht. Auch die Geschlechterverhältnisse werden so zentral über die Internalisierung staatlicher vergeschlechtlichter Zuschreibungen reguliert. Wenn wir Geschlechterverhältnisse als »fundamentale Regelungsverhältnisse in allen Gesellschaftsformationen« (F. Haug 2001, 761) begreifen, dann wird aus einem feministisch-hegemonietheoretischen Blick die staatliche Hervorbringung bestimmter vergeschlechtlichter Subjektformen und deren Integration in den Alltagsverstand die *Voraussetzung* dafür, dass eine historisch-spezifische Ordnung der Geschlechterverhältnisse möglich ist. Geschlecht respektive »weibliche« oder »männliche« Subjektivität wird so als Denk-, Fühl-, und Wahrnehmungsform gefasst, die aus bestimmten materiellen Praxen resultiert und auf sie zurückwirkt. Vom Subjektstandpunkt gesprochen bedeutet das, dass Ideologisches als Vereignschaftung von Subjekten, die ihre fremdverfügbaren Ursachen verleugnen, wahrnehmbar wird.

Mit Gramsci lässt sich zeigen, dass der neue Menschentyp vergeschlechtlicht herausgebildet wird und dass die Produktion solcher Subjektivität mit der Ausgestaltung gesellschaftlicher Arbeitsteilung und damit mit der Organisation der Reproduktion einer bestimmten Gesellschaftsformation insgesamt zusammenhängt. Auf diese Weise kann die Konstruktion von Geschlecht mit dem Staat und der Produktionsweise zusammengedacht werden, da die Ausgestaltung von »Weiblichkeit« (ebenso wie von »Männlichkeit«), die innerhalb der Zivilgesellschaft organisiert und in alltäglichen Praxen reproduziert wird, zur Voraussetzung wird, dass sich eine bestimmte Formation der Geschlechterverhältnisse historisch durchsetzen lässt. Geschlecht respektive »Frauen« und »Männer« werden nicht essenzialistisch gefasst, sondern als Effekt *staatlicher* Produktion. In Gramscis Hegemonietheorie lässt sich somit ein Instrumentarium finden, um das Zusammenspiel von Staat, kapitalistischen Produktionsverhältnissen und bürgerlichem Patriarchat zu theorisieren. Die Reproduktion der ökonomischen Verhältnisse ist an die Herausbildung einer historisch-spezifischen Subjektivität gebunden, die in einer Gesellschaft, die fundamental durch Geschlechterverhältnisse organisiert ist, vergeschlechtlicht sein muss.

### *Gesellschaftliche Umbrüche und das Ringen um einen neuen Menschentyp*

Aus einer hegemonietheoretischen Perspektive lassen sich gesellschaftliche Umbrüche nicht primär über Zwang realisieren, sondern vielmehr durch staatliche Formen der Führung und »Erziehung«. »Der Stoff, um den [dabei] gerungen wird, ist die Psychophysis der Menschen, motivierte Verausgabung auf dem geforderten Niveau und subjektive Zustimmung. Das schließt alle Fragen der Haltung zum Körper und zur Seele ein« (F. Haug 1998, 86). Auch Zuschreibungen von »Weiblichkeit« und »Männlichkeit«, bestimmte Formen männlicher und weiblicher Subjektconstitutionen sowie die Zustimmung zu Normen, welche Zuständigkeiten wie geschlechtsspezifisch gedacht und verteilt werden, werden dabei verändert. Der Staat greift in das Gelingen gesellschaftlicher und ökonomischer Transformationsprozesse ein.

Mit der Analyse des Fordismus stellt Gramsci eine Folie zur Verfügung, Veränderungen in der Produktionsweise, staatliche Interventionen und veränderte Subjektivitäten zusammen zu denken. An die Stelle der fordistischen Fließbandproduktion ist seit den 1970er Jahren eine hochtechnologisierte Produktionsweise getreten, die andere Lebensweisen bedingt und hervorbringt. Statt Stabilität und Voraussagbarkeit in den Arbeitsbiographien und Lebensverläufen sind Unbeständigkeit und das kreative Anpassen an sich ständig veränderte Bedingungen im hochtechnologisierten Kapitalismus gefordert. »Der fordistische Diskurs des passiven, verwalteten Bürgers wird durch den aktiven, selbstgestaltenden, »autonomen«, d.h. sich selbst kontrollierenden abgelöst, der sich sozusagen aus Eigeninteresse und zwecks Erfüllung seiner unmittelbaren Bedürfnisse den herrschenden Verhältnissen unterwirft« (Hirsch 2002, 188). Staatliche Kampagnen forcieren gegenwärtig sowohl Frauen als auch Männer als aktive und selbstgestaltende Subjekte, die ihre »employability« (Hartz 2001, 70; zit.n. F. Haug 2003) zu Markte tragen.

Im neoliberalen High-Tech-Kapitalismus »ist der ganze Mensch gefragt, mit seinen individuellen Möglichkeiten, seiner Offenheit, seinem Talent und seiner Leidenschaft, zu lernen, zu entdecken, etwas zu entwickeln und weiterzugeben« (16). Die neue Produktionsweise verlangt somit veränderte Lebensweisen der Subjekte und verwischt die fordistische Grenzlinie zwischen Arbeitszeit und Freizeit, die das äußere Gleichgewicht für die Monotonie in der Produktion war.

Neben staatlichen Kampagnen, die auch Frauen als »Unternehmerinnen ihrer selbst« konstruieren, finden sich in staatlichen Programmen weiterhin Zuschreibungen, die die weiblichen Subjekte ungebrochen als zuständig für die Reproduktionsarbeit behaupten. In den Debatten um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie beispielsweise werden immer noch Frauen als Hauptverantwortliche für Familienarbeit angerufen (vgl. Ludwig 2006). Der Grundwiderspruch, dass die gesellschaftliche Versorgungsarbeit zwar notwendig, aber zugleich in privater Form geregelt ist, bleibt somit als zentraler Bestandteil von Geschlechterpolitik (und damit als konstitutives Element in der vergeschlechtlichten Vergesellschaftung) bestehen.

Diese Gleichzeitigkeit von Normvorstellungen bringt neue Widersprüche in den weiblichen Subjektkonstitutionen hervor. F. Haug konstatiert, dass sie durch das Moment der Eigenverantwortung, welches zentral in den neokapitalistischen Subjektkonstruktionen ist, zusammengehalten werden (2001, 773). Iris Nowak (2001) betont eher neue gesellschaftliche Spaltungslinien zwischen hochqualifizierten, kinderlosen Frauen und niedrigqualifizierten Frauen mit Familie, für die jeweils andere Subjektivierungsformen zutreffen. Daher würden vergeschlechtlichte Subjektkonstitutionen in neuen Formen durch Klasse und Ethnie gebrochen. Dies wird noch dadurch unterfüttert, dass das Bild der flexiblen, mobilen und innovativen Arbeitssubjekte für besser qualifizierte Arbeitsverhältnisse zutrifft, während im »Niedriglohnssektor« die disziplinierenden Zugriffe sogar verschärft wurden.

### *Passive Revolution, feministische Forderungen und neokapitalistische Anforderungen*

Hegemonie ist in Bewegung, denn die Veränderung der Mittel, über welche der Konsens hergestellt wird, ist für deren Stabilität zentral. Die Integration von Kritik ist wesentlich für die Fähigkeit des Staates, die Subjekte zu orientieren. Gramsci bezeichnet die Eingliederung von kritischen Forderungen und Gegenbewegungen in den herrschenden Diskurs als »passive Revolution«. Hinter den gegenwärtigen Versprechungen staatlicher Führung sind Forderungen sozialer Protestbewegungen der 1970er und 1980er Jahre erkennbar. In den »Neuen Sozialen Bewegungen«, auch der Frauenbewegung, fungierten Forderungen nach mehr Selbstbestimmtheit als Momente einer Kritik, die den dominanten Arbeitsbegriff des Fordismus ebenso wie die dazugehörigen Lebensweisen und Subjektivierungsformen in Frage stellten.

Nach F. Haug (2007) war in der Zweiten Frauenbewegung »Arbeit [...] ein Dichtepunkt feministischen Zorns« (16) und die »Entwicklung eines anderen Arbeitsbegriffs« (18) daher ein zentrales Begehren. Haug führt vor, wie zu Beginn des neoliberalen Durchbruchs in Deutschland eine Veröffentlichung des Club of Rome

ebenfalls auf eine Erweiterung des Arbeitsbegriffs auf »alle produktiven Tätigkeiten im erweiterten Sinn« zielt (ebd.). Nicht nur die Hausarbeit, sondern sämtliche ehrenamtlichen Tätigkeiten und die Eigentätigkeit sollen als Säulen von Arbeit gefasst werden. Haug interpretiert das als Versuch, »die Krise der Arbeitsgesellschaft im Diskurs dadurch zu lösen, dass sie [die Lohnarbeit, die allerdings auch in der neokapitalistischen Gesellschaft notwendig für das Überleben bleibt] weniger wichtig genommen werden sollte« (17). Ausgeblendet bei dieser passiven Revolution ist die Frage, »ob Produktionsverhältnisse, die um die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft organisiert sind [...], bleiben können, wenn die Arbeitskraft selbst zunehmend durch Maschinen ersetzt wird« (18). Die einstige feministische Kritik an der Trennung von entlohnter Produktionsarbeit und privater – und folglich nicht entlohnter – Reproduktionsarbeit, ebenso wie an Paternalismus, Autoritarismus, aufgezwungener Arbeitszeit und vorgegebenen Arbeitsbereichen wurde integriert.

Eine ähnliche Integration von feministischen Forderungen lässt sich auch aus den aktuellen ›Governance-Konzepten‹ herauslesen. Governance gilt als Leitbild staatlichen Regierens, das insbesondere im Zusammenhang mit der neoliberalen Kritik am starren, bürokratischen Wohlfahrtsstaat des Fordismus Bedeutung erlangte. Es geht um neue Muster der Steuerung sowohl auf supranationaler als auch auf nationalstaatlicher Ebene, in denen verschiedene Akteure aus Staat und Gesellschaft miteinander kooperieren. Hierarchische Politikstile sollen horizontalen Formen politischer Entscheidungen in Netzwerken weichen. In der vermehrten Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Akteuren wird ein möglicher Weg gesehen, Partizipationsformen und Deliberationsprozesse zu erweitern, was insbesondere unter Bedingungen von Globalisierung, Neoliberalismus und damit einhergehenden Veränderungen von Staatlichkeit als Chance gesehen wird, politische Entscheidungen auch jenseits der Nationalstaaten auf der Basis demokratischer Strukturen zu treffen (Schmalz-Bruns 2005). Dies wird auch in feministischer Politikwissenschaft als potenzielle Alternative zu den maskulinistisch verfassten Nationalstaaten betrachtet (Holland-Cunz/Ruppert 2000). Diese Einschätzung basiert darauf, dass in die Governance-Konzepte die Kritik der Frauenbewegung an den maskulinistischen Strukturen des Staates ebenso wie die daraus folgende Forderung nach anderen Modellen politischer Entscheidungsfindung aufgenommen wurde. Dabei allerdings wird der patriarchale Staat der Zivilgesellschaft als herrschaftsfreie Sphäre gegenübergestellt, in der Frauen die gleichen Zugangsmöglichkeiten zu Ressourcen und Entscheidungen hätten wie Männer. Auch fehlt eine Kritik des technokratischen Steuerungskonzepts des Governance-Modells, das davon ausgeht, dass Probleme wie Armut und ungleiche Chancen zwischen den Geschlechtern durch »gutes Regieren« gelöst werden könnten. Schließlich sind die Zugänge zu Governance-Zusammenhängen in höchstem Maße informalisiert und folgen auch hier der Logik von Männerbünden. Somit führt das neue Modell staatlichen Regierens nicht zu einer zunehmenden Demokratisierung politischer Entscheidungen sondern vielmehr zu einer Re-Maskulinisierung politischer Prozesse in neuem Gewand, da zivilgesellschaftliche Akteure zwar teilnehmen können, zugleich aber staatliche Entscheidungen zunehmend intransparent gefällt werden.

*Ausblick – Feministische Eingriffe in den Stellungskrieg um den neuen Menschentyp*

Aus den bisherigen Überlegungen ergeben sich neue Forschungsfragen: Der Zusammenhang von Staat und vergeschlechtlicher Subjektivierung muss konkret erarbeitet werden, ebenso wie die staatlichen Verbindungslinien zwischen den nach Klasse, »Rasse« und Geschlecht unterschiedenen Subjektivierungsformen zu analysieren sind. In gegenwärtige Debatten um die Transformation von Staatlichkeit muss die Dimension der staatlichen Produktion des neuen Menschentypus einbezogen werden. Eine feministische staatstheoretische Analyse schließt vor diesem Hintergrund auch die Frage nach den neuen vergeschlechtlichten Subjektkonstitutionen in den aktuellen staatlichen Kampagnen ein. Wie arbeiten sich Subjekte in die staatlichen Denk-, Wahrnehmungs- und Fühlformen heute ein, die Unterwerfung und Subjektwerdung zugleich bedeuten? Subjektwerdung wird bei Gramsci widersprüchlich gefasst, da sich die Individuen widerständig und aktiv in die herrschenden Ideologien einbauen, um diese für sich lebbar zu machen. In der bizarren Zusammensetzung des Alltagsverstandes und der Möglichkeit des Um- und Kohärent-Arbeitens liegen für Gramsci Anknüpfungspunkte für die Notwendigkeit von Befreiung (H. 11, §12, 1376). Schließlich verschieben sich auch für feministische politische Praxen die Koordinaten: Wenn der Zusammenhang zwischen Staat und vergeschlechtlicher Subjektivität wie beschrieben gefasst werden kann, dann bedeutet feministisches eingreifendes Handeln die Einmischung in den »Stellungskrieg« (H. 7, §10, 866) um den neuen Menschentyp und also in die Subjektivierungsformen, die immer auch das Resultat von sozialen Auseinandersetzungen sind. Die Einmischung in die Gestaltung eines neuen Menschentypus ist so auch eine Aufgabe sozialer Bewegungen und der organischen Intellektuellen. Hier gilt es, über Formen der Übersetzung nachzudenken, um die staatstheoretischen Erkenntnisse in politische Praxen zu wenden, die die bestehenden Ideologien als Bausteine der hegemonialen Subjektivierungsformen sichtbar und angreifbar machen, »nicht aus Gründen der Moral usw., sondern eigens aus Gründen des politischen Kampfes: um die Regierten von den Regierenden unabhängig zu machen, um eine Hegemonie zu zerstören und eine andere zu schaffen, als notwendiges Element des Umsturzes der Praxis« (H. 10, Teil II, §41, 1325).

*Literatur*

Butler, Judith, *Excitable speech. A Politics of the Performative*, New York-London 1997

*Das Argument* 210, »Für einen neuen Geschlechtervertrag«, 37. Jg., 1995, H. 4

Demirović, Alex, u. Katharina Pühl, »Identitätspolitik und die Transformation von Staatlichkeit«, in: Eva Kreisky u. Birgit Sauer (Hg.), *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation*, PVS Sonderheft 28/1997, 220-40

Gerhard, Ute, Alice Schwarzer u. Vera Slupik (Hg.), *Sozialstaat auf Kosten der Frauen*, Weinheim-Basel 1988

Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*, 10 Bde., hgg. v. K. Bochmann, W.F. Haug und P. Jehle, Hamburg 1991-2002 (zit. Gef.)

Haug, Frigga (Hg.), *Sexualisierung der Körper*, Berlin 1981, 3.A. 1991

dies., »Gramsci und die Produktion des Begehrens«, in: *Psychologie und Gesellschaftskritik* 86/87, 1998, H. 2/3, 75-92

dies., »Zur Theorie der Geschlechterverhältnisse«, in: *Das Argument* 243, 43. Jg., 2001, H. 6, 761-87

dies., »Schaffen wir einen neuen Menschentyp? Von Henry Ford zu Peter Hartz«, in: *Das Argument* 252, 2003, 45. Jg., H. 4/5, 606-17

dies., »Blick zurück – nach vorne! Geschlechterforschung und feministische Politik im Lauftrad des Neoliberalismus«, in: Karoline Bankosegger u. Edgar Forster (Hg.), *gender in motion. Genderdimensionen der Zukunftsgesellschaft*, Wiesbaden 2007, 13-33

Haug, Wolfgang Fritz, *Pluraler Marxismus. Beiträge zur politischen Kultur*, Bd. 2, Berlin 1987

Hirsch, Joachim, *Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen*, Hamburg 2002

Holland-Cunz, Barbara, u. Uta Ruppert (Hg.), *Frauenpolitische Chancen globaler Politik. Verhandlungsverfahren im internationalen Kontext*, Opladen 2000

Kreisky, Eva, »Der Staat ohne Geschlecht? Ansätze feministischer Staatskritik und feministischer Staatsklärung«, in: dies., u. Birgit Sauer (Hg.), *Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung*, Frankfurt/M-New York 1995, 203-22

Ludwig, Gundula, »Zwischen ›Unternehmerin ihrer selbst‹ und ›fürsorgender Weiblichkeit‹. Regierungstechniken und weibliche Subjektkonstruktionen im Neoliberalismus«, in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis*, Nr. 68, 2006, 49-59

Nowak, Iris, »Feminismus für die Elite – Familie fürs Volk«, in: *Das Argument* 247, 44. Jg., 2002, H. 4, 459-72

Pateman, Carole, *The Sexual Contract*, Stanford 1988; dt.: »Der Geschlechtervertrag«, in: Erna Appelt u. Gerda Neyer (Hg.), *Feministische Politikwissenschaft*, Wien 1994, 73-95

Priester, Karin, »Zur Staatstheorie bei Antonio Gramsci«, in: *Das Argument* 104, 19. Jg., 1977, 515-32

Pringle, Rosemary, *Secretaries Talk*, London-Sydney 1989

Projekt Ideologietheorie, *Der innere Staat des Bürgertums. Studien zur Entstehung bürgerlicher Hegemonie-Apparate im 17. und 18. Jahrhundert*, Berlin 1986

Pühl, Katharina, »Geschlechterverhältnisse und die Veränderung von Staatlichkeit in Europa. Ansätze eines theoretischen Perspektivenwechsels«, in: Eva Kreisky, Sabine Lang u. Birgit Sauer (Hg.), *EU. Geschlecht, Staat*, Wien 2001, 33-54

Rumpf, Mechthild, »Staatsgewalt, Nationalismus und Krieg. Ihre Bedeutung für das Geschlechterverhältnis«, in: Eva Kreisky u. Birgit Sauer (Hg.), *Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung*, Frankfurt/M-New York 1995, 223-54

Sauer, Birgit, *Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte*, Frankfurt/M-New York 2001

dies., »Staat – Institutionen – Governance«, in: dies., u. Sieglinde K. Rosenberger (Hg.), *Politikwissenschaft und Geschlecht*, Wien 2004, 107-25

Schmalz-Bruns, Rainer, »Demokratie im Prozess der Globalisierung: Zur Demokratieverträglichkeit von Global Governance«, in: Maria Behrens (Hg.), *Globalisierung als politische Herausforderung. Global Governance zwischen Utopie und Realität*, Wiesbaden 2005, 79-98

Seemann, Birgit, *Feministische Staatstheorie. Der Staat in der deutschen Frauen- und Patriarchatsforschung*, Leverkusen 1996

Wasmuhl, Ulrike (Hg.), *Friedensforschung. Eine Handlungsorientierung zwischen Politik und Wissenschaft*, Darmstadt 1991

Derek Boothman

## Gramsci und der Islam

In Gramscis Gefängnisschriften sowie in seiner journalistischen Tätigkeit vor der Verhaftung nehmen der Islam und die islamischen Länder eine beachtliche Stellung ein. Die Bemerkungen hierzu beziehen sich auf die Rolle der Religion, die religiös orientierten und die laizistischen Intellektuellen, die nach dem Ersten Weltkrieg neu entstandenen arabischen Staatengebilde und die Beziehungen der arabischen und moslemischen Welt zu den imperialen Staaten. Die großen Erdölvorkommen warteten noch auf ihre Entdeckung, weshalb diese Frage in der arabisch-moslemischen Welt mit Ausnahme des Iraks und Irans damals noch relativ wenig Gewicht hatte. Die hauptsächlichen Themen, die Gramsci aufgeworfen hat, sind hochaktuell geblieben, besonders wenn man an das noch offene Problem des letzten Staates im sogenannten »Nahen Osten«, den palästinensischen, denkt, der im Begriff ist, sich zu formieren. Natürlich haben sich bestimmte Details der von Gramsci behandelten Themen inzwischen verändert. Außerdem ist zu beachten, dass manche Anmerkungen besonders zum Nahen Osten eher indirekte Anspielungen auf die damaligen Ereignisse enthalten. Folglich musste der vorliegende Aufsatz durch Informationen zu den historischen Hintergründen ergänzt werden. Er stellt einen Versuch dar, Gramscis Gedanken über die Welt des Islam zu rekonstruieren und sie im letzten Teil mit den Auffassungen anderer Marxisten jener Zeit zu vergleichen.

### *Vorbemerkung: Der Beitrag des Islam zur westlichen Kultur*

Zunächst muss festgehalten werden, dass Gramsci den Beitrag, den der Islam zur Kultur des Okzidents geleistet hat, voll und ganz anerkannte; in seinen Äußerungen greift er zu Recht weit zurück. Die in der Pariser Schule in der ersten Phase der Renaissance entbrannten Debatten, die von den »gewachsenen Forderungen der Vernunft« zeugen, waren insbesondere Averroes' Lehren bzw. »dem Druck der arabischen Kultur« (*Gef.*, H. 5, §123, 666f) zu verdanken. Und im selben Paragraphen fügt er eine Korrektur an der Argumentation des Verfassers jenes Artikels an, den er gerade diskutiert: Zwar kehrte damals die antike Philosophie in den Gesichtskreis der europäischen Kultur zurück, doch geschah das nicht aus innerem intellektuellem Antrieb oder kraft »der vom Christentum erahnten Wahrheiten«, sondern vielmehr deshalb, »weil sie von den Arabern und von den Juden eingebracht worden war« (668). An anderer Stelle (H. 16, §5; Erstfassung: H. 4, §92) würdigt Gramsci den Beitrag der Araber zur europäischen Kultur. Für die Zeiten, die ihm wesentlich näher sind, zitiert er als Zeichen für die Fähigkeit des Islam, sich selbständig zu erneuern, die »Abweichungen« einiger religiöser Zirkel im Turin der Jahre vor dem Ersten Weltkrieg, die »soweit gingen, die modernisierenden Tendenzen des Islam und des Buddhismus wohlwollend zu billigen« (H. 20, §4, 2019), wobei unter »Modernisierung« ein Typ islamischen religiös-theologischen



Modernismus bzw. die Neuinterpretation des islamischen Wissens im Lichte der neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realitäten zu verstehen ist, analog zu den Modernisierungstendenzen im Katholizismus jener Zeit.

### *Die arabische Halbinsel*

Die kulturelle, aber auch politische Kraft der Berufung auf eine puritanisch-fundamentalistische Religion wird sichtbar, wo sich Gramsci über verschiedene Führerpersönlichkeiten und politische Veränderungen in der arabischen Welt, vor allem in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg äußert (vgl. H. 2, §30). Darin tritt seine Fähigkeit zutage, anhand weniger Informationen die Schlüsselpersönlichkeiten zu erkennen – tatsächlich haben die im Folgenden diskutierten Personen in der arabischen Welt eine wichtige Rolle gespielt.

Die Entdeckung von Erdölvorkommen auf seinem Territorium und ihre Ausbeutung nach dem Zweiten Weltkrieg machen Ibn Saud zur wichtigsten Figur dieser Notiz. Dem kaum mehr als zwanzigjährigen Sprössling einer Familie, die einen großen Teil der arabischen Halbinsel beherrscht und diese Herrschaft später eingeübt hat, gelang es 1902 mit wenigen Leuten und noch weniger Geld, Riad einzunehmen. Mit dieser Stadt als Ausgangspunkt dehnte er in den folgenden zwei Jahren das von ihm kontrollierte Gebiet so weit aus, bis er sich der Hälfte Zentralarabiens (des Nedschd) bemächtigt hatte, das er gegenüber anderen Prätendenten, den von der Türkei militärisch unterstützten Raschiden (Anhängern des syrischen islamischen Reformers Raschid Rida, 1865-1935), verteidigen konnte. Das Instrument seiner Macht war nicht so sehr eine reguläre Armee als vielmehr seine militärisch-religiöse Organisation, die Ikhwan («Brüder»), muslimische Wahhabiten, die sich durch ihren fundamentalistischen und puritanischen Eifer auszeichneten, der zugleich das einigende Band der unterschiedlichen Stämme war, aus denen sich die Organisation zusammensetzte. Die Unterstützung Raschids seitens der Türkei veranlasste die britische Regierung, Ibn Saud zu helfen und ihn zu einem ihrer Marionetten in der Region zu machen; wie Gramsci im selben Paragraphen schrieb, war einer Diskussion im Unterhaus sogar zu entnehmen, dass er »von der englischen Regierung ein reguläres Gehalt erhielt«. Von seinem Machtzentrum aus verschaffte sich Ibn Saud nach der Beseitigung der Raschiden den Zugang zum Roten Meer, wo er den Küstenstreifen mit Mekka und Medina vor sich fand, auf dessen Grundlage der Präsident der USA, Wilson, und der britische Premier Lloyd George bei der Aufteilung des Territoriums nach dem Ersten Weltkrieg »einen Staat des Hidschas unter britischem Protektorat geschaffen« hatten (*Avanti!*, 11.2.1919; in: *L'Ordine Nuovo*, 216). Ohne viele Umstände zu machen, schickte Ibn Saud seine Ikhwan los, um den Hidschas zu erobern, und informierte die Briten, dass sie gegen seine Befehle gehandelt hätten: »1926 (am 8. Januar) riefen die siegreichen Wahhabiten Ibn Saud zum König vom Hidschas aus« (*Gef.*, H. 2, §30, 246), womit sich die Wahhabiten, schlussfolgert Gramsci, als die »Fähigsten« erwiesen haben, »Arabien zu einigen«. Statt es dabei bewenden zu lassen, wollten die Ikhwan jedoch die Nicht-Wahhabiten, die sie als

Ungläubige ansahen, beseitigen, und in einer Aktion, die Gramsci nicht erwähnt, ließ sie der König nach einer von ihm nicht autorisierten Aggression gegen den neuen irakischen Staat massakrieren.

Neben Ibn Saud geht es in dem Paragraphen noch um weitere Führer der arabischen Halbinsel, so um den des Jemen, den Imam Jahja ibn-Mohammad Hamid, allgemein bekannt als Jahja, sowie um Mohammad Ali, »während des libyschen Krieges als Scheich Idris bekannt geworden«, und seinen Verbündeten, den Scherif Hussein (Husayn ibn Ali), »der sich am 6. November 1916 zum König von Arabien erklärt hatte« und daher ein unmittelbarer Rivale Ibn Sauds war. Jahja, Führer des Jemens bis zu seiner Ermordung im Jahre 1948, führte in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts einen Aufstand seines Landes gegen die Osmanen an, »der dessen Unabhängigkeit festigte«, dann wechselte er die Seite und »ergriff im europäischen Krieg Partei für die Türkei«, um der Machterweiterung des pro-britischen Scherifs Hussein entgegenzuwirken.

Idris dagegen war ein Enkel von Achmed ibn-Idris el-Hassani el-Idrisi, den Gramsci einen »marokkanischen Eiferer« nennt und der 1837 eine sufistische Sekte, die Senussi-(Sanûsiyyah)-Brüderschaft, gründete. Nach den hier erwähnten Ereignissen begab sich Idris nach Libyen, von wo er vom faschistischen Regime Italiens verjagt wurde, um nach dem Zweiten Weltkrieg dahin zurückzukehren; inzwischen zum Oberhaupt der Senussi geworden, wurde er unter seinem Namen Idris zuerst Regierungschef und dann König, bis er 1969 von Oberst Mu' ammar Gaddafi gestürzt wurde. Es ist nicht ohne Interesse zu wissen, dass dieser, der anfangs ein reiner Politiker war, seine Stellung gegenüber der religiösen Gemeinschaft seines Landes dadurch festigte, dass er eine Angehörige einer bedeutenden Senussi-Familie heiratete.

Alle vier von Gramsci erwähnten Personen spielten in der Nahostpolitik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine wichtige Rolle. Zwei von ihnen, Jahja und Hussein, festigten ihre Positionen, indem sie sich zu Kalifen (»Erben«) aufgrund ihrer direkten Abstammung vom Propheten Mohammed erklärten, wenn auch der Aufschwung der Nationen und des Nationalismus in der islamischen Welt die Wiederherstellung eines von allen anerkannten Kalifats unmöglich gemacht hatte. Von den zwei anderen, Idris und Ibn Saud, war der erste, wie Jahja, sowohl ein religiöser als auch politischer Führer, während der zweite als König von Saudi-Arabien einen wahhabitischen Puritanismus durchsetzte, der sich bis heute auf der arabischen Halbinsel und darüber hinaus gehalten hat und der, wenn mit politisch autoritären Ansichten verbunden, Bewegungen wie die Taliban oder Al-Qaida hervorgebracht hat. Obwohl er nicht explizit darauf eingeht, ahnt Gramsci den engen Zusammenhang zwischen Politik und Religion, der in vielen Ländern mit starker islamischer Prägung (aber auch in anderer Form in einigen Ländern mit katholischer Mehrheitsbevölkerung) besteht, und begibt sich durch den Vergleich zwischen den Paradigmen der laizistischen Gesellschaft und der tendenziell theokratischen Gesellschaft dezidiert auf die Linie von Marx, wenn dieser sich fragt, warum »die Geschichte des Orients als eine Geschichte der Religionen [...] *erscheint*« (Marx an Engels, 2.6.1853, MEW 28, 252), allerdings keine Antwort wagt. Vierzig Jahre danach versucht der alte Engels eine Erklärung: »Die Beduinen, arm und aus Armut sittenstreng«, erhoben sich periodisch gegen die Reichtümer und die Vergnügungen

des städtischen Lebens. »Dann tun sie sich zusammen unter einem Propheten, einem Mahdi, die Abgefallenen zu züchtigen, die Achtung vor dem Zeremonialgesetz und dem wahren Glauben wiederherzustellen und zum Lohn die Schätze der Abtrünnigen einzuheimsen. [...] Es sind alles religiös verkleidete Bewegungen, entspringend aus ökonomischen Ursachen« (MEW 22, 450, Fn.). Auf die von Gramsci vorgestellten Personen bezogen, erscheint Engels' Aussage wie eine Beschreibung der Aktion des Ibn Saud, als er Riad mit Hilfe von nur vierzig Kamelreitern einnahm, um danach ein puritanisches Regime zu errichten.

Eine ähnliche Position wird viele Jahre nach Gramsci in einem schönen Buch von Ryszard Kapuscinski umrissen. In Algerien, so bemerkt er, spreche man von zwei Arten des Islam, einem »der Wüste«, der kriegerischen Nomadenstämme, und einem »des Flusses und des Meeres«, der Händler und der Basare, wo man für Kompromisse eher zu haben sei, nicht nur als eine Frage des »wirtschaftlichen Vorteils, sondern allgemein als Daseinsbedingung« (2005, 209). Der Bruch, der kurz nach der Unabhängigkeit des Landes erfolgte, sei auf diesen Unterschied zurückzuführen. In der Tat war der erste Ministerpräsident und spätere Präsident des unabhängigen Algerien, Ahmed Ben Bella, ein Vertreter der Tendenz »des Meeres«, der sich stärker auf das Ausland orientierte, damals nur nominell ein Muslim war und nicht an der letzten Phase des Kampfes um die Unabhängigkeit teilgenommen hatte, weil er sich entweder im Ausland befand oder von den Franzosen zu einer Zuchthausstrafe verurteilt war; dagegen hatte Oberst Boumedienne, der ihn stürzte, eine Truppe in der Wüste befehligt, wo er seine Leute rekrutierte und die Unterstützung der streng religiös eingestellten Nomaden genoss. Dennoch öffnete Boumedienne sein Land der Industrialisierung und dem Westen, während Ben Bella, der anfangs den sozialistischen Ländern nahestand, nach seiner Entlassung aus dem algerischen Gefängnis nach Boumediennes Tod Selbstkritik übte und sich dem Islam annäherte. Entsprechend unterscheidet Ernest Gellner zwischen zwei Formen von Islam, einem »höheren«, der städtisch, gemäßigt und offen für Reformen ist und sich an den Heiligen Schriften orientiert, und einem »niederen«, der ländlich, abergläubisch, stammesgebunden und dem Heiligenkult verpflichtet ist; Worte, die an Gramscis Äußerungen zum Maghreb anklingen: »im ländlichen Islam agieren die Sippen und ihre Heiligtümer als Vermittler zwischen dem Menschen und der Gottheit« (Gellner 1984, 73). Zieht man die Versuche in Betracht, nach dem Fall des Osmanischen Reiches eine wie auch immer geartete Einheit herzustellen, dann wird Gramscis folgende Äußerung zu Jahja vielleicht verständlicher: als Anhänger des saiditischen Ritus galt er in den Augen der »sunnitischen Mehrheit« als »Ketzer« und suchte zur Festigung seiner Position »auf die Nationalität und die Tatsache seiner Abstammung vom Propheten zu pochen« (*Gef.*, H. 2, §30, 247). Mit anderen Worten, er tendierte zur Schaffung von Nationalstaaten angesichts der ständigen Spannung zwischen dem panislamischen »theokratischen Kosmopolitismus« und dem »Nationalgefühl« bzw. »der großen Häresie, auf die sich die Häresien im eigentlichen Sinne gründen« (H. 2, §90, 299). Unter »theokratischem Kosmopolitismus« ist augenscheinlich ein im Volk verwurzelt religiöses Gefühl zu verstehen, das die normalen Staatsgrenzen überschreitet, analog zum Katholizismus des Mittelalters.

### Der Maghreb

Es bedarf zweifellos einer gewissen Vorsicht, wenn man Gramsci definitive Meinungen auf der Grundlage von Artikeln zuschreibt, die er gelesen hatte, ohne die nötigen Quellen zur Verifizierung bestimmter Positionen konsultieren zu können. Dies gilt auch für seine Äußerungen zum islamischen Klerus. Unter Berufung auf einen Artikel in der *Nuova Antologia* vom 1. August 1929 (»Die Heiligen im Islam« von Bruno Ducati) gibt Gramsci den Kommentar des Autors wieder, wonach der Islam offenbar charakterisiert wird durch das relative »Fehlen einer Ordensgeistlichkeit, die als Bindeglied zwischen dem theoretischen Islam und den populären Glaubenssätzen dient«, mit der Konsequenz eines großen »Abstandes zwischen Intellektuellen und Volk« (*Gef.*, H. 5, §90, 648f). Die Rede ist anscheinend von bestimmten »Peripherien« der muslimischen Welt, speziell vom Maghreb, den Ducati zum Gegenstand hat; dass eine Geistlichkeit fehle, scheint für andere Teile der islamischen Welt von damals nicht zu stimmen, zum Beispiel für Mittelasien, und mit Sicherheit nicht für die heutigen Zeiten. Auf jeden Fall gibt es seit Jahrhunderten eine Schicht gelehrter Männer oder Studenten, die *Ulemas*, die in Abwesenheit des Kalifats die Rolle religiöser Führer ausüben, indem sie die mündlichen Äußerungen (die *hadith*, was oft mit »Traditionen« übersetzt wird) des Propheten, der ersten Kalifen und anderer Autoritäten mit dem Ziel auslegen, Urteile abzugeben. Folglich, so Gramsci, müsste man »den Typus kirchlicher Organisation des Islams und die kulturelle Bedeutung der theologischen Universitäten« genau untersuchen. Besonders in isolierten Gebieten wie denjenigen Nordafrikas beruhte die Verbindung zwischen Intellektuellen und Volk statt auf den heiligen Schriften auf einem »Fanatismus«, der »psychische Massen an Gefühlen und Impulsen ansammelt, die sich auch bis in normale Zeiten hinein erhalten« (649). In solchen Gebieten fand die Vermittlung zwischen Volk und Gottheit weniger über die Intellektuellen und den Klerus statt als vielmehr über die populären Heiligen wie im Sufismus und Marabutismus – eine Ansicht, die, wie wir weiter oben gesehen haben, auch von heutigen Wissenschaftlern wie Gellner geteilt wird. Da viele dieser Heiligen an »die alten Götter der vom Islam besiegten Religionen« erinnern (650), erhielt die populäre Religion dieses Gebiets einen nahezu polytheistischen Zug. In einigen Fällen, nicht notwendigerweise in denen, auf die sich Gramsci bezieht, bewahrt die Beobachtung auch heute noch ihre Gültigkeit; man denke an die synkretistischen Religionen in den Gegenden, wo sich der Katholizismus mit Animismus vermischt. Auch die Ausführungen zum Fanatismus haben noch ihren Wert, obwohl es heute vielleicht eine ausgedehntere Schicht fundamentalistischer Intellektueller als zu Gramscis Zeiten ist, die ihn schüren, und das Phänomen natürlich weder auf eine Religion allein noch überhaupt auf die Religion als solche beschränkt ist.

Gramsci schließt diesen Paragraphen, indem er die Meinung des Autors zitiert, wonach solche Heilige eine Kraft waren, die »das größte Hindernis für die Verbreitung der westlichen Zivilisation« oder auch »ein wertvolles Hilfsmittel für die europäische Expansion« darstellen konnte. In Libyen ist, wie man gesehen hat, die Opposition zur Kolonialmacht von einem Führer sufistischer Herkunft angeführt

worden, dem die Brüderschaften der Senussi zur Seite standen. Auch hier sehen wir deshalb, dass die Häupter der Religion eine politische Rolle spielen können, analog zu den vier diskutierten Persönlichkeiten (vgl. H. 2, §30). Im ersten Fall waren die Personen in erster Linie politische Führer mit einer sekundären religiösen Rolle, während in Ducatis Artikel der Akzent auf die religiöse Funktion der Personen gelegt wird, die dann eine politische Rolle spielen sollten.

### *Nationen und Nationalismus*

Für Gramsci war die Hauptfrage die Anpassung des Islam an die moderne Zivilisation. Ein wenig optimistisch stellt er fest, dass gerade »das Fehlen einer massiven kirchlichen Organisation christlich-katholischen Typs die Anpassung erleichtern müsste«, an eine Zivilisation, die in ihrer »industriell-ökonomisch-politischen Erscheinung im Orient am Ende siegen wird« (H. 2, §90, 298) – ein Urteil, das er in Bezug auf Indien und China wiederholt (vgl. H. 7, §62). »In Wirklichkeit ist die tragischste Schwierigkeit für den Islam durch die Tatsache gegeben, dass eine durch Jahrhunderte der Isolation und durch ein verfaultes Feudalregime [...] abgestumpfte Gesellschaft zu plötzlich mit einer frenetischen Zivilisation in Kontakt gebracht wird, die sich bereits in ihrer Auflösungsphase befindet.« (H. 2, §90, 299) Im Unterschied zum Christentum, das »neun Jahrhunderte gebraucht [hatte], um sich zu entwickeln und anzupassen«, ist der Islam »gezwungen, schwindelerregend schnell zu laufen«. In Bezug auf Indien lenkt Gramsci die Aufmerksamkeit auf dessen »jahrhundertealte gesellschaftliche Abgestumpftheit« und fügt hinzu, dass »die Krise sehr lange anhalten und eine große Revolution notwendig sein wird, damit es zum Anfang einer Lösung kommt« (H. 2, §86, 296). Viele der Beobachtungen, die der Autor des Artikels über Indien anstellt, könnten »für viele andere Länder und andere Religionen gemacht werden«. Die Ähnlichkeiten zwischen den beiden Paragraphen lassen vermuten, dass die Bemerkungen zum indischen Subkontinent – wo über die Hindus hinaus auch zwischen sechzig und siebzig Millionen Muslime wohnten, worauf Gramsci nicht eingeht – auch für die islamischen Gesellschaften im Allgemeinen gelten können.

Vergleicht man das damit, was er über die Intellektuellen in Indien sagt, so wird deutlich, dass er vor allem, aber vielleicht nicht ausschließlich, den laizistischen Intellektuellen vertraut. In Indien waren die Intellektuellen »der Ausdruck der mittleren und industriellen Klassen geworden« (H. 6, §32, 735), ein Produkt des Industrialismus, aber in ihnen sah Gramsci »das Neue (kritischer Geist) [...] noch nicht so weit verbreitet, dass es eine »öffentliche Meinung« bildet, die sich dem Alten entgegenstellt« (H. 2, §86, 296); die laizistischen Intellektuellen stellten dennoch die Schicht dar, die fähig war, Schulen für die indischen Massen zu schaffen. Gramsci unterstellt, dass die damalige Phase politischer Entwicklung, in der sich die arabisch-muslimischen Länder befanden, die noch für ihre Behauptung als Nationen kämpften, nicht mit derjenigen von Ländern unter kolonialer Herrschaft im engeren Sinne wie Indien identisch sein kann, dessen Volk sich bereits in einer relativ fortgeschrittenen Phase der Nationalbewegung befindet (vgl. H. 2, §48 u. H. 1, §134).

Auf der anderen Seite waren die arabischen Führer (vgl. H. 2, §30) auf die eine oder andere Weise allesamt Komplizen des westlichen Imperialismus. Vereinfachend kann man Gramscis Positionen vielleicht so zusammenfassen, dass die nationalen Bewegungen der arabisch-muslimischen Welt in der Zeit, in der er diese Notizen niederschrieb, nicht durch einen Kampf gegen die imperiale Macht als solche gekennzeichnet waren. Die Führer der unterdrückten Länder hielten es einmal mit dieser, einmal mit jener Macht (zum Beispiel mit England oder der osmanischen Türkei vor dem Ersten Weltkrieg), je nach ihren unmittelbarsten Interessen, und schlossen, wie später bei verschiedenen Gelegenheiten hinsichtlich der Ausbeutung der Erdölvorkommen zu sehen war, Wirtschaftsverträge ab, mit denen sie die Interessen der Erdölgesellschaften der imperialen Länder stärker bedienten als die ihrer eigenen Völker. In der Zeit um Gramscis Verhaftung setzte die Theorisierung eines kohärenteren Nationalismus ein, und es wurden von arabischen Historikern und Vertretern der intellektuellen Mittelschichten Nationalbewegungen gegründet. Die bekannteste, obgleich als Partei erst 1947 gegründet, ist die Baath-Partei (Partei der Wiedergeburt), die dank des in den dreißiger Jahren von einigen früheren Anhängern der kommunistischen Bewegung geleisteten Beitrags eine sozialistische Note erhielt, obwohl sie den Marxismus als spezifisch europäische und der ›arabischen Nation‹ nicht adäquate Tendenz ablehnte. Andere Tendenzen panarabischer Natur haben ihren Ursprung entweder in den Bewegungen ›freier Offiziere‹ der Streitkräfte, welche die Mittelschichten und das nationale Bürgertum repräsentieren, oder in den Kreisen der Notabeln, der Großgrundbesitzer und anderer wohlhabender Schichten, und beruhen typischerweise auf vor- und antidemokratischen Klientelsystemen, wie es in Saudi-Arabien zu sehen ist. Es besteht offensichtlich ein enger Zusammenhang, um nicht zu sagen ein unentwirrbarer Knoten von Widersprüchen, welche die nationalen Aspekte, die panarabischen und natürlich auch solche der inneren Klassengegensätze umfassen, für welche – letzter und schreiendster Widerspruch – die Ärmsten der Armen oft die Lösung des Radikalismus und religiösen Fundamentalismus gewählt haben.

### *Imperiale Machtausübung*

Die Frage der Kolonialherrschaft über die weniger entwickelten Länder liegt einer weiteren Notiz zugrunde, die, wie so oft bei internationalen Fragen, von einem Artikel der *Nuova Antologia* ausgeht, in diesem Falle von dem Vorabdruck eines Kapitels aus dem *Handbuch politischer Fragen des islamischen Orients* von Romolo Tritonj, einem Autor, den Gramsci als »ernsthaft und informiert« einschätzt (H. 2, §63, 273). Tritonjs Schrift behandelt die Frage der sogenannten Kapitulationen, d.h. der Verträge, mittels derer ein in einem fremden Staat wohnender Bürger der Rechtsprechung des eigenen Landes und nicht der des Gastlandes unterworfen war. Das System geht auf die Zeiten zurück, in denen die Souveränität an die Person und nicht an das Territorium gebunden war, und hatte anfangs einen Sinn, wenn es um kleine Handelsniederlassungen ging. Man kann sich leicht vorstellen, dass die Kapitulationen bald zu einem Instrument der imperialen Macht wurden, die mit ihrer

Hilfe eine privilegierte, von der lokalen Rechtssprechung ausgenommene Klasse schuf. Die untergeordnete Nation besaß weder in Bezug auf Steuerleistungen der Ausländer noch auf die Zolltarife irgendeine Machtbefugnis; im Fall der Türkei erbt der neue Staat die Verträge des Osmanischen Reiches; zu einem Abkommen über die Abschaffung der Kapitulationen mit den Nationen, die siegreich aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangen waren, kam es erst, nachdem 1923 Mustafa Kemal die Macht errungen hatte. Das System, das dem jungen Staat schwer zu schaffen machte, hielt sich jedoch bis 1929.

Tritonj befürchtete, dass vermittels der vier Punkte, mit denen 1922 die Unabhängigkeit oder besser die Halbautonomie Ägyptens festgelegt worden war, Großbritannien auf eigene Faust handeln und sich in Ägypten »den ›Schutz ausländischer Interessen‹ vorbehalten« könnte (ebd.). Für Tritonj waren die italienischen Interessen besser durch die Kapitulationen geschützt, die seiner Meinung nach dazu dienten, die italienische Kolonie zusammenzuhalten. In den Mittelmeerländern, wo sie abgeschafft worden waren, war die Zuwanderung von Italienern versiegt oder schrittweise beendet worden (Türkei), oder die Kolonie wurde »entnationalisiert« (274) wie in Tunesien. Großbritannien hatte in Ägypten eine »sehr kleine« Kolonie, weshalb es kein Interesse hatte, die Kapitulationen aufrecht zu erhalten, aber indem das imperiale Land ihre Abschaffung akzeptierte, hätte es »die Haut der anderen verkaufen« können. Gramsci bemerkt dazu, die Italiener »möchten die Nationalisten zu Freunde haben, aber die Politik der italienischen Kolonie in Ägypten betreiben und die Abscheulichkeit der Lage, welche die Europäer in Ägypten geschaffen haben, auf Englands Schultern lassen« (ebd.).

Andere Kommentare Tritonjs, die von Gramsci diskutiert werden (vgl. H. 5, §107), beziehen sich auf Syrien und Palästina. Das Osmanische Reich, das im Ersten Weltkrieg mit den Mittelmächten verbündet war, schloss bekanntlich auch Palästina ein, das im kaiserlichen Parlament in Istanbul vertreten war; gegen den erwachenden arabischen Nationalismus hatten die Türken zu Repressalien gegriffen. Da verschiedene arabische Länder und Kleinstaaten sich unter der Protektion Großbritanniens befanden, dem diese Bindung im antideutschen Interesse am Herzen lag, offerierte es ihnen einige Vorteile mehr, als sie ihnen von den Osmanen geboten wurden – ein halbherziges Versprechen, dessen Nichteinhaltung nicht wenige der aktuellen Ressentiments in der Region hervorgebracht hat. So kam es, dass der britische Hohe Kommissar für Ägypten in Verhandlungen mit Hussein ibn Ali, dem wir weiter oben schon als Emir der Hidschas begegnet sind, 1915 die Unabhängigkeit eines Teils der arabischen Territorien anbot. Der Emir meinte, dass auch Palästina zu den Territorien gehöre, welche die Unabhängigkeit erlangen sollten. Bis zum Mai 1916 hatten jedoch Großbritannien, Frankreich und Russland eine Vereinbarung nicht zur Unabhängigkeit, sondern zu dem, was in dieser Notiz auch Gramsci die »Internationalisierung« zumindest eines großen Teils von Palästina nennt, unterzeichnet; eine solche Lösung stellte »das italienische Minimalprogramm« dar. Der Sturz des Zaren bot bald darauf den beiden anderen Signatarstaaten offenbar die Ausrede dafür, ihre Haltung zu ändern und Italien von diesem Teil der Kriegsbeute auszuschließen; Italien wurde, wie Gramsci notiert, »im Stich gelassen [...], denn Frankreich bekam Syrien und England eben Palästina« (661).

Dank der ›Überzeugungsmittel‹ der Royal Air Force, das heißt der Bombardierung der Zivilbevölkerung, vor allem der kurdischen, mit Gasgranaten (vgl. Omissi 1990 u. 1991), wurde Mossul mit seinen Erdölreserven dazu gebracht, sich mit Bagdad und Basra zu vereinigen, um den gegenwärtigen Staat Irak zu bilden, zuerst unter dem Emir Abd Allah, dem zweiten Sohn des oben genannten Hussein, und nach dessen Verweigerung der Krone, unter seinem Bruder Faisal. Das Bombardement scheint auch eine Warnung an die Adresse der Türkei gewesen zu sein, dessen Truppen 1922 die Wiedereinnahme von Mossul androhten, während andere irreguläre Streitkräfte eine Reihe von Zusammenstößen zwischen den Kurden und dem neuen irakischen Staat unterstützten, was das britische Heer zu einem partiellen zeitweiligen Rückzug aus der Region zwang. Jedenfalls ›überzeugten‹ der Aufmarsch indisch-irakisch-britischer Truppen in Kurdistan, das Bombardement von Sulamaniyah und andere militärische Aktionen die Türkei, sich endgültig aus Irak-Mesopotamien zurückzuziehen. Großbritannien gelang es somit, einen Block von Staaten im Mittleren Osten zu kontrollieren: außer dem Irak übte es das Protektorat über Transjordanien aus, dessen Emir (der nach dem Zweiten Weltkrieg König wurde) Abd Allah (Abdullah) war; Saudi-Arabien war sein Satellitenstaat; wie oben erwähnt, hatte es auch das Mandat über Palästina; in einer seiner sehr seltenen Äußerungen in Bezug auf das Erdöl bemerkte Gramsci, die »Anglo-Persian-Burmah« kann der britischen Regierung und im besonderen der Admiralität zugerechnet werden« (H. 2, §54, 267).

### *Die populären Bewegungen*

Die Araber und Muslime waren größtenteils Landbevölkerungen (Bauern und kleine Landwirte, Hirten, Nomaden usw.). Zweifellos waren sie es, die das potenzielle Rückgrat jeder Volksbewegung antiimperialistischer Prägung bildeten, deren Führer aus den Sektoren des Bürgertums einschließlich der Intellektuellenschichten kamen; Gewerkschafts- und Arbeiterführer traten nur wenig in Erscheinung, auch da, wo es Großstädte und Industrie gab. Daher können wir im Hinblick auf die Volksbewegungen, die keine Arbeiterbewegungen waren, Gramscis Haltung zu den Bauern auf der einen Seite und zu den Reformisten auf der anderen Seite hier als paradigmatisch nehmen. In einigen emblematischen Fällen gelang es den Bauern in Italien, eigene Bewegungen zu bilden und Führer hervorzubringen, die unabhängig von den reaktionären Kräften des Vatikans waren. Ihr bekanntester war Guido Miglioli, praktizierender Katholik und Führer der bäuerlichen Linken im Partito Popolare Italiano. Mit Ausnahme einer früheren Kritik an Miglioli, als dieser die Kommunisten links überholen wollte, war Gramscis Haltung zu ihm immer positiv, im Unterschied sowohl zu Serrati vor seinem Beitritt zur KPI als auch zur Linken unter Bordiga, denen zufolge auch nach dem Lyoner Parteitag von 1926 die Bauern dem Einfluss Migliolis entzogen werden sollten (vgl. Spriano 1967, 502). Der strategische Unterschied gegenüber Gramsci konnte nicht größer sein. Während Miglioli als Nichtkommunist für die Bordiga-Anhänger als nicht vertrauenswürdig galt, war er in Wirklichkeit schon zu Beginn desselben Jahres aus dem Partito Popolare



ausgeschlossen worden, weil er die Notwendigkeit der Gewerkschaftseinheit auch auf internationaler Ebene forderte und bald darauf für die Krestintern, die Rote Internationale der Bauern, arbeiten sollte (vgl. 434f).

Bedeutsam ist die Haltung, die Gramsci im Gegensatz sowohl zu den Reformisten als auch zur Linken unter Bordiga in Bezug auf die Politik der Einheitsfront einnahm. In seinem Protest gegen den Ausschluss der kommunistischen Linken aus den Führungsorganen der Partei forderte Bordiga, einen Linkliberalen wie Gobetti, einen Exponenten der Sardischen Autonomistischen Partei wie Emilio Lussu oder einen linkskatholischen Führer wie Miglioli als »orthodox« einzustufen. Gramscis Antwort war, dass sie gewiss nicht »orthodox« seien, sondern dass der Liberale Gobetti »linker als die Maximalisten selbst« sei, und Miglioli verkörpere den Linksruck »bestimmter katholischer bäuerlicher Massen, die an der Seite des revolutionären Proletariats gegen den Faschismus kämpfen wollen«. Die Reformisten wiederum protestierten dagegen, dass ihre Vertreter aus der Internationale ausgeschlossen wurden, während auf der anderen Seite die von dieser Organisation vorgeschlagene Einheitsfront auch nichtsozialistische nationalistische Führer einschloss: »Die Exekutive in Moskau [...] sagt, dass Turati nicht würdig sei, der Internationale anzugehören. Und wisst Ihr, wer in der Internationale ist? Enver Pascha, der Jungtürke, der hemmungslose Nationalist.« (Gramsci 1925/1971, 376f) Enver Pascha, den die italienischen Reformisten ins Gespräch gebracht hatten, war Kriegsminister des türkisch-osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg gewesen; in der unmittelbaren Nachkriegszeit schien er einen weiteren Schritt auf Kemal zugehen und die Türkei in die internationale antiimperialistische Front eingliedern zu wollen. Nachdem er in Deutschland im Gefängnis dem Bolschewiken Karl Radek begegnet war, bot er der russischen Regierung seine Dienste an und schloss im Sommer 1920 einen russisch-türkischen Freundschaftsvertrag ab. Im September desselben Jahres war Enver trotz seiner Verantwortung für die türkischen Massaker an den Armeniern – inwieweit Gramsci davon Kenntnis hatte, ist nicht zu ermitteln – unter den Hunderten von Gästen und Delegierten des Kongresses der Völker des Ostens in Baku. Dort musste er Selbstkritik üben und präsentierte sich gleichzeitig als Gegner des britischen Imperialismus, der die Unterstützung der revolutionären Organisationen vor allem aus dem früheren Osmanischen Reich besaß. Auf der Grundlage dieser Tatsachen erwuchs in den sozialistischen Kreisen des Westens für kurze Zeit sein Ruf als Kämpfer für die Weltrevolution.

Vor diesem Hintergrund werden die Motive für seine politische Unterstützung durch die Internationale verständlicher, vor allem wegen seines Einflusses auf die Völker des Ostens.<sup>1</sup> Der Unterschied zwischen jemandem wie Turati einerseits und Enver, oder noch viel mehr wie Miglioli andererseits lag in ihren politischen Potenzen. Turati und die sozialdemokratische Rechte wären nie nach links gerückt, während die

1 Gramsci verteidigte zumindest bis in die zweite Hälfte der zwanziger Jahre stets die Politik der Komintern; auch in seinem Artikel »Alte Musik« (»Vecchia musica«, *Unità*, 2.7.1925) kommt zum Ausdruck, dass er gegen die Reformisten von damals die Politik der Internationale in den Jahren 1920-21 vertrat, mit Enver Beziehungen zu unterhalten. Das ändert nichts an der Notwendigkeit der Kritik an diesem.

beiden anderen Führer einige Hoffnung boten, dass sie und, was noch wichtiger ist, ihre Anhänger mit den kommunistischen Kräften zusammenarbeiten würden. In Envers Fall war der Wunsch jedoch nicht gut begründet: 1922 wurde er als Vermittler zu den gegen die Sowjetrepublik von Turkistan rebellierenden Panislamisten geschickt, in der auch die muslimischen Bauern (die Dehkan) vertreten waren, aber er schloss sich der Rebellion an und wurde im Kampf getötet. Hinsichtlich anderer traditioneller Führer wie des »Mullah von Kiwa«, die mehr an ihrer persönlichen Macht als an der sozialen Frage interessiert waren, scheint die sozialdemokratische Kritik aus späterer Sicht teilweise Recht behalten zu haben, denn tatsächlich verjagten die Revolutionäre sehr bald den Khan von Kiwa. Übrigens wurde Kiwa unter seinem historischen Namen Choresmin eine Sowjetrepublik, wenn anfangs auch keine sozialistische, und dies im April 1920, wenige Monate nach der Polemik der Sozialdemokraten. Immerhin lässt sich sagen, dass die Entwicklung in Zentralasien mit der Bildung von Sowjets und der Linksorientierung der Bauern und islamischen Volksmassen eine ausreichende Rechtfertigung für die Entscheidung Moskaus und der Internationale waren, auf das Anwachsen von den Kommunisten nahestehenden und linken Bewegungen unter den Muslimen Zentralasiens zu setzen.

### *Eine Bilanz*

Welche Art von Schlussfolgerung lässt sich aus diesen Notizen Gramscis zum Islam und den islamischen Ländern ziehen? In den im Gefängnis und davor entstandenen Schriften sind die Hinweise auf die arabisch-muslimische Welt gering und manchmal nur indirekt, und oft werden sie mehr durch Schlussfolgerungen als durch die dahinter stehenden Überlegungen getragen. Aber diese geringe Dichte ist durchaus kein Zeichen mangelnden Interesses, sondern allein der Tatsache geschuldet, dass er im Gefängnis wenig Material zur Verfügung hatte für eine vertiefte Analyse, wie er sie fürs Christentum vorlegen konnte. Das Buch *Geschichte der Religionen*, das ihm sein Bruder Carlo im Frühjahr 1931 zukommen ließ, hätte ihm auch nicht sehr geholfen, den Knoten zu entwirren, nämlich die Frage nach dem Zusammenhang Religion-Volksbewegungen-nationaler Kampf.

In vielerlei Hinsicht widerspiegelt Gramscis Herangehen an den Islam seine Analyse des Christentums, etwa der Zusammenhang offizielle Religion/Popularreligion der Reformbewegungen (vor allem einige Formen des islamischen Puritanismus betreffend) und der Intellektuellen, sowohl der dem regulären Klerus angehörenden als auch der dem Volk und seiner spontanen religiösen Praxis näherstehenden. Gramsci hebt den Abstand zwischen der offiziellen islamischen Religion und dem populären Glauben hervor, der wegen des Fehlens der modernen Massenmedien größer war als heute. Ein Vergleichsmaßstab ist sicher die katholische Religion, aber der Abstand scheint verschiedenen Religionen gemein zu sein, und für Gramsci erreicht er seinen höchsten Ausdruck »in Ostasien, wo die Religion des Volkes oft nichts mit derjenigen der Bücher zu schaffen hat« (*Gef.*, H. 12, §1, 1512), aber hier hat Gramsci nicht den Islam im Blick, sondern vor allem den Schintoismus und andere Religionen des »Fernen Ostens«.

Die Mehrheit der Länder, über die Gramsci im Hinblick auf den Islam schreibt, die Türkei eingeschlossen, waren entweder neu entstanden oder nach der Niederlage und Auflösung des osmanischen Reiches im Entstehen begriffen, weshalb die nationale und staatliche Struktur des Nahen Ostens in jener Zeit von großer Bedeutung war. In seinen vor der Verhaftung verfassten Schriften scheint er den Akzent auf die Frage der bürgerlich-nationalen und antiimperialistischen Revolution zu legen, wobei er, möglicherweise vor allem im Hinblick auf die kemalistische, dem reinen Klassenaspekt weniger Aufmerksamkeit schenkt. Ein typischer Ausdruck dieser Haltung ist eine Äußerung zur Politik der Sowjetunion: »Aufgabe eines proletarischen Staates ist es, an der Seite der unterdrückten Völker für ihre Befreiung vom unterdrückenden Imperialismus zu kämpfen. [...] Deshalb sympathisieren sie [die Sowjetrepubliken] mit Marokko, mit China, mit Syrien und den nordafrikanischen Völkern.« (Gramsci 1971, 397) Diese Politik hat ihre Ursachen in der vom Kongress der Völker des Ostens im September 1920 definierten politischen Linie, die anschließend, nach einer Debatte über die antiimperialistischen Bewegungen besonders in Asien, auf dem vierten Kongress (1922) der Komintern bestätigt wurde, an dem Gramsci selbst als Delegierter teilnahm.

In den *Gefängnisheften* wird der Akzent auf die strategischen und geopolitischen Absichten der Großmächte und ihre Einmischung in die Angelegenheiten der muslimischen Welt gelegt; hinsichtlich der Massen selbst werden die Voraussetzungen ihres Kampfes um ihre Rechte und danach die ersten Aktionen dieses Kampfes diskutiert. Die politische Gesamtlage der islamischen Welt entwickelte sich in den zwanziger Jahren zweifellos weiter, aber die nationalen Kämpfe mit dem Klassenkampf zu verknüpfen, erwies sich als keine leichte Aufgabe. In den Kreisen der Internationale warf Bucharin das Problem auf; wie viele andere revolutionäre Führer sah er damals »eine ganze östliche Welt [...] in einer Zeit tiefster revolutionärer Gärung. [...] Man kann sagen, dass die großen Industrieländer die *Stadt* der Weltökonomie sind und die Kolonien und Halbkolonien ihr *Land*.« Die angestrebte Lösung war »eine große Einheitsfront des revolutionären Proletariats der ›Stadt‹ der Welt und den Bauern des ›Landes‹ der Welt« (Bucharin 1923; zit.n. Cohen 1974, 149). Damit kommt er dem Modell, das Gramsci im Gefängnis ausarbeitet, sehr nahe. Gramscis Haltung zum Bündnis mit den Bauern, die er mehrfach in den zwanziger Jahren zum Ausdruck gebracht hat, geht hier mit derjenigen der Internationale konform. Er hatte ein solches Bündnis in seiner einzigen Rede in der Abgeordnetenkammer in Aussicht gestellt, als er in Bezug auf Miglioli bemerkte, dass »die Massen auch der katholischen Bauern sich dem revolutionären Kampf zuwenden« (Gramsci 1971, 84). Das hier ebenso wie in seinem Aufsatz zur »Südfrage« und auf dem Lyoner Parteitag von ihm aufgeworfene Schlüsselproblem war, »den Weg eines Bündnisses zwischen den Arbeitern und den Bauern für den Kampf gegen den Kapitalismus und gegen den bürgerlichen Staat freizumachen«. Dafür musste aber, wie er feststellt, der Einfluss des Vatikans unterbunden werden, der die Bauern als eine »Reservearmee der Reaktion« hielt (483f).

Man kann wohl davon ausgehen, dass Gramsci nicht nur die Möglichkeiten einer autonomen Entwicklung der Bewegungen in der muslimischen Welt, sondern auch konkrete Beispiele dafür sah, und dass er außerdem eine starke Analogie zwischen den islamischen bäuerlichen und anderen Volksbewegungen und der katholischen

Bauernbewegung vor Augen hatte. Die katholische Hierarchie war konservativ, und ebenso konservativ schienen ihm auf sozialökonomischer Ebene die religiösen Führer der damaligen Zeit gewesen zu sein. Es war jedoch bei einigen islamischen Führern eine Überschneidung von religiösen und politischen Funktionen feststellbar, wahrscheinlich besonders bei den »Weisen« in Bezug auf die Auslegung des islamischen Rechts, oder Ulemas, die sich in die islamischen Reformversuche eingebracht hatten und oft eine eher positive Rolle in der nationalen Frage spielten, während sie sich hinsichtlich der sozialökonomischen Politik sehr zwiespältig verhielten. In dieser letzteren Frage mag Gramscis Haltung banal scheinen, ist es aber nicht: nämlich die Anerkennung des revolutionären Potenzials der Bauern, einer nichtproletarischen Klasse, die in der islamischen Welt – wie im Falle der italienischen Bauern – von einem starken religiösen Bewusstsein geprägt sind. Ganz anders war die Beurteilung der islamischen populären Schichten, die eine Generation nach der Niederschrift dieser Notizen von Seiten einiger bedeutender kommunistischer Parteien der industriell fortgeschrittenen Länder abgegeben wurden, zum Beispiel durch die französischen Kommunisten in Algerien. Ihrer Meinung nach würden die Muslime, die noch zurückgehalten werden »von den Kräften des ihrer Religion innewohnenden Fanatismus [...] sicherlich eines Tages ›aufgeklärt‹ werden, aber in Erwartung dieser fernen Bewusstwerdung komme die revolutionäre Rolle auch in ihrem eigenen Land der europäischen Elite zu.« (Rodinson 1988, 100) Hier wird den nichtproletarischen Klassen jedwede revolutionäre Rolle abgesprochen und in paternalistischer Manier die führende Rolle einer Elite beansprucht, die aus der Metropole kommt und selbst nicht proletarisch ist. Die Kluft zwischen dieser Position und sowohl der von der Internationale formulierten als auch derjenigen Gramscis ist deutlich, abgesehen von dem einzigen Berührungspunkt der Notwendigkeit, dem Typ religiöser Ideologie, der seinen Verbündeten in der Reaktion hat, entgegenzutreten. In fast paradoxer Weise erweist sich dagegen die »rechte« Einstellung der französischen Kommunisten als analog zur Position des Bordiga-Flügels in der KPI, derzufolge die nichtproletarischen Massen unfähig wären, sich auf antikapitalistische und revolutionäre Positionen zu begeben, ohne dass sie durch die kommunistische Partei dem Einfluss ihrer Führer entzogen würden.

Während Gramsci in den hier diskutierten Notizen die Überlegungen zu einem Bündnis der Volksklassen auf internationaler Ebene nicht weiter vertieft, erinnert man sich doch unwillkürlich an seine Äußerungen über die Klassenbeziehungen im Risorgimento, wo folgende Kräfte in Frage kamen: »1. die städtische Kraft des Nordens; 2. die ländliche Kraft des Südens; 3. die nord-mittelitalienische ländliche Kraft des Nordens; 4.-5. die ländliche Kraft Siziliens und Sardiniens.« (*Gef.*, H. 19, §26, 1975). Überträgt man das Nord-Süd-Modell von Italien auf die gramsciansche Metaphorik Weltstadt-Weltland (die auch die Bucharins ist), findet man die ersten Grundlagen für eine Analyse des Kräfteverhältnisses in internationalem Maßstab, mit dem Unterschied, dass auch eine »städtische Kraft des Südens« berücksichtigt werden muss, die damals zahlenmäßig und ideologisch noch relativ begrenzt, aber durchaus schon im Wachsen begriffen war. Heute gilt mehr als damals ein solches Modell, in welchem »Süden« metaphorisch als »Süden der Welt« zu begreifen ist.

Die Situation hat sich als von Land zu Land und von Kontinent zu Kontinent verschieden erwiesen, aber antiimperialistische Bewegungen und Führer sind – auch unter Mühen – in den Jahren nach Gramscis Tod überall entstanden. Es hat sich jedoch gezeigt, dass der Klassenkampf im Innern eines jeden Landes schwieriger zu führen ist. Abschließend ein Zweifel: Wenn Gramsci behauptet, dass »die moderne Zivilisation in ihrer industriell-ökonomisch-politischen Erscheinung im Orient am Ende siegen wird« (H. 2, §90, 298), ist dies nicht ein Zeichen eines gewissen westzentrierten Universalismus? Er konnte die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg gewiss nicht voraussehen, die weder in den gegenwärtigen Formen fortgesetzt noch auf die ganze Welt übertragen werden kann, ohne eine globale Katastrophe heraufzubeschwören. Im Hinblick darauf müssen detailliertere Modelle verfolgt werden, an die Marx gegen Ende seines Lebens anscheinend schon gedacht hat und an denen es jetzt zu arbeiten gilt.

Aus dem Italienischen von Klaus Bochmann

### Literatur

Cohen, Stephen, *Bukharin and the Bolshevik Revolution*, London 1974

Engels, Friedrich, »Zur Geschichte des Urchristentums« (1894), in: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 22, Berlin/DDR 1956ff, 449-73 (zit. MEW 22)

Gellner, Ernest, *Nations and Nationalism*, Oxford 1984

Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte*, 10 Bde., hgg. v. K. Bochmann, W.F. Haug u. P. Jehle, Berlin 1991-2002 (zit. *Gef.*)

ders., *L'Ordine Nuovo 1919-1920*, Turin 1975 (zit. *L'Ordine Nuovo*)

ders., »Vecchia musica« (*Unità*, 2.7.1925), in: ders., 1971, 376f

ders., *La costruzione del partito comunista 1923-1926*, Turin 1971

Kapuscinski, Ryszard, *In viaggio con Erodoto (Podróże z Herodotem)*, Krakow 2005), ins Ital. übers. v. Vera Verdiani, Mailand 2005

Omissi, David, *Air Power and Colonial Control: The Royal Air Force 1919-1939*, Manchester 1990

ders., »Baghdad and British Bombers«, in: *The Guardian*, 19. Januar 1991

Rodinson, Maxime, *Il fascino dell'Islam*, ins Ital. übers. v. M.G. Porcelli, Bari 1988

Spriano, Paolo, *Storia del Partito Comunista Italiano*, Bd. 1: *Da Bordiga a Gramsci*, Turin 1967

Ursula Apitzsch und Peter Kammerer

## Was geschieht mit den Besiegten?

Die Biographie Antonio Gramscis aus der Sicht der Gefängnisbriefe

Der Geschlagene entrinnt nicht  
 Der Weisheit.  
 Halte dich fest und sinke!  
 Fürchte dich! Sinke doch!  
 Auf dem Grunde  
 Erwartet dich die Lehre. (Bertolt Brecht)

›Sinke doch ...‹ – Im Hoffnungslosen soll Fatzer Fuß fassen.  
 Fuß, nicht Hoffnung. Trost hat nichts mit Hoffnung zu schaffen.  
 Und Trost gibt Brecht ihm: Der Mensch kann im Hoffnungs-  
 losen leben, wenn er weiß, wie er dahin gekommen ist. (Walter  
 Benjamin, »Aus dem Brecht-Kommentar«, GS II.2, 509)

### *Doppelt besiegt*

Es soll im Folgenden nicht vordringlich darum gehen, die Themen der *Gefängnishefte* durch Briefe Gramscis zu ergänzen, sondern darum, aus den Gefängnisbriefen die Bedeutung des Biographischen für Gramscis Werk zu beleuchten. Mit anderen Worten: Das große, Fragment gebliebene Werk der *Gefängnishefte* entspringt einem Gelebten, aus dem unter anderem die Energie kommt, mit der der Gefangene etwas »für ewig« (Gramsci, *Briefe*, 1965, 58) machen will. Es gibt eine Dialektik von Werk und Leben, die im Folgenden exemplarisch an den »Autobiographischen Notizen« des 15. Gefängnisheftes vom Frühjahr 1933 und einem zeitlichen Ausschnitt aus dem Briefwechsel mit Tanja Schucht aus den Jahren 1928-1933 beleuchtet werden wird. In den Briefen wird deutlich, dass das Motiv eines Werkes »für ewig« für Gramsci im Verlaufe der Gefängnisjahre eine durchaus unterschiedliche Bedeutung erhält. Im März 1927 hat es die Bedeutung, bestimmte zentrale Themen (wie das der historischen Entstehung und gesellschaftlichen Formierung der italienischen Intellektuellen) auf eine Weise zu betrachten, die er »disinteressato« (ebd.) nannte, womit er eine unvoreingenommene, keinen parteiischen Interessen untergeordnete Forschung meinte. Eineinhalb Jahre später, im Oktober 1928, beschreibt er diese Forschung als einziges Mittel, um den Zustand des Tiefersinkens, den er im Gefängnis erleidet, auf eine menschliche Weise zu bewältigen und so zu verhindern, dass er die Kontrolle über die eigene Persönlichkeit verliert. Zugleich ist dieses Mittel aber mehr als eine rein psychologische Bewältigungsstrategie. Es gestattet, den Prozess des biographischen Erleidens individuell zu beschreiben, ihn zu reflektieren und in eine Rekonstruktion grundsätzlicher Bedingungen von Zivilität (*civiltà*) einzufügen (vgl. Apitzsch 1993, 132-48). Der Briefwechsel zwischen Gramsci und Tanja Schucht bezeugt die biogra-

phische Bearbeitung einer ›Krise‹, die nach seinem eigenen Verständnis zugleich physisch, psychisch und politisch ist, ohne dass die einzelnen Komponenten getrennt werden könnten. Gramsci schreibt am 20. Oktober 1928 an Tanja<sup>1</sup>:

Ich möchte Dir und Giulia meine allgemeine seelische Verfassung erklären, in der ich mich nach zwei Jahren Gefängnis befinde, aber vielleicht ist es noch zu früh. Mir scheint, ich kann im Augenblick nur dies festhalten: dass ich mich ein wenig wie ein Überlebender fühle, in jeder Hinsicht. Zum besseren Verständnis müsste ich auf einen etwas komplexen Vergleich zurückgreifen: Man sagt, das Meer sei ab 30 Meter Tiefe immer unbewegt; nun, ich bin mindestens 20 Meter tief gesunken, also in die Schicht getaucht, die sich nur bewegt, wenn Stürme von einem gewissen Ausmaß, weit über dem Normalen, losbrechen. Aber ich spüre, ich sinke immer tiefer, und ich sehe deutlich den Augenblick, an dem ich, auf nicht wahrnehmbaren Bahnen, das Niveau absoluter Unbeweglichkeit erreiche, wo auch die heftigsten Stürme sich nicht mehr bemerkbar machen, wo es nicht einmal mehr möglich ist, die Bewegungen der obersten Schichten zu sehen, und sei es nur als ein bloßes Wogen von Schaumkronen. (Gramsci, *Briefe*, 1997, 269f)<sup>2</sup>

Sein Versuch eines Resümees nach zwei Jahren Gefängnishaft ist das einer totalen Niederlage, ja, das einer Katastrophe, als deren »Überlebender« er sich bezeichnet. Was war in den beiden Jahren geschehen, warum dieses Untergehen in bewegungslose Tiefen?

Gramsci war, obwohl Abgeordneter des italienischen Parlaments, am 8. November 1926 in Rom von der faschistischen Polizei verhaftet worden. Wenige Wochen zuvor, im Oktober 1926, hatte er an Togliatti, den Vertreter der italienischen kommunistischen Partei in Moskau, im Namen des Politbüros ein Dokument geschickt, das die Spaltung der Führungsgruppe der KPdSU betraf, und hatte um dessen Weiterleitung an das ZK der KPdSU gebeten. In diesem Dokument hieß es unter anderem: »das Gefühl unserer Sorge lässt sich nicht unterdrücken; uns scheint, dass die gegenwärtige Verhaltensweise des Blocks der Opposition und die Schärfe der Polemik der KP der UdSSR eine Einflussnahme der Bruderparteien erforderlich machen« (Gramsci, *Opere*, 1978, 125; dt. in Neubert 1991, 69; Übers. korrigiert). Gramsci sah in der Spaltung der alten leninistischen Führungsgruppe eine Gefahr nicht nur für den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion, sondern auch für die Revolution im Westen. Von der Art der Einheit der Partei und ihrer Art der Machtausübung hing nicht nur das internationale Ansehen der SU ab, sondern das Vertrauen überhaupt, dass es möglich sei, den Sozialismus als ein neues System der Machtausübung aufzubauen. Er kritisierte scharf das Verhalten der Gruppen um Trotzki und Sinowjew und stimmte in Sachfragen mit der von Stalin und Bucharin 1926 vorgeschlagenen Strategie überein. Aber er betonte am Schluss des Dokuments, dass »wir sicher sein wollen, dass die Mehrheit des ZK der UdSSR nicht die Absicht hegt, im Kampf einen totalen Sieg zu erringen, dass sie bereit sein möge, übertriebene außerordentliche Maßnahmen zu vermeiden«. Und ganz deutlich: »Die Genossen Sinowjew, Trotzki, Kamenjew haben in starkem Maße beigetragen, uns für die Revolution zu erziehen; sie haben uns einige Male sehr energisch und ernst korrigiert; sie waren unsere Lehrer.« (Zit.n. Neubert 1991, 76) Ein solches Bekenntnis

1 Der Brief findet sich im 2. Band der Kritischen Ausgabe der Gefängnisbriefe (Briefwechsel mit Tanja Schucht), der 2007 im Argument-Verlag erscheinen wird.

2 Alle Zitate aus dem Italienischen wurden von Ursula Apitzsch und Peter Kammerer übersetzt.

kostete wenige Jahre später den Kopf. Hatte Gramsci im faschistischen Italien das schon geahnt? Und hielt Togliatti das Dokument zurück, weil er schon mehr wusste als das, was Gramsci höchstens ahnen konnte?

Togliatti kritisierte das Dokument in seinem Schreiben an Gramsci vom 18. Oktober 1926 und weigerte sich, es offiziell weiterzuleiten (Gramsci, *Opere*, 1978, 131-34). Doch Bucharin, Manuilski, Humbert-Droz und Stalin waren informiert und hatten es gelesen, und bei den späteren Säuberungen sollte an die unzuverlässige Haltung der italienischen Partei immer wieder erinnert werden (Fiori 1991, 7). So geriet Gramsci bereits zu Beginn seiner Gefängniszeit aufgrund seiner Vorstellungen von der »Einheit der Partei«, von »revolutionärer Disziplin« und von der »Ausübung der Macht« bei der Moskauer Führung in den Geruch des »Trotzkismus«. Er selbst konnte diese Fragen nie mehr frei diskutieren. Sie wurden zunehmend als sekundäres Problem, wenn nicht als Luxus angesehen, das vor dem einzigen Kriterium, das in der kommunistischen Praxis noch Geltung besaß, zurückzutreten hatte: Was ist die richtige Linie und wie nützt man ihr? Dies war bereits der Tenor der Kritik Togliattis in seinem Brief vom 18. Oktober (*Opere*, 1978, 134-37), den Gramsci »äußerst peinlich« (»penosissima«) und »verständnislos« (»la nostra lettera [...] non capita da te«) fand. Was Gramsci beunruhigte, war die Frage der »Ausübung der Macht in einem Arbeiterstaat« bzw. des Zusammenhangs von »Autorität der Partei« und »Aufbau des Sozialismus«. Die Frage der richtigen Linie war bei ihm untrennbar verknüpft mit der Frage von der richtigen, »nicht mechanischen, sondern pädagogischen« Ausübung der Macht (und zwar »non [...] pedagogia scolastica, ma [...] pedagogia rivoluzionaria«). Wir kennen heute die Antwort Stalins, die brutale und konsequente Ausschaltung jeglicher Opposition, die Gramsci aus weiter Ferne im faschistischen Gefängnis vorerst nur errahnen und lediglich undeutlich verfolgen konnte. Und doch war auch er direkt betroffen, wie er in einem mühevollen Erkenntnisprozess erfahren musste, den nachzuzeichnen nur auf der Basis des gesamten Briefwechsels, einschließlich der Briefe Tanjas, möglich ist.<sup>3</sup> Die Grundlage für eine solche Sichtweise legte vor allem Aldo Natoli mit seiner Rekonstruktion von Gramscis Briefwechsel mit Tanja Schucht (*Briefe*, 1997). Den Natoli eingeschlagenen Weg möchten wir nachzeichnen und in einigen Punkten ergänzen.

In den Jahren 1927-1930 wurde die italienische Partei wegen der politischen Veränderungen in Moskau zu einer Linie gezwungen, die den Auffassungen Gramscis, an denen er bis zuletzt festhielt (Stichwort: La Costituente)<sup>4</sup>, zuwiderliefen; die neuen

3 An der Frage der Bedeutung der Briefe Tanjas scheidet sich bis heute die italienische Gramsci-Forschung (vgl. das Vorwort von Natoli zu *Briefe*, 1997).

4 Als Professor am Trinity-College in Cambridge schreibt Piero Sraffa am 18. Dezember 1969 an Paolo Spriano in Bezug auf seinen Briefwechsel mit Tanja Schucht und die Gespräche mit Gramsci: »Der ›p‹ vom April 1937 bin sicherlich ich [...], und ich erinnere mich mit Sicherheit, dass Gramsci bei einem meiner letzten Besuche in der Klinik Quisisana in Rom mich darum bat, seine Empfehlung zu übermitteln, man solle die Parole einer Assemblea Costituente (verfassunggebende Versammlung) ausgeben.« (Zit.n. Natoli 1993, 269) Piero Sraffa ist Freund Gramscis und Togliattis aus Turiner Zeiten, arbeitet während Gramscis Gefängniszeit in England als Assistent von Keynes und ist inoffiziell Gramscis und Tanja Schuchts einziges Verbindungsglied zur KPI. Er versorgt Gramsci mit wissenschaftlicher Literatur, stimuliert seine Arbeit an den Gefängnisheften und besucht ihn mehrfach im Gefängnis.



Formen stalinischer Machtausübung waren in allen Fasern der Gesellschaft zu spüren und führten zu schweren Spannungen innerhalb der Familie Gramscis in Moskau; sie drohten, sein Verhältnis zu seiner Frau Giulia, der Mutter ihrer beider Kinder, zu zerstören. Das Absinken in die Tiefen seiner Existenz, fern von den Bewegungen des sozialen Lebens, war im Herbst 1928 die erste Reaktion auf die Isolierung, als deren Opfer er sich fühlte und die sich seinem analytischen Verstehen weitgehend entzog. Erst mehr als ein Jahr später, im Frühjahr 1930, war ihm bewusst, sich in einem doppelten Gefängnis zu befinden: »Die Schläge der Gegner, die ich bekämpfte, konnte ich vorausberechnen. Ich konnte nicht vorausberechnen, dass mich von anderer Seite, wo ich es am wenigsten vermutete, Schläge treffen würden.«<sup>5</sup>

Gramsci befindet sich schließlich in der Situation eines doppelt Besiegten: Im Kampf gegen den Faschismus und im Kampf für die Revolution, die für Gramsci immer nur heißen konnte: Herstellung menschlicherer Verhältnisse, einschließlich der Einsicht in die Gefahren, die die Arbeiterbewegung selbst hervorbringt, »wenn der ›Subalterne‹ führend und verantwortlich für die ökonomische Massenaktivität wird« (*Gef.*, H. 11, §12, 1386; vgl. auch Apitzsch 1993, 134). In der doppelten Niederlage spürt Gramsci, ohne von dieser Übereinstimmung zu wissen, die Marginalisierung und De-Platziertheit vieler europäischer linker Intellektueller in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, die er mit einer bis in einzelne Formulierungen hinein deutlichen Ähnlichkeit wie Bertolt Brecht und Walter Benjamin zum Ausdruck bringt (ohne freilich zu den gleichen Konsequenzen zu gelangen).<sup>6</sup> Aus der Einsicht in die Niederlage, aus der Analyse des »Sinkens« in tiefe Schichten des eigenen Bewusstseins und der historischen Analyse, entsteht das große Werk der *Gefängnishefte*, zu deren zentralen Themen die Rolle der Intellektuellen gehört.

### *Gramscis biographische Krise 1929/30*

Aldo Natoli hat im Anschluss an Paolo Spriano (1977), Sergio Caprioglio, Elsa Fubini<sup>7</sup> und Valentino Gerratana<sup>8</sup> die unter vielfältigen Materialien und Zensuren verborgene Frage Gramscis nach seinen »verschiedenen Gefängnissen«, die ihn die letzten acht Jahre seines Lebens als Obsession verfolgt haben, unter allen italienischen Historikern am konsequentesten auch für Gramscis persönliches Leben frei gelegt. Damit hat er Gramsci nicht nur als verfolgtem Politiker, sondern auch als

5 Vgl. den in diesem Heft abgedruckten Brief Gramscis vom 19. Mai 1930.

6 Vgl. dazu unten den Abschnitt: Gramsci-Brecht-Benjamin 1926-1930.

7 Sergio Caprioglio und Elsa Fubini besorgten 1965 bei Einaudi in Turin die erste unzensurierte, annotierte Ausgabe der bis dahin bekannten Briefe Gramscis aus dem Gefängnis.

8 Valentino Gerratana hat durch seine annotierte Edition der Briefe Piero Sraffas in dem Band *Lettere a Tania per Gramsci* (1991) sehr viel zum Verständnis der objektiven – auch juristischen – Situation Gramscis und der verschiedenen Initiativen zur Verbesserung seiner Haftbedingungen beigetragen. Leider hat Gerratana die Schreiben Tanjas (bis auf wenige Ausnahmen im Anhang) nicht in seinen Band aufgenommen. Nach Gramscis Tod kommt es zum Bruch zwischen Tanja Schucht und Sraffa, da Tanja darauf besteht, die »Obsession« Gramscis, von der Partei in verschiedenen Situationen verraten worden zu sein, zu klären. Vgl. dazu den Briefwechsel Tanja Schuchts mit Piero Sraffa aus dem Jahr 1937, abgedruckt in: Natoli 1993, 258-68.

moralisch urteilendem Menschen Gerechtigkeit widerfahren lassen (vgl. Kammerer in Natoli 1993). Er hat sich mit der durch Togliattis Briefausgabe<sup>9</sup> zuerst etablierten offiziellen, von Verehrung und Mitleid inspirierten Version nicht zufrieden gegeben, wonach es sich bei den persönlichen Beziehungen Gramscis nach Moskau um Krankheit, Missverständnisse und rein private Wahnvorstellungen gehandelt haben müsse, in die ein unglücklicher und isolierter Gramsci und drei psychisch labile Schwestern verstrickt gewesen seien, was man der Öffentlichkeit ersparen müsse. Um Gramscis Obsession als moralisches und politisches Phänomen ernst zu nehmen, bedarf es allerdings einer Vorstellung und Kritik des Stalinismus, die sehr viel weiter geht als der von Togliatti bis Berlinguer offiziell zugestandene, auf Personenkult, Schauprozesse und massenhafte Repression beschränkte Begriff.<sup>10</sup>

Welches ist der politische Kontext der persönlichen Krise Gramscis, die sich Ende 1929 zur »Obsession« steigert? Das Plenum des Exekutivkomitees der Komintern hatte im Juli 1929 das Ende der »Einheitsfront«-Politik bekräftigt, das heißt, die neue Linie der Komintern war jener des Kongresses von Lyon (Januar 1926), die Gramsci in Italien durchgesetzte hatte, nunmehr diametral entgegengesetzt. Bereits am 3. März 1929 hatte die in Paris gedruckte Monatszeitschrift der KPI die neue Linie des VI. Weltkongresses der Komintern bestätigt, die unter anderem die These vom »Sozialfaschismus« der nichtkommunistischen Arbeiterparteien verkündete. Im Zeitraum 1929/1930 wurden bedeutende Gründungsmitglieder der KPI aus der Partei ausgeschlossen, zuerst Tasca, dann Bordiga, Silone, Leonetti und andere. Gramsci hatte zweifellos auf unterschiedlichen Wegen im Gefängnis von dieser »Wende« erfahren und darüber – wenn auch chiffriert – mit seinem Bruder Carlo bei dessen Besuch in Turi im November 1929 gesprochen. Danach schreibt Gramsci am 19. Dezember 1929: »Sicher befinden wir uns heute in einer tiefen moralischen Krise« (zit.n. Natoli 1993, 50).

Die politische Wende nimmt für Gramsci Züge einer äußersten persönlichen Bedrohung an, da zur gleichen Zeit der Briefwechsel mit seiner Frau Giulia in Moskau ins Stocken gerät. Gramsci hat Ende 1929 seit über fünfeinhalb Monaten von Giulia keine Nachricht mehr. Die Dringlichkeit, ja Härte seiner Briefe an Tanja und Giulia Schucht lässt an diesem Punkt keinen Zweifel darüber offen, dass Gramsci sich nicht nur der Liebe Giulias, sondern auch ihrer politischen Solidarität versichern will. Am 18. November 1929 äußert Gramsci im Hinblick auf die Familie in Moskau die Befürchtung, »dass man meine Briefe und Nachrichten nicht mehr gerne bekommen will« (*Briefe*, 1997, 423). Drei Tage vor dem Schreiben an den Bruder Carlo, am 16. Dezember 1929, hatte Gramsci an seine Schwägerin Tanja

9 Die in der DDR 1956 im Dietz-Verlag erschienene Übersetzung der Briefe Gramscis von Harold Theile wurde 1972 von Gerhard Roth im Fischer-Verlag wieder herausgegeben. Diesen Ausgaben liegt die 1947 von Togliatti besorgte, stark gekürzte Edition der *Lettere dal Carcere* im Verlag Ein-audi zugrunde. Zur Charakterisierung dieser Ausgabe vgl. Natoli 1997, »Il paradigma del 1947«.

10 Nicht zuletzt wegen dieser Thesen wurde Natoli, zusammen mit der Manifesto-Gruppe, 1969 aus der italienischen kommunistischen Partei ausgeschlossen. Seine Abrechnung mit dem Stalinismus erfolgte in: Natoli 1979.

Schucht, die seinetwegen in Italien geblieben war, einen äußerst harten und bitteren Brief geschrieben, in dem es heißt: »Mir scheint, dass alle Bindungen mit der äußeren Welt eine nach der anderen zerbrechen.«<sup>11</sup> Am 27. Januar 1930 erläutert er die von ihm vermutete reale historische Verstrickung:

Es handelt sich also nicht darum, dass ich selbst Unterstützung und Trost bräuchte; das alles hätte auf mich nur eine entsetzliche Wirkung. Es ist genau das Gegenteil dessen, was ich wirklich möchte: Giulia ein wenig Kraft geben können, die gegen so viele Schwierigkeiten ankämpfen und die die erdrückenden Lasten tragen muss, die aus unserer Verbindung resultieren. Aber ich bin immer mehr in die Lage versetzt worden, nichts zu wissen, gegenüber ihrem Leben vollständig isoliert zu sein. Deshalb habe ich Angst um mich, Angst, immer mehr von ihrer Welt abgeschnitten zu sein, nichts mehr davon zu verstehen, nichts mehr davon zu spüren. (Gramsci, *Briefe*, 1997, 452)

Tanja Schucht hatte sich in ihrem Brief vom 29. Januar 1930 entschlossen, Gramsci wegen einer Nachricht ihres Vaters Apollon aus Moskau deutlich zu machen, dass es nicht (nur) eine psychische Störung Giulias ist, die diese an der Korrespondenz hindert.

Du bist tatsächlich von ihrer Welt getrennt, aber Du wirst wohl auch zugeben wollen, dass ihr ebenso Deine Welt abhanden gekommen ist, und zwar auf eine viel absolutere Weise, als es Dir passiert ist. Ich habe wirklich nicht geglaubt, dass Du missverstehen könntest, was ich Dir schrieb, um Dir zu zeigen, dass trotz allem, absolut gesehen, Giulia stärker von Dir isoliert ist, als Du von ihr. [...] Meine Briefe können das Gefühl der Trennung, dessen Opfer ihr beide seid, zweifelsohne nicht vermindern, doch warst Du nie mit Dir allein gelassen, während, ich wiederhole es, Giulia niemand hat. (455)

Diese Hinweise können Gramsci jedoch nicht beruhigen, im Gegenteil. Er begreift den Giulia auferlegten Zwang und die allgemeine Antipathie gegen ihn als Ausfluss der politischen Entwicklung, die sich in der Sowjetunion abzeichnet. Er ist sich nicht sicher, ob Giulia zu kämpfen vermag, oder ob sie bereits innerlich resigniert hat. Gramsci resümiert im Brief an Tanja vom 19. Mai 1930:

Die Sache ist sehr, sehr kompliziert und es ist schwierig, sie vollkommen zu erläutern (auch wegen der nicht metaphorischen Mauern). Um die Wahrheit zu sagen, ich bin nicht sehr sentimental, und es sind nicht die sentimental Fragen, die mich quälen. Nicht, als ob ich unsensibel wäre (ich will nicht als zynisch oder blasiert erscheinen); vielmehr stellen sich mir auch die sentimental Probleme – und so lebe ich sie – in Kombination mit anderen Elementen (ideologischen, philosophischen, politischen usw.), so dass ich nicht sagen könnte, bis wohin das Gefühl reicht und wo eines der anderen Elemente beginnt. (521; vgl. den vollständigen Brief in diesem Heft)

Tanja Schucht versucht im Verlaufe des Jahres 1930, Gramsci davon zu überzeugen, dass Giulia weiter zu ihm stehe, auch wenn ihre gesamte Umgebung (außer dem sich neutral verhaltenden Vater Apollon) sich feindlich verhalte. In einem Brief vom 6. Juni 1930 kopiert sie ihm wörtlich eine Passage aus einem Brief ihres Vaters, in der es heißt: »Ich habe nicht gesagt, Giulia schreibe nicht, weil sie krank sei. Ich sagte, sie schreibe nur selten, weil es ihr schwer fällt, unter den Umständen, unter denen sie

---

11 Der Brief ist in diesem Heft vollständig abgedruckt.

zu schreiben gezwungen ist.« (Zit.n. Natoli 1993, 210) Apollon Schucht kann nicht deutlicher werden, aber es gibt ein von Paolo Spriano veröffentlichtes Dokument aus der Hand Togliattis, das diese »Umstände«, nämlich die Briefüberwachung und Zensur in Moskau, veranschaulicht. Nach einem Besuch Piero Sraffas bei Gramscis Familie in Moskau, von dem dieser an Togliatti berichtet hatte, schreibt Togliatti am 15. Oktober 1930: »Aus dem Brief Pieros vom 5.8. geht hervor, dass seine [Gramscis] Frau, wenn sie ihm schreiben will, ihre Briefe an ein Büro schickt, welches dann die Briefe weiterleiten soll. Dieses Büro hat die Briefe sechs Monate behalten!« (Zit.n. Spriano 1977, 44)

In einem Brief vom 28. Dezember 1930 wiederholt Tanja, »dass Giulia niemand hat, der sie stärkt, ihre Lage muss schrecklich sein, niemand kann und will sie in ihrem Verhältnis zu Dir, als dem Vater ihrer Kinder und als ihrem Mann, milde stimmen« (zit.n. Natoli 1993, 215). Gramsci antwortet auf diese Mitteilung sichtlich betroffen am 13. Januar 1931: »Was Du mir am 28. Dezember schriebst, hat mich eher bestürzt als verletzt. Ich danke Dir, dass Du mir so offen geschrieben hast, vielleicht hast Du es zu spät getan [...] Ich habe große Angst, dass das eigentliche Opfer [...] nicht so sehr ich bin, als vielmehr Giulia« (zit.n. 78f).

### *Gramscis Deutung autoritärer Gewaltverhältnisse als »molekulare« Veränderung menschlicher Beziehungen*

Es gibt in den *Gefängnisheften* wenige Stellen, in denen Gramsci auf sich selbst und seine eigene Situation Bezug nimmt. Eine Ausnahme bildet der §9 des 1933 begonnenen Heftes 15, der mit »Autobiographische Notizen« überschrieben ist. Gramsci spricht hier in der 3. Person vom »Herrn Sowieso« oder von »normalerweise friedfertigen Menschen« (1724), deren moralische Kräfte sich jedoch in einem »unsichtbaren« [und molekularen] Prozess« auflösen, so dass der friedliche Mensch schließlich vorausieht, »dass er ... Kannibale werden wird, und denkt: wenn dies geschieht, bringe ich mich an einem bestimmten Punkt [des Prozesses] um. Aber welches wird dieser »Punkt« sein? In Wirklichkeit vertraut jeder auf seine Kräfte und hofft auf neue Zufälle, dass sie ihn aus der gegebenen Lage herausziehen. Und so geschieht es, dass (bis auf Ausnahmefälle) sich der größere Teil in einem vollständigen Umwandlungsprozess über den Punkt hinaus befindet, bei dem seine Kräfte noch zu reagieren imstande waren, sei es auch gemäß der Alternative des Selbstmords.« (1724f)

Dass Gramsci diese distanzierte Betrachtung eines drohenden moralischen Auflösungsprozesses in der Folge der »molekularen« Umwandlung einer Person durchaus auf sich selbst anwendet, lässt sich nicht nur der Überschrift »autobiographische Notizen« entnehmen, sondern auch der Tatsache, dass er denselben Gedanken in seinem Brief an Tanja Schucht vom 6. März 1933 wörtlich wieder aufnimmt und dabei auch die eigene Person ins Spiel bringt.

Wie ich Dir gesagt habe, vollzieht sich nun in mir eine ähnliche Veränderung (vom Kannibalismus einmal abgesehen). Das Gefährlichste ist, dass die Persönlichkeit sich in diesen Fällen verdoppelt: ein Teil beobachtet den Vorgang, der andere Teil erleidet ihn, doch der beobachtende Teil (solange dieser Teil existiert, bedeutet dies, dass es eine Selbstkontrolle sowie die Möglich-

keit zur Genesung gibt), spürt die Gefährdung der eigenen Position, d.h. er sieht voraus, dass er einen Punkt erreichen wird, an dem seine Funktion verschwindet, dass also keine Selbstkontrolle mehr da sein wird, sondern die ganze Persönlichkeit verschlungen wird von einem neuen ›Individuum‹ mit Impulsen, Antrieben und Denkweisen, die anders sind als die früheren. Genau in dieser Situation befinde ich mich selbst. (A705; *Briefe*, 1997, 1223)

Eine sorgfältige philologische und kontextuelle Analyse (die Gramsci selbst stets anwandte und von der er im vorangegangenen Brief an Tanja vom 27. Februar 1933 ausdrücklich betonte, dass er sie immer noch beherrsche), zeigt, dass Gramsci die Position des Beobachters und daher der kritischen Selbstkontrolle selten präziser und schärfer formuliert hat als just in dem Brief, in dem er sie zu verlieren befürchtet. Beide Briefe sind nicht Dokumente des Verlustes des moralischen Willens, sondern vielmehr der begründeten Angst, nicht mehr über die Bedingungen zu verfügen, um die eigene Lage realistisch einschätzen zu können. Im Brief vom 27. Februar hatte er geschrieben:

Um es zusammenfassend zu sagen: die Schlussfolgerung ist diese: ich bin am 4. Juni 1928 vom Sondergericht, das heißt von einem Kollegium bestimmter Menschen, die man mit Adresse und Beruf im zivilen Leben namentlich bezeichnen könnte, verurteilt worden. Aber das ist ein Irrtum. Mich hat ein sehr viel größeres Kollegium verurteilt, dessen lediglich äußerer und materieller Ausdruck das Sondergericht war, welches den legalen Akt der Verurteilung vollzogen hat. [...] Das ist zumindest meine Überzeugung, die eisern in mir verankert ist, denn sie allein erklärt eine Reihe von aufeinander folgenden und in sich übereinstimmenden Vorkommnissen. [...] In bestimmten Momenten habe ich geglaubt, dass mein ganzes Leben ein großer (groß für mich) Fehler war, ein Verranntsein. [...] Aus alledem spüre ich, dass ich die kritischste Phase meiner Existenz durchlaufe und dass diese Phase nicht lange andauern kann, ohne physische und psychische Resultate und Komplikationen hervorzubringen, von denen es kein Zurück mehr gibt, weil sie endgültig sind.« (*Briefe*, 1997, 1211f)

Gramsci ist also davon überzeugt, von »einem viel größeren Kollegium«, zu dem die eigene Seite gehört, verurteilt worden zu sein. Natoli schreibt dazu:

Außer Zweifel steht, dass er sich über sein Verhältnis zur politischen Welt, der er angehört, ein Urteil gebildet hat. [...] Es ist richtig, dass es von Seiten der Partei keinen formellen Akt dieser Art gibt, weder nach dem ›Zwischenfall‹ von 1926, noch 1930, als anlässlich der ›Wende‹ seine abweichende Haltung bekannt wird, und dass die materielle Unterstützung durch die Partei mittels Tanja und Sraffa nie abgebrochen wird. Es ist aber auch richtig, dass in dem völligen Schweigen, das sich drei Jahre lang, 1930 bis 1933, über Gramsci legt, ein politisches Urteil enthalten ist. (1993, 141)

Gramsci fällt ein ebenso schmerzliches wie hellsichtiges Urteil über die Elemente eines »materiellen und auch moralischen Terrorismus«, Elemente der Macht, die ein totalitäres Regime auszeichnen und die Widerstandskraft der Menschen überfordern. Der Zeitpunkt dieser Notizen macht es »nicht unwahrscheinlich, dass er über die Ereignisse in Deutschland nachdachte (es sind die Monate der Machtergreifung Hitlers) und über die tragischen Fehler der deutschen Kommunisten« (Natoli in: *Briefe*, 1997, XXV), ebenso wie über die der Kommunistischen Internationale. So heißt es am Ende des oben zitierten Paragraphen:

Diese Tatsache muss in ihren heutigen Äußerungen untersucht werden. Nicht, dass die Sache in der Vergangenheit nicht vorgekommen wäre, aber es ist sicher, dass sie in der Gegenwart eine besondere und [...] freiwillige Form angenommen hat. Das heißt, heute rechnet man damit, dass

sie eintritt, und das Ereignis wird systematisch vorbereitet, was in der Vergangenheit nicht geschah (systematisch heißt aber ›massenhaft‹, natürlich ohne die besonderen ›Aufmerksamkeiten‹ gegenüber den einzelnen auszuschließen). Es ist sicher, dass sich heute ein ›terroristisches‹ Element eingeschlichen hat, das es in der Vergangenheit nicht gab, materieller und auch moralischer Terrorismus, der nicht vernachlässigt werden darf. Dies vergrößert die Verantwortung derjenigen, die – obwohl sie gekonnt hätten – aus Unerfahrenheit, Nachlässigkeit oder auch aus perverserem Wollen nicht verhindert haben, dass bestimmte Prüfungen nicht überstanden wurden. [Gegen diese antimoralistische Sichtweise steht eine falsch heroische, rhetorische, phrasenhafte Auffassung, gegen die jede kämpferische Anstrengung wenig vermag]. (*Gef.*, H. 15, §9, 1725)<sup>12</sup>

### *Bestimmte Prüfungen nicht überstanden*

Gramscis Bemerkungen zur molekularen Zersetzung der Widerstandskraft eines Charakters haben eine besondere moralisch-politische Qualität. Sie beruhen auf der wissenschaftlich kühlen Beobachtung am eigenen Leib und führen dazu, »die Katastrophen des Charakters mit größerer Nachsicht zu beurteilen«, sofern sie einem langsamen Prozess der Veränderung des Individuums geschuldet sind, aber keine Nachsicht zu üben für jene, die im Widerspruch zu den eigenen Prinzipien »plötzlich« nachgeben, weil sie »nicht bedacht haben, dass das entschiedene Festhalten an gewissen Prinzipien Leiden verursachen würde«. Es ist diese differenzierende Sichtweise, die er »antimoralistisch« nennt. Am Schluss des Abschnitts kommt er darauf zurück, wenn er an die Verantwortung derjenigen erinnert, die verhindert haben, dass »bestimmte Prüfungen« überstanden wurden, dass Schwellen des Widerstands »aus Unerfahrenheit, Nachlässigkeit oder auch aus perverserem Wollen« preisgegeben wurden. Gramsci fordert Weitblick und nicht Heroismus; oder zumindest die Einhaltung einfacher Regeln wie der, dass der Kapitän als letzter das Schiff zu verlassen habe. Die autobiographischen Anspielungen auf das eigene Verhalten, sich nicht in Sicherheit gebracht zu haben, sondern solange wie möglich – zu lange – in Italien geblieben zu sein, und auf die »plötzliche«<sup>13</sup> Aufgabe bestimmter Prinzipien durch die Genossen in Moskau, sind nicht zu übersehen. Der schleichende Kannibalismus hat nach dem Schiffbruch so um sich gegriffen, dass die Widerstandslosigkeit allgemein, »in ihren heutigen Äußerungen untersucht werden« muss, auch weil sie »in der Gegenwart eine besondere und ... freiwillige Form angenommen hat«.<sup>14</sup>

Das Bild vom Schiffbruch, die Feststellung einer schweren moralischen Krise, das Gefühl, isoliert und ein Überlebender zu sein, an den eigenen Prinzipien nicht mehr festhalten zu können, im Kannibalismus zu enden, sind weniger der eigenen Verhaftung und dem Sieg des Faschismus geschuldet, als vielmehr den quälenden Zweifeln an der Möglichkeit einer revolutionären Alternative und an der Entwicklung in der

12 Übers. verändert: »dass bestimmte Prüfungen nicht überstanden wurden« statt: »dass man sich bestimmten Prüfungen unterzieht«.

13 Der Begriff des »Plötzlichen« spielt in vielen damaligen Äußerungen der Kritiker Stalins (z.B. bei Tasca) eine wichtige Rolle und denunziert nicht nur Stalins rasche, prinzipienlose Manöver, sondern auch die damit verbundenen taktischen Zwänge zum Meinungswechsel.

14 Gramscis Interpunktion zeigt hier keine Auslassung an, sondern Staunen über die Freiwilligkeit.

Sowjetunion. Nur so lassen sich Worte verstehen wie: »In bestimmten Momenten habe ich geglaubt, dass mein ganzes Leben ein großer (groß für mich) Fehler war«, und die Bemerkung, ebenfalls vom 27. Februar 1933, »dass diese Phase nicht lange andauern kann, ohne physische und psychische Resultate und Komplikationen hervorzubringen, von denen es kein Zurück mehr gibt, weil sie endgültig sind«. Aus dem doppelten Gefängnis würde es kein Zurück mehr geben in die alte Welt der politischen und menschlichen Überzeugungen und Gefühle. Das ist die Möglichkeit, der Gramsci ins Auge schaut; sie lässt ihn an eine Scheidung von Giulia denken (vgl. Gramscis Brief vom 14. November 1932 sowie Natolis Kommentar in: Natoli 1993, 122) und führt zu dem Plan, sich nach einer etwaigen Freilassung in die eigene »sardische Schale« zurückzuziehen.

Die Gefängnisbriefe liefern, allerdings nur, wenn man die Briefe Tanjas berücksichtigt, ein genaues Protokoll der Entwicklung, die zu diesem verzweifelten »Gemütszustand« geführt hat. Keiner der ihn determinierenden physischen, psychischen und politischen Faktoren lässt sich isolieren. Doch um zumindest den politischen Hintergrund deutlicher zu machen, versuchen wir, die Position Gramscis aus der Perspektive anderer linker Intellektueller der damaligen Zeit zu sehen, auch wenn nicht vergessen werden darf, dass unter allen vom Faschismus und später vom Nazismus inhaftierten kommunistischen Führern Gramsci eine ganz eigene Geschichte hat.

#### *Gramsci, Brecht, Benjamin 1926-1930<sup>15</sup>*

Ausgangspunkt ist erneut der Brief Gramscis an das ZK der russischen Partei vom Oktober 1926. Die in ihm enthaltene Stellungnahme korrespondiert auf erstaunliche Weise einem Fragment, das Brecht 1930 publiziert hat und das von Walter Benjamin sofort aufgenommen und kommentiert wurde: »Fatzer, komm« (GW 7, 2907-09). In dem Fragment, das Brecht zusammen mit zwei anderen als einzigen Teil seiner Arbeit am »Fatzer« veröffentlicht hat, geht es um die Regeln der Ausübung der Macht innerhalb einer revolutionären Gruppe. Wie sollen sich Mehrheit und Minderheit, Avantgarden und zurückgebliebene Teile der Bewegung, Sieger und Besiegte in den Machtkämpfen der Revolution verhalten? Von den Worten dieses Textes schreibt Benjamin, sie »wollen geübt, das heißt: erst gemerkt, später verstanden sein. Ihre pädagogische Wirkung haben sie zuerst, ihre politische sodann, ihre poetische ganz zuletzt« (GS II.2, 507). Es geht um die »Sowjetpraxis«, wie Benjamin in seinem Kommentar betont. Dass er den Text direkt auf die Sowjetunion bezieht, geht auch aus seiner lakonisch-kommentierenden Bemerkung hervor: »Kein Ruhm dem Sieger, kein Mitleid dem Besiegten«, Inschrift in Brandmalerei auf einem Holzteller, Sowjetrussland.« (Ebd.)

15 Wolfgang Fritz Haug hat in seinem Buch *Philosophieren mit Brecht und Gramsci* (1996) die gemeinsamen Strukturen einer intellektuellen Grammatik von Brecht und Gramsci hervorgehoben. Uns geht es im Folgenden nicht um einen solchen Anspruch. Wir wollen lediglich einige Denkanstöße dafür geben, zu untersuchen, wie das konkrete historische Thema der Machtausübung einerseits, des Besiegtseins andererseits von Gramsci, Brecht und Benjamin in der Phase zwischen 1926 und 1930 bearbeitet wurde.

Die erste Aufforderung des brechtschen Textes richtet sich an den Sieger: »Die Siege sind erfochten.« (GW 7, 2907) Die revolutionäre Bewegung steht vor einer neuen Etappe, der Parteikongress hat beschlossen, die Verhältnisse sind klar; die Anhänger des Siegers jubeln. Brecht aber fordert den Sieger auf: »Sei nicht mehr dort.« Der Sieger soll untertauchen und dem Besiegten die Niederlage nicht gönnen, er soll auch sie sich zu eigen machen. Darauf richtet sich der Text an die besiegte Opposition: »Ziehe Deine Stimme ein, Redner.« (2908) »Erlaube / Dass neue Namen auf der Tafel erscheinen und / Neue Befehle befolgt werden.« Der Besiegte hat »nicht ausgereicht«. Was ihn jedoch wertvoll macht, ist die Niederlage: »Jetzt hast Du die Erfahrung und reichst aus / Jetzt kannst Du beginnen«. »Innerlicher Beginn = mit etwas Äußerem aufhören«, kommentiert Benjamin.

»Du, der die Ämter beherrscht hat«, richtet sich an Sieger und Besiegte, d.h. allgemein an die Sowjetpraxis. Abgesetzte und Eingesetzte müssen bereit sein, jederzeit »den neuen Posten« zu beziehen. »Der Geschlagene entrinnt nicht / Der Weisheit«: Weisheit als eine Art Verhängnis. Nur der Sinkende kommt den Dingen auf den Grund. Die Niederlage eröffnet einen neuen Zugang zur Wirklichkeit. Gramsci hat dies in seiner ersten Gefängniszeit erlebt und geschildert: die Entdeckung einer asozialen Unterwelt, von der er nie etwas gewusst hatte und durch die er teilhaftig wurde »des unschätzbaren Unterrichts der Masse« (2908).

Der zweite Teil von »Fatzer, komm« appelliert an die Führung der Partei, »den Staat herauszugeben«, auch wenn er nicht fertig ist (2909). »Gestatte, dass wir ihn verändern / Nach den Bedingungen unseres Lebens.« Ein Satz von großer Kühnheit, 1930, und von tiefem Witz, sich, wie Benjamin vorschlägt, den großen »Staatsmann« als »ein Original von einem Tischler vorzustellen, der mit seinem ›Werk‹ nie zufrieden ist, sich nicht entschließen kann, es aus der Hand zu geben« (GS II.2, 509). Aber dem angeblich Unersetzlichen wird gesagt: »Der Staat braucht dich nicht mehr« (GW 7, 2909). Der unfertige, aber von den Massen belebte Staat ist wertvoller, als die perfektteste Maschinerie. Benjamin kommentiert: »Armut, lehren die Träger des Wissens, ist eine Mimikry, die es erlaubt, näher an das Wirkliche heranzukommen, als irgendein Reicher es kann.« (GS II.2, 510)

So sehen im Fatzer-Fragment die Regeln der Machtausübung in einem Arbeiterstaat aus, die Gramsci in seinem Brief an das ZK der russischen Partei vergeblich einzufordern versucht hat. Die Einheit der Partei, auf der Gramsci bestanden hat, erfordert das Erhalten der Opposition, nicht deren Ausschluss und schon gar nicht deren Liquidierung. An Mord kann Gramsci 1926 noch nicht gedacht haben. Seine eigene Erfahrung mit Machtkämpfen in der Partei war ohnehin eine völlig andere. Im Januar 1926, auf dem Kongress in Lyon, hatten er und seine Turiner Gruppe die bedeutendste Gründerfigur der Partei, Amadeo Bordiga, in die Minderheit gesetzt. Dem war ein sehr heftiger, jahrelanger Machtkampf vorausgegangen, und Gramsci, Schützling der Internationalen, hatte sich schon im Mai 1924 nicht gescheut, den »Sektierer« Bordiga, der die große Mehrheit der Partei hinter sich hatte, mit Trotzki und seinen verhängnisvollen Fehlern zu vergleichen (vgl. Spriano 1967, 361). Und trotzdem herrschte zwischen den beiden Männern, als sie sich in der Verbannung in



Ustica trafen, ein herzliches, geradezu freundschaftliches Verhältnis. Wenn bis 1965 der Name Bordiga aus den Gefängnisbriefen getilgt wurde<sup>16</sup>, so nicht nur, um das Andenken an den wichtigsten Parteiführer zwischen 1921 und 1925 zu eliminieren, was bis heute gelungen ist, sondern mehr noch, um die Möglichkeit eines menschlichen Verhältnisses zwischen Gramsci und Bordiga nicht zur Sprache kommen zu lassen, um bestimmte menschliche Verhältnisse ›auszumerzen‹.

Für Gramsci war es ein langer Weg, den Prozess überblicken zu können, der vom Nichtüberstehen »bestimmter Prüfungen« in den Anfängen des Stalinismus bis zum »Kannibalismus« führte, ja sogar zur freiwilligen Bereitschaft, Menschenopfer darzubringen. Dies ist nun auch das große Thema der brechtschen Lehrstücke und des »Fatzer«, an dem Brecht von 1927 bis 1931 gearbeitet hat. Heiner Müller nennt als »Grundfrage«, um die sich das unvollendete Stück dreht, die These: »Wenn es um die Emanzipation der Menschheit geht, ist der Feind ein Feind der Menschheit, also kein Mensch.« (1994, 12) Dass bereits die Formulierung dieser Herausforderung, vor die Brecht die Menschen gestellt sieht, in eine Sackgasse führt, hat Heiner Müller in »Mauser« in das paradoxe Bild gefasst: »Das Gras noch müssen wir ausreißen, damit es grün bleibt.« (1978, 63) Im Unterschied zu Brecht befand sich Gramsci in einer Situation, die Gedankenexperimente dieser Art verwehrt. Er zermarterte sein Gehirn mit der Frage, was an molekularen Veränderungen mit den Menschen passiert sein muss, dass sie so denken und handeln. Völlig außerhalb seiner Erfahrungswelt liegt das brechtsche Experiment vom Einverständnis der Opfer mit ihrer eigenen Eliminierung, die Benjamin in seinem Fatzer-Kommentar in ein unheimliches Bild übersetzt hat: »Es ist die Höflichkeit, die in der Strick-Übersendung zum Harakiri enthalten ist« (508). Für die Beschreibung des konkreten Hintergrunds der »revolutionären Pädagogik« Gramscis (1978, 137) und der »Lehrstücke« Brechts liefert das Moskauer Tagebuch Benjamins aus den Monaten Dezember 1926 und Januar 1927 alle Stichworte: Sowjet-Russland als »Wendepunkt historischen Geschehens«; die »Neuformung einer ganzen Herrschaftsgewalt«; die Möglichkeit, durch die Partei Gedanken »in ein vorgegebenes Kraftfeld projizieren« zu können; »die völlige Preisgabe der privaten Unabhängigkeit« und das Abtreten der »Aufgabe, das eigene Leben zu organisieren, sozusagen an die Partei«; durch ungeheure Aufgaben hervorgerufene »Rauschzustände« und Extremsituationen (Benjamin, MT, 107f). Diese für die Menschheit neuen Horizonte haben höchst unterschiedliche Werke ermöglicht, »Nebenprodukte in einem sehr verzweigten Prozess zur Änderung der Welt« (GS II.2, 506), die wir heute, nach dem Absturz der im Gleichklang gehegten Hoffnungen, nur noch mit einer gewissen Fremdheit betrachten können. Das Ausbleiben der Revolution im Westen, Stalinismus und Faschismus haben dann die Arbeitspläne von Benjamin, Brecht und Gramsci tiefgreifend beeinflusst und verändert. Immer deutlicher wurde, was Brecht den untergehenden Fatzer sagen lässt: »Von jetzt ab und eine ganze Zeit über / Wird es keinen Sieger mehr geben / Auf eurer Welt, sondern nur mehr / Besiegt« (Brecht, zit.n. Müller 1994, 116).

16 Die Caprioglio-Fubini-Ausgabe der *Briefe* von 1965 ist die erste, die Gramscis Referenzen zu Bordiga einschließt.

Benjamin, Brecht und Gramsci machen diese Erfahrung auf unterschiedliche Weise und besiegeln sie mit Gefängnis, Emigration und Freitod. Bei allen erfordert die neue Lage einen Schritt zurück, was je Verschiedenes bedeutet. Von Gramsci besitzen wir in den Briefen aus dem Gefängnis und den mit ihnen kommunizierenden *Gefängnisheften* nicht nur ein genaues Protokoll der psychischen, intellektuellen und politischen Konsequenzen seines »Tiefersinkens«. Zugleich bedeutet Gramscis umfangreiche analytische Arbeit am historischen, literarischen und autobiographischen Material der *Gefängnishefte* und *-briefe* auch den Versuch, trotz der dramatischen Rückschritte der Politik mit seiner neuen Methode der Archäologie des Wissens und der Gefühle am »sehr verzweigten Prozess zur Änderung der Welt« (Benjamin, GS II.2, 506) weiterzuarbeiten.

### Literatur

- Apitzsch, Ursula, »Antonio Gramsci: Arbeiterkultur als Modell einer neuen ›civiltà‹«, in: dies., *Neurath, Gramsci, Williams. Theorien der Arbeiterkultur und ihre Wirkung*, Hamburg 1993, 132-48
- Benjamin, Walter, »Aus dem Brecht-Kommentar« (1930), in: *Gesammelte Schriften* II.2, Frankfurt/M 1991, 506-10 (zit. GS)
- ders., *Moskauer Tagebuch*, mit einem Vorwort von Gershom Scholem, Frankfurt/M 1980 (zit. MT)
- Brecht, Bertolt, »Untergang des Egoisten Johann Fatzer«, in: *Gesammelte Werke* 7, Frankfurt/M 1967, 2893-912 (zit. GW)
- Fiori, Giuseppe, *Gramsci, Togliatti, Stalin*, Bari 1991
- Gramsci, Antonio, *Lettere dal Carcere*, hgg.v. Sergio Caprioglio und Elsa Fubini, Turin 1965 (zit. *Briefe*, 1965)
- ders., »Brief an das Zentralkomitee der KPdSU« (1926), in: *Antonio Gramsci – vergessener Humanist? Eine Anthologie*, hgg. v. H. Neubert, Berlin 1991
- ders., »La Costruzione del Partito Comunista 1923-1926«, in: *Opere*, Bd. 12, Turin 1978 (zit. *Opere*, 1978)
- ders., *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*, 10 Bde., hgg. v. K. Bochmann, W.F. Haug und P. Jehle, Hamburg 1991-2002 (zit. *Gef.*)
- ders., u. Tatiana Schucht, *Lettere 1926-1935*, hgg. v. Aldo Natoli u. Chiara Daniele, Turin 1997 (zit. *Briefe*, 1997)
- Haug, Wolfgang Fritz, *Philosophieren mit Brecht und Gramsci*, Hamburg 1996
- Kammerer, Peter, »Vorwort«, in: *Tanja Schucht und Antonio Gramsci. Eine moderne Antigone*, Frankfurt/M 1993, 7-16
- Müller, Heiner, *Mauser*, Berlin 1978
- ders., »Fatzer-Material«, in: Bertolt Brecht, *Der Untergang des Egoisten Johann Fatzer*, Bühnenfassung v. Heiner Müller, Frankfurt/M 1994
- Natoli, Aldo, *Sulle origini dello stalinismo. Saggio popolare*, Firenze 1979
- ders., *Tanja Schucht und Antonio Gramsci. Eine moderne Antigone*, übers. u. eingel. v. P. Kammerer, Frankfurt/M 1993
- ders., Vorwort, in: *Briefe* 1997, VII-LVI
- Staffa, Piero, *Lettere a Tania per Gramsci*, hgg. u. eingel. v. Valentino Gerratana, Rom 1991
- Spriano, Paolo, *Gramsci in carcere e il partito*, Rom 1977
- ders., *Storia del Partito comunista italiano*, Vol. I, Turin 1967

## Antonio Gramsci und Tatjana Schucht

### Drei Briefe

#### *Editorische Vorbemerkung*

Der Brief Gramscis vom 16. Dezember 1929, Tanja Schuchts Antwort vom 18. Januar 1930 sowie Gramscis Brief vom 19. Mai 1930<sup>1</sup> besiegeln die Erkenntnis einer doppelten Niederlage: nicht nur gegenüber dem faschistischen Regime in Italien, sondern auch der Ideen Gramscis in der Kommunistischen Internationale angesichts des neuen stalinistischen Regimes in der UdSSR. Diese Briefe sollen zum Anlass genommen werden, der De-Kontextualisierung von Gramscis Denken, wie wir es gegenwärtig nicht nur in Europa, sondern insbesondere in Amerika vorfinden, einige Fakten und Überlegungen entgegenzusetzen. Möglicherweise könnte eben über diese Reflexion des Besiegteins eine authentischere Analyse der Intentionen Gramscis erfolgen.

Im Brief vom 16. Dezember 1929, der bislang in keiner deutschen Übersetzung vorlag, realisiert Gramsci zum ersten Mal, dass für ihn »alle Fäden zur Außenwelt einer nach dem andern reißen«, und er fährt fort: »Wenn ich mich vor einer Frage sehe, die ich nicht beantworten kann, und ich einsehe, dass ich das Problem wirklich nicht lösen kann, gebe ich es auf und denke nicht mehr daran. Ich mache es aus Selbstachtung und mehr noch aus Achtung vor den anderen.« Gramscis Problem ist: Mit wem kommuniziert Tanja, seine in Italien gebliebene Schwägerin, wer steht hinter Giulia, seiner Ehefrau in Moskau? Ist es die Partei, und wenn, welcher Flügel der Partei?

Das Plenum des Exekutivkomitees der Komintern hatte im Juli 1929 das Ende der ›Einheitsfront‹-Politik bekräftigt, das heißt, die Linie durchgesetzt, die der von Gramsci entworfenen des Kongresses von Lyon diametral entgegengesetzt war. Im September 1929 wurde Angelo Tasca aus der Partei ausgeschlossen. Gramsci war zweifellos auf vielen kapillaren Wegen im Gefängnis von dieser Wende informiert worden und hatte sie – wenn auch chiffriert – mit seinem Bruder Carlo bei dessen Besuch im Gefängnis in Turi im November 1929 angesprochen.

Tanja Schuchts Brief vom 18. Januar 1930 macht Gramsci zum ersten Mal völlig klar, dass Giulia als seine Ehefrau in Moskau völlig isoliert ist, dass selbst die Familie von ihm als Ehemann und Vater nichts wissen will. »So wie Du wirklich von der Welt abgeschnitten wurdest, wurde Giulia gewaltsam und unerbittlich von Dir getrennt. Im Vergleich zu deiner Lage ist die ihre, was ihre Beziehungen betrifft, unvergleichlich schlimmer.« Diese angesichts der Gefängniszensur erstaunlich offenen Worte Tanjas machen zugleich ihre eigene Position deutlich. Sie spricht zu Gramsci zwar auch im

---

1 Antonio Gramsci u. Tatiana Schucht, *Lettere 1926-1935*, hg.v. Aldo Natoli u. Chiara Daniele, Turin 1997

Auftrag des Keynes-Mitarbeiters und alten Gramsci-Freundes Piero Sraffa, das heißt, vermittelt im Auftrag Togliattis; aber sie bezieht ihre eigene Position zugunsten der Verteidigung Gramscis zu einem Zeitpunkt, da niemand mehr zu ihm stehen will.

Gramscis Antworten, besonders der Brief vom 19.5.1930, sind erstaunlich schroff. Sie treffen Tanja, aber sie sollen auch die treffen, die hinter ihr stehen, auch wenn er dadurch seine eigene Position noch prekärer macht. Dies wird besonders in jenen Passagen des Briefes deutlich, die bislang in jeder deutschen Ausgabe – von Dietz bis Fischer – fehlten: »Die Schläge der Gegner, die ich bekämpfte, konnte ich vorausberechnen; nicht vorausberechnen konnte ich, dass von anderer Seite, wo ich es am wenigsten vermutete, Schläge kommen würden (metaphorische Schläge, versteht sich, aber auch das Gesetzbuch teilt die Vergehen in Handlungen und Unterlassungen ein; d.h. auch die Unterlassungen sind Schlag oder Schuld). Das ist alles.«

Gramscis Methode, mit diesen Schlägen umzugehen, besteht darin, zurückzugehen, zu analysieren, historisch zu verstehen, das eigene Tiefersinken (das er im Brief vom 20. Oktober 1928 bereits angesprochen hatte)<sup>2</sup> zur Basis seiner Studien zu machen.

Ursula Apitzsch und Peter Kammerer

16. Dezember 1929

Liebste Tatjana,

diesen Monat hast Du mir ganz ganz wenig geschrieben: am 28. November eine Karte und am 29., zusammen mit dem Brief von Giulia, ein paar Zeilen. Aber weißt Du, auch ich habe jetzt sehr wenig Lust zu schreiben. Es kommt mir vor, als würden alle Fäden zur Außenwelt einer nach dem andern reißen. Als ich im Gefängnis in Mailand war, reichten mir zwei Briefe pro Woche nie aus: Ich hatte die Manie, schriftlich zu plaudern. Erinnerst Du Dich, wie dichtgedrängt ich schrieb? Man kann sagen, dass damals alle meine Gedanken im Verlauf der Woche auf den Montag gerichtet waren: Was werde ich schreiben können? Wie muss ich dieses oder jenes schreiben, damit der Brief nicht zurückgehalten wird? Jetzt weiß ich nicht mehr, was ich schreiben, wie ich anfangen soll. Ich bin dabei, mich vollständig zu verpuppen. Meine Aufmerksamkeit ist darauf gerichtet, was ich lese und übersetze. Wenn ich über mich nachdenke, kommt es mir vor, als sei ich in den Zustand der Obsession zurückgefallen, in dem ich mich in den Jahren an der Universität befand, als ich mich auf ein Problem, das mich in Anspruch nahm, so konzentrierte, dass ich auf nichts mehr achtete und zuweilen Gefahr lief, von der Straßenbahn überfahren zu werden.

Du sagst mir, ich solle Giulia viele Kleinigkeiten schreiben, Einzelheiten aus meinem Leben. Tatsache ist jedoch, dass es in meinem Leben weder Kleinigkeiten noch Einzelheiten gibt, es gibt keine Kontraste. Und es ist gut, dass es so ist. Wenn das Leben im Gefängnis bewegt ist, so ist das ein ziemlich schlechtes Zeichen.

2 Ein längeres Zitat aus diesem Brief vom 20. Oktober 1928 findet sich im Beitrag von Apitzsch und Kammerer in diesem Heft.

Das einzige Feld, das nicht so ist wie jenes Bild, welches die Farbe Schwarz im Dunkeln darstellt, ist das Zerebrale. Aber es gibt substanzielle und formale Grenzen. Formale, weil ich im Gefängnis bin und das Reglement mir Grenzen setzt. Substanzielle, weil das, was mich interessiert, oft von sehr relativem Wert ist. Im Augenblick interessiert mich die Frage, ob die Sprache der Niam Niam, die sich selbst Volk der Sandeh nennen, während der Name Niam Niam ihnen von den benachbarten Dinka gegeben wurde, zur Sprachengruppe des westlichen Sudans gehört oder nicht, auch wenn das Territorium, wo sie gesprochen wird, im östlichen Sudan liegt, zwischen dem 22. und dem 28. östlichen Längengrad. Ob also die Klassifizierung der Sprachen besser nach den Kriterien der geographischen Verteilung oder nach denen des historischen Abstammungsprozesses<sup>3</sup> vorzunehmen sei, usw. usw. Dies ist auch der Grund, weshalb ich auch dieses Mal Giulia nicht schreibe. Ich weiß wirklich nicht, was ich schreiben soll. Und ich will keinen Anstandsbrief schreiben, wie man sagt. Ich muss noch über einige Probleme nachdenken, und bevor ich sie nicht gelöst habe, kann ich nicht schreiben (ich weiß nicht einmal, ob es mir gelingt, sie zu lösen). Das Grundproblem ist folgendes: Soll ich an Giulia denken und mit ihr nach den banalen Regeln der Psychologie verkehren, die man gewöhnlich der weiblichen Welt zuschreibt? Das würde mir im höchsten Maße widerstreben. Und doch ... Was meinst Du, wie soll man ihren Brief interpretieren, in dem sie sagt, dass sie sich nach meinem Brief vom 30. Juli mir näher fühlte, während sie mir dann aber gerade nach diesem Brief vier Monate lang nicht mehr schreibt. Mir ist es bisher nicht gelungen, die höhere Synthese dieses Widerspruchs zu finden, und ich weiß nicht, ob ich sie finden werde. Darum halte ich mich zurück. Du schreibst, Du könntest Dich nicht entscheiden, Giulia meinen letzten Brief zu schicken, weil er ihr weh tun könnte.<sup>4</sup> Sicher wird er ihr weh tun, aber ich halte das für keinen überzeugenden Grund. Ich bin mir vielmehr sicher, dass sie selbst es vorziehen würde, meinen Gemütszustand genau zu kennen. Glaubst Du, mir macht es Spaß, solche Dinge zu schreiben? Aber ich bin an einem Punkt angekommen, an dem ich mich, wie gesagt, befand, als ich an der Universität war: Damals schrieb ich nie Briefe. Wenn ich mich vor einer Frage sehe, die ich nicht beantworten kann und einsehe, dass ich das Problem wirklich nicht lösen kann, gebe ich es auf und denke nicht mehr daran. Ich mache es aus Selbstachtung und mehr noch aus Achtung vor den anderen: Ich schätze Giulia zu sehr, als dass ich sie für eine sentimentale Bürgerseele halten könnte, was weiß ich, von der Art der Heldin des *Eugen Onegin*<sup>5</sup>, zum Beispiel. Meinst Du nicht auch,

3 Das Problem wurde im Handbuch von F.N. Finck, *Die Sprachstämme des Erdkreises* (1909), behandelt, das Gramsci gerade übersetzte. Im Brief vom 3. Oktober 1927 reklamiert Gramsci dieses Buch über Tanja bei der Buchhandlung Sperling und Kupfer. Gramsci übersetzte das gesamte Buch aus dem Deutschen ins Italienische in den Heften B (XV) und C (XXVI).

4 Gramsci meint den Brief an Tanja vom 18. November 1929, siehe auch den Brief an Giulia vom 30. Dezember 1929, in: A. Gramsci, *Gefängnisbriefe* I, hgg. v. U. Apitzsch, P. Kammerer, A. Natoli, M.P. Quercioli, Hamburg-Frankfurt/M 1995, 79-82

5 Tatjana Larin, die Heldin von Puschkins Oper *Eugen Onegin*, geht, nachdem sie von Eugen abgewiesen wurde, eine konventionelle Ehe ein. Sie liebt Eugen immer noch, weist aber seine, nun für sie entbrennende Leidenschaft ab, um ihrem Ehegelöbnis treu zu bleiben.

liebe Tatjana? Übrigens, schicke diesen Brief an Giulia – er ist ganz an sie gerichtet, wenn auch indirekt. Liebste Tatjana, siehst Du, wieviel Kummer ich Dir in letzter Zeit bereite? Es schmerzt mich wirklich, glaube mir. Ich umarme Dich zärtlich,

Antonio

18. Januar 1930

Liebster Nino,

vielen Dank für die Glückwünsche.<sup>6</sup> Da eigentlich Deine Mutter an der Reihe gewesen wäre, schreibe ich ihr jetzt, um sie zu beruhigen. Ich muss Dir auch danken für Deine Instruktionen, wie man Postkarten schreibt. Ich muss Dir meine totale Unwissenheit in dieser Hinsicht gestehen und möchte Dich darauf aufmerksam machen, dass ich Dir eben erst gestern eine übermäßig vollgeschriebene Postkarte geschickt habe. Entschuldige bitte den Ärger, den Dir die Verspätung der Post und die völlig überflüssige Nachgebühr wegen meiner Unwissenheit gemacht haben. Ich teile Dir außerdem mit, dass ich Dir außer dem Brief vom 5., den Du schon bekommen hast, von hier aus zwei weitere Briefe und ein paar Postkarten geschrieben habe. Ich denke, dass die Briefmarken stimmen und bitte nochmals um Entschuldigung. Ich bin bereit, auch die Ortsbriefe mit 10 Soldi zu frankieren, Hauptsache, Du bekommst unsere Nachrichten so schnell wie möglich. Lieber, es tut mir sehr leid, dass es Dich betrübt, dass ich in Turi unpässlich bin. Ich habe Dir schon geschrieben, dass ich hier bestens gepflegt werde. Es ist besser, dass die Ruhepause, die die mühevollen Reise für meine Arbeit bedeutet, mit einem Aufenthalt in einem kleinen Ort zusammenfällt, anstatt mit einem Krankenhausaufenthalt in einer Stadt. Außerdem habe ich so zumindest die große Genugtuung, am gleichen Ort wie Du zu sein, so dass Deine Isolierung wirklich durchbrochen wird. Lieber, Du darfst nicht glauben, ich hätte Deinen Gemütszustand nicht verstanden. Aber da es sich um eine wirkliche Ungeheuerlichkeit gegenüber Giulia handelt, glaubte ich, es sei angemessener, diesen krankhaften Zustand von Dir überhaupt nicht zu erwähnen. Dein Zustand ist, folgt man dem Anschein, völlig verständlich. Aber in Wirklichkeit liegen die Dinge nicht so, denn Deine Zeitberechnung vom Beginn eines Briefes an, den Du an Giulia schreibst, bis zum Erhalt ihrer Antwort mag zwar mathematisch exakt sein, entspricht aber nicht der realen Zeit, die zwischen Deinem Brief und ihrer Antwort verstreicht. Ich möchte, dass Du jenen Brief von ihr noch einmal liest, in

6 Gramsci hatte Tanja in einem Brief vom 13. Januar 1930 zum Namenstag gratuliert. Tanja hielt sich seit Ende Dezember in Turi auf und hatte am 29. Dezember ein erstes Gespräch mit Gramsci im Gefängnis, das Gramsci nicht angekündigt worden war und völlig fehlschlug. Was genau geschehen ist, wissen wir nicht. Tanja schreibt Gramsci am 2. Januar 1930 auf einer Postkarte: »Ich nehme noch einmal die Postkarte vom Tag unseres Gesprächs in die Hand. Als ich herauskam, war ich so außer Fassung, dass ich weder Gedanken noch Gefühle hatte, die spontan und ruhig hätten mitgeteilt werden können« (zit.n. Natoli/Daniele 1997, 430). Tanja berichtet in einem Brief an Sraffa vom 3. Januar 1930, dass man 20-25 Minuten der Besuchszeit völlig »vergeudet« habe (vgl. 431, A.1). Im Anschluss an dieses Gespräch ist Tanja in Turi mehrere Monate lang bettlägerig krank.

dem sie erwähnt, wie sie sich gestärkt fühlte durch die Zeilen, in denen Du Dich der Kinder erinnerst, es genügt schon dieses Gefühl von ihr, um Dir ihren Zustand klar zu machen<sup>7</sup>. So wie Du wirklich von der Welt abgeschnitten wurdest, wurde Giulia gewaltsam und unerbittlich völlig von Dir getrennt. Im Vergleich zu Deiner Lage ist die ihre, was ihre Beziehungen betrifft, unvergleichlich schlimmer. Lieber, Du hast hier Deine Mutter, Deinen Bruder und mich; sie aber hat überhaupt niemanden, der ihr das reale Gefühl Deiner Existenz und eurer innersten Verbindung vermittelt. Doch bereits eine Bemerkung von Dir über eure Kinder genügte, um ihr ein tiefes Trostgefühl zu geben, um sie die Wirklichkeit eurer Verbindung und eurer Liebe spüren zu lassen.

Siehst Du, ist es im schlimmsten Fall tatsächlich nicht auszuschließen, dass sie das denkt, was Spaventa vom Absterben der Gefühle in den Herzen der Unglücklichen berichtet?<sup>8</sup>

Und doch, dessen bin ich sicher, ist sie viel zu sensibel, um so etwas denken zu können. Möglicherweise ist Dir noch nie der Gedanke gekommen, dass Giulia zweifelsohne geistig von Dir stärker getrennt ist als Du von ihr, allein schon aus dem Grund, dass wir mit Dir kommunizieren können, Du aber in Deinen Mitteilungen großen Beschränkungen unterliegst. Es ist richtig, dass Du es bist, dem das Recht, mit seinen Lieben zu verkehren, verwehrt wird. Das mag für Dich eine riesige Pein bedeuten, doch letztendlich sind wir es, bzw. die Familie, die auf die grausamste Weise dadurch bestraft ist. Das ist der Grund, warum ich wünschte, es würde Dir gestattet werden, öfters zu schreiben. Es scheint, es gibt keine einheitliche Regelung, auch für Dich hätte die Sache daher anders sein können, doch Geduld!, wie man hier sagt, und Du bist zweifelsohne in keiner guten psychologischen Verfassung, wenn Du mir gegenüber behaupten willst, dass auch Du wenig Lust zum Schreiben spürst und dass Du nicht weißt, was Du schreiben sollst. Antonio, ich bestreite nicht, dass dieser Zustand sehr stark der Tatsache zuzuschreiben ist, dass Du so wenig Nachrichten von uns bekommst, aber er ist auch Ergebnis dessen, dass die Gewohnheit verloren geht, eine bestimmte Funktion auszuüben, denn mit dem mangelnden Gebrauch schwindet auch das Organ. Das gleiche passiert auf der psychischen Ebene. Siehst Du, Lieber, Du hast die Deinen, Du hast uns, um Dich auszutauschen, aber mit wem kann sich Giulia austauschen, wer ist da, um ihr Trost zu geben? Sie hat nur ihre Kinder, die so etwas wie Zeugen eurer Liebe sind, sonst hat sie nur die Möglichkeit, ab und zu

7 Es handelt sich wahrscheinlich um Giulias Brief aus dem Jahre 1928 (ohne Datum), in: *Gefängnisbriefe I*, 65.

8 Tanja zitiert hier Gramscis Brief vom 13. Januar 1930, in dem er sich mit dem liberalen Philosophen und Politiker Silvio Spaventa verglich (der nach dem Fehlschlagen des nationalen Aufstandes von 1848 im Gefängnis war): »Mir scheint, in vielen seiner Briefe hat er in der Sprache seiner Zeit ... genau diese Gemütszustände geschildert, die denen ähneln, die ich oft durchmache. Er schreibt zum Beispiel in einem Brief vom 17. Juli 1853 an seinen Vater: »Ich glaube nicht, heute weniger als früher von der Familie geliebt zu werden; aber das Unglück bewirkt gewöhnlich zwei Dinge: Häufig löscht es die Liebe zu den Unglücklichen aus und nicht weniger häufig löscht es in den Unglücklichen selbst auch die Liebe zu allen anderen. Ich fürchte nicht die erste Wirkung in euch, sondern die zweite in mir.«

Nachrichten über Dich zu erhalten, von Dir ein paar an sie gerichtete Zeilen und ein paar Informationen über Deinen allgemeinen Zustand. Das ist tatsächlich zu wenig, und ihr Gemüt, immer vom Gefühl der Sehnsucht durchzogen, von der Trennung zerrissen, muss darunter leiden.

Lieber, es tut mir leid, Dir weh zu tun, indem ich Dich noch einmal daran erinnere, was der Grund Deiner gegenwärtigen Bitterkeit sein mag, aber es ist vielleicht gut, dass ich es Dir einmal schreibe ohne Bedenken, Dir weh zu tun, und wenn Du willst, dass ich es Dir gestehe: Ich habe Deinen letzten, an mich geschriebenen, aber indirekt für Giulia bestimmten Brief noch nicht abgeschickt. Ich verstehe, dass auch die Äußerung eines Zweifels eine gewisse Kompensation bieten kann, indem sie die Existenz besonderer Gefühle sichtbar macht, doch scheint mir, Du hast das Problem auf eine Weise angegangen, die es nicht gestattet, Giulia das darin enthaltene Gift in solcher Dosis weiter zu geben. Hingegen habe ich ihr Deinen vorletzten Brief an mich geschickt und ihm einen Brief von mir vorhergehen lassen, sozusagen als Vorbereitung. Und mir scheint, dass das so mehr als ausreichend ist. Giulia unterscheidet sich viel zu sehr von den üblichen Frauen und ihrer weiblichen Psychologie, darum habe ich es als Pflicht gefühlt, ihr einen Schlag zu ersparen, der möglicherweise ernsthaft ihr Leben beeinträchtigen würde. Und wenn es Giulias Fehler ist, allzu schweigsam zu sein, so ist das genau die Auswirkung ihres psychischen Leidens, das sie Dir nur allzu genau offengelegt hatte, wenn sie schrieb, es fehle ihr am ›Willen‹, das zu tun, was sie möchte. Ihre physischen Kräfte sind gering, der Existenzkampf ist schwer, der moralischen Leiden sind viele, siehst Du, das ist das Bild der Lage.

Lieber, solltest Du jedoch wünschen, dass ich den besagten Brief abschicke, sag es mir oder schreib es mir, Du solltest mir schreiben, wenn Du an Deine Mutter schreibst, vielleicht lässt Du ein bisschen weißes Papier, das öfter mit Nachrichten über Dich für Giulia ausgefüllt werden könnte. Ich umarme Dich zärtlich,

Tanja

19. Mai 1930

Liebste Tatjana,

ich habe Deine Briefe und Karten bekommen. Ich musste erneut über die seltsame Vorstellung lächeln, die Du von meiner Gefängnissituation hast. Ich weiß nicht, ob Du die Werke von Hegel gelesen hast, der geschrieben hat, dass »der Verbrecher ein Recht auf seine Strafe hat«<sup>9</sup>. Du siehst mich mehr oder weniger als jemand, der hartnäckig sein Recht auf Leiden einklagt, der zum Märtyrer gemacht werden will und auch nicht um eine einzige Sekunde, um einen Hauch seiner Strafe gebracht werden will. Ich sei ein neuer Gandhi, der vor den Mächten des Himmels und der

9 Gramsci spielt hier ironisch auf die hegelsche Rechtsphilosophie an, in der es u.a. heißt: »Die Verletzung, die dem Verbrecher widerfährt, ist nicht nur an sich gerecht [...], sondern sie ist auch ein Recht an den Verbrecher selbst [...] Dass die Strafe darin als sein eigenes Recht enthaltend angesehen wird, darin wird der Verbrecher als Vernünftiges geehrt.« (*Grundlinien der Philosophie des Rechts*, §100, Werke 7, Frankfurt/M 1986, 190f)



Finsternis die Qualen des indischen Volkes bezeugen will, ein neuer Jeremias oder Elias oder was weiß ich für ein Prophet Israels, der auf den Platz ging und unreine Speisen verzehrte, um sich im Brandopfer dem Rache Gott anzubieten, usw. usf. Ich weiß nicht, wie Du zu dieser Vorstellung kommst, die, soweit es um dich persönlich geht, sehr naiv, und soweit es um mich geht, ungerecht und unüberlegt ist. Ich sagte Dir, ich bin außerordentlich praktisch; ich glaube, dass Du nicht verstehst, was ich mit diesem Ausdruck sagen will, weil Du Dich überhaupt nicht bemüht, Dich in meine Lage zu versetzen (wahrscheinlich komme ich Dir also wie ein Komödiant oder was weiß ich vor). Mein praktischer Sinn besteht darin: zu wissen, dass es der Kopf ist, der zerbricht, und nicht die Wand, wenn man mit dem Kopf durch die Wand will. Sehr elementar, wie Du siehst, und doch sehr schwierig nachzuvollziehen für den, der nie daran denken musste, mit dem Kopf gegen die Wand stoßen zu können, sondern gehört hat, dass es genügt, ›Sesam, öffne Dich!‹ zu sagen, damit sich die Wand auftut. Dein Verhalten ist unabsichtlich grausam; Du siehst jemand, der gefesselt ist (in Wirklichkeit siehst Du ihn nicht gefesselt und kannst Dir auch die Fesseln nicht vorstellen) und sich nicht bewegen will, weil er sich nicht bewegen kann. Du denkst, er bewegt sich nicht, weil er nicht will (Du siehst nicht, dass die Fesseln, als er sich bewegen wollte, ihm schon das Fleisch zerschnitten haben), also muss er aufgestachelt werden mit glühenden Spitzen. Was erreichst Du damit? Dass er sich krümmt und dass Du den Fesseln, die ihn schon bluten lassen, Verbrennungen hinzufügst. Dieses entsetzliche Bild, das einem Fortsetzungsroman über die spanische Inquisition entnommen sein könnte, wird Dich ganz sicher nicht überzeugen und Du wirst weitermachen; und da auch die glühenden Stacheln rein metaphorisch sind, wird es so sein, dass ich in meiner ›Praxis‹ fortfahre, nicht mit dem Kopf gegen die Wand zu rennen (der Kopf schmerzt schon genug, als dass ich solche Übungen aushalten könnte) und jene Probleme außer Acht zu lassen, zu deren Lösung die unerlässlichen Einzelteile fehlen. Das ist meine Stärke, meine einzige Stärke, und genau diese willst Du mir nehmen. Im übrigen ist es eine Stärke, die man leider anderen nicht geben kann; man kann sie verlieren, aber nicht verschenken und auch nicht übertragen. Ich glaube, Du hast nicht genug über meinen Fall nachgedacht und kannst ihn nicht in seine Elemente zerlegen. Ich unterliege verschiedenen Arten von Gefängnis: Es gibt das eine, das aus den vier Mauern besteht, dem Gitter, den Fensterblenden, usw. usf.; damit hatte ich schon gerechnet, als geringere Wahrscheinlichkeit, denn die größere Wahrscheinlichkeit war in den Jahren von 1921 bis November 1926 nicht das Gefängnis, sondern der Verlust des Lebens. Was ich nicht voraus berechnet hatte, war das andere Gefängnis, das zum ersten hinzukam, und das darin besteht, nicht nur vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen zu sein, sondern auch vom Familienleben usw. usw.

Die Schläge der Gegner, die ich bekämpfte, konnte ich vorausberechnen; nicht vorausberechnen konnte ich, dass von anderer Seite, wo ich es am wenigsten vermutete, Schläge kommen würden (metaphorische Schläge, versteht sich, aber auch das Gesetzbuch teilt die Vergehen in Handlungen und Unterlassungen ein; d.h. auch die Unterlassungen sind Schlag oder Schuld). Das ist alles. Aber es gibt Dich, wirst Du

mir sagen. Es ist wahr, Du bist sehr gut zu mir, und ich habe Dich sehr lieb. Aber in diesen Dingen lässt sich eine Person nicht austauschen, und außerdem ist diese Sache sehr, sehr kompliziert und schwierig ganz zu erklären (auch wegen der nicht metaphorischen Mauern). Ich bin, um die Wahrheit zu sagen, nicht sehr sentimental, und es sind nicht die Gefühle, die mich quälen. Es ist nicht so, dass ich unsensibel bin (ich möchte mich nicht zynisch oder blasiert geben); es ist eher so, dass sich mir auch die Gefühlsangelegenheiten in Verbindung mit anderen Elementen (ideologischen, philosophischen, politischen usw.) darstellen und ich sie auf diese Weise lebe, sodass ich nicht sagen könnte, bis wohin das Gefühl reicht und eines der anderen Elemente beginnt; ich könnte vielleicht nicht einmal sagen, um welches Element es sich genau handelt, denn sie sind alle untrennbar in einem einzigen Zusammenhang und in einem einzigen Leben miteinander vereint. Vielleicht ist das eine Stärke; vielleicht auch eine Schwäche, denn es führt dazu, die anderen auf die gleiche Weise zu analysieren und deshalb vielleicht falsche Schlussfolgerungen zu ziehen. Doch will ich nicht fortfahren, denn ich bin dabei, eine Abhandlung zu schreiben, und vermutlich ist es besser, nichts zu schreiben, als Abhandlungen zu verfassen.

Liebste Tatjana, mach Dir keine Sorgen wegen der Unterhemden; die, die ich habe, erlauben mir, auf die zu warten, die Du schicken wirst. Schicke mir nicht die Thermosflasche, oder schicke sie mir nur, wenn die Direktion zugesichert hat, dass sie mir ausgehändigt wird; es ist besser, sie nicht zu haben als sie im Magazin zu wissen. Signora Pina<sup>10</sup> wohnt wirklich in der Via Montebello 7, ich glaube nicht, dass sie bald kommen sollte, ja, das schließe ich aus. Ich schicke Dir noch weitere Bücher nach draußen und zwei zerrissene Hemden. Schreibe meiner Mutter und grüße sie von mir und versichere ihr, dass es mir ziemlich gut geht. Ich umarme Dich zärtlich,  
Antonio

Aus dem Italienischen von Ursula Apitzsch und Peter Kammerer

---

10 Pina war die Frau von Enrico Tulli, einem Mitangeklagten Gramscis, bei der Tanja Schucht in Mailand zeitweise wohnte.

Giorgio Baratta

## Prosa und Poesie in den Gefängnisbriefen

Für Franco Fortini  
und Valentino Gerratana

### I.

Indem Franco Fortini Jacobsons Theorie der poetischen Funktion mit Hegels Herr-Knecht-Dialektik verknüpft, gelangt er zu einem originellen Schluss hinsichtlich der unterschiedlichen *Identität* von Prosa und Poesie:

Die Beziehung zwischen Kunst und Herrschaft, wie die zwischen Eros und Herrschaft, führt dazu, dass die literarischen Werke ständig gespalten sind zwischen einer auf Vollendetheit und Unantastbarkeit sich zubewegenden ›poetischen‹ Identität – die in Grenzfällen zu Echolalie und Ekstase wird – und einer ›prosaischen‹ Identität, die fortwährende Auslotung und Ausarbeitung des Rohen und noch Ungeschehenen ist und somit Herausforderung und Suche bedeutet. (Fortini 1989, 12)

Valentino Gerratana schreibt im *Vorwort* zu den *Gefängnisbriefen*:

Wenn die Hefte nach dem ausdrücklichen Wunsch des Autors ein unabgeschlossenes, für immer neue Überprüfungen offenes Buch darstellen, sind dagegen die Briefe mit Gramscis Tod ein abgeschlossenes Werk, ein modernes Brevier für Laien geworden. (1988)

Eine gewisse Abgeschlossenheit oder *ekstatische Vollendetheit*, um es mit Fortini zu sagen, scheint tatsächlich stilprägend für die *Briefe*, zumindest für einen nicht geringen Teil derselben zu sein – was um so überraschender ist, als sie Schritt für Schritt inmitten alltäglicher Notwendigkeiten und Bedrängnisse entstehen. Wenn dies zutrifft, so ließe sich annähernd eine prosaische Identität der *Hefte* von einer zumindest teilweise poetischen Identität der *Briefe* unterscheiden, die allerdings mit der prosaischen Dimension zusammengeht. Fortini schreibt weiter:

Jacobsons Denken zuspitzend, [...] würde die poetische Funktion also dem ›bereits in Form Gebrachten‹ entsprechen, worin die Zeit nicht mehr gegeben bzw. auf ein Minimum reduziert oder zum Kreis gebogen ist. (1989, 11)

Die Zeit der poetischen Identität ist aus diesem Blickwinkel die »der Wiederholung, der Abschließung und der Wiederkehr«, was sich im Begriff einer »tendenziell in sich selbst zurücklaufenden Einheit« fassen lässt, die die Veränderlichkeit der Ereignisse, das Empортаuchen des Neuen, die Vorläufigkeit der Gegenwart abwehrt, für welche die prosaische Rede dagegen offen ist. Wie stellt sich im Gefängnis und in den *Gefängnisbriefen* der unerbittliche und zugleich innere und vertraute Rhythmus der Zeit dar, den Gramsci als »Pseudonym des Lebens« bezeichnet? In einem Brief an Tanja vom 1. Juli 1929, in dem er sie mit einem Anflug von Stolz über die hoffnungsvolle Angelegenheit der im Gefängnishof von ihm gepflanzten Kletterrose unterrichtet, schreibt Gramsci:

Ich fühle den Kreislauf der Jahreszeiten, gebunden an die Sonnenwenden und die Tagundnachtgleichen, wie Fleisch von meinem Fleisch. Die Rose ist lebendig und wird sicher blühen, denn die Wärme bereitet die Kälte vor, und unter dem Schnee regen sich schon die ersten Veilchen usw. Kurz, die Zeit erscheint mir als eine gewichtige Sache, seit für mich der Raum nicht mehr existiert. (Zit.n. Roth 1972, 30f)

Gerratana hält fest, dass die *Briefe* »ein untrennbares Ganzes« darstellen, das »in ein dramatisches Licht getaucht [...] vom Rhythmus des Denkens belebt« ist; es handele sich dabei um einen »intensiven, aber nicht frenetischen Rhythmus«. Diese mit »intensivem Rhythmus« gelebte, »gewichtige« Zeitlichkeit unterscheidet sich deutlich von der »auf ein Minimum reduzierten« Zeit, von der Fortini im Hinblick auf die Poesie spricht. Wie nun?

Den hier eingeschlagenen Denkweg weiterverfolgend, lässt sich behaupten, dass die Zeitlichkeit, das heißt die Identität der *Briefe*, gespalten ist zwischen einem prosaischen und einem poetischen Moment. Einerseits erscheint die Zeit der *Briefe* im Sinne Fortinis als Ausdruck des

Knechts, der in den Wechselfällen der Zeit, in der Furcht vor dem Tode (dem ›absoluten Herrn‹) und der Flucht vor ihm lebt, der sozusagen in der syntagmatischen oder horizontalen Dimension arbeitet, ein Schritt nach dem andern, eine Geste nach der andern, wie es der vorwiegend kommunikativen, persuasiven, phatischen Rede, kurz den metonymischen bzw. für Jacobson vor allem prosaischen Sprachfunktionen zukommt.

Andererseits tritt an zahlreichen Stellen dieses *Tagebuch-Dialogs* der vollendete bzw. wie Gerratana sagt »abgeschlossene« Charakter der *Briefe* deutlich hervor, so dass in einer paradoxen Umkehrung der faktischen Situation ihre Übersetzung in Literatur durch jene ›Unantastbarkeit‹ geprägt ist, die, glaube ich, von den Merkmalen der poetischen Identität, wie Fortini sie bestimmt, das wichtigste ist. Woher rührt dieses Merkmal? Meines Erachtens ist die in den *Briefen* neben und vielleicht vor der prosaischen »Knechts-Zeit der Arbeit« hervortretende Unantastbarkeit, das heißt das »herrschaftliche [poetische] Moment« Fortinis, in erster Linie auf die *poetische* Kraft zurückzuführen, die das *Kind* in den *Briefen* zum Ausdruck bringt: das Kind der Vergangenheit, Antonio in den Erinnerungen, und die Kinder der Gegenwart, Delio und Giuliano, mit denen der Autor auf indirekten, gewundenen Wegen korrespondiert. Es ist eine *poetische* und *musikalische* Kraft, die diesen Seiten ihren »intensiven, aber nicht frenetischen Rhythmus«, ihre unverwechselbare Färbung und Wärme verleiht. Am selben Tag, dem 1. Juli 1929, an dem Antonio den zitierten Brief an Tanja verfasste, schreibt er an Julia:

Du irrst in der Annahme, dass ich als kleiner Junge ... literarische und philosophische Neigungen gehabt hätte, wie Du geschrieben hast. Ich war vielmehr ein furchtloser Pionier und ging nicht aus dem Hause, ohne in der Hosentasche Weizenkörner und in Wachstumfetzen gewickelte Streichhölzer zu haben, falls es mich auf eine verlassene Insel verschlagen hätte [...]. Des Weiteren war ich ein kühner Erbauer von Schiffen und Wagen und wusste im Schlaf den ganzen Seefahrerwortschatz. [...] Ich war von diesen Dingen geradezu besessen, da ich mit sieben Jahren *Robinson* und *Die geheimnisvolle Insel* gelesen hatte. (Zit.n. Apitzsch u.a. 1995, 76f)

Das Kind-der-Erinnerung spielt und leidet mit den Kindern-des-Lebens, das heißt mit den Söhnen Gramscis, die den Vater – seiner eigenen Vermutung nach – als ein Phantasiegebilde oder einen »fliegenden Holländer« erleben. Die Spannung zwischen Leben und Erinnerung ist in den Briefen Quell für Metaphernschöpfungen in zugleich emotionalem und reflexivem Sinn:

Ich glaube aber, dass ein Kinderleben wie vor 30 Jahren heute unmöglich wäre. Wenn heute die Kinder auf die Welt kommen, dann sind sie schon 80 Jahre alt, wie der chinesische Lao Tse. (Ebd., 77)

Die Briefe durchzieht ein Lebenshauch, der sich aus dem herausragenden Stellenwert der Erwachsenen-Kind-Beziehung im gesellschaftlichen Kontext ergibt: sei es auf Seiten der erstgenannten (Komplexität und zentrale Bedeutung der Erziehungsaufgabe), sei es auf Seiten letzterer (Märchen, Spiel, das Wunderbare). Dieser Lebenshauch erweist sich im Verhältnis zu der über den Briefen schwebenden Todesfurcht als stärker und bedingt einen Kontrapunkt zwischen der vom Bewusstsein der Niederlage genährten Alltagsprosa mit ihrer Dramatik und Nichtigkeit und der zivilen Poesie der Erinnerung und des Projekts.

## II.

Im 1964 verfassten Nachwort zu Benjamins *Zur Kritik der Gewalt* stellt Herbert Marcuse eine These auf, die Fortinis Unterscheidung von poetisch-prosaischer Identität-Zeitlichkeit in Frage stellen könnte. Marcuse meint, »in der großen Musik und Literatur« (1965, 106) sei dieselbe »Stillstellung des Geschehens« (104) gegeben, die Benjamin in den Thesen zur Philosophie der Geschichte als »Zeichen [...] einer revolutionären Chance« (103f) betrachtet. Wie weiter oben zitiert, impliziert die Identität der Prosa für Fortini eine »fortwährende Auslotung und Ausarbeitung des Rohen und noch Ungeschehenen«. Steht dies im Widerspruch zur »Stillstellung des Geschehens«, die Marcuse auf Benjamins Spuren an der großen Literatur ausmacht? Oder nähert diese »Stillstellung« die Literaturauffassung eher der ekstatischen Zeit des »bereits in Form Gebrachten« an, die Fortini der poetischen Identität zuschreibt? Wäre Literatur demnach stets Poesie?

Kehren wir zu Gramsci zurück. Gerratana hält die Briefe zugleich für ein »Selbstporträt« und ein »gelebtes Tun«, für »die Seiten eines Tagebuchs« und für einen »Dialog«, vor allem, aber nicht nur »mit sich selbst«. Er fährt fort:

Was in den Heften durch die vorsichtige, nuancierende Präsentationsform hindurch als radikaler theoretischer Neuanfang erkennbar wird, äußert sich in den Briefen als Gefühl bebender Erwartung neuer realer Kontakte, die gleichzeitig ersehnt und gefürchtet werden. (1988)

Mit Blick auf die Geschichte der Beziehung Antonios zu Tanja und mehr noch in Bezug auf eine mögliche Begegnung mit Julia nach der Befreiung aus dem Gefängnis – was Gerratana die hier zitierten Worte eingegeben hat – enthüllt diese Feststellung eine tiefe Wahrheit. Erstaunlich ist an dem Passus von Gerratana, wie eng er die theoretischen Neuheiten in den Heften mit den Lebens-Neuheiten in den Briefen verknüpft.

Sollte dies ein weiterer Anlass sein, um die Vorherrschaft der prosaischen Funktion in ersteren gegenüber der poetischen Funktion in letzteren zu unterstreichen? Es ist eine heikle Frage, denn die Überlegung könnte auch dazu führen, das Verhältnis zwischen den Vergleichsbegriffen, dem (expressiven) Moment der Poesie und dem (kommunikativen) Moment der Prosa, in Bezug auf die Briefe umzukehren. Ein »gelebtes Tun« stellen die Briefe nämlich nicht zuletzt deshalb dar, weil sie weniger ein Dialog mit sich selbst als mit den anderen (und somit Kommunikation) sind, vor allem mit Tanja.

Edoardo Sanguineti hat in einer Rezension der von Antonio Santucci besorgten Ausgabe der Briefe geschrieben, sie seien »das letzte Bild eines italienischen Menschentyps, das uns geboten wurde [...], die letzte Stimme einer intersubjektiven Teilnahme an einem in Schriftform geführten, rational vermittelten Gespräch« (1996, 20). Die letzte, weil »die Wahrheit der Briefform in Europa fast gleichzeitig mit Benjamins und mit Gramscis Briefen stirbt«. In den Briefen, so Sanguineti weiter, preise Gramsci »im Gegensatz zu jeder Art ›abstrakter Phantasie‹ beharrlich die ›konkrete Phantasie‹, welche die nüchterne Haltung meint, sich in das Leben der anderen, so wie es tatsächlich bedingt ist, mit seinen Bedürfnissen, seinen Anforderungen etc., hineinzusetzen«. In seinem langen Leiden im Gefängnis erfährt Gramsci

die ganze schreckliche Kraft der ›Imagination‹ und die ganze, vor allem therapeutische Notwendigkeit der Nüchternheit und Konkretheit [...], und zugleich geht er im entscheidenden Konflikt zwischen der kontrollierten konkreten Teilnahme und der spielerischen Leichtigkeit des Phantasierens an die äußersten Grenzen, die die Briefkommunikation zulässt. Wir stehen damit an der Grenze des Dialogs, und das an einen Adressaten gerichtete Tagebuch, das historisch in den letzten Zügen liegt, formal abgenutzt und entleert ist, wird hier ein letztes Mal auf die Probe gestellt.

Tanja ist diejenige, mit der Gramsci – in der dramatischen Intimität einer *außergewöhnlichen* Beziehung, die sich jeder Typologie entzieht und vielleicht als eine Metapher der Liebe oder als eine aufgeschobene und sublimierte Liebe qualifizieren ließe – an die »Grenzen des Dialogs« stößt. Der Dialog, den Gramsci mit Tanja knüpft, hat einem gewagten Ausdruck Aldo Natolis zufolge etwas ›Erhabenes‹; aber er ist auch Ort reicher theoretischer Überlegungen, die um die von Gramsci als solche bezeichnete »erste und prinzipielle Frage der Philosophie« kreisen: »Was ist der Mensch?« (*Gef.*, H. 10, §54, 1346)

2. April 1931. Tanja gesteht Gramsci, obwohl sie fürchtet, »schlecht« zu handeln, »indem sie ihm gegenüber auf ihre Stimmung hinweist«, wie und warum es ihr passiert, »sonderbar zu sein und sich zu wünschen, mit niemandem auch nur das Geringste zu tun zu haben«, obwohl sie verstehe, »dass diese ihre Empfindung nicht nur ungerecht, sondern geradezu abwegig ist, wenn das Leben in seiner materiellen Wirklichkeit betrachtet wird« (Natoli/Daniele 1997, 684f). Es geht um Julia und um Antonios Sorge, dass sie sich schonen möge. Tanja schreibt:

Ich hätte von hier dem Arzt schreiben können, der Julia behandelt, aber ich habe tatsächlich keine Lust dazu, weil ich zu niemandem Vertrauen habe, und bisweilen ärgert mich gar der Gedanke, dass sie gesund wird; fast wäre es besser, wenn er nichts täte, denn unter anderen Lebensbedingungen ginge es ihr rasch besser. (Ebd.)

Tanja gelangt zu einer trostlosen Feststellung, der ein furchtbarer Zweifel an der alltäglichen Philosophie der Praxis entspringt, von der ›der Häftling‹ sich nährt:

Doch scheint mir jetzt, dass ich nicht einmal verstehen kann, wie Julia das Leben im Allgemeinen [...] auffasst. Doch kann man vielleicht nie, unter gar keinen Umständen, etwas dafür tun, um Herr oder besser Schöpfer des Lebens zu sein?! (685)

Eine Ohnmachtserklärung?! Der Zweifel erlangt metaphysische Bedeutung: »Vielleicht müsste man immer außerhalb des eigenen Ich leben, um das Leben mit der größten Intensität auskosten zu können.« (Ebd.)

Antonio antwortet Tanja am 7. April:

Dein Brief war für mich sehr interessant und hat mir Freude bereitet. Es war gut, dass Du ihn nicht mehr neugeschrieben hast, warum auch! Wenn Du Dich so leidenschaftlich erregst, so zeigt das doch, dass in Dir viel Vitalität und Feuer herrscht. Einige Deiner Überlegungen habe ich, ehrlich gesagt, nicht richtig verstanden, wie etwa die: ›Vielleicht müsste man immer außerhalb des eigenen Ich leben, um das Leben mit der größten Intensität auskosten zu können.‹ Ich kann mir nämlich nicht vorstellen, wie man außerhalb des eigenen Ich leben könnte, vorausgesetzt, es gibt ein Ich, das ein für allemal identifizierbar ist, und nicht etwa eine Persönlichkeit in stetem Wandel, so dass man dann zugleich stets außerhalb und innerhalb des eigenen Ich ist. Für mich selbst hat sich dies Problem sehr vereinfacht, und ich bin – in meiner höchsten Weisheit – sehr nachsichtig geworden. (Zit.n. Roth 1972, 44)

Wahrscheinlich wäre Maurice Merleau-Ponty, der die transindividuelle Auffassung des Menschen verkündet hat (vgl. Balibar 1993 u. Frosini 1997, XLf), vor Begeisterung aufgesprungen, wenn er diese Sätze gelesen hätte. Antonio ist Tanja gegenüber nicht immer freundlich und dankbar; bisweilen fehlt es ihm an Objektivität, und er scheint sich sogar frauenfeindliche Vorurteile zu eigen zu machen, wie im Fall des Vorwurfs, sie sei zu »lyrisch« und zu »träumerisch« (an Tanja, 25.4.1927) – wie es die Frauen seines Erachtens überhaupt sind –, sie besitze mit anderen Worten nicht jene »konkrete Phantasie«, die für Gramsci, wie wir mit Sanguineti gesehen haben, die »nüchterne Haltung meint, sich in das Leben der anderen hineinzusetzen«. Dennoch nahmen beide »leidenschaftlich« – manchmal auch leicht und ironisch – an der Wirklichkeit teil, und diese Anteilnahme verleiht ihrer Beziehung unbestreitbar eine zentrale Bedeutung in der Geschichte, die die Hefte hervorgebracht hat.

Vergleicht man den Briefwechsel Gramscis mit Tanja Schucht in der Ausgabe der Gefängnisbriefe, die nur Gramscis Briefe enthalten, mit der von Natoli publizierten Edition, die auch Tanjas Briefe wiedergibt, dann geht im zweiten Fall fraglos viel von dem poetischen Charakter verloren, den die Einsamkeit des Gefangenen in der uns vertrauten Edition aufscheinen lässt. Die Unterscheidung ist indes relativ. Die Beziehung zwischen Tanja und Antonio ist strukturell durch den Kontrapunkt einer poetisch erhabenen und einer prosaisch dramatischen Linie geprägt. Das ›Erhabene‹ und das ›Dramatische‹ steckt in den Dingen und den Personen und erst in zweiter Linie in den Texten.

Mit Tanja (und mit Julia) lebt Antonio in der Gegenwart – »Herausforderung und Suche« (Fortini 1989, 12) –, mit Delio und Giuliano lebt er in der Vergangenheit (wie mit der Mutter) und in der Zukunft: »vollendet« die erste, noch »unantastbar«

die zweite, um Fortinis Begriffe nochmals aufzugreifen. Tanja regt Antonio zur Prosa an (aber nicht nur); mit Delio und Giuliano atmet der Vater die Atmosphäre einer durchlittenen, qualvollen Poesie.

Ich erinnere mich an einen Ausspruch von Franco Fortini an einem für mich unvergesslichen Tag 1993 in Urbino während der Universitätsbesetzung. Nachdem er zusammen mit Paolo Volponi den Videofilm *Caro Delio e caro Iulik* von Giulio Latini gesehen hatte, in dem der erwachsene Giuliano die Briefe liest, die sein Vater ihm und seinem Bruder als Kindern schrieb, rief er aus: »eine grausame Poesie«.

Aus dem Italienischen von Leonie Schröder

### Literatur

Apitzsch, Ursula, Peter Kammerer, Aldo Natoli u. Mimma Paulesu Quercioli (Hg.), *Gefängnisbriefe*, Bd. 1, Hamburg-Frankfurt/M 1995

Balibar, Étienne, *La philosophie de Marx*, Paris 1993

Fortini, Franco, »Opus servile«, in: *Allegoria*, 1. Jg., 1989, H. 1, 5-15

Frosini, Fabio, »Introduzione«, in: Antonio Gramsci, *Filosofia e politica nei »Quaderni del carcere«*, hgg. v. F. Consiglio u. F. Frosini, Florenz 1997

Gerratana, Valentino, »Prefazione alle Lettere del carcere«, in: *Unità*, 2.2.1988

Gramsci, Antonio, *Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe*, 10 Bde., hgg. v. K. Bochmann, W.F. Haug und P. Jehle, Hamburg 1991-2002

ders., u. Tatiana Schucht, *Lettere 1926-1935*, hgg. von A. Natoli u. C. Daniele, Turin 1997

Marcuse, Herbert, »Nachwort«, in: Walter Benjamin, *Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze*, Frankfurt/M 1965, 97-107

Natoli, Aldo, *Antigone e il prigioniero. Tania Schucht lotta per la vita di Gramsci*, Rom 1990

Roth, Gerhard (Hg.), *Briefe aus dem Kerker*, Frankfurt/M 1972

Sanguineti, Edoardo, »Ultime lettere alla frontiera«, in: *L'Indice dei libri del mese*, 1996



Erich Wulff

## Jonathan Littells *Les Bienveillantes*: ein Versuch kritischer Einfühlung in den Massenmord<sup>1</sup>

Littells Roman ist das literarische Erstlingswerk eines engagierten, in Frankreich groß gewordenen amerikanischen Journalisten polnisch-jüdischer Abkunft. Es war innerhalb weniger Wochen mit über hunderttausend verkauften Exemplaren zum Bestseller geworden, bevor es den Preis der Académie Française erhielt und kurz darauf auch den Prix Goncourt, eine Auszeichnung, die etwa dem Büchnerpreis in Deutschland vergleichbar ist. Als sein ›Held‹ fungiert ein deutscher SS-Offizier, der an jeder Phase der Judenvernichtung im Zweiten Weltkrieg beteiligt war und sie im Rückblick in Ichform aus der Täterperspektive erzählt.

Das Buch hat einen heute nahezu vergessenen Vorläufer: Robert Merles *La mort est mon métier*, ein 1952 erschienener Roman, der die in der Haft entstandenen Vernehmungsnoteizen und autobiographischen Aufzeichnungen des Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß zu einer fiktionalen Icherzählung umformt. Eine deutsche Übersetzung ist damals lediglich in der DDR erschienen. Aber sein Held, genannt Rudolf Lang, der »nicht aus Bösartigkeit« mordete, »sondern im Namen eines kategorischen Imperativs, aus Treue seinen Vorgesetzten gegenüber, [...] aus Unterwerfung gegenüber der Ordnung, aus Respekt gegenüber dem Staat«, war letztlich ein kleiner, in seiner eigenen geistigen Enge gefangener Mann, ein deutscher Kleinbürger und Pflichtmensch. Littells Dr. jur. Max Aue ist da von ganz anderem Kaliber: ein feinsinniger, kultivierter, empfindungsfähiger Intellektueller, einer von uns, von dem sich zu distanzieren deshalb auch viel schwerer fällt. Mit den Mitteln der Fiktion, die seine Geschichte nicht bloß nachzeichnet, sondern sie überhaupt erst entwirft, versucht Littell zu erkunden, unter welchen Umständen und aus welchen Antrieben auch so jemand, so jemand wie wir selbst, den Massenmord mitplanen und mitbegehen konnte. Und die Ichform der Erzählung sorgt dafür, dass wir, die Leser, uns nicht als empörte Zuschauer aus unserer Verantwortung einfach davonstehlen können.

Die Direktzeit, in welche das Romangeschehen eingefasst ist, läuft vom 22. Juni 1941, dem Überfall auf die Sowjetunion, bis zum Fall von Berlin in den ersten Maitagen 1945, in sie eingesprengt sind Rückblenden bis ans Ende der zwanziger Jahre. Der Ich-Erzähler berichtet über sie Jahrzehnte später, er ist inzwischen Direktor einer Spitzenfabrik für Dessous in Frankreich geworden, wo er seine Identität als deutscher SS-Offizier aufgrund falscher Papiere und seiner bikulturellen Herkunft – Vater Deutscher, Mutter Französin – erfolgreich hat verbergen können.

Sturmabführer Dr. Aue bejaht die Vernichtung der Juden als schicksalhafte Notwendigkeit, auch wenn er hier und da Zweifel an der Art und an den Zeitpunkten ihrer Durchführung hat. Er ist schon vor Hitlers Machtübernahme der NSDAP beige-

---

1 Littell, Jonathan, *Les Bienveillantes*, Gallimard, Paris 2006 (903 S., br., 25 €)

treten, also ein ›alter Kämpfer‹. Der Vater war in des Sohnes frühestem Kindesalter nach Deutschland verschwunden, um sich einem Freikorps anzuschließen, die Mutter hatte daraufhin einen französischen Landsmann geheiratet und sich mit diesem, mit Max und mit dessen Zwillingschwester Una in der Nähe Nizzas niedergelassen. Der Junge erlebt dies als Verrat an seinem abwesenden, ihm wie ein Traumbild vorschwebenden Vater, den er idealisiert und mit dem er sich zunehmend auch identifiziert. Der Hass auf den Stiefvater erreicht einen ersten Kulminationspunkt, als dieser ihn und seine Schwester, mit der ihn inzwischen ein inzestuöses Verhältnis verbindet, voneinander trennt. Diese nicht nur verbotene, sondern vom Stiefvater auch unerreichbar gemachte erste und einzige Liebesbeziehung zu einer Frau bildet den gefühlsmäßigen Hintergrund dafür, dass Max sich nunmehr ausschließlich auf junge Männer hin orientiert, für die er außer der körperlichen Lust, die sie ihm bieten können, so gut wie gar nichts empfindet. Mit 18 Jahren verlässt er das Haus der Familie und sucht in Deutschland nach der Spur seines Vaters, die ihn schließlich zur NSDAP und etwas später auch zur SS führt, wo einflussreiche Freunde des Vaters sich seiner annehmen. Er studiert Jura und arbeitet eine Zeitlang auch als Vertrauensmann für den Sicherheitsdienst der SS, indem er Meinungen und Stimmungen in der Bevölkerung erkundet und darüber Berichte schreibt, stellt diese Tätigkeit auf Rat seines Doktorvaters, der ihn zu Höherem als Schnüfflerarbeit berufen meint, jedoch bald wieder ein. Auf dem Rückweg von einem Exzess mit einem Strichjungen als Verdächtiger festgenommen, wird ihm von einem Sendboten der Staatspolizei angeboten, die Sache zu vergessen, wenn er sich dem SD, jetzt hauptberuflich, wieder zur Verfügung stellt, nicht mehr als Informant, sondern als analytischer Auswerter des gesammelten Materials. Mit dem Beginn des Russlandfeldzuges wird er deshalb folgerichtig einer SS-Einsatzgruppe zugeordnet, mit der Aufgabe, Vorsorge gegen alle auftauchenden Sicherheitsrisiken der vorrückenden Truppen zu treffen.

Er schildert den von ›großen Aktionen‹ unterbrochenen Kriegsaltag dieser Einheit bis ins kleinste Detail. Was als Zeitgeschichte in Zeugenaussagen und Dokumenten festgenagelt war, erwacht wie aus einem Dornröschenschlaf, wie ein wieder zum Laufen gebrachter Film, zu neuem, farbigem Leben, in welchem nun auch alle Verflechtungen sichtbar werden. So entsteht ein Panorama des Zweiten Weltkriegs, das in der Tat, wie von vielen Rezensenten hervorgehoben, an Vassilij Grossmans *Leben und Schicksal* und an dessen Vorbild, Tolstois *Krieg und Frieden*, erinnert, aber ebenso auch an eine moderne Orestie denken lässt. Überall ist Aue dabei: in Lemberg diniert er mit Theodor Oberländer, dem späteren Bundesminister Adenauers, der ein aus ukrainischen Nationalisten rekrutiertes Batallion zu Pogromen anstiftet, in Kiew beaufsichtigt er die Erschießung Zehntausender von Juden in der Schlucht von Babi Jar, im Kaukasus versucht er die den Deutschen eher freundlich gesonnenen ›Bergjuden‹ zu einem spät konvertierten ›arischen‹ Türkvolk zu deklarieren und so ihre Vernichtung zu verhindern; in Stalingrad, wohin er daraufhin zur Strafe geschickt wird, gerät er in ein Fieberdelir und überlebt einen Kopfschuss; in den darauf folgenden zwei Jahren bemüht er sich darum, möglichst viele der zunächst zur Vernichtung vorgesehenen Juden der Rüstungsindustrie als qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen und ihre Ernährung auch dementsprechend zu verbessern. Dazu muss er zwischen

Eichmann und Speer vermitteln, die er beide auch in ihrer privaten Intimität kennenlernt. Zwischendurch bleibt ihm noch Zeit, die Mutter und den Stiefvater an der Côte d'Azur zu besuchen und sie in einem Zustand der Umnachtung beide umzubringen. Das Kriegsende erlebt er in Berlin am Zoo, wo die durch die Bombardierung aus ihren Käfigen befreiten wilden Tiere orientierungslos umherirren. Seinen als französischen Zwangsarbeiter verkleideten besten Freund Thomas, SS-Standartenführer und eine Art Götterboten, der ihn rekrutiert, die ganzen Kriegsjahre angeleitet und beschützt hat, ermordet er noch schnell, um ihm seine STO-Kleidung, seine falschen Papiere und sein Geld abzunehmen. Dann lässt er sich nach Frankreich repatriieren.

Vielleicht weil auch ich diese vier Jahre, zuerst als ›umgesiedelter‹ Schüler im deutschbesetzten Polen und zuletzt als achtzehnjähriger Infanterist in Ostpreußen, noch in eigener Erinnerung habe, kam es mir beim Lesen vor, als wiederholte sich dieses Stück Leben für mich noch einmal, diesmal aber so, dass ich alles, was ich damals übersehen, allenfalls als dunklen Schatten irgendwo gespürt hatte, den tausendfachen Mord und Totschlag in nächster Nähe, nunmehr auch in allen seinen schauerlichen Einzelheiten zu Gesicht bekam.

Was hebt dieses Buch aus der Vielzahl der sonstigen dokumentarischen oder romanesken Holocaust-Publikationen heraus? Zunächst schon das Eigenleben, das Littell seinen Figuren, seinen Haupt- wie seinen Nebengestalten eingehaucht hat, und wie er sie in ihrem Kriegsalltag sichtbar macht. Obwohl sie alle dem gleichen Geschehen unterworfen sind, ist keiner ganz wie der andere. Und auch die Situationen, die er konstruiert, bewahren, so sehr sie sich in ihren äußeren Abläufen ähneln mögen, ihren nie ganz vorhersehbaren Ereignischarakter. Das stellt sie in eine extrem plastische raumzeitliche Wirklichkeit hinein. Diese Handgreiflichkeit der Szenerien, ihre surreale Überkonkretheit ist es, die dem Leser unter die Haut geht, aus den Buchstaben und Zeilen lösen sich in Bewegung geratende Bilder, die einen regelrecht erschauern; man kann sich ihrer nicht durch eine rein gedankliche Klassifizierung erwehren, man wird in die geschilderte Handlung fast körperlich einbezogen und so ein Stück weit auch gezwungen, mitzumachen. Und man muss sich immer wieder auch die Frage stellen: warum hat er (habe ich!) hier noch weiter mitgemacht? Warum ist er (bin ich) nicht aus dieser Vorlage eines antiken, äschyleischen Schicksalsdramas irgendwann herausgesprungen?

Was ein solches Herausspringen erschwert, das macht Littell ebenfalls deutlich. Die Judenfeindschaft ist nicht nur ein taktischer Schachzug der Nazis zur Machteroberung und auch keine von ihrer völkischen Ideologie abtrennbare Nebenerscheinung, sie ist vielmehr die unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren ihres Systems, sie garantiert dessen Struktur und hat insofern einen dogmatischen Charakter: vergleichbar der Jungfrauengeburt, ohne die Jesus nicht ›wirklich‹ Gottes Sohn sein könnte. Auf dieser Grundlage setzt, mit der Machtübernahme der Nazis und ihren ersten, über bloße antisemitische Rhetorik hinausgehenden antijüdischen Maßnahmen, aber auch ein realer Verfeindungsprozess ein: aus imaginären Feinden werden immer realere. Schließlich sind zunächst alle erwachsenen Juden eine Gefahr, der mitten im Krieg, wo andere Lösungen wie Zwangsansiedlungen auf einem anderen Kontinent unpraktikabel geworden sind, nur durch ihre Vernichtung begegnet werden kann.

Im Eroberungsfeldzug mit seinem riesigen Hinterland ist sie die einzig verlässliche Gefahrenprävention: eine Schlussfolgerung, die nicht nur von der SS, sondern auch von einem guten Teil der Wehrmacht gezogen wird. Wenn aber die Männer – und damit Ernährer – alle umgebracht sind, werden ihre Frauen und Kinder zu im Krieg nicht mehr verkraftbaren Ballastexistenzen. Jedoch nicht nur deshalb müssen sie in die Vernichtung mit einbezogen werden: wo Hunderttausende, bald schon Millionen Juden umgebracht worden sind, drohen deren Kinder, wenn sie überleben würden, sich wieder zu vermehren und eines Tages zu ihren Rächern zu werden. Also ergibt sich daraus, dass auch sie sterben müssen – wie sich ebenso folgerichtig ergibt, dass die Vernichtungsaktionen ab einem bestimmten Ausmaß nur noch die Alternative zwischen Endsieg und eigenem Untergang übriglassen und somit immer mehr zu einem unverzichtbaren mobilisierenden Faktor für die Fortführung des Krieges werden. Nicht wenige wissen, fast alle aber ahnen etwas davon, was im Osten in diesen Jahren vor sich gegangen ist: nur so erklärt es sich, dass fast alle bis zum letzten Tag weitergekämpft haben.

Ein weiterer begünstigender Faktor, den Littell ebenfalls sichtbar macht, ist das Netz von Behörden und Verwaltungen, von Stäben und Kommandostellen, in das auch die Einsatzgruppen eingespannt waren. Sitzungen, Besprechungen, Querverbindungen, informelle Treffen in Restaurants und Kantinen verwurzeln ihre Akteure und deren Handlungen in einer institutionellen Wirklichkeit, in der einzigen, die damals existierte und ihnen so etwas wie ein Dazugehörigkeitsgefühl und natürlich auch Karrierewege eröffnete. Und das schmeichelhafte Bewusstsein, dass sie zur Elite dieses Systems einer Herrenrasse gehören, also selber ›la crème de la crème‹ sind.

So führt Littell uns die Mechanismen der nazistischen Judenvernichtung vor: wie er es in einem Interview ausgedrückt hat, als Modell moderner, politisch motivierter Massenmorde, wie sie in Biafra, in Kambodscha, in Ruanda aufeinander gefolgt sind. An einer solchen Subsumption kann man allerdings auch seine Zweifel haben, da jeder dieser Genozide auch seiner eigenen Logik gefolgt ist. Und noch problematischer ist der Versuch, die Nazimorde an Juden als Wiederholung der NKWD-Erschießungen der Klassenfeinde hinzustellen. Auch hier wird die These eingängig durch das von Littell dafür gefundene Bild: die Juden, die in einer Waldlichtung ihr eigenes Grab schaufeln müssen, stoßen dabei auf Tausende von verwesenden Leichen NKWD-ermordeter Polen und Ukrainer, so dass mühselig freier Platz für die neuen Opfer gefunden werden muss. Die Spezifik der nazistischen Morde gerät so aus dem Blick. Aber gleichzeitig zwingt Littell den Leser dazu, auf gewisse strukturelle Parallelen zwischen dem nazistischen und dem stalinistischen Verfeindungsprozess aufmerksam zu werden, darauf, dass auch der letztere einen epidemischen, immer zwangsläufigeren und schließlich selbstdestruktiven Charakter angenommen hatte. Die einzige, ganz offenkundige Schwäche des Romans liegt darin, dass der Zusammenhang zwischen der psychoanalytisch-mythologischen und der sozialpolitischen Ebene der Romanhandlung im Unklaren bleibt: ist diese doppelt determiniert, oder ist eine dieser Ebenen der anderen übergeordnet? Der Text selber gibt auf diese Frage keine Antwort. Wie dem auch sei: der Augenblick scheint gekommen zu sein, wo Zeitzeugenschaft und Dokumentation allein eine lebendige Erinnerung an jene Epoche nicht mehr aufrecht erhalten können und diese Aufgabe an die Literatur weitergegeben werden muss.

Manfred Naumann

## Ein Außenseiter im Arbeiter-und-Bauern-Staat

Hans Mayers Leipziger Briefe<sup>1</sup>

Hans Mayer war unter den deutschen Universitätsgermanisten der Nachkriegszeit eine singuläre Erscheinung. Als Student hat der 1907 geborene Kölner Großbürgersohn ein germanistisches Seminar nie von innen gesehen. Er studierte Staats- und Rechtswissenschaften, nebenbei auch Geschichte und Musik, und promovierte zu Beginn der dreißiger Jahre zum Doktor der Jurisprudenz. Politisch schulte er sich an Karl Marx, freundete sich mit der hegelschen Dialektik an und ließ sich, wie viele andere Intellektuelle jener Zeit, von Georg Lukács' Werk über *Geschichte und Klassenbewusstsein* beeindrucken. Er engagierte sich in der »Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands«, die links von der SPD stand, aber nichts mit der stalinistisch werdenden KPD zu tun haben wollte, war jüdischer Abstammung und dazu noch homosexuell. Das genügte, um von den Nazis auf die schwarze Liste gesetzt zu werden. Um sich vor Verfolgungen zu retten, ging er 1933 ins Exil, zuerst nach Paris, dann nach Genf, wo er Stipendiat am *Institut für Sozialforschung* und Mitarbeiter des von intellektuellen Hitlergegnern aus aller Herren Länder bevölkerten *Instituts für Internationale Studien* wurde.

Der gelernte Jurist war vielseitig begabt. Er hatte das Zeug zum Historiker, zum Soziologen, zum Nationalökonom, zum Dichtungsfachmann und auch, wenn nicht zum Pianisten, so doch zum Musikologen. Er entschied sich für Literatur und Geistesgeschichte. Noch in der Schweiz veröffentlichte er eine Schrift über *Geistige Strömungen in Frankreich (1939-1945)*. Darin stellte er den unter Hitler von der Weltkultur abgeschnittenen deutschen Lesern literarische Größen wie Cocteau, Salacrou, Giraudoux, Sartre, Vercors und Aragon vor. Schon vorher hatte er sein erstes größeres literarhistorisches Werk vollendet: *Georg Büchner und seine Zeit*. 1946 in Frankfurt am Main, ein Jahr nach seiner Rückkehr aus der Schweiz, wurde er Kulturredakteur bei der *Frankfurter Rundschau* und beim Hessischen Rundfunk. Dabei sah er den ebenfalls aus der Emigration zurückgekehrten Stephan Hermlin wieder, mit dem zusammen er den Band *Ansichten über einige Bücher und Schriftsteller* veröffentlichte. Die beiden hofften, die Bildungslücken des deutschen Publikums mit Berichten über Autoren ausfüllen zu können, deren Werke im Dritten Reich konfisziert worden waren: Thomas und Heinrich Mann, Karl Kraus, Franz Kafka, Erich Kästner, Anna Seghers, um nur einige zu nennen.

---

1 Hans Mayer, *Briefe 1948-1963*, hg. und kommentiert von Mark Lehmstedt, Lehmstedt Verlag, Leipzig 2006 (632 S., geb., 29,90 €)

In Frankfurt blieb Hans Mayer das, was er schon immer gewesen war: ein Außen-seiter. In einem Rundfunkkommentar zur Lage im damals noch moskautreuen titoistischen Jugoslawien übertrug er die von der amerikanischen Besatzungsmacht verordneten Regeln politischer Correctness und wurde entlassen. Danach bot man ihm in einer von den Gewerkschaften eingerichteten »Akademie der Arbeit« einen Posten als Dozent für Philosophie und Literaturgeschichte an. Die Arbeit sagte seinen pädagogischen Neigungen zu. Doch Hans Mayer wusste, was er wert war; mit dem kulturellen Nachhilfeunterricht, den er in dieser volkshochschulartigen Einrichtung bildungsbegeisterten Gewerkschaftern geben durfte, fühlte er sich unterfordert. Diese Erlebnisse wirkten nach. In seinen 1982 publizierten Erinnerungen, *Ein Deutscher auf Widerruf*, nannte er das Kapitel, in dem er seine Frankfurter Nachkriegserlebnisse beschreibt, *Heimkehr in die Fremde* (I, 313-419).

Die Weichen dafür, dass sich Hans Mayer, um seiner Entfremdung vorzubeugen, zu dem Gang nach Leipzig entschloss, stellte, sicherlich ganz ungewollt, ein journalistischer Kollege bei der *Frankfurter Rundschau* namens Erich Lissner. Lissner war ein enger Freund des Marburger Romanisten Werner Krauss, der von den Nazis ins Zuchthaus eingesperrt worden war, wo er einen Roman zu Papier gebracht hatte, dem er den Titel *PLN. Die Passionen der halykonischen Seele* gab. Das aus dem Zuchthaus geschmuggelte Manuskript war auf abenteuerlichem Weg in Lissners Hände gelangt und nach dem Krieg mit seiner Hilfe zur schnellen Veröffentlichung befördert worden. Wahrscheinlich war es Lissner, der Hermlin und Mayer mit dem Roman bekannt machte, und auf diese Weise dafür sorgte, dass das Werk in den *Ansichten über einige Bücher und Schriftsteller* mit einer Rezension gewürdigt wurde. Irgendwann nahm Lissner seinen Kollegen Mayer zu einem Besuch bei Krauss nach Marburg mit. In Mayers Erinnerungsbuch heißt es dazu: »Durch jenen Besuch in Marburg wurde für mich abermals Zukunft vorherbestimmt. Werner Krauss verließ bald darauf [Marburg], um einen Ruf an die Universität Leipzig anzunehmen. [...] So kam Krauss nach Leipzig, und so holte er mich zwei Jahre später gleichfalls an die Pleiße.« Und er fügte hinzu: »Übrigens hat Krauss auch die Berufung von Ernst Bloch nach Leipzig wesentlich gefördert, wenn nicht veranlaßt.« (I, 337) – womit er, wie der Briefwechsel zwischen Bloch und Krauss ausweist, Recht hatte.

In dem Kapitel seiner Autobiographie, das Hans Mayer mit »Leipzig oder die Alternative« überschrieb (I, 9-260), wird die dort verbrachte Zeit im Nachhinein erzählt. Die damalige Gegenwart ist von den Erinnerungen überflutet, die sich von ihr erhalten haben. Das sich erinnernde Ich, das die Feder führt, rückt das erinnerte Ich von sich weg. Die Berichte sind durch das Wissen von dem Ende gelenkt, das seiner Suche nach einer möglichen Alternative nach fünfzehn Jahren bereitet wurde. In den Briefen dagegen – ein wissenschaftsgeschichtliches und kulturpolitisches Dokument ersten Ranges, das wir nun vor uns haben<sup>2</sup> – spricht sich das Hans-Mayer-Ich in der ungetarnten Perspektive des einstigen *hic et nunc* aus. Ihr Reiz besteht darin,

2 Die 355 Briefe stammen aus der Zeit, in der Hans Mayer an der Universität Leipzig wirkte. Ihr Herausgeber hat sie mit sachverständigen Anmerkungen und einem mit Sorgfalt gearbeiteten Personenregister versehen, was die Orientierung in dem 630 Seiten dicken Buch erheblich erleichtert.

dass der Leser mit dem Sosein der damaligen Gegenwart konfrontiert wird, dass sie die alltägliche Arbeit an dem Experiment bezeugen, dem sich Hans Mayer hingab. Die Erinnerungen, die in der Autobiographie zum Zuge kommen, werden durch die unvermittelte Gegenwärtigkeit des damaligen Forschens und Schreibens, des damaligen Tuns und Denkens unterfüttert, wie umgekehrt der übergreifende autobiographische Text den Briefen von damals einen Rahmen und damit einen Halt gibt. Insofern sind die Brief- und Erinnerungsdiskurse ineinander verschachtelt. Zugleich verlebendigen die beiden Textsorten die trockene Faktizität von biobibliographischen Chroniken, wie eine z.B., durchaus informativ aufgeschrieben, von Günter Albus vorgelegt wurde.

Eine Nachwelt, die in den Briefen Mayers nach Erklärungen oder gar Rechtfertigungen für sein Tun und Lassen in Leipzig sucht, kommt nicht auf ihre Kosten. Auch Voyeure, die Enthüllungen seiner Intimsphäre erwarten, werden enttäuscht sein. Nur in den etwa fünfzig Briefen an Walter Wilhelm, seinen jugendlichen Freund aus Frankfurter Tagen, öffnet sich sein Privatleben einen Spalt. Hans Mayer zieht als Untermieter bei Frau Minna Klopfer in der Tschaikowskistraße 23 ein. Nicht ohne Stolz teilt er seinem Freund die Möblierung seiner Zimmer mit Bücherschränken und einem Blüthnerklavier mit, an dem er »so ordentlich wie seit Jahren nicht mehr Kreisleriana oder Noveletten von Schumann und Schubert-Sonaten« spielt (16). Einzig seinem Freund Wilhelm gesteht er die »Schmach«, dass er »auf seine alten Tage eine neue Leidenschaft hat«; sie bestehe darin, im Zirkus »Clowns, Hohe Schule und Trapezkünstler« zu bejubeln (94). Ein andermal lässt er sich herab, über Zahnschmerzen zu klagen und dabei über die Modetorheiten der Medizin zu lästern: »Als ich klein war, kam für die Ärzte alles von den Mandeln; die wurden dann serienweise herausgenommen – und meine Altersgenossen fanden das ganz schön, denn hinterher durften sie tagelang nur Vanilleeis essen. Ich entkam. Dann wurde es modern, den Blinddarmappendix wegzuschneiden als Quelle aller Übel. [...] Dann folgte, etwa zur Zeit Deiner Geburt [also 1928], die Mode, alles auf ›Diät‹ zu reduzieren. [...] Ich habe prominente Filmstars gesehen, die heroisch getrocknete Salatblätter kauten und mit lässiger Hand nach Salzmandeln zum Lunch griffen, aber sinnliche Augen bekamen, wenn am Nebentisch ein ganz unmondäner Plebejer sich einen Kalbsbraten bestellte.« (27f) Nebenbei sei erwähnt, dass Hans Mayer mit seiner Neigung zu gutem Essen auch in Gesprächen nicht hinterm Berg hielt; über seine sonstigen sinnlichen Bedürfnisse aber hüllte er sich, wie in seinen Briefen auch, in Schweigen.

In seinen Briefen an die anderen Adressaten präsentiert sich Hans Mayer offizieller. Sein privates Ich wird durch das Ich ersetzt, das Hans Mayer heißt, und dieses Ich ist sich seines Könnens und seiner Ausstrahlung sehr gewiss. Personen, die nicht über sein nationales und internationales Renommee Bescheid zu wissen schienen, erhielten Nachhilfeunterricht. Er belehrte sie, »dass ich weit über Deutschland hinaus einen Namen als Wissenschaftler und Schriftsteller besitze; dass meine Goesthestudie in holländischer Übersetzung [...] erschienen ist; dass ich gerade in diesen Tagen eine erneute und dringende Einladung der Pariser Sorbonne erhielt, [...]

über die gesellschaftswissenschaftlichen Forschungen in Deutschland Vorlesungen zu halten; dass ich vor kurzem als Gastprofessor auf Einladung der Studentenschaft der Goethe-Universität Frankfurt sprechen konnte; dass ich vor einigen Monaten einstimmig zum Mitglied der deutschen Gruppe des Internationalen Pen-Clubs gewählt wurde.« (56)

Solche Auskünfte Hans Mayers über die Bedeutung von Hans Mayer finden sich in den Briefen dutzendweise. Man ist versucht, sie auf das Konto ungebändigter Eitelkeit zu schreiben, von der er in der Tat sein Leben lang heimgesucht war. Auf der Grundlage seines hypertroph ausgebildeten Selbstwertgefühls erwachsen ihm aber auch die geistigen und psychischen Kräfte, die er für den Ausbau und die Erhaltung seines voluminösen Denk- und Wirkungsreiches benötigte.

Zu Beginn seiner Leipziger Jahre hatte er sich weniger gegen Übergriffe ideologischer Parteikommissare zu wehren; eher hatte er es damit zu tun, sich gegen die alteingesessene Leipziger Germanistengemeinschaft zu behaupten, die in dem Newcomer, der das germanistische Handwerk nicht ordnungsgemäß gelernt hatte, einen Fremdling sah. Ihre Chefs waren der Altgermanist Theodor Frings und der Neugermanist August Hermann Korff – durchaus ehrenwerte Herren, aber ohne Verständnis für einen Hochschullehrer wie Hans Mayer, der sich mit den Dichtungen noch sehr lebendiger Autoren einließ, anstatt sich mit dem Althochdeutschen zu befassen oder für den Geist der Goethezeit zu schwärmen. So musste der zum Professor für Kulturosoziologie ernannte Dr. jur. Mayer bis Ende 1951 warten, ehe ihm am Germanistischen Institut eine Abteilung eingeräumt wurde, und die beiden Herren Institutsdirektoren achteten darauf, dass in dem Namen – »Geschichte der Nationalliteraturen« – Anspielungen auf Germanistisches nicht vorkamen. Dass er nach der Emeritierung Korffs zum Leiter eines auf seinen Geist zugeschnittenen *Instituts für deutsche Literaturgeschichte* berufen wurde, konnte Theodor Frings nicht verhindern. Immerhin aber hatte er Einfluss genug, um die Wahl Hans Mayers zum Mitglied in die Sächsische und Berliner Akademie zu torpedieren. Der Akademiepräsident teilte Kurt Hager, dem Parteibeamten, der die Akademien kontrollierte, mit, nach Meinung von Frings sei Mayer »ein ehrgeiziger und unberechenbarer Charakter« und dazu noch »weniger Forscher als Journalist« (294). Damit hatte sich die Zuwahl erledigt. Hätte sie stattgefunden, wäre es ihm 1963 wie ein Jahr zuvor Ernst Bloch ergangen: Man hätte ihn aus der Akademie ausgeschlossen.

In den Hörsaal 40, wo der Institutsdirektor Mayer nun las, strömten Hörer aller philologischen Disziplinen. Neben Ernst Bloch, Werner Krauss und auch Walter Markov, Fachmann für die Geschichte der Französischen Revolution, wurde Hans Mayer zur Attraktion der Philosophischen Fakultät. Literaturstudenten lagen ihm zu Füßen, die später als Schöpfer zu Ruhm und Ehre gelangten; es seien nur Uwe Johnson, Christa Wolf, Volker Braun, Irmtraud Morgner genannt. Wer sein Gehirn von den Spuren säubern wollte, die von den Sprüchen der parteiamtlichen Literaturdoktrinäre hinterlassen worden waren, wallfahrte zum Hörsaal 40. Hans Mayer baute ein literarisches Reich auf, das weltoffen war, beseelt von einem Geist, der sich über Zonen- und Staatsgrenzen hinwegsetzte.



Bei der Auswahl seiner Briefadressaten ging er selektiv vor. Bevorzugt wurden Partner, von denen er annahm, sie könnten seine im Hörsaal 40 errichtete Festung wehrhaft machen, ihr durch Vorträge, zu denen er sie einlud, noch mehr Glanz verleihen und sein Institut gegebenenfalls auch schützen. In erster Linie waren das Dichter und Schriftsteller, denen er sich durch seine künstlerischen und literaturwissenschaftlichen Neigungen verbunden fühlte und die in der Öffentlichkeit so bekannt waren, dass sie seinen Ruhm als Herausgeber und Kommentator ihrer Werke zu mehren versprochen. Die Reihe reicht von Thomas Mann über Johannes R. Becher, Bertolt Brecht, Peter Huchel, Stephan Hermlin, Max Frisch, Hermann Hesse, Heinrich Böll, Günter Grass, Hans Werner Richter, Erich Kästner bis hin zu Stefan Heym, Franz Fühmann, Peter Hacks und Heiner Müller. Eine Glanztat Mayers war die Organisation des Lyriksymposiums in seinem Hörsaal, an dem Inge und Walter Jens, Stephan Hermlin, Peter Huchel, Ingeborg Bachmann und Hans Magnus Enzensberger teilnahmen. Es fand zu einem Zeitpunkt statt, als die Hetzjagd gegen ihn schon im Gange war: im März 1960.

Die essayistische literaturwissenschaftliche Produktion Hans Mayers, seine Aktivitäten als Herausgeber und Übersetzer waren immens. Mit den Verlagen, die er brauchte, um die Arbeiten an den Mann zu bringen, ging er, wie seine Briefe an ihre weiblichen und männlichen Mitarbeiter zeigen, nicht sehr glimpflich um. Wenn Verlage mit der Publikation zögerten oder sich sogar Verbesserungsvorschläge erlaubten, protestierte er: »Seines Fleisses darf sich jeder rühmen«, sagt Lessing«, heißt es in einem Schreiben an den Chef des Aufbau-Verlages. »Also möchte ich immerhin betonen, dass in [meinen] beiden Arbeiten ein erhebliches Quantum Arbeit steckt und dass ich die wissenschaftliche Verantwortung für meine Gedankengänge mit gutem Gewissen übernehmen kann, auch wenn in beiden Arbeiten manche Feststellungen getroffen werden, die den landläufigen Auffassungen widersprechen.« (162f) Manchmal ging er in seinem Zorn so weit, die mit den Verlagen geschlossenen Verträge zu kündigen, was ihn freilich, war der Ärger verfliegen, nicht davon abhielt, die Zusammenarbeit mit ihnen wieder aufzunehmen.

Auch bei der Vorbereitung seiner zwölfbändigen Thomas-Mann-Ausgabe gestaltete sich die Zusammenarbeit mit dem Aufbau-Verlag nicht ganz reibungslos. Ende 1951 brachte Hans Mayer dem weltweit berühmten Dichter zur Kenntnis, »dass hier [in Ostdeutschland] Hunderttausende mit Sehnsucht und Dankbarkeit Ihre Bücher, Ihr Gesamtwerk entgegennehmen würden. Der bescheidene Erfolg meines Buches [gemeint ist sein Werk über Thomas Mann] ist dabei als Indiz zu werten.« (112) Solche Indizien für das Verlangen nach seinen Werken nahm Thomas Mann ernst. Er stimmte der geplanten Ausgabe zu, und drei Jahre später stellte der Verlag in seiner Zeitschrift, die »Aufbau« hieß, das Editionsprojekt bis in alle Einzelheiten vor. Darauf Hans Mayer: »Alles, was ich vorbereitet habe, wird getreulich mitgeteilt. Bloß mein Name wird ängstlich verschwiegen! [...] Ich habe nicht vergessen, dass ich der einzige Autor und Mitarbeiter des Verlages bin, dem noch niemals das ›Glück‹ zuteil wurde, in Eurem Jahreskalender mit seinem Geburtstag erwähnt zu werden. [...] Ich bitte Dich, unter meinem Geburtsdatum (19.3.) nachzusehen.« (225f)

Die Beschwerde war an Walter Janka gerichtet, den Verlagsleiter, mit dem er einmal nach Kilchberg gefahren war und auch ansonsten bestens zusammengearbeitet hatte. Hans Mayer fiel es leicht, sich bei Missachtung seiner Leistungen gekränkt zu fühlen. Nachtragend aber war er nicht. Wer von den Übeltätern in Bedrängnis geriet, dem stand er bei. Den jungen Wolfgang Harich hatte er einst als »literarischen Achtgroschenjungen« beschimpft, weil er so frech gewesen war, sein Thomas-Mann-Buch zu verreißen (68). Als Harich und Janka Ende 1956 wegen Bildung »konterrevolutionärer Gruppen« verhaftet wurden, setzte sich Hans Mayer für ihre Rettung vorm Zuchthaus ein.

Seltener finden sich Briefe an seine germanistischen Professorenkollegen. Den meisten westdeutschen Germanisten scheint die Mayer-Germanistik ähnlich suspekt wie den Herren Frings und Korff in Leipzig gewesen zu sein. Rühmliche Ausnahmen waren Fritz Martini aus Stuttgart, Reinhard Buchwald aus Heidelberg, Friedrich Beißner aus Tübingen und Wilhelm Emrich aus Köln. Mit ihnen wechselte er Dutzende von Briefen, und sie gaben sich die Ehre, seine Einladungen anzunehmen und vor seinen Studenten über den deutschen Expressionismus, Schiller, Hölderlin und Kafka zu sprechen. Zum Dank beförderte Hans Mayer den Nachdruck der beißnerschen Stuttgarter-Hölderlin-Ausgabe im Verlag Rütten & Loening und den Nachdruck der buchwaldschen Schillerbiographie im Leipziger Inselverlag.

Einer der wenigen ostdeutschen Hochschulgermanisten, mit dem er engeren brieflichen Kontakt pflegte, war Joachim Müller in Jena. Seiner wissenschaftlichen Herkunft nach gehörte Müller zum Gefolge von Korff; er stand in der Tradition der herkömmlichen deutschen Germanistik. Mayer hatte Müllers Wohlwollen durch seine Auftritte im Germanistischen Beirat beim Hochschulministerium gewonnen, wo der germanistische Außenseiter Interessen vertreten hatte, die Müller gefielen. »Mit unseren Interessen meine ich vor allem«, schrieb er an Mayer, »die Festigung der exakten wissenschaftlichen Tendenzen in der Germanistik gegenüber den einseitigen Fragwürdigkeiten der Scholzianer und gegenüber den Vulgarismen der Hyperpädagogen und Hyperideologen.« Er unterstütze Mayers »schneidigen Angriff auf dieses eben genannte Lager« (287f). Mit den »Scholzianern« waren die Schüler und Anhänger des Germanisten Gerhard Scholz gemeint, der Anfang der fünfziger Jahre, kurz nachdem Hans Mayer in Leipzig sesshaft geworden war, von Amts wegen nach Weimar geschickt worden war, um den dort versammelten Junggermanisten die marxistisch-leninistische Umschrift der klassischen deutschen Literatur beizubringen, deren in die Zukunftweisenden Errungenschaften gerade dabei seien, im deutschen Arbeiter-und-Bauern-Staat verwirklicht zu werden. Wer sich diesem Schema nicht beugte, war verdächtig: der eine (Müller) galt als konservativ-klassizistisch, der andere (Mayer) als modern-kosmopolitisch. Müller zog daraus den Schluss, dass die Grenze zwischen »marxistischer« und »bürgerlicher« Betrachtungsweise durchlässiger als die zwischen »differenzierter« und »undifferenzierter« sei (293). Er bat Hans Mayer um einen Beitrag für die von ihm herausgegebene Festschrift zu Korffs 75. Geburtstag. Mayer war zuvorkommend und kam der Bitte nach. Das Zweckbündnis zwischen Mayer und Müller war geschlossen.

Im September 1951 schrieb Mayer an Brecht, dem er Anfang 1949 in Leipzig seine Studentenschaft vorgestellt hatte: Brecht müsse sich nicht wundern, dass, wenn er fortlaufend so subversive Stücke und Verse [wie die Texte zur Oper *Das Verhör des Lukullus* von Paul Dessau] veröffentliche, »man Sie dort nicht haben will, wo die Zitronen blühen«, womit natürlich nicht, wie bei Goethe, Italien, sondern die DDR gemeint war. Pädagogisch, wie er manchmal sein konnte, empfahl er Brecht, bei Christian Fürchtegott Gellert in die Lehre zu gehen, der sich »ausführlich über die Schwierigkeiten beim Schreiben der Wahrheit« geäußert habe: »Man soll mit großen Herren nicht frey reden« (105).

Hans Mayer selber befolgte diese Devise nicht immer. Mit Johannes R. Becher, der als Präsident der Akademie der Künste und dann als Kulturminister zu den »großen Herren« gehörte, redete er »frey«: »Wollte ich kritisch zu unserem Literaturleben Stellung nehmen, ich müsste jeden Tag einen scharf polemischen Aufsatz schreiben: Über die unsägliche Sprachverschluderung, über die völlige Ahnungslosigkeit von Besserwissern, die ›grundlegende‹ Referate über Kunst, Literatur und Musik von sich geben, über die Dilettantengorgien bei der Herausgabe von Literaturwerken, über ein ästhetisches Gesabber von Leuten, die keinerlei Beziehungen haben zu Kunst in irgendeiner Gestalt«. Der Brief endet mit einem abgewandelten Shakespeare-Zitat: »Hier ist etwas faul im Staate DDR.« (154, 156)

Die Alternative, die er in Leipzig gesucht hatte, verdunkelte sich, und Ende 1956, nach der Zerschlagung des Aufstands in Ungarn und der Verhaftung der »Gruppe« um Harich und Janka in Berlin, war sie kaum noch sichtbar. Hans Mayer geriet neben Bloch und anderen oppositionellen Geistern in das Visier der Geheimen Sicherheitsdienste und der ganz öffentlich arbeitenden ideologischen Überwachungs- und Zensurorgane. In Leipzig wurden sie auf Geheiß Walter Ulbrichts von Paul Fröhlich angeleitet, dem 1. SED-Bezirkssekretär, dessen Zubringerdienste so geschätzt wurden, dass er bald ins Politbüro aufrückte. Fröhlichs Deutsch war nicht schön, dafür aber deutlich; im *Neuen Deutschland*, dem Parteiorgan, war zu lesen: »Wie lange wollen sich denn unsere guten Genossen Schriftsteller eine solche Tatsache bieten lassen, dass von der Fakultät für Germanistik in Leipzig besonders auf dem Gebiet der Literatur durch die Wirkung von Professor Hans Mayer die revolutionäre Arbeiterliteratur seit jeher abgelehnt wird, gar nicht zu sprechen von den Neuerscheinungen jüngerer Talente und auch solcher Neuerscheinungen von absolut bewährten Genossen, die bereits auf diesem Gebiet ihre Parteinahme für die Arbeiterklasse bewiesen haben? Man erzieht dort Kader auf der Grundlage der bürgerlichen Ausrichtung in der Literatur und erlaubt sich, die Dekadenz in der bürgerlichen Literatur als das Beste, Umfassendste und Schönste darzustellen.« (335f)

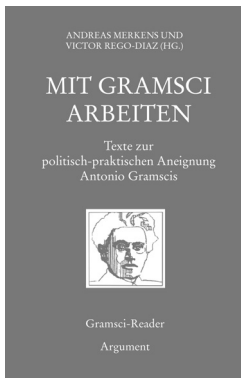
Seine Studenten waren Hans Mayer dankbar, dass er sich durch solche grotesken Unterstellungen in seinen literarischen Bildungsabsichten nicht beirren ließ und, solange es seine Widerstandskräfte erlaubten, durchhielt. Die Briefsammlung dokumentiert anhand des Schicksals von Hans Mayer die Inkubationszeit der »im Staate DDR« hausenden, zum Tode führenden Krankheit, und zugleich auch die beinahe heroisch zu nennende Standhaftigkeit, mit der Hans Mayer das Zusammenbrechen der Alternative ertrug, von der er 1948 geträumt hatte und die auszuprobieren er nie bereut hat.

Der Herausgeber weist darauf hin, dass die Sammlung nur eine Auswahl der etwa Tausend Mayer-Briefe darstellt, die bisher ermittelt werden konnten, und dass man annehmen kann, dass noch viele andere in Archiven von Privatpersonen oder Institutionen schlummern; auch auf den Abdruck von Briefen an Hans Mayer und von Stasi-Berichten über ihn wurde verzichtet. Die vorliegende Sammlung verführt zu der Hoffnung, dass sie durch weitere Dokumente komplettiert werden möge. Untersuchungen, die sich vornehmen, die Wissenschaftsgeschichte der beiden deutschen Nachkriegsstaaten nicht in ihrem Gegeneinander, sondern in ihren wechselseitigen Verflechtungen aufzuzeichnen, könnten davon profitieren.

### Literatur

Albus, Günter, »Hans Mayer in Leipzig 1948-1963. Eine bio-bibliographische Chronik«, in: A. Klein, M. Neuhaus u. K. Pezold (Hg.), *Hans Mayers Leipziger Jahre. Beiträge des 3. Walter-Markov-Kolloquiums*, Leipzig 1997, 171-90

Mayer, Hans, *Ein Deutscher auf Widerruf*, 2 Bde., Frankfurt/M 1982



**Mit Gramsci arbeiten**  
 Texte zur politisch-praktischen  
 Aneignung Antonio Gramscis  
 Hg. von Andreas Merkens und  
 Victor Rego Diaz  
 ca. 220 Seiten · ca. 16,50 €  
 ISBN 978-3-88619-425-4  
 Erscheint im September 2007

### Jetzt bitte vorbestellen!

Die Arbeiten des italienischen Philosophen und Politikers Antonio Gramsci (1891–1937) stehen für einen ›offenen Marxismus‹, der viele Einsichten der marxistischen Theoriebildung auch zu neuen Fragen, die sich mit den kulturellen und ökonomischen Transformationen des 20. Jahrhunderts stellen, fortentwickelt hat. Bis heute sind sie produktive Anregung für Herrschaftskritik und emanzipatorisches Handeln.

Die Beiträge des Bandes wollen den Fundus seines Denkens nutzbar machen. Autorinnen und Autoren aus unterschiedlichen gesellschaftswissenschaftlichen Anwendungsfeldern präsentieren hierfür ihre gegenwartskritische Auseinandersetzung mit Gramscis Werk.



Bei Bestellung bis zum 31.8.07: Vormerkerpreis von 15 Euro (portofreie Zusendung).  
 Bestellungen an Argument Verlag: [verlag@argument.de](mailto:verlag@argument.de) · Fax: 040/40 18 00 20

Peter Uwe Hohendahl

## Der Begriff des totalen Staats und die Aktualität Carl Schmitts

### I.

Die kritische Literatur zu Carl Schmitt ist mittlerweile fast unübersehbar geworden. Galt er nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen als Mitschuldiger, der mit Grund aus seinem Lehramt entfernt wurde, so zeichnet sich heute die Tendenz ab, Schmitt als Verfassungs- und Staatstheoretiker zu rehabilitieren, und zwar nicht nur auf konservativer Seite, sondern auch unter links stehenden Theoretikern. Es fehlt neuerdings nicht einmal an Versuchen, Schmitt für eine demokratische Erneuerung in Anspruch zu nehmen. Bezeichnenderweise schließen diese Bemühungen an seine Kritik des Liberalismus an, die schon in den zwanziger Jahren sowohl rechts wie links Zuspruch fand. Zweifellos hat Schmitt selbst aus dieser Kritik Folgerungen gezogen, die für Theoretiker der Demokratie unannehmbar sind und entsprechend aus der positiven Bewertung ausgeklammert werden. So hat sich Chantal Mouffe (1998) ausdrücklich vom rechten Engagement Schmitts in den dreißiger Jahren distanziert, um dann nachdrücklich die Relevanz seiner Theorie zu unterstreichen. Mit ähnlichen Absichten hat man das Spätwerk neu gelesen, um hier Antworten auf Fragen der Globalisierung zu finden (vgl. Blindow 1999, Kervégan 1999). Diesen Aneignungen ist gemeinsam, dass sie Schmitts Konzeption des totalen Staats, die in den frühen dreißiger Jahren im Vordergrund seiner Interessen stand, marginalisieren oder gar aus der Theorie entfernen. Die Kollaboration mit dem Nazi-Regime erscheint als ein bloß biographisches Faktum ohne größere epistemische Relevanz. Diese revisionistischen Ansätze zerstückeln das Werk, um das für die eigenen Interessen Passende zum zentralen Thema zu machen.

Die Aktualität Schmitts beruht darauf, dass der die Nachkriegszeit prägende Gegensatz demokratisch-faschistisch seine Plausibilität verloren hat. Insofern faschistisch gleichbedeutend mit totalitär war – ein Begriff, der bekanntlich den Kommunismus Stalins einschloss –, blieb im Kalten Krieg der Begriff der Demokratie unstrittig. Nach 1989 ist dieser erneut ins Zentrum des politischen Diskurses gerückt. Zumal der Abbau des Wohlfahrtsstaates sowohl Fragen der sozialen Gerechtigkeit als auch Probleme der politischen Struktur aufgeworfen hat. Angesichts dieser Konstellation ist es angebracht, den Blick noch einmal auf eine frühe Kritik zu wenden. Herbert Marcuse kam es 1934 nicht darauf an, die Individualität Carl Schmitts zu würdigen, sondern ihn als einen der Theoretiker des Dritten Reichs zu lesen – der prominenteste neben ihm war Heidegger –, die für den Zusammenbruch der Weimarer Republik verantwortlich waren. Doch ausdrücklich muss festgehalten werden, dass Marcuse sich keineswegs als Verteidiger des Liberalismus verstand, sondern als radikaldemokratischer Sozialist, für den der klassische Liberalismus

unauflösbare Widersprüche enthielt. Er wollte zeigen, dass die faschistische Polemik gegen die liberale Demokratie die entscheidenden materiellen Strukturen nicht berührte, sondern eher festschrieb. In diesem Zusammenhang fällt Schmitt die Rolle des Theoretikers zu, der aus seiner Analyse des Weimarer ›Systems‹ die falschen Konsequenzen zog und dessen Verachtung des Parlamentarismus Hitler in die Hände spielte. Als Zeuge der faschistischen ›Revolution‹ entpuppt sich Schmitt gerade insofern, als sein Antiliberalismus lediglich auf die »Ideen von 1789« (1934, 164) Bezug nimmt und dabei die ökonomischen Theorien im Hintergrund lässt. Indem der »Händler« geschmäht, der »geniale Wirtschaftsführer« aber gefeiert wird (168), bleiben die Verfügungsbedingungen über die Produktionsverhältnisse unangetastet.

Im Kontext der gegenwärtigen Diskussion sind die Grenzen von Marcuses Analyse unschwer zu erkennen. Vor allem die Annahme, die liberale Theorie und die parlamentarische Demokratie hätten ihren Wert verloren, bedürfte angesichts einer Schmitt-Kritik, die meist von liberalen Prämissen ausgeht (vgl. Scheuerman 1999), einer stärkeren Begründung. Andererseits übernehmen linke Theoretiker bestimmte Elemente der schmittschen Liberalismus-Kritik, wie etwa Chantal Mouffe, die sich zum Beispiel gegen eine liberal-kosmopolitische Bestimmung des Bürgerrechts (*citizenship*) wendet. Sie schließt sich Schmitts Urteil an, dass eine Demokratie nicht nur auf der Gleichheit aller Bürger, sondern auch auf ihrer Homogenität beruht. Obgleich sie einräumt, dass die Forderung nach Homogenität nach 1933 höchst problematische Konsequenzen hatte (Rassismus), hält sie daran fest, dass Schmitts Argument gegen eine universalistische Begründung des Staatsbürgerrechts bedenkenswert sei: »He is right to say that a political democracy cannot be based on the distinctionlessness of all mankind and that it must be rooted in a specific people.« (1998, 161) Von Bedeutung ist die Unterscheidung zwischen Bürgern und Nicht-Bürgern, d.h. die Möglichkeit einer Grenzziehung aufgrund des Homogenitätskriteriums. Die Demokratie, so Mouffe, kann nicht auf die Menschheit ausgeweitet werden; sie bedarf, um politisch funktionieren zu können, eines *demos*, der die Gesetze entwirft und verabschiedet. Mouffe ist sich bewusst, dass ihre Deutung von Schmitts Theorie gewaltsam ist, da Schmitt nicht an demokratischer Teilhabe, sondern an politischer Einheit interessiert war. Gleichwohl hält sie an der Notwendigkeit fest, das ›Volk‹ durch seine Abgrenzung von anderen Völkern zu konstruieren. Mit Schmitt wirft sie der liberalen Theorie vor, diese Abgrenzung nicht vollziehen zu können, da sie sich dem Universalismus der Menschenrechte verschrieben habe. Gegen Schmitt jedoch glaubt sie, dass Liberalismus und Demokratie zu verbinden seien – eine Rezeption, die Schmitt ›demokratisiert‹, mit der Folge, dass die Theorie des totalen Staats vergessen wird. Während Marcuse Schmitt vorwirft, seine Kritik nicht zu Ende geführt zu haben, weil sie die materielle Wirklichkeit ausschloss, entschärft Mouffe Schmitts Lehre, indem sie die totalitären Elemente ausklammert. Damit wird aber das Zentrum des schmittschen Denkens, die Begründung des Staats, verdrängt.

## II.

Die Frage, ob Schmitts politische Theorie mit Notwendigkeit zum Totalitarismus führt, lässt sich weder mit Hilfe eines ideologiekritischen Ansatzes noch durch eine selektive Rezeption à la Mouffe beantworten; vielmehr ist der Begriff des totalen Staats selbst in den Mittelpunkt zu rücken, der Schmitt mit dem NS verbindet und gleichzeitig, wie wir sehen werden, von ihm abgrenzt. Will man diesen Weg verfolgen, deuten sich indes zwei Gefahren an: Auf der einen Seite lockt die biographische Deutung, Parteieintritt und Kollaboration zur Grundlage des Urteils zu machen, gerade weil seine Unterstützung des Regimes gut dokumentiert ist; auf der anderen Seite droht die Apologetik, die die Zusammenarbeit mit den Nazis marginalisiert oder zum Missverständnis der Theorie erklärt. Diese entscheidende Frage ist dagegen der politische Ort von Schmitts Theorie, gerade wenn diese in die gegenwärtige Diskussion eingebracht wird.

Der notwendige Ausgangspunkt der Analyse ist, wie Marcuse und Mouffe zu Recht hervorgehoben haben, Schmitts Kritik der Weimarer Republik und des Liberalismus, der diese Republik legitimierte. Für Schmitt stand der besondere Weg Deutschlands in die Moderne auf dem Spiel, d.h. die Legitimität politischer Strukturen außerhalb der liberalen Demokratie. Dies war für ihn sowohl ein konkretes politisches Problem als auch eine allgemeine theoretische Frage, die anhand der besonderen Situation zu untersuchen war. Es ist üblich, Schmitts Kritik des Liberalismus anhand von *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus* darzustellen, eine Untersuchung, die auf die turbulenten Anfänge der Weimarer Republik reagierte. Doch wird das politische Interesse des Autors sowohl deutlicher als auch konkreter auf die deutsche Geschichte bezogen in der Schrift *Staatsgefüge und Zusammenbruch des zweiten Reiches* (1934), denn der Kontrast zwischen dem preußischen Staat als einem »Soldatenstaat« und dem bürgerlichen Rechtsstaat deutet die Richtung an, in der Schmitt eine Lösung für die Krise von Weimar suchte. Im Rückblick auf die Geschichte des Bismarck-Reichs erscheinen die Zugeständnisse, die die preußische Monarchie an den bürgerlichen Rechtsstaat machte, als der entscheidende verfassungspolitische Fehler, der sich freilich erst nach 1918 voll auswirken sollte. Zugespitzt bestand der Fehler darin, den Staat und seine Exekutive zu schwächen. Die Krise von Weimar war, so Schmitt, bereits angelegt in der Verfassungsstruktur des Zweiten Reichs, in der Staat und Gesellschaft, d.h. Verwaltungsapparat und Armee auf der einen Seite und Wirtschaft und private Interessen auf der anderen in einen fundamentalen Gegensatz gerieten. »Ein vom deutschen Soldaten her aufgebauter Führerstaat kann mit einem vom liberalen Bürger her konstruierten Rechtsstaat keinen echten Kompromiss schließen.« (Schmitt 1934, 13) Nicht ohne Grund kommt Schmitt in seiner Abhandlung immer wieder auf die Stellung des Militärs im Zweiten Reich zurück. Was veranlasst ihn, auf der historisch problematischen Konstruktion eines Soldatenstaats zu bestehen? Der zentrale Punkt ist der »totale Führungsanspruch« gegenüber dem deutschen Volk, d.h. die nicht vermittelte politische und militärische Gewalt, die im Krieg ihren ultimativen

Ausdruck findet. Im Rückblick auf den verlorenen Krieg kommentiert er: »So ist ein großes Volk von unerhörter soldatischer Kraft, mit einer unvergleichlichen Armee und einem technisch vollendeten industriellen Apparat, politisch führerlos in einen Weltkrieg gezogen.« (24) Verantwortlich waren einmal die bürgerliche Intelligenz und zum anderen die Gesamtkonstruktion des Reichs, der Dualismus von Staatsgewalt und Konstitutionalismus.

Für Schmitt ist das Überleben des deutschen Volks nach der Niederlage von 1918 der Grund für die (bedingte) Apologie der Monarchie. Bezeichnend ist der Begriff der totalen Führung, der selbst im Diskurs der vorkonstitutionellen preußischen Monarchie fremd bleibt. Die unzureichende Vorbereitung auf den Ersten Weltkrieg, das Fehlen einer »totalen Mobilmachung« (32), obwohl die Militärs ihre Notwendigkeit erkannten, ist der Standpunkt, von dem die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts rekonstruiert wird. In die deutsche Niederlage von 1918 war der westeuropäische Sieg des bürgerlichen Parlamentarismus eingeschrieben. Der Sieg der Entente war zugleich der Sieg des inneren Feindes. Die Weimarer Verfassung verlängert den Sieg der Westmächte in die deutsche Innenpolitik hinein. In den Kriegsjahren war der Gegensatz von politischer und militärischer Entscheidung zunehmend aufgelöst worden mit dem Ergebnis, dass die Kriegsführung total wurde. Diese Totalität »äußert sich infolge dessen nicht nur als Totalitätsanspruch der Kriegsführung, sondern auch als Totalitätsanspruch der politischen Staatsführung und ebenso der Wirtschaftsführung« (38). Im Krieg näherte sich Deutschland also dem totalen Staat und entwickelte innerhalb dieser Tendenz seine maximale Kraft. Folglich wird auch die Erneuerung Deutschlands unter dem Vorzeichen der »totalen Mobilmachung« (Ernst Jünger) konzipiert, wie umgekehrt die Versuche des Reichstags seit dem Sommer 1917, auf einen Frieden hinzuwirken, als Verrat an der Nation eingeschätzt werden. Dies führt Schmitt zu dem Kommentar: »Die Logik der geistigen Unterwerfung vollendete sich in der widerstandslosen politischen Knechtschaft.« (42)

### III.

Als Schmitt diesen Satz schrieb, hatte er nicht nur seine persönliche Entscheidung zugunsten von Hitler bereits getroffen – er trat am 1. Mai 1933 in die Partei ein –, sondern auch seine Theorie der neuen politischen Lage angepasst. Dabei spielte der Begriff des totalen Staats bekanntlich eine zentrale Rolle. Bevor wir uns diesem Begriff zuwenden, müssen wir seine Kritik des Liberalismus verfolgen. Schmitts Kritik der parlamentarischen Demokratie beruht auf der Unterscheidung von Demokratie als einer Staatsform, in der das Volk der Souverän ist, und dem parlamentarischen System als einer möglichen Variante von Demokratie. Für Schmitt ist der Nachweis wichtig, dass das demokratische Prinzip auf einer Reihe von Identitäten beruht, die sehr verschieden ausgefüllt werden können. In der politischen Theorie erweist sich der Begriff des Volks als ein Konstrukt, das von der vorhandenen Bevölkerung analytisch scharf getrennt ist, insofern der Wille des Volks nicht identisch ist mit dem Willen der Individuen, die das Volk ausmachen.



Schmitt hebt fünf Identitäten hervor, die den Begriff der Demokratie bestimmen, nämlich erstens die Identität des Souveräns und der Regierten, zweitens die Identität des Volks mit seiner Repräsentation im Parlament, drittens die Identität von Staat und Wahlvolk, viertens die Identität von Staat und Gesetz und fünftens die Identität von quantitativer und qualitativer Majorität. Besonders die letztere ist bedeutungsvoll, denn sie hebt den formalen Charakter des demokratischen Prinzips hervor. Daraus folgert Schmitt, dass der Begriff der Demokratie mit sehr verschiedenen Formen von politischer Praxis verbunden werden kann. Daher ist auch der Siegeszug der Demokratie eine durchaus ambivalente, um nicht zu sagen problematische Entwicklung. Die Praxis hängt davon ab, wer konkret den Begriff des Volks bestimmt und damit den Souverän definiert. Insofern ist die parlamentarische Demokratie theoretisch hilflos gegenüber der jakobinischen Logik, derzufolge die wahrhaft demokratische Minderheit den Willen des Volks gegen die irrende Majorität verkörpert und daher die Majorität unterdrücken darf oder muss.

Es ist nicht die Inkonsistenz der liberalen Theorie, die Schmitt angreift, sondern ihre Wirkungslosigkeit in der Massendemokratie. Hier erweist sich das Prinzip der Öffentlichkeit als Instrument, um partikulare Interessen durchzusetzen. Schmitt fasst seine Bedenken in folgender Form zusammen: »Große politische und wirtschaftliche Entscheidungen, in denen heute das Schicksal der Menschen liegt, sind nicht mehr [...] das Ergebnis einer Balancierung der Meinungen in öffentlicher Rede und Gegenrede und nicht das Resultat parlamentarischer Debatten. Die Beteiligung der Volksvertretung an der Regierung, die parlamentarische Regierung, hat sich gerade als das wichtigste Mittel erwiesen, die Teilung der Gewalten und mit ihr die alte Idee des Parlamentarismus aufzuheben.« (1926, 62) Der politische Entscheidungsprozess hat sich in die Kommissionen und Parteiausschüsse verschoben. Damit aber hat die Deliberation im Parlament ihre essenzielle Funktion verloren; dieses wird zur bloßen Fassade für das Aufeinanderprallen divergierender gesellschaftlicher Kräfte. Indem Schmitt die parlamentarische Demokratie zur Illusion erklärt, eröffnet er gleichzeitig die Frage, welche Regierungsform an ihre Stelle treten soll. Die Erstausgabe von 1923 enthält noch keine eindeutige Antwort, denn die Analyse der kommunistischen Diktatur und konservativer Lösungen zeigt Präferenzen an, aber keine existenzielle Entscheidung. Die Wendung zum totalen Staat bereitet sich in der späten Weimarer Republik vor, um dann nach 1933 in die Unterstützung des NS einzumünden. Besondere Aufmerksamkeit verdient die 1932 veröffentlichte Schrift *Legalität und Legitimität* sowie zwei kurze Aufsätze aus dem folgenden Jahr, *Die Weiterentwicklung des totalen Staats in Deutschland* (1933a) und *Machtpositionen des modernen Staats* (1933b). Gegenüber der Parlamentarismusschrift hat sich der Schwerpunkt der Analyse wesentlich verschoben, denn nunmehr steht die Struktur des Staats als die entscheidende politische Institution im Mittelpunkt.

Für Schmitt ist der »totale Staat« keine Forderung, sondern eine Gegebenheit. Jeder moderne Staat, der seine Machtmittel maximiert, ist tendenziell auf dem Weg zum totalen Staat; das gilt für demokratische Regime nicht weniger als für Diktaturen. Der moderne Staat ist interventionistisch, besonders dort, wo die politische

Beeinflussung der Massen auf dem Spiel steht. »Ein solcher Staat läßt in seinem Innern keinerlei staatsfeindliche, staatshemmende oder staatszerspaltende Kräfte aufkommen.« (1933a/1958, 361) Freilich bleibt die Rede vom »totalen Staat« bestimmungsbedürftig insofern, als es neben dem positiven Typus, den zum Beispiel 1932 der italienische Faschismus verkörpert, einen negativen Typus gibt, der total lediglich im quantitativen Sinn ist. Schmitt lässt erkennen, dass staatliche Intervention in allen Bereichen eher eine Gefahr für seine Entscheidungsfähigkeit sein kann. Das negative postliberale Modell ist der pluralistische Parteienstaat Weimars, in dem sowohl die parlamentarische Form als auch die staatliche Herrschaft substanzlos geworden ist. Der Pluralismus, d.h. der Verlust der demokratischen Identität, ist Schmitt zufolge die Achillesferse des Weimarer Staats, denn ihm fehlt trotz seiner Legalität die Legitimität. Allerdings sieht Schmitt in der Weimarer Verfassung Ansätze zu einer Überwindung dieses Zustands, nämlich in der Form des Plebiszits und der Erweiterung der Machtbefugnisse des Reichspräsidenten nach Art. 48 der Verfassung. In jedem Fall ist das Ziel die Wiederherstellung einer verlorenen Legitimität durch Autorität von oben und Vertrauen von unten. Die vor dem Januar 1933 vorgeschlagene Lösung bewegt sich trotz des Gebrauchs des Terminus »totaler Staat« noch im Bereich einer autoritären Staats- und Herrschaftskonstruktion. Dazu bemerkt Schmitt in der Neuausgabe der Abhandlung 1958: »Die Schrift war ein verzweifelter Versuch, das Präsidialsystem, die letzte Chance der Weimarer Verfassung, vor einer Jurisprudenz zu retten, die es ablehnte, nach Freund oder Feind der Verfassung zu fragen.« (345) 1932 erschien das Präsidialsystem, also ein mit starken Machtbefugnissen ausgestatteter Präsident gegenüber einem schwachen Parlament, als die angemessene Form der Demokratie, einer Demokratie, die ihre liberalen, in der Verfassung angelegten Elemente aufgegeben hat und sich dem starken »Militär- und Beamtenstaat [...], der von der Kontrolle der Volksvertretung unabhängig war« (1958, 236f), erneut näherte.

Tendenziell geht es Schmitt 1933 um den Ausbau und die Festlegung staatlicher Gewalt, und zwar nicht nur in den klassischen Bereichen der Verwaltung und des Militärs, sondern auch auf dem Feld der Massenkommunikation. Schmitt verweist insbesondere auf Rundfunk und Film als die neuen Medien des 20. Jahrhunderts, die der Staat kontrollieren muss, wenn er die öffentliche Meinung beherrschen will. Dabei ist stillschweigend vorausgesetzt, dass die Formen der liberalen Öffentlichkeit, die das 19. Jahrhundert dominierten, überholt sind. Allerdings beschränkt sich Schmitt nicht auf die Konstatierung der gesteigerten Machtmittel; vielmehr entwickelt er gleichzeitig im Anschluss an *Legalität und Legitimität* die Vorstellung einer Kooperation von Staat und Volk in der Form von Zustimmung und Akklamation. So heißt es: »Hier kommen verschiedene wichtige Begriffe wie Zustimmung des Volkes, Anerkennung, Bereitwilligkeit, Gefolgschaftswille, Akklamation und Vertrauen des Volkes in Betracht.« (1933b/1958, 369f) Das Modell der Kontrolle der staatlichen Macht durch das Volk wird hier ersetzt durch ein Konsensmodell, das auf Gleichgestimmtheit beruht. Rhetorisch drückt sich dieser Wechsel aus in der emphatischen Benutzung des Ausdrucks »echt«. »Echte Macht bewirkt echten

Konsens und echter Konsens bewirkt echte Macht.« (370) Der neue, d.h. der als total konzipierte Staat, ist ausgezeichnet durch die Überwindung des Gegensatzes von Staat und Volk, wie ihn die liberale Theorie entwickelt hatte.

In der Abhandlung *Staat, Bewegung, Volk* (1933c) entfaltet Schmitt die verfassungspolitischen Konsequenzen seiner Konzeption, und zwar nunmehr mit ausdrücklicher Anwendung auf das Regime Hitlers: »Die Weimarer Verfassung gilt nicht mehr. Alle Grundsätze und Regelungen, die dieser Verfassung weltanschaulich und organisatorisch wesentlich waren, sind mit allen ihren Voraussetzungen beseitigt.« (1933c, 5) Mit diesen Sätzen unterstreicht Schmitt den revolutionären Charakter des neuen Regimes, d.h. das Entstehen einer neuen und andersartigen Legitimität, die sich über die noch bestehende Legalität der Weimarer Verfassung bedenkenlos hinwegsetzen darf. »Die neue Welt des nationalsozialistischen Rechts ist mit den Begriffen und Formen des Weimarer Systems in keiner Weise auch nur zu begreifen, viel weniger zu rechtfertigen oder zu begründen.« (6) Indem Schmitt den revolutionären Bruch zwischen Weimar und dem Dritten Reich betont, und zwar gegen die Erfahrung des juristischen Alltags, will er die veränderte Staatlichkeit wie auch das gewandelte Verhältnis von Staat und Volk herausarbeiten. In unserem Zusammenhang interessieren allerdings weniger die juristischen Aspekte als die politischen. Schmitt spricht sich unumwunden für den Umbau der politischen Struktur aus, in der nunmehr Hitler als Reichskanzler die politische Macht zufällt, unter anderem auch die Befugnis der Gesetzgebung. Dem Reichstag wird ausdrücklich das Recht der Kontrolle der politischen Führung entzogen: »Dagegen versagt nicht nur tatsächlich, sondern auch staatsrechtlich jede Möglichkeit, gegen den Willen des Führers den Reichstag [...] einzuberufen und dort ein sogenanntes Initiativgesetz einzubringen.« (10) Die Wahlen zum Reichstag haben nicht mehr die Funktion einer Wahl, sondern die einer Akklamation getroffener Entscheidungen. An die Stelle der Dualität von Staat und Volk ist die Trinität von Staat, Bewegung und Volk getreten. »Jedes einzelne der drei Worte Staat, Bewegung, Volk kann für das Ganze der politischen Einheit gebraucht werden. Es bezeichnet aber gleichzeitig auch eine besondere Seite und ein spezifisches Element dieses Ganzen.« (12) Schmitt stellt sich auf den Boden der geschaffenen Tatsachen, indem er der NSDAP eine zentrale Rolle im Aufbau des neuen Regimes zuerkennt. Theoretisch war diese Anpassung für Schmitt als den Theoretiker des starken, monopolistischen Staats keine leichte Aufgabe, denn die Anerkennung der Partei enthielt das Problem der Konkurrenz von Staat und Partei, die in der Tat das NS-Regime kennzeichnen sollte. Die theoretische Lösung des Problems, die Schmitt 1933 fand und die ihm erlaubte, sich mit dem Dritten Reich zu identifizieren, lief darauf hinaus, dass die Partei als Kern der politischen Bewegung dem Staatsapparat vorgeordnet wird, um die geforderte Einheit zu erzielen. Ausdrücklich heißt es: »Der Staat im Sinne des Beamten- und Behördentums verliert das Monopol des Politischen [...] Er wird als ein bloßer Teil der politischen Einheit, und zwar auf die staatstragende Organisation angewiesener Teil, erkannt.« (15) Das bedeutet nicht weniger als eine Verlagerung des Politischen vom Staat in die Partei.

Der Begriff des totalen Staats, der freilich in der Abhandlung nicht mehr gebraucht wird, erhält durch die Einbeziehung der Partei eine veränderte Bedeutung. War der totale Staat Weimars der aufgeblähte intervenierende Wohlfahrtsstaat, der trotz seiner Expansion schwach war, und der totale Staat im Winter 1932/33 ein zentral geführtes Präsidialregime (Schmitts Übereinstimmung mit den Plänen von Schleicher), so wandelt sich der totale Staat nach der Machteinsetzung und insbesondere nach dem Ermächtigungsgesetz zu einem Staat der Bewegung. Die Bewegung, so Schmitt, »ist demnach im spezifischen Sinn das politische Element des Gemeinwesens« (17). Er vergleicht die Partei mit dem Motor, der die statischen Elemente der Verwaltung in Bewegung setzt. In der klassischen Staatstheorie gab es für die Bewegung, d.h. die revolutionäre Partei, keinen Platz. Folglich musste Schmitt ihre Position nicht nur politisch sondern auch rechtlich bestimmen. Während er die politische Beziehung als Bindung durch Personalunion beschreibt, definiert er die Partei als Körperschaft des öffentlichen Rechts. In der Person des Führers laufen alle Stränge zusammen. Somit erweist sich Schmitts Konzeption Ende 1933 als die eines Führerstaats, in dem die Einheit des Ganzen in der Person des Führers ihren Ausdruck findet. Schmitt liegt daran, diesen Charakter durch eine genaue Bestimmung des Führungsbegriffs zu klären. Führung beruht nicht wie im liberalen Rechtsstaat auf der Anwendung von allgemeinen Normen, sondern auf der Vorstellung von Treuepflichten und Legitimität. Führung beruht auf der unbedingten »Artgleichheit zwischen Führer und Gefolgschaft« (42). In der Artgleichheit, die hier undefiniert bleibt, erblickt Schmitt die Sicherung gegen tyrannischen und willkürlichen Gebrauch der Macht. Dass diese Artgleichheit ethnisch oder rassistisch zu definieren ist, wird nicht ausdrücklich gesagt, ist jedoch im Kontext des NS-Regimes naheliegend. Aus dem Führerprinzip folgt nicht nur eine radikale Revision des Demokratie-Begriffs, sondern auch eine neue Begründung des Rechts, und zwar durch die Abwendung von allgemeinen Rechtsnormen und die Hinwendung zu einer »persönlichen« Auslegung des Gesetzes durch den Richter. In diesem Zusammenhang bezieht sich Schmitt auf eine »Volks- und Rassenzugehörigkeit«, die sich von dem kritischen Verhalten des Artfremden unterscheidet.

#### IV.

Nach 1945 hat Schmitt geltend gemacht, er habe sich niemals als Machträger des NS-Regimes verstanden und schon damals seine Schriften gegenüber faschistischen Ideen abgegrenzt. Daher fühlte er sich ungerecht behandelt, als ihm 1945 das Lehrrecht entzogen wurde, während Kollegen wie Forsthoff ihre Karriere fortsetzen durften. Für die Apologeten, namentlich aus dem Kreis von Schmitt-Schülern, gab es zwei Wege, um Schmitt zu verteidigen (vgl. Maschke 1987, Noack 1993). Man konnte seine Mitwirkung am NS-Regime minimalisieren und auf die Jahre 1933 bis 1936 beschränken; zudem bot sich – parallel zu Gottfried Benn – die Möglichkeit an, die Angriffe auf Schmitt aus den Reihen der SS aufzuwerten und die Jahre nach 1936 zur inneren Emigration zu erklären. Der zweite Weg geht von Schmitts Schriften aus mit der Behauptung, sie grenzten sich vom Faschismus ab. Diese Argumentation

hat den Vorteil, dass sie Schmitts Theorie für die Gegenwart rettet. Man kann sogar zugestehen, dass sich die Person Schmitt in das NS-Regime verstrickte, um dann zu betonen, dass dies nicht den Kern der Theorie betreffe.

Für die Kritik an Schmitt stellen sich ähnliche methodische Probleme: Was ist das Objekt der Kritik – die Person oder seine Theorie? Der biographischen Kritik geht es um die Frage, warum Schmitt in die Partei eintrat, welche Stellung er in der Hierarchie des Regimes einnahm und welche Folgen seine Tätigkeit hatte (vgl. Rütters 1990, Blasius 2001). Der zweite Weg konzentriert sich auf die Theorieentwicklung und legt dar, wie die Grundbegriffe sich in die NS-Ideologie einfügen und diese mit ausarbeiten (vgl. Hofmann 1992, Neumann 1980). Während die deutschen Apologeten in der Regel politisch dem konservativen Lager zugehörten und die Kritik von links kam (vgl. Maus 1980), hat sich heute diese Frontstellung verschoben, weil Schmitts Denken sowohl konservative wie linksliberale Demokraten anspricht. Indem man sich lediglich auf bestimmte Texte stützt, der historische Kontext aber überwiegend vernachlässigt wird, kann man – wie Chantal Mouffe – einräumen, dass Schmitt aus seinen theoretischen Grundbegriffen Folgen gezogen hat, die in die falsche, nämlich faschistische Richtung führten. In der jüngsten internationalen Diskussion erscheint Schmitt als ein Theoretiker, dessen Liberalismuskritik und Theorie des Politischen Aufmerksamkeit verdienen. Bevor wir darauf eingehen, empfiehlt es sich, die Konsistenz von Schmitts Kooperation zu überprüfen, und zwar nicht so sehr als ein biographisches Problem, sondern als eine epistemologische Frage: Welche Implikation haben Schmitts Grundbegriffe? War die Option für das Dritte Reich theoretisch zwingend oder nur eine unter mehreren Möglichkeiten? Wer Schmitt aktualisieren will, muss den zwingenden Zusammenhang seiner Lehre mit dem NS-Staat bestreiten. Der Revisionismus setzt voraus, dass alternative Anschläge möglich sind.

Marcuses Deutung von 1934 beschreibt implizit diese Möglichkeit. Für ihn sind weder die biographische Verstrickung noch Schmitts tagespolitische Aufsätze die Basis seines Urteils; vielmehr ist es der dezisionistische Ansatz, aus dem er die totalitäre Tendenz ableitet. Sie ist, so Marcuse, bereits vor 1933 zu erkennen. Insofern erweist sich Schmitt, ganz unabhängig von der konkreten politischen Lage, als Repräsentant totalitären Denkens. Die Umkehrung von Vernunft und Entscheidung ist für Marcuse der Grund der totalitären Staatsphilosophie. Schmitt fügt sich daher letztlich in den geistesgeschichtlichen Zusammenhang ein, der in den Faschismus mündet. Wo Marcuse konsequente Fortsetzung erblickte, hob Christian von Krockow den Bruch hervor, indem er das NS-Engagement gerade als Abfall vom strengen Entscheidungsbegriff und als Hinwendung zum konkreten Ordnungsdenken las: »Vom Normalismus der Jahrhundertwende führt der Weg durch den Dezisionismus in den Bereich konkreten Ordnungsdenkens.« (1958, 94f) Damit wird eine Aktualisierung möglich, die sich auf die Schriften der zwanziger Jahre stützt und dabei die Arbeiten zwischen 1933 und 1945 ausklammert.

Der Begriff des totalen Staats kam für eine Erneuerung der schmittschen Theorie nach 1945 kaum in Betracht, denn er war durch seinen Gebrauch im Dritten Reich kompromittiert. Daran änderte der Umstand wenig, dass Rosenberg als Hüter des

rechtmäßigen nazistischen Denkens gegen die Konzeption des totalen Staats polemisiert hatte (Rosenberg 1936, 30-32). Auch die scharfen Angriffe von Höhn und Koellreutter im Jahr 1936 konnten Schmitts Theorie des totalen Staats nicht retten, da es sich um eine Polemik *intra muros* handelte (vgl. Rütters 1990, 81-92). Man wollte einen lästigen, weil erfolgreichen Konkurrenten ausschalten. Dass es sich tatsächlich um einen solchen handelte, soll an zwei Beispielen gezeigt werden. Das erste ist Schmitts Reaktion auf den Röhms-Putsch im Juli 1934, bei dem nicht nur Mitglieder der SA sondern auch politische Persönlichkeiten der Weimarer Republik ermordet wurden – unter ihnen General von Schleicher, dessen Politik Schmitt 1932 noch unterstützt hatte. Indem er den politischen Mord unter dem Titel »Der Führer schützt das Recht« feiert, legitimiert er den Terror durch eine Konstruktion, derzufolge der Führer nicht nur als der ultimative Gesetzgeber sondern auch als der oberste Gerichtsherr anzusehen ist. »Der wahre Führer ist immer auch Richter.« (1934a, 200) Die Ausschaltung der internen Opposition im Akt des Täters wird aufgrund seiner Position als Führer legitimiert. Das Konstrukt eines vom Volk getragenen Führerrechts legalisiert den politischen Mord und macht ihn rechtlich unangreifbar.

Das zweite Beispiel betrifft die Ableitung des totalen Kriegs aus der Verfassungsgeschichte im Jahr 1937 (1937/1940, 236-9). Die Grundlinien sind aus früheren Arbeiten vertraut. Erneut entwickelt Schmitt eine Konzeption der deutschen Verfassungsgeschichte, in der der Aufklärung und dem Liberalismus des 19. Jahrhunderts die Rolle des Gegenspielers zufällt. Aus dem steigenden Einfluss des Parlamentarismus folgt die Schwächung des entscheidungsfähigen Staats. Aus diesem Grund machte sich Schmitt bereits 1932 zum Anwalt des Reichs gegenüber den Ländern und begrüßte 1934 emphatisch die Gleichschaltung der Länder durch das Reichsstatthaltergesetz. Die Konsolidierung des Reichs als Machtstaat bildet dann die Basis nicht nur für eine neue interne Konzeption, sondern auch für eine veränderte Konzeption der Außenpolitik. In Übereinstimmung mit den Zielen des NS-Regimes entwickelt Schmitt 1937 den Begriff des totalen Kriegs. Er zeichnet sich durch zwei Merkmale aus: erstens den konzentrierten Einsatz aller zur Verfügung stehenden Kräfte (totale Mobilmachung) und zweitens die rücksichtslose Anwendung moderner Waffen. Empirisch bestehen Schmitt zufolge Übergänge zwischen traditioneller und totaler Kriegführung, theoretisch hingegen setzt der totale Krieg den totalen Feind voraus: »Von der Art des totalen Krieges her bestimmen sich Art und Gestalt der Totalität des Staates, von der besonderen Art der entscheidenden Waffen her bestimmt sich die besondere Art und Gestalt der Totalität des Krieges. Der totale Krieg aber enthält seinen Sinn durch den totalen Feind.« (1937/1940, 236) Die Steigerung von einem konventionellen und partialen Krieg, der die Zivilsphäre respektiert, zum totalen Krieg beruht logisch auf der Intensivierung des Verhältnisses zum Feind: als totaler Feind ist seine Vernichtung das Ziel der Politik und des Kriegs. Kennzeichnend ist, dass Schmitt die Wendung des Dritten Reichs zu einer auf den Krieg zuführenden aggressiven Außenpolitik historisch unterfüttert. Im Hinblick auf den Landkrieg beruft er sich auf die Autorität von Clausewitz. Gleichzeitig aber besteht er darauf, dass der (englische) Seekrieg, der meist als bloßer Handelskrieg eingestuft wurde,

ebenfalls totale Züge trägt. »Der englische Seekrieg ist nämlich total im Sinne der Fähigkeit zu einer totalen Feindschaft. Er weiß religiöse und weltanschauliche, seelische und moralische Kräfte zu mobilisieren, wie nur irgendeine der großen weltgeschichtlichen Kriegsgattungen.« (238) Mit anderen Worten, Deutschland hat mit einem Gegner zu rechnen, der zur totalen Kriegsführung fähig und bereit ist. Dies ist umso bemerkenswerter, als Schmitt liberalen politischen Regimen die Fähigkeit zur Entscheidung und damit zur aggressiven Politik meist abstreitet. Der letzte Absatz des Aufsatzes fordert besondere Aufmerksamkeit: Auf der einen Seite unterstreicht Schmitt die Stärke des neuen Deutschlands, auf der anderen Seite lehnt er die moralische Verantwortung für den Ersten Weltkrieg wie den zukünftigen totalen Krieg ab. An die Stelle des moralischen Kriteriums tritt ein theologisches. Der totale Krieg ist ein Gottesurteil, das sich aus der totalen Feindschaft zweier Völker ableitet. Ferner fällt auf, dass Schmitt 1937 zwar weiterhin den Begriff des totalen Staats verwendet, sich aber weder auf die NS-Bewegung noch auf den Führer explizit bezieht. Die naheliegende Erklärung ist, dass beide Begriffe vorausgesetzt sind, ohne eigens erwähnt zu werden; eine alternative Deutung bestünde darin, dass Schmitt sich seiner Position vor 1933 wieder nähert. In beiden Lesarten ist freilich kein Platz für die parlamentarische Demokratie. Schmitts totaler Staat ist entweder Teil des Führerstaats oder ein souveräner Machtstaat, der innen- wie außenpolitisch zur maximalen Konzentration seiner Kräfte fähig und zur Vernichtung seiner Gegner bereit ist. Je mehr sich Schmitts politisches Denken einer planetarischen Ordnung zuwendet, desto klarer zeichnet sich die Vorstellung größerer Machtblöcke ab, die einander als Feinde oder Freunde behandeln. Der 1927 entwickelte Begriff des Politischen behält seine Gültigkeit, während der Begriff des Nationalstaats in den Hintergrund tritt. Insofern das NS-Regime 1937 als ein Nationalstaat verstanden wird, der potenziell mit anderen europäischen Nationalstaaten in einem Konfliktverhältnis steht, entfernt sich Schmitt ab 1937 von seinem früheren Ordnungsentwurf, um sich einer globalen Konzeption zuzuwenden. Es wäre indes problematisch, daraus abzuleiten, dass Schmitt dem inneren Widerstand zuzurechnen sei, wie dies einige seiner Apologeten getan haben, denn der Entwurf von Großräumen setzt die totalitären Elemente fort und affirmiert implizit die expansive Kriegspolitik des Dritten Reichs.

In der Totalitarismuskonzeption der Nachkriegszeit spielte Schmitt die Rolle des Kronzeugen – Beobachter und Täter zugleich, dessen Schriften den Weg der Weimarer Republik in den NS-Staat dokumentieren. In der gegenwärtigen Debatte über Möglichkeiten und Grenzen der Demokratie hingegen hat Schmitts Theorie eine durchaus andere Funktion erhalten. Wie wir bei Mouffe gesehen haben, soll mit ihrer Hilfe der Begriff der Demokratie gegen seine liberale Aufweichung (Kosmopolitismus) aufgefangen werden. Auf der neokonservativen Seite ist der Begriff des starken Staats ebenfalls sehr gefragt als ein Instrument, um die vorgebliehen Auswüchse der Massendemokratie und des Sozialstaats zu bekämpfen. In diesem Sinne hat sich etwa die gegenwärtige us-amerikanische Politik Schmitts Konzeption genähert. Doch auch unter ihren Gegnern finden sich Theoretiker, die den Begriff der Demokratie unter ausdrücklichem Bezug auf Schmitt stärken wollen.

Dyzenhaus etwa fordert – gegen neoliberale Wirtschaftspolitik und Abbau des sozialen Netzes – die Rückkehr zu einem starken, intervenierenden Staat. Obgleich er Schmitts prinzipielle Kritik des Liberalismus nicht teilt, versucht er, dessen Staatsbegriff eine progressive Tendenz zu geben, indem er die Kritik der universalistischen Ethik übernimmt und dem Staat die Aufgabe überträgt, konkrete bestehende Sozialordnungen zu schützen. In diesem Zusammenhang wird der Nationalstaat zum Hüter eines demokratischen Pluralismus. Diese Interpretation lässt Schmitts Forderung nach innerstaatlicher Homogenität offensichtlich außer Betracht. Der Umgang mit Schmitts Theorie erweist sich als problematisch gerade dort, wo wie bei Dyzenhaus oder Mouffe die Absicht besteht, sie für eine progressive Konzeption von Demokratie in Anspruch zu nehmen. Mit dem Herausgreifen einzelner Elemente läuft man indes Gefahr, auch den alten diskursiven Rahmen erneut zu beleben. Der demokratische Schmittianismus riskiert stets, seine eigenen politischen Ziele zu unterminieren, weil er die Sprengkraft von Schmitts Begriff des Politischen unterschätzt. Nicht zuletzt die gegenwärtige Diskussion über die Bekämpfung des politischen Terrorismus in den Vereinigten Staaten zeigt, wie eine durch Carl Schmitt – über Strauss – beeinflusste neokonservative Konzeption demokratischer Abwehr mit den Grundbegriffen der Verfassung in Konflikt gerät.

### Literatur

- Blasius, Dirk, *Carl Schmitt. Preußischer Staatsrat in Hitlers Reich*, Göttingen 2001
- Blindow, Felix, *Carl Schmitt's Reichsordnung. Strategie für einen europäischen Großraum*, Berlin 1999
- Dyzenhaus, David (Hg.), *Law as Politics. Carl Schmitt's Critique of Liberalism*, Durham 1998
- ders., »Putting the State Back in Credit«, in: Mouffe 1999, 75-91
- Hofmann, Hasso, *Legitimität gegen Legalität. Der Weg der politischen Philosophie Carl Schmitts*, Berlin 1992
- Kennedy, Ellen, »Carl Schmitt's Parlamentarism in its Historical Context«, in: Carl Schmitt, *The Crisis of Parliamentary Democracy*, übers. v. E. Kennedy, Boston 1985, IX-XLIX
- dies., »Carl Schmitt und die Frankfurter Schule«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 12, 1986, 380-419
- Kervégan, Jean-François, »Carl Schmitt and World Unity«, in: Mouffe 1999, 54-74
- Krockow, Christian v., *Die Entscheidung*, Stuttgart 1958
- Marcuse, Herbert, »Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung«, in: *Zeitschrift für Sozialforschung* 3, 1934, 161-99
- Maschke, Günter, *Der Tod des Carl Schmitt. Apologie und Polemik*, Wien 1987
- Maus, Ingeborg, *Bürgerliche Rechtstheorie und Faschismus. Zur sozialen Funktion und aktuellen Wirkung Carl Schmitts*, München 1980
- dies., »The 1933 ›Break‹ in Schmitt's Theory«, in: Dyzenhaus 1998, 196-216
- Mouffe, Chantal (Hg.), *The Challenge of Carl Schmitt*, London-New York 1999
- dies., »Carl Schmitt and the Paradox of Liberal Democracy«, in: Dyzenhaus 1998, 153-75
- Neumann, Volker, *Der Staat im Bürgerkrieg. Kontinuität und Wandlung des Staatsbegriffs in der politischen Theorie Carl Schmitts*, Frankfurt/M 1980



Noack, Paul, *Carl Schmitt. Eine Biographie*, Berlin-Frankfurt/M 1993

Rawls, John, *Political Liberalism*, New York 1993

Rosenberg, Alfred, *Gestaltung der Idee. Blut und Ehre*, Bd. 2, München 1936

Rüthers, Bernd, *Carl Schmitt im Dritten Reich. Wissenschaft als Zeitgeist-Verstärkung?*, München 1990

Scheuerman, William E., *Carl Schmitt. The End of Law*, Lanham 1999

Schmitt, Carl, *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, Berlin 1926

ders., *Staatsgefüge und Zusammenbruch des Zweiten Reiches. Der Sieg des Bürgers über den Soldaten*, Hamburg 1934

ders., »Legalität und Legitimität« (1932), in: ders., *Verfassungsrechtliche Aufsätze aus den Jahren 1924-1954*, Berlin 1958, 263-350

ders., »Der Führer schützt das Recht« (1934a), in: ders., *Positionen und Begriffe: Im Kampf mit Weimar, Genf, Versailles, 1923-1939*, Hamburg 1940 (Nachdr. Berlin 1988)

ders., »Die Weiterentwicklung des totalen Staats in Deutschland« (1933a), in: *Verfassungsrechtliche Aufsätze*, 359-66

ders., »Machtpositionen des modernen Staates« (1933b), in: *Verfassungsrechtliche Aufsätze*, 367-371

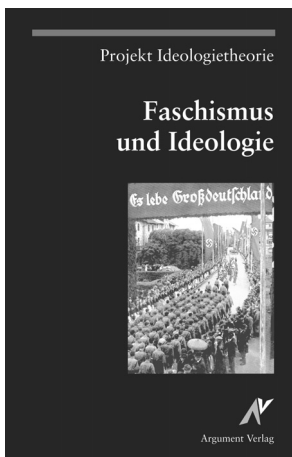
ders., *Staat, Bewegung, Volk. Die Dreigliederung der politischen Einheit*, Hamburg 1933c

ders., »Totaler Feind, totaler Krieg, totaler Staat« (1937), in: *Positionen*, 236-39

ders., »Ethic of State and Pluralistic State«, in: Mouffe 1999, 195-208 (dt. unter d. Titel »Staatsethik und pluralistischer Staat«, in: *Positionen*, 133-45)

---

## Der Klassiker neu ediert



Dieser Band des Projekts Ideologietheorie, der neben strukturellen und biografischen Aspekten die faschistische Ideologie in den Mittelpunkt stellt, ist eine wichtige Ergänzung aktueller Faschismus- und NS-Studien. Die Frage, wie die Nazis es schafften, die Menschen für ihre Ideen zu begeistern, und wie die Einzelnen sich freiwillig in ein Herrschaftsverhältnis einordneten und diese Einordnung als Befreiung erleben konnten, wird in den Detailstudien von *Faschismus und Ideologie* beantwortet.

Projekt Ideologietheorie

### Faschismus und Ideologie

Neu herausgegeben von Klaus Weber

ISBN 978-3-88619-334-9 · 19,50 € [D]

Im Buchhandel oder beim Argument-Versand: Reichenberger Str. 150  
10999 Berlin · Fax: 030 / 611 42 70 · [versand@argument.de](mailto:versand@argument.de)

  
Argument  
[www.argument.de](http://www.argument.de)

## Besprechungen

### Philosophie

**Schöttker, Detlev, u. Erdmut Wizisla (Hg.),** *Arendt und Benjamin. Texte, Briefe, Dokumente*, Suhrkamp, Frankfurt/M 2006 (209 S., br., 11 €)

Den Band titeln zwar zwei Namen, aber als Abwesende sind noch mindestens zwei weitere veritable Geister des 20. Jh. gegenwärtig, nämlich Bertolt Brecht, der vor 50 Jahren starb, und Theodor W. Adorno. Während Adorno Brecht ablehnte, war dieser umgekehrt die ideelle Mitte zwischen Benjamin und Arendt; sie war beiden sehr verbunden und hatte beide zusammen in werkbiographischen Essays gewürdigt: »Die Freundschaft Benjamin-Brecht ist einzigartig, weil in ihr der größte lebende deutsche Dichter mit dem bedeutendsten Kritiker der Zeit zusammentraf.« (*Benjamin, Brecht. Zwei Essays*, München 1971, 21) Und umgekehrt sagte sie über Adorno: So einer kommt mir nicht ins Haus. Es ist dieses eine der spannendsten intellektuellen Konstellationen jenes fürchterlichen Jahrhunderts, für die ein kaum zu überschätzendes Dokument im Zentrum steht: Benjamins Reflexionen »Über den Begriff der Geschichte«, die später dann von Adorno als sog. Geschichtsphilosophische Thesen behandelt wurden.

Angesichts der ärgerlichen »Renaissance« von Schriften Arendts, in der diese nach 1989 in alter antitotalitaristischer Manier als Dokumente gegen den Sozialismus des 20. Jh. für eine »echte« Linke rezipiert und weitgehend verfälscht wurden, kann eine Flut von meist oberflächlichen Neuerscheinungen zu ihrem 100. Geburtstag nicht ausbleiben. Davon unterscheidet sich grundlegend die vorliegende Publikation. Von den Herausgebern ist Detlev Schöttker seit 1999 Gastprofessor für Literatur- und Medienwissenschaft an der TU Dresden, Erdmut Wizisla Leiter des Bertolt-Brecht-Archivs und kommissarischer Leiter des Walter-Benjamin-Archivs an der Berliner Akademie der Künste. Beide sind seit langem einschlägig ausgewiesen, Wizisla zuletzt mit dem schönen Band zur Geschichte der Freundschaft zwischen Benjamin und Brecht, Schöttker über Benjamin.

Die knappe Einleitung beruht auf einem Essay, den die Hg. zuvor schon der philologisch-historisch akribischen Edition des Benjamin-Arendt-Briefwechsels in *Text und Kritik* (166/167, 2005) beigefügt hatten. Aus dem Blickwinkel politischer Theoriedebatten um Benjamin und Arendt hätte man sich allenfalls noch gewünscht, wenn zusätzlich zu den hier behandelten Beziehungen beider zu Martin Heidegger besonders auch ihre Bezugnahmen auf Carl Schmitt angesprochen worden wären.

Die Dokumentation eröffnen Arendts Benjamin-Essay (1968/71) und Benjamins geschichtstheoretische Reflexionen in Gestalt einer Transkription und des Faksimiles des beeindruckenden Originals, das Benjamin im Spätsommer 1940 kurz vor seinem Tode Hannah Arendt übergeben hatte. Dann folgt der Nachdruck von sechs Arendt-Briefen an Benjamin und zwei schon veröffentlichte Briefe von ihm an Arendt zwischen 1936 und 1940; vermutlich alle, die noch erhalten sind. Sie dokumentieren wesentlich die Herzlichkeit und die gegenseitige vertrauensvolle Unterstützung im Exil.

Wenn auch nicht quantitativ, so bilden doch den Hauptteil dieser Materialsammlung die Briefwechsel, die Arendt zur »Sicherung des Nachlasses« (145ff), zum »Plan einer Benjamin-Edition im Schoken Verlag« (161ff) und zur Auseinandersetzung über ihren Benjamin-Essay mit Gershom Scholem, Heinrich Blücher, Günther Anders, Bertolt Brecht, Theodor Adorno und Hans Paeschke geführt hatte; hinzu kommt noch eine Kontroverse zwischen Friedrich Pollock und Arendt, die 1968 im *Merkur* erschienen war.

Drei Aspekte sind es, die diese Dokumente beachtenswert machen. Da ist zunächst das Exil zur Zeit des Faschismus und die verzweifelte Situation, in der sich die Exilierten untereinander befanden, indem zu allen alltäglichen und finanziellen Sorgen, der persönlichen Konkurrenz, dem Misstrauen, den Eitelkeiten und Empfindlichkeiten auch noch politische Differenzen, gegenseitige Ein- und Ausgrenzungen traten.

Gewissermaßen als deren Fernwirkung ist zweitens die – letztlich wohl immer noch nicht ganz aufgehellte – Auseinandersetzung zwischen Adorno und Arendt über die authentische Wiedergabe des Manuskriptes »Über den Begriff der Geschichte« anzusehen, das sie 1941 bei ihrem Eintreffen in New York Adorno übergeben hatte. Schon seit 1940 um die Sicherung und seit 1945 um die Publikation des benjaminschen Euvres bemüht, verdächtige Arendt allerdings von vornherein das Institut und Adorno, dass sie das Manuskript nicht herausgeben wollten (vgl. Dok. 2, 142). Dann wurde Arendts Exemplar 1942 zwar vom Institut in der Gedächtnisschrift zu Benjamins Tode gedruckt, tatsächlich aber erst 1950 der Öffentlichkeit bekannt. Bei der Deutung dieser Schrift ging und geht es um nichts weniger als um die Frage, ob Benjamin als Marxist zu verstehen ist, darüber hinausweisend aber grundsätzlicher, wie das »Ereignis Auschwitz« bzw. die Gegenwart des 20. Jh. historisch zu beurteilen ist.

Wer schließlich drittens erwartet hätte, dass sich nach 1945 die vermeintlich dem Exil zuzuschreibenden Kontroversen geändert hätten, täuscht sich gewaltig. Denn in der postfaschistischen BRD kam es zum Kampf um die Deutung der Vergangenheit und um das antifaschistische Erbe. Dafür darf geradezu exemplarisch und als *pars pro toto* der Streit über eben jene Zugehörigkeit Benjamins zu den politisch-weltanschaulichen und ideologischen Lagern angesehen werden. Auf der einen Seite des Streites standen Scholem und Adorno, die schon in den 1930er Jahren Benjamins Freundschaft mit Brecht und seine Hinwendung zum historischen Materialismus aufs Schärfste verurteilt hatten; Scholem hatte zudem dauernd versucht, Benjamin zum Zionismus und zur Übersiedelung nach Palästina zu bewegen. Nach 1945 wirkten beide in die Richtung, Benjamins »Marxismus« im Sinne der »Frankfurter Schule« zu deuten, um, wie sich Adorno ausdrückte, den dialektischen Materialismus gegen Benjamins kurzschlüssige Missdeutungen zu verteidigen (vgl. 20, Fn. 17).

Auf der anderen Seite standen unabhängig voneinander Helmut Heißenbüttel und Arendt. Streit Anlass war 1966 Adornos und Scholems zweibändige Ausgabe von Benjamins Briefen. Heißenbüttel hatte aus diesen zum Teil erheblich gekürzten Briefen ebenfalls ziemlich einseitig die Spannungen zwischen Benjamin und dem Institut für Sozialforschung vor allem in der Emigration interpretiert und Adorno vorgeworfen, er würde Benjamins Marxismus »löschen« wollen. Arendt hatte demgegenüber während des gemeinsamen Pariser Exils von Benjamin selbst erfahren, dass und wie er sich über die mangelnde Unterstützung vor allem wohl von Max Horkheimer beklagte (vgl. 18ff). Diese Kritik kam dann ganz unmissverständlich in ihrem dreiteiligen Benjamin-Essay zum Ausdruck, indem sie Benjamin in eine gerade Linie zum Horkheimer/Adorno verhassten Brecht stellte.

Der Streit um den Marxisten Benjamin, der bei einer nicht ideologiekritisch aufgebläsenen Sichtweise gar keiner sein dürfte (vgl. Ji-Hyun Ko, *Geschichtsbegriff und historische Forschung bei Walter Benjamin*, Frankfurt/M 2004) fand dann diverse unrühmliche, in der vorliegenden Dokumentensammlung allerdings unberücksichtigte Fortsetzungen, z.B. durch Rolf Tiedemann, Arendts Gegenspieler und Adlatus von Adorno, im *Argument* (Nr. 46, 10. Jg., 1968, H. 1/2, 74ff). – Gleichwohl eine alles in allem herausragende historische Edition und kritische Kommentierung.

Lars Lambrecht (Hamburg)

**Elliott, Gregory**, *Althusser. The Detour of Theory*, Brill, Leiden-Boston 2006 (434 S., geb., 116 US\$)

Dieses Buch bietet eine »intellektuelle Biographie«, die zum besseren Verständnis des Werks von Althusser sehr genau über diesen Kontext informiert, wobei es dieses freilich ab und zu gleichsam auf den Kontext festlegt, ohne zu fragen, ob nicht z.B. Althusser ›Maoismus‹ (›As Mao says: ›never forget the class struggle‹«, 168 ff) auch über diesen hinausgeht: zieht sich das ›nie den Klassenkampf vergessen‹ nicht wie ein roter Faden durch das ganze Werk – als Motiv und als Problem?

Das Buch wurde 1987 zum ersten Mal veröffentlicht, die Neuausgabe fügt der unveränderten Erstfassung eine aktualisierte Bibliographie und ein ausführliches Postskriptum hinzu. In letzterem werden die erst nach 1987 veröffentlichten Texte, die prä- und die ›post‹-althusserianischen, in die Interpretation einbezogen. Dies führt u.a. dazu, dass der Autor seine Darstellung von 1987 korrigiert: damals ›konstruierte‹ er einen Althusser, der zu einem ›linken Eurokommunismus‹ neigte, und warf ihm vor, sich vom Leninismus entfernt zu haben; jetzt bedauert er, dass es Althusser nicht gelungen sei, aus (s)einer unfähigen Orthodoxie auszubrechen (XI). Der Unterschied ist nicht sehr groß: so oder so hat Althusser sich Illusionen gemacht über die Möglichkeit, dass der organisierte Kommunismus sich revitalisieren würde (Eurokommunismus), und über die Möglichkeit, ihn innerhalb des kategorialen Rahmens seiner ›Orthodoxie‹ zu reformieren. Letzteres hat Althusser versucht, bis es wirklich nicht mehr ging. Auch das zieht sich wie ein roter Faden durch das Buch: sein Bemühen »innerhalb der KPF« Raum zu schaffen für »independent research« (51) – in *Für Marx und Das Kapital lesen* –, weil französische Kommunisten in den frühen 60er Jahren keine andere Wahl hatten, als sich selber als treue Jünger der Partei zu präsentieren. »rectifying archaic theoretical forms the better to reveal their revolutionary theoretical content« (164), seine ›linke‹ Stalinismuskritik in Gestalt eines ›stalinistischen‹ modus operandi, besonders anschaulich in *Réponse à John Lewis* (›the new orthodoxy«, 198) – eine »quasi-schdanowitische Bevormundung von Intellektuellen im Namen des Marxismus-Leninismus« (188) –, bis zu seiner Erklärung 1978, dass er Mitglied der Partei bleiben werde »oder die Partei müsste verschwinden«, weil »›in der Partei sein‹ meinen philosophischen Schriften eine politische Bedeutung gegeben hat. Würde ich sie verlassen, wäre es damit zu Ende« (291).

Der Titel, *The Detour of Theory*, der anspielt auf Althusser's programmatischen Satz der Notwendigkeit von ›Umwegen‹, um in der Theorie weiter zu kommen, will wohl sagen, dass Althusser's Werk ein langer Umweg zu der Einsicht gewesen sei, dass sein Marxismus ›imaginär‹ war. Schon seine Analyse der Ereignisse vom Mai 1968 war naiv: die Annahme, die KPF sei noch immer eine kommunistische Partei (220), genau wie sein Engagement in einer Internationale, die nicht länger existierte (245). Elliott lässt Althusser's Erkenntnis der ›Krise des Marxismus‹ denn auch münden in eine ›Selbstdestruktion‹ (in *Marxism Today*, 1978). Das fragmentarische Spätwerk der 80er Jahre, der Versuch eines ›aleatorischen Materialismus‹, sei zwar intentional eine Rekonstruktion, aber eine nicht nur »nicht-marxistische«, sondern auch »nicht-marxianische« (366).

Was von Althusser bleibt, ist entsprechend bescheiden: Bewunderung fordert der »innovative Philosoph« von 1960-1965 (315), der Wiederentdecker des Marxismus als freier und offener Wissenschaft (305); Respekt verdient der »independent militant of *What must change in the Communist Party*« (315) – Althusser's Definition der Philosophie als ›Klassenkampf in der Theorie‹ aber hält Elliott für eine »Sackgasse« (315). Bescheiden auch die Position, die Elliott selbst in der Rezeption einnehmen will:

»anti-anti-Althusser« (XXI) – was schon nicht wenig ist in Anbetracht der zahlreichen Althusser-Verrisse. »Für Althusser« zu sein (wie Balibar, *Écrits pour Althusser*, 1991) ist ihm aber nicht (mehr?) möglich.

Die Beurteilung Althussters hängt wohl stark vom eigenen Verhältnis zum organisierten Kommunismus ab. Wer wie Althusser selber, bis es nicht mehr ging, innerhalb der Partei kritischer Marxist zu sein versucht hat, wird seinen Weg in die Katastrophe in seiner Reflektiertheit (denn Althusser hat ja nicht aufgehört zu denken, im Gegenteil) anders nachvollziehen als jemand, der schon immer oder jedenfalls eher wusste, dass der organisierte Kommunismus gescheitert war (dieser hat wahrscheinlich seine eigene Krise zu verarbeiten). Liest der Rezensent (der Mitglied einer kommunistischen Partei war, bis diese verschwand) Elliott, dann liest er die Geschichte eines Dissidenten innerhalb der Orthodoxie, der zugleich Dissident war gegenüber jeder leichten Lösung der Problematik des organisierten Kommunismus, z.B. indem ihre real existierenden »Deformationen« »aufgehoben« werden in ein Bekenntnis zum Humanismus, immer »dissenting from the consensus he detected« (24). Diese »Orthodoxie neuen Typus« hat zwar ihr Ziel nicht erreicht, aber sie könnte uns auch in Zukunft davor behüten, das Scheitern des kommunistischen Projekts und seiner Theorie nicht ernst genug zu nehmen. Man sollte sich dabei auch nicht zu sehr irritieren lassen durch den zu dieser Orthodoxie gehörigen Habitus (wie das m.E. Elliott bei *Réponse à John Lewis* passiert). Auch oder gerade, wenn Althusser thetisch spricht, haben seine Überlegungen den Charakter von Arbeitshypothesen, die nicht als Dogmen kultiviert, sondern als An-Deutungen weiter gedacht werden wollen. Dies gilt z.B. für seinen Begriff »Klassenkampf«, der von Elliott als *deus ex machina* einem unreflektierten Voluntarismus, der ihn aus der Sackgasse eines totalisierten Strukturalismus retten muss, zugeschlagen wird (150, 201). Öffnet nicht dieser Begriff in Althussters Ideologietheorie das Feld eines »Außerhalb« der Ideologie, das die Geschlossenheit des Ideologischen sprengt und dadurch einen ideologischen *Kampf* möglich macht? Ein Hinweis für weitere Forschung – die Althusser selber zur Psychoanalyse geführt hat? Dass Elliott an diesem Punkt einen blinden Fleck hat, zeigt sich darin, dass er *Ideologie und ideologische Staatsapparate* betrachtet als »(vielleicht!) symbolisch für die Sackgasse«, in die Althusser geraten sei (203), und die *Anmerkung über die ideologischen Staatsapparate* nur kurz erwähnt (215), die Ästhetik Althussters zudem bloß in einer Fußnote (156, Fn. 216).

Im Blick auf die Eigenart des Denkprojekts von Althusser drängt sich der Vergleich mit der Reformation auf: die Radikalität, mit der Althusser wie Luther zu den Ursprüngen zurück will (»ad fontes«), indem er hartnäckig Marx und Lenin aus der Verantwortlichkeit für die Fehlentwicklungen nach ihnen heraushält (65). Marx und Lenin waren für ihn, wie für Luther die Bibel, gleichsam das Brecheisen, womit er die großen Dogmatisierungen, die alles kritische Denken verhindevenden Ismen – den Marxismus und den Leninismus – aus den Angeln heben wollte. Bis es nicht mehr weiter ging und Marx selber einer radikalen Kritik unterzogen werden musste. Aber auch das braucht nicht unbedingt gesehen zu werden als das Ende des Projekts, mit Marx – und nötigenfalls auch gegen ihn – zu denken.

Im Denken Althussters gibt es einen Bruch: das Scheitern des organisierten Kommunismus – von Althusser weit vor der Wende (spätestens 1978) festgestellt. Aber die Möglichkeit, diesen Bruch zu erkennen, war von Althusser theoretisch schon gedacht. Denn schon in *Das Kapital lesen* finden wir den Begriff einer »Notwendigkeit der Kontingenz« (85), und in einer unveröffentlichten Notiz von 1966 das Konzept einer »theory of the encounter« bzw. einer »general theory of the conjuncture« (361). Nur dass für Althusser bis 1976 (nach Elliott der Beginn der »Selbstdestruktion«) diese Kontingenz die »Fusion«

von marxistischer Theorie und Arbeiterbewegung bedeutete, so wie die diese Fusion bestätigende Kontingenz der Oktober-Revolution. Hier zeigt sich die Diskontinuität in der Kontinuität seiner Theorie, die aber bereits in dieser reflektiert war. Die Kontingenz wird nicht aufgegeben, sie bleibt zu denken notwendig wie nie zuvor: um die Zukunft für den (endlich glücklichen?) Zufall offen zu halten. Was in der Vergangenheit sich als unmöglich erwies – eben diese »Fusion« –, ist nicht für immer unmöglich. Zwar stößt hier die Theorie von Marx auf ihre Grenzen (*Marx dans ses limites*), aber bei Althusser nicht auf taub gewordene Ohren: er musste das Projekt der Entwicklung einer marxistischen Philosophie aufgeben, aber schlägt stattdessen eine Philosophie für den Marxismus vor (356). Diese Althusser-Lektüre »ermöglichen, ist das Verdienst von Elliott. Er selber aber betont am Schluss seines Buches vor allem »the self-evident failure of its ambition [...] to renew communist politics« (371). Und ruft im letzten Satz dazu auf, »jede Neigung zu unterdrücken, (uns) Geschichten zu erzählen – sogar (oder speziell) über Louis Althusser«. Zitiert wird Althusser selber, der in *Geschichte beendet, endlose Geschichte* (1976) schreibt: »Man muss die Dinge beim Namen nennen und aufhören, (sich) Geschichten zu erzählen« (zit.n. D. Lecourt, *Proletarische Wissenschaft?*, Berlin/W 1976, 13). Gerade dies hat Althusser bis zum Letzten versucht: illusionslos zu erkennen, was der Fall ist, keiner Enttäuschung auszuweichen und dabei die Hoffnung nicht zu verlieren. Von »Sackgasse« kann in dieser Hinsicht nicht die Rede sein. Dick Boer (Amsterdam)

**Schütrumpf, Jörn (Hg.)**, *Rosa Luxemburg oder Der Preis der Freiheit*, Karl Dietz, Berlin 2006 (111 S., kart., 6,90 €)

**Keller, Fritz, u. Stefan Kraft (Hg.)**, *Rosa Luxemburg. Denken und Leben einer internationalen Revolutionärin*, Promedia, Wien 2005 (176 S., kart., 12,90 €)

**Scharrer, Manfred**, »*Freiheit ist immer ...*«. *Die Legende von Karl und Rosa*, Transit, Berlin 2002 (190 S., kart., 16,80 €)

Schütrumpf beginnt mit der Vorstellung einer internationalen Ahnenreihe: Über allem »schwebend und deshalb oft vergessen [...] ein deutscher Jude aus Trier: Karl Marx. Neben ihm sind es nur drei Menschen, deren Bilder fast überall gezeigt werden: das einer polnischen Jüdin, die in Deutschland bestialisch ermordet wurde, das eines Argentiniers, der 1967 in Bolivien in die Fänge seiner Mörder geriet, und das eines Italieners, den die Faschisten nach mehreren Jahren Kerkerhaft 1937 zum Sterben freigelassen hatten: Rosa Luxemburg, Ernesto Ché Guevara und Antonio Gramsci [...]; von Rosa Luxemburg, der Vielschichtigsten von den Dreien, kennen die meisten aber nur noch den Namen und ihr Schicksal, nicht aber ihr Denken und nicht ihr Werk.« (9f) Dem für »die europäische Linke« entgegenzuwirken schreibt Schütrumpf einen 35seitigen Essay (»Zwischen Liebe und Zorn: Rosa Luxemburg«) und dokumentiert drei Texte von Luxemburg – einen Zeitungsartikel: »Im Asyl«; den berühmten Brief aus dem Gefängnis an Sophie Liebknecht über das Leiden eines Büffels; und ihren Aufsatz zur Russischen Revolution) sowie kleinere auf sie bezogene Zitate von Walter Jens, Paul Celan, Paul Levi und Lenin. Bemerkenswert ist eine Seite von Rosi Wolfstein zu Luxemburg als Lehrerin, wo sie deren Kunst ins Gedächtnis ruft, mit Fragen zu arbeiten und mit intensiven historischen Darstellungen das nötige Wissen zu vermitteln.

Schütrumpf gibt Daten zu Luxemburgs Leben und ihrer Rolle in der Sozialdemokratie, gerät aber beim Versuch, ihr Werk vorzustellen, sogleich in Schwierigkeiten, da er eigentlich keine Theorie bei ihr entdecken kann. Ihr »politischer Journalismus galt der Aktion [...]. Sie wollte wirken, verändern, aufrütteln« (16), aber »es gibt kein theoretisches

Lehrgebäude der Rosa Luxemburg« (43). Er versucht nicht, aus den unterschiedlichen Artikeln und ihrem theoretischen Hauptwerk, theoretisch Haltbares herauszuarbeiten. Das zu Tradierende reduziert sich für ihn wesentlich auf ihre Haltung: »Ehrlichkeit, Unverstelltheit, Lauterkeit«(10). Dies herauszustellen ist für die erschütterte Linke, deren Archiv reich ist an »Wendehälsen« und »Abtrünnigen«, in der Tat von Bedeutung.

Zum Widerspruch reizt die Durchführung. Manchmal spricht Schütrumpf eigentümlich mit fremden Zungen, d.h. er entwendet Sätze von anderen, ohne sie zu zitieren. So, wenn er plötzlich wie Christel Neusüß ohne weitere Begründung behauptet: »Luxemburg war von einer heiligen Ehrfurcht vor jeder Form von Leben beseelt. Der Botanikerin und Tierfreundin war alles Mechanische fremd; ihr Denken war organisch« (38). – »Ihr Blick auf die Gesellschaft ist der einer Frau«, heißt es bei Neusüß (*Die Kopfgeburten der Arbeiterbewegung*, Hamburg 1985, 282), die Luxemburg auf die Seite des Natürlichen rückt und konstatiert: »Der soziale Entwicklungsprozess ist keine Maschine, nicht vom Kopf her nach genauem Plan konstruiert und demnach wie eine Maschine kontrollierbar, ein- und ausstellbar, regulierbar und auch gar nicht machbar« (331), was Neusüß zur Erfindung führt, die Entwicklung der Produktivkräfte sei Luxemburg »ein Horror« gewesen (282). – Zuweilen intoniert Schütrumpf wie Hannah Arendt, »beides war ihr ein Graus« (36) – das steht bei Arendt im Zusammenhang mit der Frauenbewegung, hier mit Sozialdemokratie und Bolschewiki. Von Arendt oder Nettl (hier wieder ohne Erwähnung) nimmt er die Betonung »der peer-group: als eine Gruppe von Ebenbürtigen, [...] in der enge persönliche Beziehungen gepflegt wurden« (15) als Besonderheit ihrer politischen Sozialisation. Er zählt auf, wie viele unter den Führenden der Arbeiterbewegung Juden waren, ohne dass ersichtlich wird, wieso das von Bedeutung ist (22). Vielleicht sind das nur Fragen des Geschmacks. In dieser Hinsicht ist Vieles ärgerlich, was sich zwischen der einfachen Indienstnahme von Vorurteilen bis hin zu unbegründeten Verkündungen bewegt. So erfährt man: »ihr Geist und ihr Temperament« waren »gespeist von einer unstillbaren Gier nach Leben [...] Die Natur hatte Rosa Luxemburg nicht gerade verwöhnt: Ein Meter und fünfzig Körpergröße, ein überproportional großer Kopf, eine lange Nase und ein Hüftschaden« (17) – die altbekannten Beschreibungen verraten mehr über den Autor mit herrschendem Geschmack, nach dem eine Frau wie ein Mannequin auszusehen hat, als über die Beschriebene. Wie zutreffend wäre es gewesen, über die außergewöhnliche Schönheit nachzudenken, die aus ihren Augen sprach, und wie die Hingabe an eine dritte Sache ihre Züge fast utopisch menschlich machen. Der Autor befindet anschließend an diesen Schönheitswettbewerb: »Allerdings: Mehr als sie beehrte, wurde sie begehrt« (18). Woher weiß er das? Oder ist es wieder nicht mehr als ein abgegriffenes Klischee über weibliches Nicht-Begehren? – Schütrumpf ist ein scharfer Gegner der Spaltung von Marxisten und Anarchisten und schiebt sie Marx in die Schuhe. Um dem das Gewicht zu nehmen, bezeichnet er Marx und Bakunin als die »alternden Männer« (28). Marx war zu dem Zeitpunkt 56 Jahre alt, nur wenig älter als Schütrumpf heute. Wie kommt hier plötzlich der Maßstab der Wirtschaft hinein, nach dem keiner über 50 für einstellungsfähig zu halten ist?

Aber kommen wir zurück zum Hauptanliegen, »Interesse zu erregen« (10) an Luxemburgs Werk. Am meisten liegt Schütrumpf daran, weiter mit dem Stalinismus und der Erstarrung marxischen Denkens zum Marxismus-Leninismus abzurechnen. Er nennt Luxemburgs Kritik an Bürokratie, an zentralistischer Partei, an dogmatischer Verhärtung des Marxismus, um sie als Legitimation für die notwendige Kritik zu nutzen oder umgekehrt, den Antistalinisten und Marxismuserneuerern als wichtige Quelle zu empfehlen. Inhaltlich hebt auch er wie üblich die »Freiheit der Andersdenkenden« als wesentliche

Losung hervor (9, 19, U4), verurteilt aber praktisch ihren Gehalt, indem er im gleichen Zug eine Absage an marxisches Revolutionsdenken und eine Leerstelle bei Luxemburg notiert. »Gerade am Punkt Revolution hatte sich Rosa Luxemburg am wenigsten vom traditionellen Marxismus emanzipiert [...]. Den Ausweg aus dem Kapitalismus sah Rosa Luxemburg letztlich nicht in einem Weiterverfolgen ihres eigenen Emanzipationsansatzes, sondern in einer »traditionellen« Revolution; ein Irrtum [...]. Statt Revolutionen wirklich als »Lokomotiven der Weltgeschichte« zu nehmen, mit denen die bis zum Platzen aufgeladenen Widersprüche entspannt werden und Wege zu demokratischen Entwicklungen freigesprengt werden können, blieb sie in dem Gedanken befangen, dass die »sozialistische« Revolution zu einer völlig anderen Qualität führen würde als die »bürgerliche« Revolution.« (38) Die Lösung für seinen Zweifel hätte Schütrumpf in Luxemburgs Auffassung von Demokratie gefunden. Während die bürgerliche Demokratie keine Schulung der Massen brauche, weil sie in ihrem System eine Elite über die Massen stelle, denen sie zwar das Wahlrecht, aber keine wirkliche Beteiligung an der Gestaltung der Gesellschaft zumesse, müsse die Demokratie in einer sozialistischen Gesellschaft in ein Instrument zur Beteiligung der Massen, ihrer Schulung und Erziehung verwandelt werden, ein Arrangement der Anfeuerung des Experiments, des Wettstreits, eben der Veränderung der Vielen, die die Entwicklung der Gesellschaft als eigene Aufgabe vorantreiben. Dies, welches ja das Ziel war, um dessentwillen gekämpft wurde, muss nach Luxemburg sogleich und von Anfang an die Verwandlung der bürgerlichen Gesellschaft in eine sozialistische bestimmen. Denn »die praktische Verwirklichung des Sozialismus als eines wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Systems [ist] eine Sache, die völlig im Nebel der Zukunft liegt« – hier muss man »tasten, versuchen, experimentieren, hin- und herprobieren« (GW 4, 359, Fn. 4).

Schütrumpf nennt noch einige, für ihn aufhebenswerte Positionen von Luxemburg: »Klasse als Bewegung und nicht als Status zu fassen« (45), die »gemeinsame Tat als Voraussetzung für Emanzipation« (ebd.), die Bedeutung von Öffentlichkeit und dass sie den Widerspruch suchte, in der Kürze aber ohne ihren Gehalt zu begründen oder zu aktualisieren. Um Luxemburg für die kommende Linke zu empfehlen, müsste wohl auch Übersetzungsarbeit geleistet werden. Fast 100 Jahre kapitalistischer Entwicklung, Entwicklung der Produktivkräfte, unzählige Kriege und eine veränderte Arbeiterklasse verbieten es, Luxemburgs Äußerungen eins zu eins in die heutige Zeit hinüberzuholen. Schütrumpf tut das genau dort, wo er auf allgemeines Einverständnis bei der Verurteilung rechnen kann, um selbst auf Distanz zu gehen. Er wiederholt das Vorurteil über die »Illusion« Luxemburgs über die »proletarischen Massen« (33), und fährt fort, dass sie »nicht ganz frei vom Glauben an die Auserwähltheit des Arbeiters« gewesen sei, einen »sozialgenetischen Affekt zu einer antikapitalistischen Haltung« erwartet habe, die Klasse also »gleichsam wach zu küssen sei« (34). – Nicht nur dieser Schreibstil ist ärgerlich. Begraben ist im abwehrenden Verzicht auf Übersetzung die Frage, wie nach den genannten Umbrüchen politische Subjekte zu fassen sind zu einer Zeit, da das Weltproletariat zahlenmäßig größer und der Kapitalismus wilder ist denn je, aber auch die Einsicht in seine katastrophalen Effekte weithin verbreitet ist.

Keller und Kraft wollen dazu ermutigen, Luxemburg selbst zu lesen. Dafür erstellen sie eine Art Quellenhandbuch mit thematisch geordneten Textstücken, die für »politisch Handelnde hier und heute relevant und schon aufgrund der Überschriften erkennbar sein« (17) sollen. Das bedeutet, dass in den Texten Streichungen vorgenommen und Überschriften geändert wurden. Man kann das Buch also nicht als wissenschaftliche Quelle benutzen (dazu bedarf es der Luxemburg-Werkausgabe, nach der die einzelnen Stücke nachgewiesen sind), sondern eher als politisches Argumentationsmaterial. Leitlinie für die Herausgeber war Luxemburgs



Stellung in der Arbeiterbewegung. So gibt es in der Einleitung eine nützliche Übersicht über die Luxemburgrezeption. Die unter dem Namen »Luxemburgismus« bekannte Tabuisierung oder gar Verhöhnung Luxemburgs in den staatssozialistischen Ländern wird zornig vorgeführt. Auch der Prozess des allmählichen Wiederauftauchens ihrer Gedanken in der Studentenbewegung, in linken Zeitschriften, der Veränderung in den Biographien, in theoretischen Abhandlungen bis hin zum Denkmal und seiner Unterstützung durch SPD und PDS in Berlin 2005 wird knapp vorgestellt. So schreiten die Hg. durch eine Art Geschichtsmüll und streiten für ein Festhalten an Luxemburgs politischen Vorschlägen wie an ihr als Person, die sich leidenschaftlich und nicht bloß vernünftig einsetzte.

Die Stichworte unter denen die Dokumente gebündelt sind, lassen nicht unbedingt auf den Inhalt schließen. So findet man unter Solidarität Luxemburgs Aussagen zur ›Geschichte von unten‹, unter Frauenemanzipation drei kleine Texte, die Luxemburgs Auffassung, Frauenkampf müsse Klassenkampf sein, belegen; unter Kultur nicht die Impulse zu Arbeits- und Lebensweise, sondern traditionell ihre Ausführungen zur Literatur usw. Viele Texte, die ein Bekanntwerden verdienen, sind aufgenommen. Leider fehlt der wichtige Essay zu Marx ebenso wie die programmatischen und bis heute aktuellen Gründungstexte (Spartakus und KPD). Gleichwohl ist dies ein nützliches Buch, das es verdient, in Bildungsstätten, Schulen und Gewerkschaften als Arbeits- und Diskussionsmaterial verbreitet zu werden. Vielleicht hilft es, dass auch aus den Briefen einiges aufgenommen ist – Liebesbriefe wie auch ganz wenige Briefe aus dem Gefängnis, die theoretisch ebenso wie literarisch haltbar sind.

Im Gegensatz zu den beiden vorhergehenden Büchern möchte Scharrer nachweisen, dass Luxemburg und Liebknecht die sozialistische Arbeiterbewegung in eine »anti-demokratische Sackgasse« (185) führten und dass – hier denkt er wie Helmut Kohl – nur Luxemburgs »Freiheitsdefiniton Bestand hatte« (ebd.). Dafür schreibt er die Geschichte neu bzw. montiert seine Meinung in historische Daten und bereitet seine Legende als Cocktail schlecht-kabarettistischer Geschmacklosigkeiten. So heißen Kapitel etwa: »Aufkläringsuppe«, »Kein Rosenwasser«, »Kampf bis aufs Messer«, »Revolutionäre Gymnastik« oder »Heilig die letzte Schlacht« und führen die Leser schon vorab in die muntere Stimmung, dass sie jetzt etwas geboten bekommen. Die Form ist eine Art Nacherzählung eines kleinen Geschichtsabschnitts, unterlegt mit Fakten und Daten, gespickt mit Zitatstücken, die dem Gebräu, das immer tendenziös ist, den Anstrich von Wahrheit geben sollen. So etwa, wenn er Elzbieta Etinger sagen lässt, Leo Jogiches, der jahrelange politische und Lebensgefährte Rosa Luxemburgs, habe »nur ungerne seine Liaison mit einer verkrüppelten Frau« öffentlich eingestehen wollen« (9). Solche Botschaften sind Baubrocken für das Persönlichkeitsprofil einer »ehrgeizig und selbstbewusst« (11) Auftretenden, die sich »nicht wohlfühlte« in Deutschland (ebd.). Luxemburgs Bernsteinkritik wird nach Art heutiger Medienkampagnen von vornherein in ein schiefes Licht gerückt. Da ist Bernstein, »denkender Zeitgenosse« und »guter Bekannter von Marx« (11f), der »arglos« und »methodisch« die marxische Theorie prüft und »in dieser Wirklichkeit nicht bestätigt« findet. Er schlägt der Sozialdemokratie eine Politikänderung in Richtung einer »Aufwertung der Demokratie« vor. In dieser knappen Aufstellung ist praktisch schon das gesamte Buch erkennbar: Luxemburg wird gezeichnet als besessene Kämpferin gegen den richtigen Weg der Sozialdemokratie. Scharrers behauptender, meist nur mit Satzketten belegender Stil erlaubt ihm die Diagnose: »Demokratie war für Rosa Luxemburg nur nützlich bis zum Tag der Revolution, dann kam die Phase der Diktatur. Demokratie war für sie allenfalls ein Mittel zur Eroberung der Macht. Für Bernstein hingegen ist sie ›Mittel und Zweck‹ zugleich. [...] Sie hält fest am Begriff der ›Diktatur des Proletariats‹, der für Bernstein längst zur ›Phrase‹ geworden ist. Sie ist fasziniert von der Revolution und nicht

von der Demokratie, sie ist fasziniert von der Gewalt und nicht vom Parlieren. Sie beschwört den Glauben vom Zusammenbruch des Kapitalismus.« (15) Scharer ist offenbar nicht in der Lage, Widersprüche zu denken. Gerade die Frage von Diktatur versus Demokratie wurde von Luxemburg in ihrer Kritik an der russischen Revolution sorgfältig analysiert und in ihrer falschen Polarisierung offen gelegt. Die proletarische Diktatur, so führt sie aus, kann nicht bürgerliche Diktatur bloß mit Proletariern an der Spitze sein. Sie muss vielmehr als Diktatur demokratisch sein. »Der Grundfehler der Lenin-Trotzkischen Theorie ist eben der, dass sie die Diktatur, genau wie Kautsky, der Demokratie entgegenstellen. ›Diktatur oder Demokratie‹ heißt die Fragestellung sowohl bei den Bolschewiki wie bei Kautsky. Dieser entscheidet sich natürlich für die Demokratie, und zwar für die bürgerliche Demokratie, da er sie eben als die Alternative der sozialistischen Umwälzung hinstellt. Lenin-Trotzki entscheiden sich umgekehrt für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratie und damit für die Diktatur einer Handvoll Personen, d.h. für bürgerliche Diktatur. Es sind zwei Gegenpole, beide gleich weit entfernt von der wirklichen sozialistischen Politik.« (GW 4, 362) Dagegen erklärt sie es zur »historischen Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen« (363). Direkt dazu resümiert Scharer: »Die Verwirrung ist perfekt«. (82) Er weiß, was richtig ist und kann so urteilen: »Luxemburgs Kritik verfehlte ihren Gegenstand weit. Die Alternative zu einer undemokratischen Organisationsstruktur wäre der Vorschlag einer demokratischen gewesen, und nicht die Berufung auf ein imaginäres Massen-Ich der Arbeiterklasse.« (88)

Scharers Buch stellt keine großen Ansprüche an wissenschaftliche Genauigkeit. Dafür kann es durch hemdsärmelig-kumpelige Sprache bestechen. Fast kein Satz, der nicht die Grenzen des Takts zum Stammtisch hin überschreitet. Da gibt es für Luxemburgs angebliche Faszination für die Revolution – jeder kann ohne Mühe das Entsetzen vor dem Blutbad, die Verzweiflung angesichts der vielen Toten nachlesen (so u.a. in den Texten während des Spartakusaufstands, GW 4) – einen »mildernden Umstand [...] für die gläubige Marxistin« (15); ihre Methode war die der »persönlichen Diffamierung« (16) – »der Revisionismusstreit war ein echter Dauerbrenner« (22) – als Frau »eine exotische Attraktion«, eröffnete sich für Luxemburg »eine steile Karriere« (23) usw. Zur »Funktion einer revolutionären Partei« erkläre sie, diese habe »dafür zu sorgen, dass dem Proletariat bekannt gemacht wird, was die Geschichte ihm aufgetragen hat« (89). Dass die konkrete Gestalt des aufzubauenden Sozialismus »im Nebel« liege, schwätzt Scharer, habe sie »in einer Sternstunde intellektueller Redlichkeit zugegeben« (119), ihre Überlegungen dazu seien »geradezu rührend« (ebd.).

Der »haltbare« Satz über die »Freiheit der Andersdenkenden« ist für Scharer das »Bekenntnis zu einer parlamentarischen Mehrparteien-Demokratie« (81). So ist Luxemburg in die Grundfesten auch der Bundesrepublik Deutschland eingemauert, und Scharer kann alle sozialistischen Ausführungen im gleichen Kontext, also das Plädoyer für den Aufbau des Sozialismus von unten, nur als »schillernd« lesen (81), als »widersprüchlichste Gedanken, offensichtlich Unsinniges«, daneben »unvermittelt Hellsichtiges« (109); manches mite gewalttätig, manches pazifistisch an. Im Zeitgeist kündigt Scharer schließlich, dass im »Begriff der Diktatur des Proletariats«, ein »Ausrottungskonzept« angelegt sei (111). – Scharer führt Luxemburg und Liebknecht als fanatische Sektierer, als historischen Irrtum, als Mythos vor, den zu überwinden im Grunde nur die heutige Sozialdemokratie berufen sei, unter Mitnahme jenes luxemburgischen Glutkerns der Freiheit der Andersdenkenden, in seiner Lesart eben der pluralistischen Demokratie, der wiederum für ihn die Probleme erklärt, die der Staatssozialismus mit Luxemburg hatte und der als »Luxemburgismus« (179) dort so bekämpft wurde, wie Luxemburg als Sozialistin im Westen. Frigga Haug (Esslingen/N)

**Frosini, Fabio, u. Guido Liguori (Hg.),** *Le parole di Gramsci. Per un lessico dei Quaderni del Carcere*, Carocci, Roma 2004 (br., 271 S., 20,80 €)

Ein Wörterbuch zu Gramscis *Gefängnisheften*? Zu einem Werk, dessen Begrifflichkeit sich gerade dadurch auszeichnet, dass sie sich einer definitorischen Festschreibung entziehen will, um offen zu sein für neue Erfahrungen in der gesellschaftlichen Praxis? Andererseits ist über Gramscis Werk schon soviel Widersprüchliches angedeutet worden, dass der Versuch einer wissenschaftlichen Bilanz überfällig ist. Vorausgesetzt, sie nimmt die Spezifik der *Gefängnishefte* ernst, eines Werkes, das seiner Konzeption nach auch unter besseren Umständen nie ein abgeschlossenes geworden wäre und das seine Begriffe im Verlauf der Ausarbeitung präzisiert, konkretisiert und erweitert. Die Hg. sind diese Aufgabe kollektiv angegangen, indem sie von Oktober 2000 bis Juli 2003 ein Bündel gramscianischer Begriffe mit Fachleuten und Studenten im Fachbereich Philosophie der Universität Rom III einer systematischen Diskussion unterzogen haben, deren Früchte nun in Gestalt von dreizehn Artikeln vorliegen. Neben den Namen der Autoren sind im Vorwort die der jeweils bestellten zwei Diskutanten aufgeführt, was die Kollektivität bezeugt. Zwei Veteranen der Gramsci-Forschung, Valentino Gerratana und Giuseppe Petronio, haben die Diskussion mit Anregungen begleitet – beiden inzwischen Verstorbenen ist das Buch gewidmet.

Folgende Begriffe werden behandelt: »Amerikanismus und Fordismus« (Giorgio Baratta), »Brescianismus« (Marina Paladini Musitelli), »Dialektik« (Giuseppe Prestipino), »Hegemonie« (Giuseppe Cospito), »Philosophie der Praxis« (Fabio Frosini), »Jakobinismus« (Rita Medici), »Ideologie« (Guido Liguori), »national-popular« (Lea Durante), »Reformation und Renaissance« (Fabio Frosini), »Passive Revolution« (Pasquale Voza), »Staat-Zivilgesellschaft« (Guido Liguori), »Struktur-Superstruktur« (Giuseppe Cospito), »Übersetzung und Übersetzbarkeit« (Derek Boothman). Wer andere Stichwörter vermisst, wird viele davon unter den genannten – manchmal mit eigenen Abschnitten – mitbehandelt finden (etwa »sexuelle Frage«, »Taylorismus«, »Klassenkampf«, »Neue Ordnung« unter »Amerikanismus und Fordismus«; »Kosmopolitismus«, »Kollektivwille«, »Alltagsverständnis«, »Intellektuelle« und »Risorgimento« unter »Ideologie« usw.). Ein Stichwortregister, das den raschen Zugriff ermöglichen würde, fehlt leider.

Ohne einer strikten Ordnung zu folgen, sind die Beiträge ganz im Sinne des Philologen, der Gramsci war, angelegt; einige könnten als Modell für historisch-kritische Begriffswörterbücher dienen. Liguori skizziert seine Methode in »Ideologie« so (131): Erstens werden die entsprechenden Auffassungen bei Marx und im Marxismus vor Gramsci vorgestellt, im Sinne einer »Propädeutik«, mit der die Kontinuitäten und Brüche bei Gramsci in Bezug auf die marxistische Tradition sichtbar werden. Zweitens soll die Polysemie des Begriffs bei Gramsci selbst und »über Gramsci hinaus« analysiert werden, indem seine Bedeutungsentwicklung in der Chronologie der *Gefängnishefte* und sein Zusammenhang mit verwandten Begriffen anhand der Kontexte untersucht werden. Jedem Kapitel ist eine Bibliographie angehängt, die sich allerdings weitgehend auf die italienischen und wenige englischsprachige Veröffentlichungen beschränkt.

Das Vorgehen lässt sich am Beispiel desselben Stichworts veranschaulichen. Ohne sich in die als »interpretative Käfige« (*gabbie interpretative*) apostrophierten Deutungen der Ideologie-Auffassung von Gramsci einschließen zu wollen, konstatiert Liguori bei Gramsci zwei grundsätzliche Bedeutungen: Ideologie als »falsches Bewusstsein« einerseits, als System politischer Ideen andererseits. Die erstere hat Gramsci kaum der *Deutschen Ideologie* entnehmen können, die er wohl nicht kannte, wohl aber dem berühmten Brief von

Engels an Mehring von 1893, wo es heißt, dass die Ideologie »ein Prozess« sei, »der zwar mit Bewusstsein [...] vollzogen wird, aber mit einem falschen Bewusstsein« (MEW 39, 97). Die »positive« Ideologie-Auffassung – die sich im Gegensatz zu Liguoris Behauptung bei Marx nicht nachweisen lässt (vgl. *Theorien über Ideologie*, Argument-Sonderband 40, Kap. 1) – überwiege bei Gramsci eindeutig, nicht zufällig auch in Übereinstimmung mit Lenin und dem russischen Marxismus. In der Chronologie der *Gefängnishefte* kommt diese nach einigen Beispielen der »negativen« bereits in Heft 1, §43, dem ersten der Paragraphen zum Vorschein, in denen Gramsci seine Auffassung von Zivilgesellschaft und Hegemonie zu entwickeln beginnt. Hier wird mit Ideologie die einer gesellschaftlichen Gruppe eigene Weltauffassung bezeichnet. In Heft 4, §24, erscheint der Marxismus als eine Ideologie unter anderen, mit der bei der Überarbeitung des Paragraphen (Heft 16, §9) stärker gezeichneten Präzisierung, dass er im Unterschied zu allen anderen Ideologien »sich selbst historisch erklärt und rechtfertigt«. Vergisst er diese seine Spezifik (wie in Bucharins *Gemeinverständlichem Lehrbuch*), dann werde er zu »einer Ideologie im schlechten Sinne, das heißt zu einer absoluten und unumstößlichen Wahrheit« (Heft 4, §40). Im Weiteren wird am Beispiel der »ideologischen Struktur einer herrschenden Klasse« verdeutlicht, dass der Kampf um Hegemonie ein Kampf der Ideologien ist; diese bilden das Terrain der Bewusstwerdung der Subjekte, die sich ihre ideologischen Apparate schaffen müssen, um »die Massen zu organisieren«. Zugleich wird das ökonomistische Verständnis von Ideologie im Verhältnis von Struktur und Superstruktur, wonach alle Schwankungen in Politik und Ideologie ein unmittelbarer Ausdruck der Struktur seien, als »primitiver Infantilismus« (Heft 7, §24) gebrandmarkt.

Die Erweiterung der Bedeutung in Richtung »Welt- und Lebensauffassung« wird deutlich, wenn das Netz der verwandten Begriffe berücksichtigt wird. Mehr oder weniger stark sind die partiellen Überschneidungen mit Begriffen wie Philosophie (als wissenschaftliche Ideologie), Religion, Glaube, Alltagsverstand und Folklore (als populäre Formen von Ideologie) – die Unterschiede sieht Gramsci selbst oft als »nur graduelle« an. Es liegt auf der Hand, dass enge Beziehungen auch mit Hegemonie, Kultur, Zivilgesellschaft und anderen zentralen Begriffen bestehen. Es ist dieses begriffliche Netz, in welchem der Ideologiebegriff entfaltet und aus dem seine Komplexität erkennbar wird.

Zu widersprechen ist, wenn Liguori Gramsci in dem Raster von »positivem« und »negativem« Ideologiebegriff interpretiert, ohne zu sehen, dass die Auffassung von Ideologie als einer »materiellen Struktur« (143) quer zu dieser Zweiteilung steht. Indem er jede Auffassung des Ideologischen, das diesem geschichtliche Wirksamkeit nicht abspricht, schlichtweg als »positiv« verbucht, verschwindet die für den Gramsci der *Gefängnishefte* entscheidende Frage nach den konkreten historischen Formen – den hegemonialen Verhältnissen –, in denen diese Wirksamkeit jeweils verfügt ist. Nicht ob ein »positiver« Begriff bei Gramsci überwiegt, ist das Interessante, sondern dass nur eine kritisch-materialistische Auffassung des Ideologischen – die Aufmerksamkeit für die »ideologischen Formen« – die Perspektive auf Selbstvergesellschaftung freigibt. Klaus Bochmann (Halle/Saale)

**Liguori, Guido**, *Sentieri gramsciani*, Carocci, Roma 2006 (190 S., br., 16,60 €)

Der vorliegende Band, der im ersten Teil das Projekt eines Wörterbuchs der *Gefängnishefte* fortsetzt, beschäftigt sich mit dem von Buci-Glucksmann eingeführten Konzept des »erweiterten Staates«, mit der Zivilgesellschaft, dem Alltags- und gesunden Menschenverstand, dem Ideologiebegriff (vgl. die vorstehende Rez.) und schließlich der Moral und dem Konformismus.

In »zwei Richtungen« (13) werde die »neue Morphologie des Staates« (21), d.h. die Erweiterung des Staatsbegriffs – Gramsci spricht meist vom »integralen« Staat und nur einmal vom Staat »im organischen und weiteren Sinne« (*Gef.*, H. 6, §87, 782) – ausgearbeitet: Zum einen in Richtung des Ökonomischen, denn »Eroberung der Macht und Durchsetzung einer neuen produktiven Welt sind nicht voneinander zu trennen« (H. 1, §150, 188); zum anderen geht es ums Verhältnis zwischen »politischer« und »Zivilgesellschaft«, die in Deutschland lange Zeit mit der »bürgerlichen« ineins gesetzt wurde. Hält der eine Gedanke dazu an, den Zusammenhang von Politik, Lebensweise und Produktivkraftentwicklung nicht zu vernachlässigen, so der andere, das »Ensemble der gemeinhin »privat« genannten Organismen« (H. 12, §1, 1502), als welches die Zivilgesellschaft gefasst wird, nicht »kulturalistisch« oder »liberal« vom »eigentlichen« Politischen, von der »Macht«, den Kräfteverhältnissen usw. zu trennen und als die Sphäre des »Dialogs« und des »kommunikativen Handelns« zu verselbständigen (19). »Hinter jedem »Dialog« und jedem »kommunikativen Handeln« steckt immer [...] ein Kampf um die Hegemonie.« (25) »Öffentliches« und »Privates«, »Politisches« und »Ökonomisches« lassen sich unterm Gesichtspunkt der Konsensproduktion allenfalls methodisch, nicht aber organisch unterscheiden. Nur vor dem Hintergrund des erweiterten Staatsbegriffs gewinnt die Redeweise, dass die subalternen Klassen »»Staat« werden« müssen (H. 25, §5, 2195), wenn sie führend werden wollen, ihre präzise Bedeutung. Dasselbe gilt für die Rede vom »totalitären« Charakter der »zeitgenössischen Diktaturen« (§4, 2194): Sie lässt sich jetzt begreifen als Rücknahme jenes Willens, der darauf zielte, »in der Umhüllung der politischen Gesellschaft eine komplexe und reich gegliederte Zivilgesellschaft zu errichten, in der das einzelne Individuum sich von selbst regiert«, ohne deshalb »mit der politischen Gesellschaft in Konflikt« zu geraten (H. 8, §130, 1016). Gerade weil Gramsci sich sowohl gegen Croces liberale Verkürzung des Staates aufs politisch-ethische Moment wie gegen Gentiles Identifizierung von Hegemonie und Zwang wandte, beobachtete er »äußerst aufmerksam« (27) die in der Sowjetunion sich entwickelnde Periode der »Statolatrie«, die er für transitorisch notwendig – mit Betonung auf transitorisch – erachtete: Sie sollte dafür sorgen, dass »neue Formen staatlichen Lebens« sich entwickeln – die Sowjets –, »in denen die Initiative der Individuen und der Gruppen »staatlich« ist, auch wenn sie nicht von der »Regierung der Funktionäre« abhängt« (1017) – eine ketzerisch-befreiende Vorstellung angesichts der heute herrschenden Lehre, in der das Individuum »dem Staat« wie der liebe Gott dem Teufel entgegengesetzt ist.

Wenn im Deutschen die Rezeption Gramscis lange Zeit durch die Ineinssetzung von ziviler und bürgerlicher Gesellschaft in einem zentralen Punkt blockiert war – erst die vollständige Übersetzung der *Gefängnishefte* (abgeschlossen 2002) schuf hier Abhilfe –, so sorgte umgekehrt Norberto Bobbios einflussreicher Beitrag von 1967 zwar dafür, dass die »Zivilgesellschaft« in den Blickpunkt des Interesses rückte, allerdings um den vom Liberalen Bobbio gerne entrichteten Preis eines Gramsci, der mehr an Croce als an Marx orientiert schien. Verf. betont dagegen zu Recht, dass sich bei Gramsci keinerlei undialektische Entgegensetzung von Struktur und Superstruktur findet, und verweist etwa auf die Aussage, »dass der Inhalt der politischen Hegemonie [...] überwiegend ökonomischer Art sein muss« (H. 8, §185, 1047; 31). Wenn Gramsci Marxens »instrumentelle« Staatsauffassung überwindet, so stimme er mit ihm doch in dem »wesentlichen Punkt« überein, dass die Zivilgesellschaft »kein idyllischer Ort ist, an dem Konsens und [...] Demokratie« von jeher zu Hause sind (35). Wo der Begriff des »erweiterten Staates« vernachlässigt wird – nicht zuletzt unterm Eindruck von dessen Bedeutungsverlust in der Ära des globalen Kapitalismus –, kehrt Bobbios Verselbständigung der Sphäre des Zivilen tendenziell wieder:

Wenn etwa Robert Cox die Perspektive einer »neuen partizipativen Demokratie« mit dem Heraufkommen einer ›globalen‹ Zivilgesellschaft verbinde, getragen vor allem von den NGOs, so sieht Verf. hier eine »antiinstitutionelle, ›sorelianische‹ Auffassung der Politik« am Werk, die auf eine »Desartikulation von Gramscis Theorieaufbau« hinauslaufe (38).

Der umfangreichste Beitrag gilt dem Alltagsverstand (»senso comune«). Wieder zeigt sich, dass, egal an welcher Stelle man ins Labyrinth der *Gefängnishefte* einsteigt, man auf den Zusammenhang der Hegemoniebildung stößt, die der Philosophie der Praxis etwa verbietet, »die ›Einfachen‹ in ihrer primitiven Philosophie des Alltagsverstands zu belassen« (H. 11, §12, 1383). Weil es um »eine Linie politischen Handelns« geht, »welche die Kräfteverhältnisse verschiebt und den Kampf um die Hegemonie wieder aufnimmt«, muss »die Kritik des Bestehenden« an erste Stelle treten (75). Daher beharre Gramsci »vor allem auf der negativen Seite« des Alltagsverstandes (ebd.), in dessen »wirrem Durcheinander« sich »alles finden« lässt, »was man will« (H. 8, §173, 1040). Ein »positiver« Bezug (73) finde sich vor allem in den ersten Heften, etwa wenn es heißt, dass »jede soziale Schicht [...] ihren ›Alltagsverstand‹ habe (H. 1, §65, 136f), oder wo davon die Rede ist, dass »die moderne Theorie«, wenn sie »führend« sein will, nicht im Gegensatz zur Erfahrung des Alltagsverstands stehen kann: »zwischen ihnen gibt es einen ›quantitativen‹, gradmäßigen, keinen qualitativen Unterschied: eine sozusagen wechselseitige ›Zurückführung‹ muss möglich sein« (H. 3, §48, 372). Wie schon in Bezug aufs Stichwort ›Ideologie‹ kann auch in diesem Zusammenhang das Entweder-Oder von positiv und negativ kein sinnvolles Kriterium bieten, um Ordnung in die verschiedenen Gebrauchswesen zu bringen. In der Perspektive der Hegemoniebildung hat etwa die Erkenntnis, dass zwischen wissenschaftlicher und alltagsverständiger Auffassung nur ein »gradueller« Unterschied existiert, v.a. den Charakter einer Aufforderung, »die eigene Weltauffassung bewusst und kritisch auszuarbeiten und folglich, im Zusammenhang mit dieser Anstrengung des eigenen Gehirns, die eigene Tätigkeitssphäre zu wählen, an der Hervorbringung der Weltgeschichte aktiv teilzunehmen, Führer seiner selbst zu sein und sich nicht einfach passiv und hinterrücks der eigenen Persönlichkeit von außen den Stempel aufdrücken zu lassen« (H. 11, §12, 1375).

Abschließend noch ein Wort zu Marx' Ideologiebegriff, den Verf., am historischen Abstand zwischen *Kommunistischem Manifest* und *Gefängnisheften* Maß nehmend, auf »falsches Bewusstsein« einerseits, »von der Struktur abgeleitete und abhängige Superstruktur« andererseits reduziert (99). Man muss den Satz aus dem *Manifest*, wonach die »herrschenden Ideen einer Zeit [...] stets nur die Ideen der herrschenden Klasse« waren (MEW 4, 480), keineswegs als Ausdruck ökonomistischen Denkens auffassen, vorausgesetzt, man klärt die Bedeutung der vom Staat als dem »illusorischen ›Allgemein‹-Interesse« (MEW 3, 34) bestimmten Austragungsformen der Kämpfe. Daher geht auch die Konzeption von Ideologiekritik bei Marx und Engels über die Kritik an falschem Bewusstsein hinaus: Sie richtet sich »auf alle durch die Struktur der Überordnung des Staates über die Gesellschaft bestimmten Praxisformen« (*Theorien über Ideologie*, Argument-Sonderband 40, 11). Wenn also die »Ideen der herrschenden Klasse« zu den »herrschenden Ideen der Zeit« werden können, so nicht deshalb, weil die Ökonomie im Selbstlauf dafür sorgen würde, sondern weil sie, vermittelt durchs imaginäre Gemeinwesen des Staates, tatsächlich ›von oben‹ auf die Gesellschaft herabwirken. Nicht der Anti-Ökonomismus unterscheidet Gramsci von Marx, sondern die im Konzept des integralen Staates zum Ausdruck kommende reichere und genauere Auffassung der Funktionsweise staatlich verfasster Klassengesellschaften.

Peter Jehle (Berlin)

**Ives, Peter**, *Gramsci's Politics of Language. Engaging the Bakhtin Circle and the Frankfurt School*, University of Toronto Press, Toronto 2006 (288 S., br., 27,95 US\$)

Ives Buch ist einfach gegliedert: nacheinander setzt er Gramsci in Beziehung zum sprachwissenschaftlichen Kontext, in dem er stand, und zu den Sprachauffassungen des Bachtinkreises, Benjamins und der Frankfurter Schule. Der Vergleich mit diesen ermöglicht es, aus Gramscis »fragmentarischen und unfertigen Texten« seine Sprachtheorie »herauszukitzeln« (173). Weil Gramsci Sprache eng an die Kulturanalysen und seine soziologischen und politischen Konzepte bindet, ist die Textbasis nicht auf Bemerkungen beschränkt, in denen explizit von Sprache oder Grammatik die Rede ist.

Eine Vorform seines Hegemoniebegriffs war Gramsci aus linguistischen Texten bekannt. Vor allem lässt sich eine Kontinuität von den Fragestellungen, an denen Gramscis Linguistikprofessor Bartoli arbeitete, zu Gramscis politischem Hegemoniekonzept nachzeichnen. Ausgehend von dem Prinzip, dass, wo in der Sprachentwicklung gleichbedeutende Wörter nebeneinandertreten, sie konfliktieren und nicht beide bestehen können, verschob Bartoli – gegen die sprachimmanenten Antworten der vorherrschenden junggrammatischen Schule – die Erklärung auf Fragen der kulturellen Macht, letztlich der Hegemonie einer soziokulturellen Gruppe. Daher kann Ives Hegemoniegewinnung auf sprachlicher Ebene mit der Durchsetzung einer »normativen Grammatik«, also kanonisierter Sprachnormen identifizieren, die Gramsci zugleich in dialektischem Verhältnis zu fragmentierten, unregelmäßigen, »spontanen Grammatiken« denke. Gegen den Positivismus der Junggrammatiker und gegen Croces Reaktion darauf mit einer ästhetisch-individualistischen Konzeption der Sprache als »reinem Ausdruck«, stellte sich für den Praxisphilosophen Gramsci in einem Italien ohne konsolidierte Nationalsprache die ›Sprachfrage‹ als die politische Frage, wie eine »progressive Hegemonie« organisiert werden könne, die die Beschränktheiten des Lokalen und Dialektalen aufheben und den allgemeinen Denkhorizont erweitern könnte, statt ein abstraktes und den komplexen Lebensverhältnissen fernes ›Esperanto‹ als Norm zu oktroyieren.

Eine vergleichbare Analyse der Sprachtheorien dieser Zeit hatte Voloshinov mittels einer Klassifikation in »individualistischen Subjektivismus« (Croce, Vossler) und »abstrakten Objektivismus« (v.a. Saussure) geleistet. Große Nähe zu Gramsci bestehe aber auch in Voloshinovs Überwindung beider Positionen durch eine Theorie der Zeichen als Träger gesellschaftlich bestimmter und umkämpfter Ideologie (im Sinne von ›Weltauffassung‹). Diese im Vergleich zu Gramsci »explizitere Behandlung ideologischer Zeichen als die konstituierenden Elemente von Sprache« (72) werfe ein klareres Licht darauf, wie »die Aussage, dass es ›historisch organische Ideologien [gibt, die] Menschenmassen ›organisieren‹, das Terrain bilden, auf dem die Menschen sich bewegen, Bewusstsein von ihrer Stellung erwerben, kämpfen, usw., [...] eng verknüpft ist mit Gramscis Thematisierung der Sprache« (71) als ein ebensolches Terrain.

Anhand von Bachtins Konzentration auf die zentrifugalen Kräfte und die Diversität der Sprache sowie den »Widerstand gegen eine zentralisierte Einheitssprache (Monoglossie)« (83) entwickelt Ives das Problem, wie nach Gramsci die Einheit einer ›progressiven Hegemonie‹ zu denken wäre. Diese Fragestellung ist für Ives äußerst bedeutend auch in ihrer Auswirkung auf das Verständnis von Gramscis politischer Theorie, da dieser auf den Begriff der Totalität verzichte und »stattdessen Sprache als das Modell dessen [nimmt], was Einheit bedeutet« (54). Zwar lasse Bachtins Konzeption »keinen Platz für organische Intellektuelle, die die Wandelbarkeit hervorheben könnten und dennoch auf die Schaffung einer einheitlichen Sprache hinarbeiten würden mit anderen Mitteln« als traditionelle Intellektuelle wie »Linguisten und Sprachphilosophen« (82). Er habe jedoch im Bereich der Literatur einen Einheitsbegriff

entwickelt, der dem Gramscis ähnele. Dostojewski bringe in seinen Romanen divergierende gleichwertige Stimmen, und Rabelais hebe die ›Heteroglossie‹ der mittelalterlichen Volkskultur in eine literarische Einheit, die die heillose Zerstreuung aufhebe in »einer ›Totalität‹, in der die verschiedenen ›Thesen‹ mittelbar, aber nicht assimiliert sind« (83). Darin unterscheide sich diese Einheitskonzeption von der die Vielfalt unterdrückenden Monoglossie. Eine solche dynamische, flexible Einheit sei vereinbar mit Gramscis Prinzipien der Sprachentwicklung: dass es keine »Parthenogenese« der Sprachen gebe, sondern dass deren »Fortentwicklungen sich aus dem Zusammentreffen verschiedener Kulturen ergeben« (55) und sich diese ›Befruchtung‹ durch einen weiten Begriff der Metapher fassen lasse; so auch Gramscis ›metaphorische‹ Verwendung linguistischer Konzepte in der politischen Analyse.

Gramsci zentraler Begriff, um einerseits die gelingende Metaphernbildung und andererseits die Organisation verschiedener Stimmen zu einer Einheit zu denken (sowohl sprachwissenschaftlich als auch politisch) und dies gleichzeitig von Vereinheitlichung, Homogenisierung und Assimilierung zu unterscheiden, ist nach Ives der Begriff der *Übersetzung*. Parallel zu Benjamins expliziterer Ausarbeitung des Übersetzungsbegriffs zeigt Ives, dass Gramsci darunter keine mechanistische, schematische Übertragung von Information versteht: »Die Aufgabe des Übersetzens verlangt und ermöglicht eine umfassende Analyse beider in der Übersetzung aufeinander bezogenen Sprachen und Gesellschaften, und zusätzlich ein historisches Urteil.« (102f) Die Aufgabe des Übersetzers wird bei Gramsci aber auch zur Metapher für die Aufgabe organischer Intellektueller: Nach Gramscis Analyse habe die Linke in Italien keine Hegemonie gewinnen können, weil sie die russische Revolution ›transferieren‹ wollte, aber nicht in der Lage war, sie zu ›übersetzen‹.

Eine solche kulturrelative Auffassung der Sprache rücke Gramsci trotz verschiedener Terminologie in die Nähe semiotischer Ansätze und sei als Absage an jegliche Konzeption der Sprache als Repräsentation zu verstehen, worunter Ives auch Benjamins Mimesisbegriff subsumiert. Ähnlich seien auch Adorno und Horkheimer einem Repräsentationsmodell der Sprache aufgesessen, nach dem sich die Sprache innerhalb der Geschichte einer sich verstärkenden Instrumentalisierung der Vernunft immer weiter von ihrer ursprünglich-poetischen Mimesisfunktion entferne.

Habermas Idee einer der Sprache immanenten Verständigungsethik wird Gramscis historische Auffassung der Sprache entgegengehalten, wonach es nicht an Sprache per se liegt, ob eine Sprache für Unterdrückung oder für freie Verständigung untereinander eingerichtet ist. Ebenso wie Sprachen seien Vernunft und Rationalität nur als historisch geformte Elemente von Kulturen zu verstehen. Ives weist auch Habermas' Kritik am Arbeitsparadigma des Marxismus zurück, indem er zeigt, dass für Gramsci kein Widerspruch zwischen Sprache und Arbeit bestehe, Sprach- oder Sinnproduktion vielmehr selbst als Arbeit zu begreifen seien.

Indem Ives gegen jegliche Repräsentationsauffassungen der Sprache den Kulturalismus stark macht, entgleitet ihm das produktive Verhältnis, in das dieser bei Gramsci zu Basis-Superstruktur-Überlegungen gestellt ist. Dass nach Gramsci z.B. die modernen europäischen Sprachen ineinander ›übersetzbar‹ sind, beruht nicht nur auf vergleichbaren Kulturen, sondern auch auf vergleichbaren materiellen Bedingungen und Produktionsverhältnissen und damit verknüpften vergleichbaren Lebensweisen und gleicher »Zivilisationsphase«. Für Ives' Anspruch, Gramsci gegen Postmoderne und Postmarxismus zu wenden, hätte es nahegelegen, auch diese Seite herauszuarbeiten. – Ives behandelt Gramsci zurecht als herausragenden und noch aktuellen marxistischen Sprachtheoretiker. Dieser Stellung entspricht weder Gramscis Rezeption im marxistischen Sprachdenken noch die Aufmerksamkeit innerhalb der Gramsci-Rezeption. Ives Buch leistet hier sehr nützliche Arbeit.

Daniel Fastner (Berlin)



## Sprache und Literatur

**Weidermann, Volker**, *Lichtjahre. Eine kurze Geschichte der deutschen Literatur von 1945 bis heute*, Kiepenheuer & Witsch, Köln 2006 (330 S., Ln., 18,90 €)

Das im Klappentext als »Wegweiser durch die jüngste Epoche der deutschen Literatur« empfohlene Buch stand einige Wochen auf der Bestsellerliste des *Spiegel* und wurde in den Feuilletons breit besprochen. Die fast einhellig negative Beurteilung der *Lichtjahre* des Feuilletonchefs und Literaturredakteurs der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*, der sich programmatisch zu seinem Lehrer Marcel Reich-Ranicki bekennt, wurde in der *Zeit* von Hubert Winkels auf eine von vielen Kritiker/innen übernommene Formel gebracht: Dem »Emphatiker« Weidermann, einem »Anwalt der Leidenschaft«, setzten sich die »Gnostiker« entgegen, »Anwälte der Erkenntnis«. Weidermanns Theorielosigkeit wurde in der *FR*, sein Biographismus in der *Zeit*, das Fehlen der im Vorwort durchaus versprochenen »politischen, gesellschaftlichen Zusammenhänge« (10) im *Freitag* moniert und als anti-intellektueller Subjektivismus zusammengefasst verurteilt: Weidermann setze, hieß es im *Tagesspiegel* (12.4.2006), »blindes Gefühl an die Stelle der ästhetischen Vernunft«.

Diese allgemeine Verurteilung hatte zur Kehrseite, dass – abgesehen von Einwänden gegen Urteile über einzelne Autor/innen – das vom Verf. entworfene Gesamtbild der Literatur seit 1945 durchgängig nicht zum Thema wurde: »Die subjektive, geschmacksgelenkte Auswahl gegen ein Buch auszulegen, das subjektiv und geschmacksgelenkt sein will, ist zu einfach und verfehlt das Problem«, meinte eine Feuilletonredakteurin der *FR* (4.4.2006). So wurde nur sehr selten der im Titel steckende polemische Bezug auf Heinz Schläffers *Die kurze Geschichte der deutschen Literatur* (2002) überhaupt bemerkt. In Schläffers Konstruktion »verkürzt« sich die deutsche Literaturgeschichte auf zwei Perioden, in denen (um 1800 und um 1910) Kunst die Religion ersetze, ohne hinter die Aufklärung bzw. die gesellschaftliche Moderne zurückzufallen; dagegen erscheint die Literatur seit 1945 als eine, die vergessen werden könne, weil sie nicht der »positiven und inneren Einheit der deutschen Literatur« entspreche, die durch ihr »Verhältnis zur [...] Religion erzeugt« (20) worden sei; in der deutschen Literatur seit 1945 habe im Moralismus des politischen Engagements die alliierte Umerziehung gewirkt und »das eigentliche ästhetische Vergnügen [...] blockiert« (150).

Schon Weidermanns Obertitel preist diese nach Schläffer finsternen Jahre der Fremdherrschaft öst-westlicher Moral über die deutsche Kunstreligion als *Lichtjahre*, als »eine [...] der interessantesten und reichsten Epochen der deutschen Literatur« (10); einem von Schläffer zum Vergessenwerden verdammten Zeitraum der Literaturgeschichte widmet er eben keine im Wortsinn »kurze«, sondern eine doppelt so lange Behandlung, wie bei Schläffer Klassik/Romantik und Klassische Moderne erhalten. In einem Vorläuferfextext zu den *Lichtjahren*, der im Jahr des Erscheinens von Schläffers Kanonbegründung veröffentlicht wurde (»Die neuen Klassiker. Ein kleiner Kanon für die Gegenwart. Die wirkungsvollsten deutschen Bücher der letzten zwanzig Jahre«, *FAS*, 17.3.2002), griff Weidermann äußerst heftig Schläffers *Kurze Geschichte* als »Stammtischgermanistikthesen« an. Zugleich aber machte er in der Begründung seines eigenen Kanons der Gegenwartsliteratur deutlich, dass er den von *FAZ*-Mithg. Frank Schirrmacher am 2.10.1990 verkündeten »Abschied von der Literatur der Bundesrepublik« und der DDR fortsetzte: »Pop war nur ein Anfang. Es begann mit einem scharfen Schnitt. Diese fünfundzwanzig Bücher muss man gelesen haben« (*FAS*, 17.3.2002). Letztlich bleibt von der Literatur vor 1982 auch in der Buchfassung kaum etwas, genau genommen: nur Autor/innen, die Weidermann weder zur BRD- noch zur

DDR-Literatur zählt: Thomas Bernhard, Paul Celan, Friedrich Dürrenmatt, Max Frisch, Ernst Jandl, Friederike Mayröcker, Nelly Sachs, W.G. Sebald. »Wahre Größe kommt von außen« (182), könnte über mehr als einem der 33 Kapitel stehen.

Die von Weidermann ausgestellte »subjektive Begeisterung« (9) verdeckt, dass die tragende Konstruktion der *Lichtjahre* sowohl in der Auswahl als auch in der Anordnung, im ästhetischen Urteil nicht weniger als in der Herstellung historischer Zusammenhänge seinem auftrumpfenden Diktum widerspricht: »niemand hat auf sie Einfluss genommen« (10). Wenn Weidermann Schirmmachers Abrechnung mit einer als »nachgeholter Widerstand« gedeuteten und negativ gewerteten Nachkriegsliteratur in Ost und West folgt, dann betont er auf der westlichen Seite, ohne dass Literaturwissenschaftler wie Klaus Briegleb genannt werden, die die Haltung zur Exilliteratur als Antisemitismus interpretiert haben, durchgängig die Feindschaft gegenüber der Exilliteratur in der Gruppe 47. Das Exil fungiert jedoch als leere Norm, insofern die geforderte Hochschätzung zu (fast) keinen Lektüreempfehlungen führt. In der Darstellung der östlichen Seite bildet das entsprechende Leitmotiv das Gefühl von Schuld, das als Treuepflicht der im Faschismus aufgewachsenen DDR-Autor/innen gegenüber der SED gewirkt habe. Hieraus ergibt sich die ambivalente Position der Remigranten in Weidermanns Darstellung.

Die doppelte Abrechnung mit der Nachkriegsliteratur in Ost und West, übernommen von Schirmmacher einerseits, von Briegleb andererseits, gewinnt, wie die Polemik gegen Schläffer schon andeutet, einen spezifischen Zug durch die Absage an das Programm eines Wiederanschlusses an die deutsche Tradition – das Schirmmacher 1990 gegenüber einer Normalisierung durch westliche Unterhaltsamkeit bevorzugte. Die in der Begründung des FAS-Kanons (17.3.2002) benutzte Formel: »Nicht schuldversessen, aber auch nicht schuldblind«, bezeichnet jenen Mittelweg, den die scheinbar so willkürlichen, in superlativischen Adjektiven daherkommenden Urteile zielsicher gehen: Wer den Holocaust als Teil der deutschen Identität anerkenne, sei im Westen angekommen. Gegen Innerlichkeit und Traditionsvariation, insbesondere des Dunklen und Elitären, fordert Weidermann Welthaltigkeit, so dass er das Lob einer (strikt subjektiv aufgefassten) Radikalität mit dem positiv gemeinten Gütesiegel »Volksschriftsteller: vereinbaren kann. Weidermanns Ausgrenzungen sind nicht weniger aufschlussreich für diesen Mittelweg als seine Einschlüsse: Bernhard Schlinks *Der Vorleser*, Martin Walser (nicht nur die Friedenspreisrede) und der Essayist Botho Strauß werden aus der Mitte verbannt, Gisela Elsner, Günter Wallraff, Erich Fried und Uwe Timm (ansatzweise sogar Hermann Kant) aufgenommen. Die stärksten Superlative aber sind den folgenden sechs Autor/innen vorbehalten: Monika Maron, Walter Kempowski, Robert Menasse, Maxim Biller, Judith Hermann und Daniel Kehlmann. – Zu bezweifeln ist jedenfalls etwas, worüber sich auffallend viele Feuilletons einig waren: dass Weidermanns Literaturgeschichte zur Katastrophe werde wegen »dem an Lukács geschulden Klippschul-Realismus, an dem er literarische Werke misst« (Der Tagesspiegel). Helmut Peitsch (Potsdam)

**Schumacher, Ernst, *Mein Brecht. Erinnerungen 1943 bis 1956*, Henschel, Berlin 2006 (560 S., Ln., 19,90 €)**

Bertolt Brecht ist für Ernst Schumacher ein Lebensthema geworden. Es ist gut 50 Jahre her, da erschien sein erstes Buch über Brecht, hervorgegangen aus einer Dissertation über dessen »dramatische Versuche« 1918-1933 – ein Grundstein der Brecht-Forschung und unentbehrlich für nachfolgende Arbeiten nicht allein zur Dramatik des Dichters, wichtig auch als Quelle für Texte und Materialien zur Entstehungs- und Wirkungsgeschichte, die Schumacher erstmals präsentierte. Später schlossen sich an die Studien zum Frühwerk die

zum Exildrama – *Drama und Geschichte. Brechts ›Leben des Galilei‹ und andere Stücke* (1965) – und weitere Publikationen an, so gesammelte *Brecht-Kritiken* (1977) und der umfangreiche Band *Leben Brechts in Wort und Bild* (1978). Wie es zu dem Lebensthema Brecht gekommen ist, erzählt der Verf. nun in seinem Erinnerungsbuch. Es hat einen eigentümlichen Doppelcharakter. Zum einen wird eigene Lebensgeschichte berichtet, beginnend 1943/1944, als der Student in München erstmals den Namen Brecht hörte und sich Kenntnis von einigen Texten und Urteilen über den Autor verschaffen konnte, dann über erste persönliche Begegnungen mit Brecht 1949, denen während der Arbeit an der Dissertation etliche kürzere oder längere folgten. Extensiv werden dabei politische und publizistische Bemühungen und Aktivitäten des jungen bayrischen Kommunisten vorgestellt (u.a. seine Gedichte abgedruckt) und so die Umstände dargelegt, unter denen für ihn Brecht und dessen Hinwendung zum Marxismus zum weltanschaulichen Fixpunkt geworden ist. Diese Sachverhalte erklären auch, weswegen Brecht den jungen Landsmann wiederholt zu längeren Gesprächen empfing, sich über dessen politische Erfahrungen in Westdeutschland unterrichten ließ und sein Vorhaben etwa durch die Einsicht in gedruckte und ungedruckte Arbeiten förderte.

Das zweite Element des Erinnerungsberichts sind die Begegnungen mit Brecht. Wie es jeweils dazu kam, wo, in welchem Umfeld, wie lange und über welche Themen gesprochen wurde, das wird in Quasi-Protokollen ausführlich dargelegt. Beschrieben werden Eigenarten Brechts bei Theaterproben oder beim Diskutieren, Verhaltensarten zwischen Freundlichkeit und Schärfe, die Lust auf anregende Leute, und erzählt wird von Personen des Brecht-Kreises, am eindringlichsten von Ruth Berlau. Vor allem aber werden Brechts Ansichten wiedergegeben und in ihrem konkreten Reagieren auf die Zeitverhältnisse erklärt. Was Verf. in seinen retrospektiven Gesprächsmitschriften aus den Jahren 1949 bis 1956 liefert, kann 50 Jahre nach Brechts Tod nicht überraschend und neu sein (angesichts der umfassenden Editionen und immensen Brecht-Literatur). Anregender hingegen ist ein spezieller Aspekt des Verf. im Rückblick auf den Brecht jener Jahre: Vorrang in Brechts Agieren hat für ihn die Bewahrung des Friedens und das Angehen gegen die Spaltung Deutschlands im Zeichen des Kalten Krieges. Die nationale Frage erscheint als Angelpunkt für Schumacher selbst und wird zur »Hauptfront« erklärt für Brecht, der »an zwei Fronten kämpfte«: »um Erhaltung des Friedens, um Aufhebung der Spaltung Deutschlands, um einen Friedensvertrag mit einem wiedervereinigten Deutschland« ging es an der »Hauptfront«, und an der »›inneren Front‹« um die »›Sozialisierung‹ von Bewusstsein auch durch Kunst«; wenn er in der DDR in Konflikte und Meinungsdivergenzen geraten sei, sei sich Brecht immer wieder »der Priorität bewusst« gewesen, »dass es in erster Linie darum zu gehen hatte, wie der Kampf an der Hauptfront zu gewinnen sei« (173). Dieser leitende Gesichtspunkt bestimmt die Gewichtung in den Erinnerungen. Dass der politische Horizont Brechts nicht durch die Vorgänge in der DDR begrenzt war, ist sicherlich nicht zu bezweifeln, jedoch sie vor allem stellten das Feld dar, in dem er theoretisch und praktisch zu operieren, konstruktiv und streitbar seine Vorschläge einzubringen suchte. Die Kämpfe, die er dabei auszufechten hatte, erfahren allerdings eine relative Verharmlosung, und die unter Marxisten in Wesentlichem divergierenden Konzepte von sozialistischer Gesellschaft und der ihr gemäßen Kultur erscheinen verkürzt. Eine aufschlussreiche Ausnahme bilden die Passagen um die Eliminierung eines Teilkapitels zu Agitprop-Theater und Arbeiterbühne aus der Buchfassung 1955 der Dissertation Schumachers. Die von ihm eruierten kulturpolitischen Hintergründe, einschließlich persönlicher Motivationen von ehemals Beteiligten, sowie die dargestellten Reaktionen Brechts auf den Vorgang – praktisch manifestiert in

seiner Empfehlung an die Redaktion der Zeitschrift *Aufbau*, das Kapitel separat zu publizieren –, weisen auf grundlegend verschiedene Haltungen zur eigenen Geschichte und Kunstentwicklung hin.

Die vorgelegten Memoiren sind auch ein Buch über die Geschichte der frühen Bundesrepublik unter Adenauer und dadurch auf besondere Weise instruktiv. Strategie und Stadien der Westintegration der BRD, Schritte zur Remilitarisierung werden erinnert wie auch die Stufen zur Wiedereingliederung nazistisch belasteter Beamter bei gleichzeitigem Vorgehen gegen Kommunisten. Dies alles wird in vielen Details stets durch das persönliche Erleben des Verf. vermittelt, der in diesen Prozessen in München als Journalist tätig war und zu gleicher Zeit seine Brechtstudien betrieb. Vom Verbot der KPD erfuhr er an dem Tag, da er zur Beerdigung Brechts in Berlin war. Durch solches Erinnern von zeitgleichen Vorgängen werden – was gemeinhin in der Brechtliteratur selten ist – konkrete zeitgeschichtliche Kontexte von Brechts spätem Wirken eingezeichnet.

Auffällig, mitunter auch arg irritierend an diesem Lebensrückblick ist der Zug zur Selbststilisierung des Autors. Das betrifft in Sonderheit sein erstes Brechtbuch. Herausgestrichen wird die »relative Selbständigkeit« und wie »unvoreingenommen« darin »Kategorien des dialektischen und historischen Materialismus« (410) angewendet worden seien. Indes wird durch diese Sicht von damals gängigen Borniertheiten abgesehen; methodisch und in seinen Urteilen war er vielfach geprägt von dem an Lukács orientierten Konzept des sozialistischen Realismus, besonders wenn – bei der *Maßnahme* oder der *Heiligen Johanna der Schlachthöfe* – Brechts Unvermögen moniert wurde, die Arbeiterschaft, die nur abstrakt in ihrer Kollektivität dargestellt sei, in »wirklichen Individuen« und als »volle Menschen« zu gestalten. Auf solche Denk- und Wertungsraster wird heute nicht kritisch Bezug genommen, im Unterschied zu 1977, als der Verf. im Nachwort zur Neuausgabe des Buchs eine partiell selbstkritische Sicht etwa des Lukácsianismus gegeben hatte. Indem nun der Verf. in der Rückschau frühe Dogmatismen ausspart (und die Erinnerungen mit 1956 abschließen, also spätere Phasen der Beschäftigung mit Brecht unerörtert bleiben), gestattet er sich, in der Erzählung von den Begegnungen mit Brecht ein Selbstbild zu entwerfen, in dem der junge Autor vom älteren kameradschaftlich als Gleichgesinnter erkannt und als ebenbürtiger Gesprächspartner angenommen erscheint.

*Mein Brecht* will intervenieren, vor allem gegen den in letzter Zeit platzgreifenden Trend, Brecht zu entpolitisieren und seine soziale Grundentscheidung als erledigt hinzustellen. Deshalb bewahrt der Verf. nicht allein die Grundrichtung seiner früheren politischen Haltung, vielmehr lässt er seine Erinnerungen in Vorschläge münden, wie Brecht in den kommenden Kämpfen um die globale Lösung der sozialen und politischen Antagonismen angeeignet werden könnte. In einem Nachwort stellt er die »Frage, was ein künstlerisches Werk, das auf Präntentionen beruhte, die durch den realen Geschichtsverlauf ins Reich der Utopie zurückverwiesen wurden, einer postsozialistischen Gesellschaft noch zu sagen habe« (493), und beantwortet sie, indem er die Weltlage durchmustert. In den ungelösten, ja noch verschärften Widersprüchen des kapitalistischen Systems erblickt er die Voraussetzung dafür, dass Brechts Werke »in ihren Grundkonflikten eine Reaktualisierung erfahren« (495). Sachlich bedacht wird zwar, dass derzeit eine gesellschaftliche Gegenbewegung zur globalen kapitalistischen Herrschaft, die Alternativen anbietet, nicht existiert, doch ihre Notwendigkeit und Rekonstituierung postuliert. Als unausweichlich angesehen wird – und hier operiert der Autor wohl unvermeidlich mit alten Formeln –, dass sich das »Herr-Knecht-Verhältnis als Weltverhältnis« auf die Frage »Wer wen?« zuspitzen wird (497). Durch den »Krebsgang der Geschichte« sei, so des Verf. feste Überzeugung,

Brecht nur scheinbar widerlegt. Seine Arbeiten, ihre Fabeln und Konflikte, hielten Anregungen und zukunftsweisende Einsichten bereit, sein Dringen auf »eingreifendes Denken« behalte, wenn nach gesellschaftlich produktivem Verhalten gesucht werde, zukunftsweisende Kraft. Seine Aneignung habe freilich eine Voraussetzung: »ohne Gebrauch der Dialektik«, für Brecht der »Schlüssel für eingreifendes Denken«, werde man »nicht auskommen« (504). Diese resümierende Vorausschau des Autors und seine Vorschläge, mit Brecht Zukunft zu denken, sind anregend und können ein Nachsinnen über den Grund eigener Perspektivensetzungen herausfordern. Ein Bauen auf die Dialektik, der Verweis auf die aus Brecht abzuleitenden »dialektischen Methoden«, müssen vage und allgemein bleiben – jedoch werden so die Fragen offen gehalten. Silvia Schlenstedt (Berlin)

**Koch, Gerd, Florian Vaßen u. Doris Zeilinger (Hg.), »Können uns und euch und niemand helfen«. Die Mahagonnysierung der Welt. Bertolt Brechts und Kurt Weills »Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny«, Brandes & Apsel, Frankfurt/M 2006 (248 S., mit Abb., kt., 19,90 €)**

In einem Gespräch mit Theodor W. Adorno zitierte Ernst Bloch 1964 zwei Worte aus der Oper *Mahagonny*: »Etwas fehlt.« Und fügte hinzu: »Was das ist, weiß man nicht. Der Satz steht in *Mahagonny*, einer der tiefsten Sätze von Brecht, in zwei Worten.« Das ist lange nicht beachtet worden. Während Jahrzehnten war die Ende 1927 entstandene Oper *Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny* von Brecht und Weill überschattet von der nur wenige Monate später entstandenen *Dreigroschenoper*. Damit ist es vorbei. Auf einem Symposium zu *Mahagonny*, im Juni 2003 in Berlin, wurden in achtundzwanzig Sitzungen mehr als achtzig Vorträge gehalten. Fünfundzwanzig davon erschienen 2004 im *Brecht Yearbook* 29. Weitere neunzehn enthält der vorliegende Band, der, alles in allem, nicht das hohe Niveau des ebenfalls von Koch und Vaßen herausgegebenen Bandes über Brechts *Maßnahme* erreicht (vgl. *Argument* 234/2000, 110-12).

Die Hg. beziehen ihre Titelformel von der »Mahagonnysierung der Welt« programmatisch auf die »Destruktion von Natur und Gesellschaft« (7) im Zeitalter der »Globalisierung« (10); eine Aktualisierung, die in den einzelnen Beiträgen nicht wieder aufgenommen wird, wohl auch der Weite des Werks nicht genügend Raum lässt. Indessen ist die Frage, wie Brechts und Weills mythische Stadt Mahagonny in der Gegenwart zu lesen wäre, in den meisten Beiträgen virulent. Die Oper selbst lässt alles offen: »Netzestadt«, »Paradiesstadt«, »Goldstadt«, »Stadt der Freude«, aber auch »Dreckhaufen«; und als ob das nicht genüge, ergänzen die Hg.: »Katastrophenstadt« (7), »Traum- und Spiegelstadt« (9). Sicher ist: mit *Mahagonny* befinden wir uns im Zentrum des Großstadtdiskurses der Moderne. Dieter Hassenpflug untersucht diesen »urbanistischen Kontext« (94) am Beispiel der »konservativen Revolution« (96) von Oswald Spengler und Ludwig Klages, deren »Antimodernismus« (ebd.) in der »hasserfüllten Ablehnung« des »Großstadtlebens« (97) im deutschen Faschismus weitergewirkt habe. Dieser rechte Diskurs bildet laut Hassenpflug das »geistige Terrain« (101), auf dem auch die Oper von Brecht und Weill sich finde, denn *Mahagonny* enthalte Gesten einer »Zurückweisung des Städtischen«, wenn auch »linke« (103). Hier hat eine anregende Untersuchung zu einem Kurzschluss geführt. Brecht hat das »Städtische« sowenig abgelehnt, wie er den Regen abgelehnt hat. Sein dramatisches wie lyrisches Werk nimmt auf zentrale Weise teil am Großstadtdiskurs der Moderne (vgl. Cohen, »Großstadtlyrik Bertolt Brechts«, *Argument* 228/1998, 769-82), und dieser Diskurs war weder für noch gegen die großen Metropolen. Im Übrigen ist keineswegs ausgemacht, wie Hassenpflug impliziert, dass eine vorbehaltlose Bejahung der Urbanisierung progressiver wäre als ihre dialektische Kritik bei Benjamin, Bloch, Döblin & Co. Denn diese sind es, die das »geistige Terrain« bestimmen, auf dem *Mahagonny* zu lokalisieren wäre;

dazu etwa auch Siegfried Kracauer oder Irmgard Keun, in ihrem unterschätzten Roman *Das kunstseidene Mädchen*, wie Anne Fleig in ihrem Beitrag darlegt. Das von Fleig untersuchte Glücksversprechen im Berlin von Keun und Kracauer findet sich verdichtet im ersten Gebot der Stadt Mahagonny: »Du darfst«. Da erweist es sich als »notdürftig verkleideter Alptraum« (62), zu dem, wie Fleig zu Recht feststellt, in *Mahagonny* jeder Gegenentwurf fehlt. Ähnlich auch William Rasch, in seinem Beitrag über *Mahagonny* und »the futility of critique«: »That Other of Mahagonny remains unimaginable« (239).

Der Oper von Weil und Brecht mangelt die utopische Dimension, auch die marxistische. Das muss einen Tom Kindt irritieren, der der Brechtforschung »Einmütigkeit« unterstellt bei der Annahme, bei *Mahagonny* handle es sich um ein marxistisches Werk (50). Kindts »Revision« (51) dieser angeblich vorherrschenden Meinung argumentiert mit dem Holzhammer. Etwa indem Kritik am Kapitalismus bereits mit Marxismus gleichgesetzt wird (50, 51), als hätten nur Linke am Kapitalismus etwas auszusetzen. Vereinfachend auch die Entgegensetzung von *Mahagonny* und vorangehenden, angeblich »unpolitischen Texten« Brechts wie dem *Lesebuch für Städtebewohner* (50). Im Gegenteil ist das *Lesebuch*, in seiner Nähe zum kalten Antihumanismus eines Gottfried Benn, ein in hohem Maß politisches Werk. Der Leseweise Kindts gelten offenbar nur marxistisch konnotierte Texte als »politisch«. Neuerdings scheint bei einigen Brechtforschern ein Gestus des »jetzt darf man mit Brechts Marxismus endlich aufräumen« zu dominieren (so auch im *Brecht Lexikon*; vgl. *Argument* 268/2006, 254-56). Brechts Marxismus gilt da als alter (und schlecht sitzender) Hut. Der Vorhang zu und keine Frage offen. Hier fehlt es an Neugier.

Entsprechend scheint es mir auch wenig produktiv, wenn Christine Labonté-Roset, allerdings mit dem Gestus des Einverständnisses, eine »marxistische Analyse« in *Mahagonny* als »unbestritten« voraussetzt (211). In der Oper von Brecht und Weill werde notwendigerweise »vergrößert und verzerrt« (208), meint Labonté-Roset, das »Weltbild« in *Mahagonny* sei »populär-marxistisch«, reduziere die Verhältnisse auf die Formel »Geld regiert die Welt« (211). Ganz so, als ob es sich bei *Mahagonny* um eine Studie zur politischen Ökonomie handle, und nicht um mit Ironie und Sarkasmus aufgeladene Bühnendialoge, gesprochen von Ganoven wie Leokadja Begbick, Willy dem Prokuristen und dem Dreieinigkeitsmoses. Zur Komplexität des Themas »Geld« in *Mahagonny* erteilt dagegen der Jurist Ulrich Fischer, in seiner »wirtschaftlichen« und »zivilrechtlichen Analyse der (Un-) Rechtsstadt Mahagonny« (222), eine scharfsinnige und vergnügliche Lektion. Danach ist die Todesstrafe wegen Zechprellerei (juristisch: wegen »persönlicher Insolvenz«, 231) für den Holzfäller Paul Ackermann keineswegs absurd, sondern entspricht der gesetzlichen Grundbedingung für das Funktionieren des Kapitalismus: »pacta sunt servanda« (Kontrakte müssen eingehalten werden, 226). Nicht Mord und Totschlag, sondern kein Geld zu haben, ist in dieser Gesellschaft das »Kapitalverbrechen« (227). Dass sich Pauls Geliebte Jenny und sein Freund Heinrich von ihm zurückziehen, sei kein Zeichen ihrer Unmenschlichkeit, sondern nüchterne Einsicht: »Jeder ist sich selbst der Nächste, weil jeder der Nächste sein könnte« (ebd.). Bis heute, so Fischer, funktioniere das Bürgerliche Gesetzbuch der Bundesrepublik nach dem unausgesprochenen Grundsatz »Geld hat man zu haben« (230). Fischer weist darauf hin, dass nicht Industrie das ökonomische Fundament der Stadt Mahagonny bilde, sondern »Tausch« und »Markt« (224). Ähnlich argumentiert auch der russische Soziologe Sergej Werschinin: »Mahagonny« symbolisiert nicht die fertige, sondern die werdende kapitalistische Gesellschaft« (206). Ausgehend von Blochs Begriff der »Ungleichzeitigkeit« entwickelt Werschinin eine so originelle wie verstörende aktualisierende Lektüre, worin der Frühkapitalismus von Brechts und Weills Netzstadt als »fast

die genaue Verkörperung der postsowjetischen Realität« erscheint (206). Dagegen betont der US-Germanist William Rasch, dass es in Mahagonny kein Proletariat gebe, von den »robotlike masses« (236) von Fritz Langs *Metropolis* (Uraufführung Anfang 1927) sei man denkbar weit entfernt. In Mahagonny herrsche eine Dienstleistungsökonomie (»service economy«, 236). Unter Hinweis auf Fredric Jameson (239) – und im genauen Gegensatz zu Werschinin – werden bei Rasch die Zustände in Mahagonny in die Sphäre des Spätkapitalismus gerückt. Brecht selbst hat wohl in Stücken wie *Die heilige Johanna der Schlachthöfe* die Funktionsweise des Kapitalismus seiner Zeit untersucht; aber in der Mehrzahl seiner Bühnenwerke, von der *Dreigroschenoper* und *Mutter Courage und ihre Kinder* bis zu *Herr Puntila und sein Knecht Matti* und *Der kaukasische Kreidekreis* werden früh- oder vorkapitalistische Zustände auf die Bühne gebracht (was ihm von einigen marxistischen Kritikern Rügen eingetragen hat). Doch brauchen sich die Interpretationen von Werschinin und Rasch nicht auszuschließen. Die frühkapitalistischen Verhältnisse in der Stadt Mahagonny können, was für Brecht nicht vorauszusehen war, unterm Neoliberalismus des 21. Jh. den spätkapitalistischen erstaunlich ähnlich sehen. Woraus sich das produktive Fazit ziehen ließe, dass, sowenig wie der Marxismus, der Kapitalismus in *Mahagonny* etwas von vorneherein Gegebenes ist.

Den Schwerpunkten der Beiträge folgend wurden in dieser Rezension vorwiegend inhaltliche Aspekte verhandelt. Zu meinem Bedauern, denn *Mahagonny* ist eines der großen Kunstwerke der europäischen Hochmoderne und Avantgarde, von den lyrischen Schönheiten der »Terzinen über die Liebe«, bis zur satirischen Wucht der Hinrichtung von Paul Ackermann auf dem elektrischen Stuhl. Das wird nur in wenigen Beiträgen deutlich; etwa in Peter Knopps Untersuchung von Weills Musik. Hier wird die Aufmerksamkeit auf modernistische und avantgardistische Techniken wie Zitat, Collage, Montage, Imitation und Parodie gelenkt. In diesen Verfahrensweisen werde die »geschlossene bürgerliche Realität« ersetzt durch deren »Zerfallsrealität«: durch ein »Neben- und Nacheinander von Trümmern, Bruchstücken und Zivilisationsfragmenten« (86). Von solchen Kategorien der linken Avantgarde aus, die neben Adorno (ebd.) auch Bloch ins Spiel bringen, bleibt dieses innovative Werk nutzbringend zu untersuchen.

Robert Cohen (New York)

## Pädagogik

**Konsortium Bildungsberichterstattung (Hg.), *Bildung in Deutschland. Ein indikatoren-gestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration***, im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, W. Bertelsmann, Bielefeld 2006 (317 S., br., 29,90 €)

Die vorliegende Bestandsaufnahme des deutschen Bildungssystems von der Vorschulziehung bis zur Weiterbildung und Hochschulausbildung ist von einem Konsortium erstellt worden, an dem Wissenschaftler/-innen aus namhaften Forschungseinrichtungen beteiligt waren. Beispielhaft genannt seien nur das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), das die Federführung hatte, das Deutsche Jugendinstitut (DJI) und das SOFI Göttingen. Die Verf. sehen ihre Aufgabe darin, »Daten zu systematisieren, im Blick auf übergreifende Fragestellungen zu verknüpfen, sie zu analysieren und vor allem in ihren gesellschaftlichen Auswirkungen und Erträgen zu interpretieren« (1). Als Datenquellen dienen Berechnungen des Statistischen Bundesamts und der Landesämter sowie empirische Studien und Erhebungen (u.a. die PISA-Studien), wobei dem Anspruch nach »ausschließlich national verfügbare Daten« verwendet werden sollen (47). Der Bericht wendet sich an

»Zielgruppen in Bildungspolitik, Bildungsverwaltung und Bildungspraxis, Wissenschaft und Öffentlichkeit« (1) und versteht sich als erste Folge einer turnusmäßigen Berichterstattung, die dazu dienen soll, anhand ausgewählter Indikatoren die Entwicklung des Bildungssystems zu verfolgen. Dieses wird in seinem ganzen Umfang von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung analysiert. Jeder Bildungsstufe ist eines der neun Kapitel gewidmet. Die Bestandsaufnahmen werden jeweils mit einem Ausblick auf kurz- und langfristige Perspektiven abgeschlossen.

Im ersten Kapitel werden gesellschaftliche Rahmenbedingungen wie demographische und wirtschaftliche Entwicklung, Strukturwandel der Wirtschaft, Globalisierungstrends und veränderte Familienformen skizziert. Das zweite Kapitel bietet Informationen über Bildungsausgaben, Bildungsbeteiligung und den Bildungsstand der Bevölkerung, auch im internationalen Vergleich. Das dritte Kapitel beleuchtet die Situation der Kindertageseinrichtungen (Platzangebot, Inanspruchnahme der Einrichtungen etc.), wobei dem Übergang in die Schule, vor allem mit Blick auf das Einschulungsalter, ein eigener Abschnitt gewidmet wird. Im vierten Kapitel wird das System der allgemeinbildenden Schulen zum Gegenstand der Analyse, und zwar unter Einbeziehung der »non-formalen Lernwelten im Schulalter«. Gemeint ist damit z.B. jugendliches Engagement im Sport oder im kirchlichen Bereich. In den Blick genommen werden die Übergänge im Schulwesen, Klassenwiederholungen, Ganztagsbetreuung und Computernutzung. Im fünften Kapitel über die berufliche Ausbildung werden neben den Vorzügen die strukturellen Probleme des dualen Systems herausgearbeitet. Zum Thema gemacht werden die zunehmenden Schwierigkeiten der Berufseinmündung an den zwei Übergängen von der Schule zum Ausbildungssystem und von dort ins Beschäftigungssystem und die dabei in Kauf genommenen Benachteiligungen. Gegenstand des sechsten Kapitels sind Fachhochschulen und Universitäten mit besonderer Aufmerksamkeit für Studiennachfrage, auch unter dem Gender-Aspekt, und Studiendauer unter internationalem Vergleichsaspect. Ähnlich wie hier entsteht in dem Kapitel über Weiterbildung der Eindruck, dass dort die bildungsökonomische Betrachtungsweise dominiert. So versucht man im letzten Abschnitt dieses siebten Kapitels die »Arbeitsmarkterträge beruflicher Weiterbildung« zu erfassen. Anders das achte Kapitel, das gesondert die migrationsbedingten Herausforderungen für das Bildungssystem behandelt. Diese sollen unter gesamtgesellschaftlicher, individueller, institutioneller und internationaler Vergleichsperspektive beleuchtet werden (138). Im zweiten, äußerst informativen Abschnitt über »Migration in Deutschland« wird der Mikrozensus 2005 herangezogen, bei dem zum ersten Mal nicht einfach der Ausländerstatus, sondern Kategorien wie Geburtsort der Heranwachsenden und ihrer Eltern, Einbürgerung etc. erhoben wurden, sodass Migration in ihrem wahren Umfang, in ihrer Komplexität und Heterogenität deutlich wird. Nach dem neuen Berechnungsmodus haben mehr als ein Viertel der unter 25-jährigen einen Migrationshintergrund (MH) – ein bildungspolitisch nicht mehr vernachlässigbares Datum. Referiert werden alarmierende, wenn auch teilweise nicht mehr neue Zahlen. So haben 41 Prozent der jungen Erwachsenen mit MH keinen beruflichen Abschluss. Zum wiederholten Mal wird auch darauf hingewiesen, dass Kinder und Jugendliche mit MH von den verschiedenen Selektionsmechanismen unseres Schulsystems besonders betroffen sind. Nach der Behandlung von Fördermaßnahmen werden abschließend Erklärungsansätze für das schlechte schulische Abschneiden und die geringen beruflichen Chancen der meisten Jugendlichen mit MH vorgetragen, wobei mehrfach auf die Heterogenität dieser Gruppe hingewiesen wird. Im letzten Kapitel wollen die Verf. »Wirkungen und Erträge von Bildung« für die Einzelnen und für die Gesellschaft anhand



von statistischem Material verdeutlichen (z.B. Einkommen oder ehrenamtliches Engagement in Abhängigkeit vom Bildungsstatus). Ein umfangreicher Tabellenanhang nach der Zusammenfassung ermöglicht eine genauere Überprüfung von Daten. Erwähnenswert sind auch die methodischen und begrifflichen Erläuterungen im Anschluss an die jeweiligen Abschnitte, im Text durch ein »M« gekennzeichnet (Wie wird z.B. die »Ausbildungsquote« berechnet? Was wird unter »informelles Lernen« subsumiert?). Ein Glossar vervollständigt den äußerst informativen Band.

Es seien nur beispielhaft einige aufschlussreiche Informationen herausgehoben. So befindet sich Deutschland bei den Bildungsausgaben im internationalen Vergleich im unteren Mittelfeld der Rangskala. In Westdeutschland (anders als in den neuen Bundesländern) bieten nur ein Viertel der Kindertagesstätten Ganztagsplätze an. Aufmerksam gemacht wird auch auf den niedrigen Grad der pädagogischen »Verfachlichung« des Personals (42). Ausländische Kinder, soweit in Deutschland geboren, besuchen übrigens entgegen dem Vorurteil nicht seltener einen Kindergarten als Kinder aus einheimischen Familien vergleichbarer Sozialschicht. Ebenso wie im Vorschulbereich hinkt Deutschland im Bereich der Weiterbildung hinterher. In Österreich ist der Anteil Erwachsener, die Weiterbildung in Anspruch nehmen, mehr als doppelt so hoch (126). Mehrfach erhellen die Statistiken den extrem selektiven Charakter des deutschen Bildungs- und Ausbildungssystems. Dass es fünfmal mehr Sonderschulüberweisungen gibt als zurück (53) entlarvt Namen wie z.B. »Förderschule« als Euphemismen. Statistiken belegen auch die Entwertung des Hauptschulabschlusses (83) und die »rapide Ausweitung« des perspektivlosen »Übergangssystems« zwischen Schule und Ausbildungssystem, d.h. der Warteschleifen, wie z.B. das Berufsvorbereitungsjahr.

Die Beispiele machen deutlich, dass der Bildungsbericht eine kritische Sicht auf unser Bildungssystem stützt und Reformwilligen Argumente liefert. Aber es soll abschließend doch auch vermerkt werden, dass die Verf. nicht selten ihre eigenen Feststellungen entschärfen, manchmal nicht ganz ohne Widersprüchlichkeit. So möchten sie z.B. verharmlosend festhalten, dass Migrantenkinder in den meisten Staaten benachteiligt werden, müssen aber dann doch konzedieren: »Das gilt insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland« (172). Sie heben die Bedeutung einer individuellen Förderplanung und entsprechenden Lerndiagnostik hervor (170), ohne unmissverständlich auf den ungeheuren Nachholbedarf hinzuweisen. Die Verf. wollen ausdrücklich auf Wertungen und Empfehlungen verzichten. Das nötigt sie stellenweise zu sehr verklausulierten Aussagen, was beispielsweise die Finanzierung der beruflichen Bildung betrifft (100). Sehr verschwommen sprechen sie auch von der »strukturellen Bedingtheit« des unzureichenden Angebots an Ausbildungsplätzen (89). Wo Zustände nicht hinterfragt werden, bedingt gerade der Verzicht auf Wertungen eine bestimmte Wertung der Realität. So wird einfach als Rahmenbedingung hingenommen, dass die öffentlichen Haushalte »unter Spardruck« stehen (197). Eine affirmative Sichtweise stützen die Verf. bei der Auflistung der Erklärungsansätze für die geringen Erfolgchancen von Migrantenkindern. Als zentrale Einflussgrößen heben sie die Sprachpraxis im Elternhaus, das Bildungsniveau der Eltern etc. hervor. Sie vermerken zwar, dass deren Effekte in Deutschland »deutlich größer [sind] als in den meisten anderen Staaten« (175), dass dies aber das Versagen unseres Bildungssystems belegt, übergehen sie in ihrer Argumentation. Trotz dieser Schwächen ist der Bericht allen bildungspolitisch Engagierten nicht nur zu empfehlen, die Lektüre ist fast ein Muss.

Georg Auernheimer (Brühl)

**Schäfer, Alfred, u. Michael Wimmer (Hg.),** *Tradition und Kontingenz*, Grenzüberschreitungen, Pädagogik und Kulturwissenschaften, Bd. 1, Waxmann, Münster u.a. 2004 (224 S., br., 19,90 €)

Mit dem Begriffspaar ›Tradition‹ und ›Kontingenz‹ ist ein weites, alle Geistes- und Sozialwissenschaften betreffendes Themenspektrum gewählt, dessen vielseitige Aspekte die Hg. einleitend ansprechen. Ausgangspunkt der Diagnose ist die Feststellung der Gleichzeitigkeit einer »Pluralität von Lebensformen und Weltanschauungen« in der Gegenwart mit entsprechend »heterogenen Problematisierungen, Deutungen und Bewertungen des sozialen und kulturellen Wandels« (9f). Sowohl in politischen Debatten als auch in wissenschaftlichen Analysen spielen das semantische Arsenal der Begriffe ›Kontingenz‹ und ›Tradition‹ eine zentrale Rolle, um die Spezifika der sich gegenwärtig vollziehenden Transformationen im Vergleich mit zurückliegenden Zeiten gesellschaftlichen Wandels in Europa, aber auch mit kulturellen Umbrüchen außerhalb Europas zu benennen. In Anbetracht der herausragenden Rolle der Medien bei der Thematisierung und Bewältigung, aber auch bei der Steigerung moderner und postmoderner Kontingenzerfahrung beurteilen die Hg. die »Kulturwissenschaften als den geeigneten Raum einer interdisziplinären Diskussion« (23). In einer exponierten Position befindet sich überdies die Erziehungswissenschaft, weil sie nicht nur mit heterogenen Ansprüchen zur »Bestandssicherung des kulturell Erworbenen« (21), sondern auch mit kontroversen Bestimmungen von Bildung konfrontiert werde. Unter einem erhöhten gesellschaftlichen Erwartungsdruck komme daher diesen Disziplinen die gesellschaftliche Aufgabe zu, auf die historische Kontingenz kultureller Ordnungen im Allgemeinen und politischer Errungenschaften (Menschenrechte, Demokratie, politische Freiheit) im Besonderen aufmerksam zu machen (vgl. 22). Denn diese seien nicht als »traditioneller Besitz« zu verstehen, »den man erben oder vererben kann, [...] sondern [als etwas, das] immer wieder errungen werden muss« (23).

Der Band enthält Beiträge zur Erziehungswissenschaft (Liesner), Ethnologie (Streck, Schäfer), Philosophie (Ricken, Visker), Geschichtswissenschaft (Liebsch), Germanistik (Diewald), Psychologie (Lipowatz) und Medienwissenschaft (Ehrenspeck). In nahezu allen wird den bekannten Gesellschafts- und Kulturkritiken Arendts, Brechts, Adornos, Horkheimers, Foucaults, Derridas und insbesondere Benjamins eine Schlüsselrolle beigemessen. Dabei wird aber allzu oft eher insinuiert als erläutert, inwiefern deren Problembewusstsein und Begrifflichkeit nach wie vor als das Höchstmaß an Kulturkritik und Gesellschaftsanalyse der Moderne und auch der Postmoderne beurteilt werden können. Zwei Autoren (Ricken, Ehrenspeck) setzen sich auch mit der Systemtheorie Luhmanns auseinander (vgl. 41f, 187ff), dessen Kontingenzbegriff bekanntlich eine zentrale Bedeutung in seiner Analyse moderner (westeuropäischer) Gesellschaften einnimmt.

Als besonders instruktiv sind vier Beiträge hervorzuheben: Liesner informiert über die gegenwärtig prekäre Lage der Erziehungswissenschaft und über den umfassenden politischen Erwartungsdruck gegenüber Schulen, um schließlich für einen kritischen Bildungsbegriff zu votieren (vgl. 83). Ehrenspeck erläutert die zentrale Bedeutung moderner Medien als Faktoren der Bewältigung, aber auch der Steigerung des Kontingenzbewusstseins (198). Die beiden ethnologischen Studien von Streck und Schäfer widmen sich Formen und Inhalten selektiver Akkulturation und Aneignung westlicher Kultur und christlicher Religion bei Völkern im Sudan und in Westafrika, verstanden als mehr oder weniger dauerhafte Improvisation zur Kontingenzbewältigung vor dem Hintergrund gesellschaftlichen Wandels außerhalb Europas (151, 164f). Für diese Beobachtungen könnten mehr denn je auch Entsprechungen in den zunehmend sozial, kulturell und religiös hybriden westlichen Gesellschaften gefunden werden.

Viskers Aufsatz beruht auf einer kritischen Besprechung des Buches »Kontingenz, Ironie und Solidarität« des Philosophen Rorty. Dieser leite von der anthropologischen Endlichkeit und den kognitiven Grenzen der Menschen die prinzipielle Unmöglichkeit ab, dass sie sich wegen ihrer z.T. stark voneinander abweichenden Denk- und Lebensweisen gegenseitig anerkennen könnten. Daher plädiere er für eine im Liberalismus verbreitete Abgrenzung wertspezifischer Orientierung im Privatleben von wertneutraler Öffentlichkeit, um letztlich subjektive Kontingenzerfahrung zu minimieren. Lipowatz widmet sich in aufdringlicher Diktion der gegenwärtig verbreiteten individuellen Erfahrung »totaler Kontingenz« (170), für die er nicht zuletzt den »vorherrschenden Neoliberalismus und Hedonismus« sowie den »abstrakten Kosmopolitismus« der 68er Studentenbewegung verantwortlich macht (173, 175). In Anbetracht schwindender Akzeptanz des »pädagogischen Grunddilemmas« von Lehrern und Erziehern, das in der Inanspruchnahme »symbolischer Autorität« für die Realisierung ihrer Aufgaben bestehe (174), neigten zunehmend mehr Menschen mangels identitätsstiftender Konflikterfahrungen zur Regression, zu Solipsismus und narzisstischer Vereinzelung (171, vgl. 177). Infolgedessen könnten sie häufig nicht zwischen »prinzipieller Kulturfeindschaft« und »legitimer Kulturkritik« unterscheiden (174). Mit ähnlicher Verve diagnostiziert Liebsch an dem zunehmend »präsentistischen und [...] funktionalistischen Begriff vom Vergangenen« (93) in der Gesellschaft und in den Medien, aber auch in der Geschichtswissenschaft eine »Vergangenheitsvergessenheit« (97), die den von Benjamin erhobenen Anspruch auf »geschichtliche Gerechtigkeit« gegenüber Opfern und Besiegten in der Geschichte vermissen lasse (94, 103). Diese auf eine Einheitsformel reduzierte Diagnose ist zumindest für die Geschichtswissenschaft in toto verfehlt. Dass die Erfahrung der Kontingenz eine in die klassische griechische Antike zurückreichende philosophische Tradition aufweist und in der Spätantike auf den Begriff »Kontingenz« gebracht wurde, erläutert Ricken in z.T. unzulässig verkürzten begriffsgeschichtlichen Ausführungen. Denn er nimmt, wie auch Liebsch, den herausragenden Stellenwert des anthropologischen Sachverhalts in der Geschichtswissenschaft nicht zur Kenntnis, weil er die onomasiologische Rekonstruktion des Bedeutungsfeldes von »Kontingenz« vernachlässigt, sodass Worte wie »Endlichkeit«, »Erfahrung« und »Offenheit« weitgehend außerhalb seiner Betrachtung bleiben. Ricken stellt sich zudem die Aufgabe, die kategorialen Eigenschaften des Begriffs und die ihm zugrunde liegende temporale Struktur zu nutzen, um ihn als einen möglichen »kritischen Grundbegriff« (29) für die »gegenwärtigen Theoriedebatten« in den Kulturwissenschaften vorzustellen, sodass der notorischen Neigung zur »Naturalisierung« und »Positivierung« von Kontingenzerfahrungen kritisch begegnet werden könne (45).

Frank Konersmann (Bielefeld)

**Lehmann, Kai, u. Michael Schetsche (Hg.),** *Die Google-Gesellschaft. Vom digitalen Wandel des Wissens*, transcript, Bielefeld 2005 (408 S., kt., 26,80 €)

Der plakative Titel dieses Sammelbandes hat sich in kurzer Zeit bereits als Schlagwort etabliert. Dabei geht es nur in wenigen Beiträgen direkt um »Google« oder andere Internet-Suchmaschinen; vielmehr wollen die Hg. mit der Metapher »Google-Gesellschaft« auf einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel hinweisen, der mit dem zunehmenden Gebrauch des Mediums Internet verbunden ist.

In ihrer Einleitung stellen die Hg. zusammen mit Thomas Krug »Zehn Prinzipien der neuen Wissensordnung« vor. Wenn eine Mehrheit der Bevölkerung Informationen und Wissen zunehmend über das Internet bezieht, so der Ausgangspunkt ihrer Überlegungen, geht damit eine kollektive Veränderung des Verständnisses von Wissen und

Wissensaneignung einher, die »auch das Handeln der Subjekte außerhalb der Netze« bestimmt und »auf neue Weise eine gemeinsame Realität der Nutzer« konstituiert (21). Aber nicht nur dies: Während jedes Individuum die sozialen und rechtlichen Normen, die die moderne Gesellschaft prägen, unter Inkaufnahme von Sanktionen hintergehen kann, beschränkten technische Normen von Programmen diesen individuellen und sozialen Spielraum unhintergebar – wer die neuen Medien nutzen will, muss sich deren Normen unterwerfen. Auf der anderen Seite wird die interaktive Aneignung von Wissen statt passiver Rezeption hervorgehoben, ebenso die Ergänzung der traditionellen Tauschökonomie durch die »Geschenk-Ökonomie« der Open-Source-Bewegung, die allen Interessierten ihre Produkte zur Verwendung oder Weiterentwicklung zur Verfügung stellt.

In den folgenden zehn Themenblöcken wird das weite Spektrum sowie die Widersprüchlichkeit dieser fließenden Veränderungsprozesse und ihre möglichen sozialen Folgen diskutiert. So thematisieren mehrere Beiträge die Monopolstellung der führenden Suchmaschinen, deren ökonomische Interessen und datenschutzrechtliche Probleme: Die fehlende Transparenz der Suchalgorithmen mache es für die Nutzer unmöglich, die Gründe für die Trefferauswahl und das Trefferranking nachzuvollziehen; häufig sei das Ergebnis, »bestehende Ungleichheit zu bewahren und neue zu erzeugen – politisch, sozial und ökonomisch« (23). Zugleich trage die Nutzung von Suchmaschinen zum »schleichenden Verlust der Privatsphäre« (186) bei; obwohl rechtlich umstritten, sammeln die Suchmaschinen einiger kommerzieller Anbieter Daten, die von den Nutzern nicht mehr komplett gelöscht werden können. – Andererseits bietet das Netz aber auch Räume für politische »Gegenöffentlichkeiten« durch die Nutzung von Weblogs und Podcasts für politische Kampagnen von NGOs, als Forum für neue Bürgerrechtsbewegungen, so z.B. das Nachrichtenportal »indymedia.org«, dessen über 140 lokale Zentren »das größte linkspolitische Netzwerk der Welt bilden« (140). – Zwei Themenblöcke widmen sich den Bereichen des E-Learning, also den vielfältigen Möglichkeiten, die neuen Medien in der Aus- und Weiterbildung zu nutzen, und – sonst eher selten thematisiert – den veränderten Bedingungen von Wissenschaft und Forschung durch digitale Datenbanken, digitale Publikationsformen, die Open-Access-Bewegung, die Möglichkeiten von Kommunikation und Vernetzung.

Mit seiner großen Anzahl von knapp 50 inhaltlich breit gestreuten, formal sehr unterschiedlichen und meist relativ kurzen essayistischen, aber durchaus wissenschaftlich fundierten Beiträgen ähnelt der Sammelband in gewisser Weise selbst den Treffern bei einer Anfrage in einer Internet-Suchmaschine. Auch die Beiträge zeigen den Wandel, denn es wird viel häufiger auf Online-Quellen verwiesen als auf klassische Literatur. Und aktuelle Hinweise und Ergänzungen werden seit dem Erscheinen des Bandes auf der Website »www.google-gesellschaft.de« veröffentlicht, auf der einige Autoren auch ein Weblog führen. Insgesamt befasst sich der Band, im Gegensatz zur oft anzutreffenden Internet-Euphorie, erfreulich kritisch mit den Chancen und Risiken der gesellschaftlichen Transformationsprozesse, an denen wir alle beteiligt sind. Anne Thillosen (Bochum)

## Psychologie

**Reuleaux, Nele**, *Nationalsozialistische Täter. Die intergenerative Wirkungsmacht des malignen Narzissmus*, Reihe Psyche und Gesellschaft, Psychosozial, Giessen 2006 (310 S., br., 32 €)

Die Hauptthese des Buches besteht in der Zurückweisung des sogenannten »Normalitätsparadigmas«, das sich in der NS-Täterforschung mit Hannah Arendts Begriff der »Banalität des Bösen« und Brownings »Ordinary men« gegenüber der Diabolisierung der Täter als einige wenige kriminelle Naturen durchgesetzt hatte. Die Spitze der Polemik richtet sich jedoch nicht gegen diese beiden Autoren, sondern gegen Harald Welzers *Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder wurden* (2005). Die Autorin bestreitet nicht die Vielzahl und die Verschiedenheit der Täter: aber sie schreibt ihnen allen ein psychopathologisches Störungsbild zu, das sie aus einer deskriptiven Perspektive eine »gesellschaftskonforme Persönlichkeitsstörung«, aus einem psychoanalytischen Blickwinkel das »Syndrom« des »malignen [böartigen] Narzissmus« nennt. Dessen Ursachen lägen in frühkindlichen Traumatisierungen und Interaktionsstörungen mit »dem bedeutenden anderen«, welche die Ausbildung eines »gesunden« Narzissmus verhinderten. So komme es – nach Kernberg – zu einer Spaltung zwischen einem grandiosen und einem entwerteten, hungrigen Selbst. Obwohl die Autorin einräumen muss, »dass es nur wenig aufschlussreiche Aufzeichnungen über die frühe Kindheit von NS-Tätern gibt«, kann ihrer Meinung nach »davon ausgegangen werden, dass demütigende, traumatische Ereignisse narzisstische Störungen hervorbringen« (11). Dies führt dann »zu der wesentlichen Frage [...] ob sich das Syndrom des malignen Narzissmus« (gemeint ist: bei den NS-Tätern, EW) »frei einfallen konnte, gerade weil es eine gesellschaftlich integrierte Störung gewesen ist« (ebd.). Die bejahende Antwort auf diese Frage im weiteren Fortgang des Buches gibt der Verfasserin einen vermeintlichen Schlüssel dafür in die Hand, die Persönlichkeit der Täter und so auch ihre Motive in Zusammenhang mit den politischen Verhältnissen freizulegen. Und sie erlaubt es ihr gleichzeitig, sie trotz ihrer Unterschiedlichkeiten sämtlich als psychisch gestörte Individuen zu psychopathologisieren.

Dem Problem, dass (fast) jeder hätte zum Täter werden können, dass solche Tatbereitschaften somit bei der damaligen deutschen Bevölkerungsmehrheit vorausgesetzt werden müssen, entgeht sie durch einen Definitionstrick: indem sie Normalität nicht als Durchschnittlichkeit bestimmt, wie es die deskriptive Psychopathologie tat, sondern als Normativität: in diesem Zusammenhang konkretisiert als »Verwurzelung in einem verbindlichen humanitären Wertesystem« (41). Somit haben lediglich »nicht zerstörerische Handlungen« als normal zu gelten – weil, so warnt die Autorin, ansonsten »die Störungen des pathologischen Narzissmus unerkannt blieben« (27). Auch jedwede Verletzungen des Tötungstabus sind aus dieser Sicht als nicht »normal« zu betrachten, weil sie mit normativen Prinzipien nicht im Einklang stehen. Kants kategorischer Imperativ wird dazu bemüht (25), diese durch eine humanitäre Wertordnung konkretisierte Normativitätsthese des Normalen zu stützen, wobei in Vergessenheit gerät, dass Kant sich in seiner Kritik der praktischen Vernunft nie für eine bestimmte inhaltliche Fixierung des Sittengesetzes ausgesprochen – und im Übrigen auch die Todesstrafe bejaht hat.

Indem den NS-Tätern ein maligner Narzissmus zugeschrieben wird, geraten sie, was die angeblich zugrunde liegenden psychodynamischen Mechanismen betrifft (natürlich nicht hinsichtlich der Gesellschaftskonformität der »Störung«), in die Nähe der Kinderschänder und Vergewaltigungstäter, auch wenn das von der Autorin nicht beabsichtigt ist. Empirische Belege für eine derartige Einordnung sind, nach deren eigenem Eingeständnis, bislang nicht

beizubringen gewesen (11). Wissenschaftstheoretisch haben diese Überlegungen den Status einer unverifizierten Hypothese, die zudem einer *prima vista* Plausibilität ermangelt. Der zweiten These, dass es sich um gesellschaftskonforme Handlungsweisen gehandelt hat, kann ich schon eher zustimmen. Wahrscheinlich gibt es in bestimmten Zeitperioden weit verbreitete Handlungsbereitschaften, die auch kollektiven Erfahrungen und kollektivem Erleiden entspringen, und Empfangsstrukturen für ideologische Anrufungen bilden, wenn diese unter anderem auch eine Erhöhung des eigenen Selbstwertes durch Unterdrückung von anderen versprechen. Zu solchen Erfahrungen und Erleidnissen gehören auch die Materialschlachten des ersten Weltkrieges, die millionenfach die Tötungstabus aller Beteiligten außer Kraft gesetzt haben; die Gefühle der Erniedrigung, als der Luftballon wilhelminischer Kaisergrandiosität platzte; der Verlust von materieller Sicherheit und von Geborgenheitsräumen in der Inflation und während der Weltwirtschaftskrise. Davon ist bei der Autorin nur ganz am Rande die Rede. Auch bleibt ungesagt, dass die verbindlichen humanitären Prinzipien wie das Tötungstabu, auf die sie ihre Normativität bezieht, nichts dem Menschen Eingeborenes sind, sondern geschichtliche Errungenschaften, die lange Zeit gebraucht haben, um sich wenigstens als allgemeinmenschlich gültige Forderungen hier und da Gehör zu verschaffen. Ein schrittweiser Humanisierungsprozess, wie brüchig und manchmal rückläufig auch immer, geht jeder möglichen Dehumanisierung voraus, ja er bildet geradezu deren Voraussetzung. Bis das Tötungstabu sich in seinem Verlauf über die Kernfamilie, den erweiterten Familienverband, die ethnische Einheit, die Religionsgemeinschaft auf alle Menschen ausdehnen konnte – und auch das immer noch mit institutionalisierten Ausnahmen wie Todesstrafe und Krieg –, vergingen Jahrtausende. Auf solche institutionalisierten Ausnahmen haben auch die Nazis zurückgegriffen. Aus ihrer rassistischen Sicht und ihrem Sündenbockbedürfnis haben sie einiges davon, was gut und was böse ist, neu definiert und so einer Vielzahl von Tätern das Gefühl gegeben, immer noch normengerecht zu handeln. Das ist keine Entschuldigung, bezeichnet aber ein gravierendes, weil vielleicht auch in Zukunft wieder auftauchendes Problem.

Nele Rouleaux hätte wahrscheinlich besser getan, wenn sie in ihrem Buch die Unterscheidung der Täter in verschiedene Gruppen, die sie zitiert (35), weiter verfolgt hätte. Das Skandalon heute sind ja nicht so sehr die sadistischen Exzesstäter, deren Pathologie unbestreitbar ist. Es sind vielmehr die intellektuellen Planungsstrategen und die gehorsamen Vollstrecker, wie Goldhagen sie genannt hat, und es ist das System der institutionellen Abstützung und Arbeitsteilung, das es vielen erlaubt hat, als kleines oder auch größeres Rädchen der Tötungsmaschinerie zu funktionieren, ohne dabei auf das schreckliche Ende hinsehen zu müssen. Solche kanalisierenden und zugleich verbergenden Strukturen könnten auch heute wieder zu unmenschlichen Zwecken in Anspruch genommen werden. Statt eine Bevölkerungsmehrheit zu pathologisieren, indem man ihr malignen Narzissmus zuschreibt, wäre es vielleicht nützlicher gewesen, die Fragerichtung umzukehren und nach den Gründen – den gesellschaftlichen, den interaktionellen und den intrapsychischen – zu suchen, weshalb eine Minderheit sich dem Mitmachen an den Tötungsaktionen verweigert hat.

Im zweiten Teil des Buches geht es um die »Traumatransmission« bei den Opfern und bei den Tätern an die zwei darauffolgenden Generationen. Beides ist bisher meist nur getrennt abgehandelt worden. Insofern ist es bereits weiterführend, sie einmal gemeinsam zu betrachten, wie die Autorin es tut. Aber die Fokussierung auf die beiden Prominentensöhne bzw. Enkel Niklas Frank und Norris von Schirach verstellt auch den Blick auf die Kinder und Enkel »gewöhnlicher« Nazis. Es wäre wahrscheinlich lehrreicher gewesen, stattdessen etwa die Gruppenerfahrungen, die Dan Bar On mit Täterkindern gesammelt hat, ausführlicher heranzuziehen.

Erich Wulff (Paris)

## Soziologie

**Belina, Bernd, *Raum, Überwachung, Kontrolle. Vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung*, Westfälisches Dampfboot, Münster 2006 (321 S., br., 29,90 €)**

Was bedeutet die Feststellung ›gefährlicher Orte‹ durch Polizei und Medien? Was lässt sich mit der Beobachtung anfangen, Kriminalitätsbekämpfung orientiere sich nun stärker auf Prävention und dabei auch auf die architektonische Gestaltung von Plätzen und Gebäuden der Stadt? Einen schlüssigen Deutungsvorschlag bietet die Dissertation Belinas. Ausgehend von Marx lässt sich Kriminalpolitik funktional in das Gefüge von Staatsapparaten der bürgerlichen Gesellschaft einordnen. Der Fortbestand der kapitalistischen Produktion wird durch Instrumente sozialer Kontrolle gewährleistet. Strafrecht und Kriminalisierung sind prominente Instrumente. Verf. konstatiert ein »*governing through crime*« (24), die Bestimmung des ›Kriminellen‹ als Mittel der Herrschaftssicherung.

Auffällig ist gegenwärtig, dass das ›Kriminelle‹ immer öfter unter Zuhilfenahme von räumlichen Kategorien bestimmt wird. »Zentral [...] ist die ideologische Konstruktion ›krimineller Räume‹« (81). Eine solche Konstruktion wird möglich, da immer schon bestimmte Teile der Stadt mit Angstvorstellungen verknüpft sind. Zuschreibungen wie ›gefährlicher‹ bzw. ›sicherer‹ Raum vereinfachen die Orientierung und reduzieren Komplexität. Zentraler Gedanke Belinas ist, dass es im Interesse der Herrschaftssicherung liegt, an dieser oft unreflektierten Einteilung anzusetzen, sie zu vertiefen, und so eine Kriminalisierung von Raumausschnitten zu betreiben. Ist dies einmal gelungen, so lässt sich eine präventive Kriminalpolitik (was meist tiefgreifenderen sowie tatunabhängigen Maßnahmen entspricht) legitimieren.

Im zweiten Teil belegt Verf. seine Sichtweise auf gegenwärtige Tendenzen in der Kriminalpolitik. Zunächst nimmt er sich das wirkmächtige ideologische Dreigestirn *Broken Windows*, *Zero Tolerance*, *New York* vor. Er möchte zeigen »inwiefern und wie diese drei Schlagworte als strategisch eingesetzte Raumideologien funktionieren« (134). In allen drei Stichwörtern wird der Zusammenhang von Raum und Kriminalität behauptet; dadurch werden »Maßnahmen legitimiert, die den staatlichen Zugriff [...] ermöglichen [...], ohne dass diesen ein kriminalisierbarer Akt nachgewiesen werden muss« (134f). Weil eine verwarloste Gegend zu Straftaten reize, sei staatliches Vorgehen schon gegen minimale Abweichung gerechtfertigt, so die Konsequenz der *Broken Windows*-These; härteres Vorgehen der Polizei – besonders in bestimmten Stadtteilen – wird unter dem Schlagwort *Zero Tolerance* gefordert; schließlich ist die Vorstellung eines Zusammenhangs von Kriminalität und Raum eingeflossen in die Polizeistrategie New Yorks unter Bürgermeister Giuliani, der nachfolgende Rückgang der Kriminalität wird seitdem unter dem Schlagwort *New York* als Beleg für die Relevanz räumlicher Kriminalitätspolitik benutzt. Verf. skizziert kenntnisreich die Genealogie der einzelnen Schlagworte und präpariert jeweils den ideologischen Kern ›Legitimation staatlicher Kontrollausweitung‹ heraus. Anschließend wendet er sich dem ›öffentlichen Raum‹ zu. Auch dieser bleibt von der »Kriminalisierung von Raumausschnitten« (133) nicht verschont. Mit Hilfe von Habermas' Öffentlichkeitsbegriff arbeitet Belina die Schwäche des normativen Konzepts heraus, die in dem vagen Anspruch eines gleichberechtigten Zugangs für Alle besteht, ein Einfallstor für konservative Inbeschlagnahme des Begriffs: Um Teilhabe für möglichst viele zu gewährleisten, sei gerade bestimmten Gruppen der Aufenthalt im öffentlichen Raum zu verweigern, so die konservative Umdeutung des vormals inklusiven Konzepts; die Anwesenheit devianter Subjekte schrecke die Mehrheit von der Nutzung des öffentlichen Raums ab. Der so umgedeutete ›öffentliche Raum‹ fungiert als Raumideologie zur Vertreibung von

Minderheiten und Randgruppen und legitimiert ein ›härteres Durchgreifen‹. Verf. belegt es anhand konkreter Vertreibungspraxis der Staatsgewalt. Videoüberwachung und Raumverbote sind zunehmend Mittel der Polizeiarbeit geworden.

Das Buch endet mit einem Exkurs zur Geschichte der Kriminalpolitik in den USA: von der Einrichtung autarker kommunaler Polizei Mitte des 19. Jh. über nationalstaatliche Zentralisierungstendenzen im 20. Jh. bis zu der erneuten Verantwortungsverlagerung auf die lokale Ebene im Zuge des *community policing*. Der Aufhänger Skalenstrategie, der das Kapitel strukturiert, bleibt etwas schwach: Fraglos kam es in den USA zu einer Veränderung der Maßstabsebene, auf der die Polizeiarbeit organisiert wird. Dies kann als ein Nebeneffekt zunächst der Herausbildung eines modernen Staates und später einer neoliberalen Tendenz zur Rückübertragung von Verantwortlichkeiten auf die lokale Ebene verstanden werden. Belinas Auffassung, darin eine explizite Skalenstrategie zu sehen, misst der Kriminalpolitik zu großes Gewicht bei. Das Herrschaftsinstrument Kriminalität ist weiterhin nur eines unter anderen. Es ist das Verdienst des Autors, ein Instrument zur Herstellung sozialer Ordnung – das *governing through crime* – und dessen zunehmend räumlichen Diskurs kritisch markiert zu haben. Verf. zeigt, inwiefern mit der Konjunktur des Raums in kriminalitätspolitischen Debatten die Enttennung sozialer Verhältnisse verbunden ist. Soziale Wirklichkeit wird dabei der gesellschaftlichen Verfügbarkeit enthoben und ihres politischen Gehalts entledigt.

Henning Füller (Frankfurt/M)

**Hempel, Leon, u. Jörg Metelmann (Hg.), *Bild – Raum – Kontrolle. Videoüberwachung als Zeichen gesellschaftlichen Wandels*, Suhrkamp, Frankfurt/M 2005 (402 S., br., 14 €)**

Der Band versammelt stadtsoziologische Studien zu den drei Begriffen Bild, Raum und Kontrolle, die allerdings wenig präzise gefasst werden. Größtenteils behandeln Verf. Videoüberwachung (VÜ) als Zeichen eines gesellschaftlichen Wandels entweder (in Anlehnung an Foucault und Derrida) in Richtung Kontrollgesellschaft oder in Richtung der Spannung zwischen Erlebnisgesellschaft und Kontrolle.

Lutz Ellrich diskutiert die provokative These, dass das entscheidende Motiv für die weitreichende Akzeptanz der Überwachung im popkulturellen Hedonismus samt seiner ausgeprägten Konsumorientierung läge (38), verneint aber die völlige Konvergenz von Überwachungs- und Erlebnisgesellschaft, da VÜ häufig Zweifel an der Wirksamkeit von Sicherheitsmaßnahmen und neue Unsicherheitsgefühle hervorruft (47); statt Konvergenz sieht er eher einen »normalistischen Trend«, in dem fehlender Widerstand auch als Ohnmachtsgefühl interpretiert werden kann. Am Beispiel der *Big Brother*-Sendungen zeigt er, dass die heute vorherrschenden Sicherheitsstrategien darauf verzichten, ins Innere der Akteure vorzudringen, um ihre »Motive« zu regulieren, sondern sich auf die relative Konformität des äußerlichen Verhaltens beschränken (44).

Dietmar Kammerer kritisiert den »doppelten Mythos der Videoüberwachung in der visuellen Kultur«, da sie weder halte, was ihre Befürworter versprechen (Prävention), noch, was ihre Kritiker befürchten (totale Kontrolle). Gefährlich sei aber die wachsende Digitalisierung und Computerisierung, die den automatisierten Abgleich mit Personen-datenbanken erlaubt: »im Elektronischen, nicht im Optischen liegt zukünftig das größere Überwachungs- und Kontrollpotenzial« (98). Sein Fazit, VÜ »weniger als Instrument der Verbrechensbekämpfung denn als kulturelles Signum unserer Zeit« zu verstehen, folgt seinem Ansatz, die Ästhetisierung und Verwandlung des Paranoiden in Ware ausschließlich in Werbung und Hollywood-Kino zu suchen (98), ignoriert aber dass VÜ sehr wohl auch zu Kontrolle und Strafverfolgung herangezogen wird.



Georg Franck thematisiert den Kurzschluss zwischen Werbung und Überwachung. Beide privatisieren zunehmend den öffentlichen Raum, auch wenn der Zugang formal für alle offen bleibt, wird er einseitig für private Zwecke genutzt. Das Ausmass der Werbung im Stadtbild markiert das soziale Gefälle: Die Reichen halten sich ›Belästigungen‹ vom Leib, während die Armen die »Kontamination des Erlebnisraums« ertragen müssen (143). Aufbauend auf der Analyse des Raums als gestapeltem und hierarchisch erschlossenem System mit abnehmenden Formen von Öffentlichkeit (z.B. Stadtviertel-Strasse-Treppenhaus-Wohnung-Schlafzimmer-Schlafzimmerschrank-Schrankschatulle), kritisiert er die Funktion von »Schnittstellen mit diskriminierender Wirkung«, die trennscharf wie eine Tür oder diffus wie ein Wohnquartier sein können (145). Dass Graffiti und Vandalismus von Befürwortern der VÜ als Grund für flächendeckende Überwachung genannt werden, verweise nur auf ihren besonderen Reiz: »Vandalen machen kaputt, was ihnen sagt, dass sie nicht mithalten können. Die Neigung zur Rache an den Verhältnissen wächst mit der Ungleichheit, mit der Kaufkraft verteilt wird [...]. Armut und Werbung reizen zu Übergriffen entlang der Besitzgrenzen [...]. Es sind die Grenzen, die herkömmlich durch Schlösser, Gitter und Wachpersonal gesichert werden« (149). Deutlicher noch als der Besatz mit Werbung markiert die Dichte der Kameras das soziale Gefälle: »Die Kameradichte nimmt mit dem sozialen Status ab« (148f). Die *gated community* dient Franck als Beispiel. Biometrie bietet heute die Möglichkeit, »von der automatischen Kategorisierung der observierten Personen zur automatischen Identifikation überzugehen« (151). Der Abgleich mit biometrischen Datenbanken erlaubt die Identifikation einzelner Bewohner, wo vorher anonyme Mitglieder einer bestimmten Gruppe erkannt wurden (z.B. ein Obdachloser). Das wachsende Gefälle wird so zur Frage nach der Selektivität von Schwellen im Raum. Segregation erfolgt auch ohne Technik, aber neue Techniken erlauben neue nach unten abgeschottete Clubs (reiche Länder schließen sich zusammen, indem sie die Grenzen dicht machen, *gated communities* limitieren den Zugang in Städten). Die Clubs sorgen für Nachfrage nach Techniken für Detektion und Ausschluss unerwünschter Personen und sind so treibende Kraft der technischen Entwicklung (154). Dem Fazit, dass im globalen Maßstab die Grenzen nicht nur zwischen Stadtteilen, sondern auch zwischen Weltregionen schärfer kontrolliert und das Gefälle insgesamt steiler wird, ist kaum zu widersprechen; ebensowenig der Beobachtung, dass gleichzeitig mit der Zahlungsbereitschaft für Sicherheit die Bereitschaft steigt, Freiheiten zu opfern.

Frank Heltens empirischer Beitrag über Berliner Shoppingmalls belegt (wie andere Autoren auch, z.B. Clive Norris im selben Band) die geringe Wirksamkeit von VÜ. Interventionen des Personals bleiben selbst bei experimentellen Verstößen gegen die Hausordnung selten. Die Mehrzahl der Besucher verhält sich bereits ohne Kenntnis der VÜ »angemessen unauffällig«, steigert dies jedoch noch, wenn sie sich der Tatsache der VÜ bewusst werden (162). Daraus folgert Verf., dass hier ein »Prozess der Selbstdisziplinierung in der Überwachungsgesellschaft« auch ohne VÜ und ohne Kameraatruppe stattfindet (ebd.). Aus dieser relativen Ineffizienz schließt er, dass »weniger die Kontrolle von Personen als vielmehr die von betrieblichen Abläufen im Vordergrund steht«. Im Widerspruch dazu befindet sich Manfred Bornewasser mit einer leider nicht-repräsentativen Untersuchung von VÜ in Brandenburg: »präventiver und repressiver Erfolg der VÜ hängen entscheidend von der konkreten Ausgestaltung [...] der Überwachungs-, Einsatz- und damit verbundenen Sanktionsprozesse ab« (237). Wichtig sei nicht nur der Mensch hinter der Kamera, sondern auch der, der sich aufmacht, in eine Situation zu intervenieren. Aber auch wenn diese Intervention ausbleibe, sei VÜ ein »effektives Instrument der präventiven Sozialkontrolle« (241), da die Kriminalitätszahlen reduziert wurden.

Die Beiträge stehen unverbunden nebeneinander. Letztlich wird zwischen poststrukturalistischen Ansätzen, die VÜ als weiteren Schritt zunehmender gesellschaftlicher Kontrolle interpretieren, und der bloß empirischen Kritik, die die geringe Wirkung der VÜ belegt, keine übergreifende Position entwickelt. Es fehlen (z.B. marxistisch-regulationstheoretische) Analysen der zugrunde liegenden wirtschaftlichen Interessen, etwa eine Analyse der boomenden Sicherheitsindustrie. Einigkeit scheint aber darüber zu bestehen, dass die (gefährliche) Zukunft der Videoüberwachung in der Kombination mit anderen Technologien (v.a. Digitalisierung, biometrische Erkennungssysteme, Vernetzung mit elektronischen Datenbanken) liegt.

Sven Engel (Paris)

**Alexiou, Alice Sparberg, Jane Jacobs: *Urban Visionary*, Rutgers University Press, New Brunswick 2006 (231 S., geb., 24,95 US\$)**

In *The Death and Life of Great American Cities* (1961; dt.: *Tod und Leben großer amerikanischer Städte*, 1963) hatte Jane Jacobs verdeutlicht, dass Stadtplanung und -sanierung in der Ära fordistischer Modernisierungsregime ihr selbst gestecktes Planungsziel verfehlen müssen, wenn sie mit der räumlichen Trennung sozialer Funktionen in den Städten die Absicht verfolgen, die Lebensverhältnisse zu verbessern (vgl. Berndt in *Argument* 44/1967). Damit verhalf sie in den mit dem Themenfeld Stadt beschäftigten Disziplinen der Architektur, der Politik- und Verwaltungswissenschaften und der Soziologie einer Kritik zum Durchbruch, die gegen die Monotonie und den Funktionalismus des modernen Städtebaus die Berücksichtigung historisch gewachsener Bedürfnislagen der lokalen Wohnbevölkerung einforderte und gegen einen zentralstaatlichen Dirigismus die Aspekte der Autonomie und der Selbstverwirklichung nachbarschaftlicher Sozialbeziehungen thematisierte.

Verf. unternimmt den Versuch, Themenstellung und Entstehungsgeschichte von *The Death and Life* aus einer Verschränkung mit der Biographie der Autorin verständlich zu machen. Die Darstellung ist auf die Vermittlung des Textes mit seinem Kontext, den städtebaulichen Leitbildern, der Wohnungspolitik und der lokalpolitischen Machtstruktur der Stadt New York in den 1950er Jahren sowie dem persönlichen Engagement der Autorin gegen die städtischen Sanierungspläne für ihren Wohnort, das New Yorker Viertel Greenwich Village, konzentriert. Um diese zentralen Kapitel herum werden die Stationen im Leben von Jacobs gruppiert. Verf. berichtet von der Sozialisation in einem bürgerlich-protestantischen Elternhaus in Scranton (Pennsylvania) und von Jacobs' Erfahrungen als junger Stenographin und Journalistin im New York des New Deal. Abschließend wird auf die Auswanderung der Familie Jacobs in das kanadische Toronto 1968, auf den fortgesetzten Aktivismus der Autorin gegen Stadt-sanierungsprogramme und ihr Wirken als Publizistin eingegangen. Das Material für die Biographie geben die Werke von Jacobs, von Verf. geführte Interviews und eine Auswertung von Sekundärquellen. Jacobs selbst hatte eine Mitarbeit an diesem wie auch an jedem anderen Biographieprojekt verweigert (7).

An der Biographie fällt ein hagiographischer und wissenschaftssoziologischen Überlegungen ferner Zug auf. Verf. präsentiert Jacobs als die gelebte »antithesis of the idealized postwar mother« (30), die das innerstädtische Wohnen, Arbeiten und politische Tätigsein mit Familie einem Hausfrauen-Dasein in Suburbia vorzieht, als akademische Außenseiterin ohne College-Abschluss wirkungsmächtig in Diskurse des Wissenschaftssystems eingreift und sich furchtlos gegen politische Autoritäten und anerkannte Lehrmeinungen stellt. Dabei wird wenig Gewicht auf eine Analyse der gesellschaftlichen Gelegenheitsstrukturen für das Aufkommen und den Erfolg dieses Subjektentwurfs gelegt. Mehr dominieren weniger erklärende Kennzeichnungen wie die Charakterisierung der Autorin als »passionate lover of cities« (9)

den Text. Die zeitgenössische Kritik an *The Death and Life*, die sich vor allem auf die Ausklammerung der Lebenssituation der innerstädtischen schwarzen Armutsbevölkerung und die Dethematisierung rassistischer Exklusion in Jacobs' Problemdiagnose bezog, wird wiedergegeben, ohne die Frage nach den in einem Zusammenhang von Wissensproduktion und sozialer Struktur zu suchenden Gründen für diese Auslassungen aufkommen zu lassen. Der Gedanke schließlich, dass eine Kritikfigur, die gegen den Staatsinterventionismus der 1950er bis 1970er Jahre den Verzicht auf eine offensive politisch-staatliche Bearbeitung des städtischen Raums und der sozialen Lebensverhältnisse in den Städten gefordert hat, unter den Bedingungen des Niedergangs fordristischer Sozialpolitiken Gefahr läuft, mehr Legitimationswissen für eine Fortschreibung des gegenwärtig dominanten Neoliberalismus zu sein als dessen kritische Durchdringung, blitzt am Beispiel des öffentlich geförderten Wohnungsbaus nur kurz auf (195) und wird nicht weiter verfolgt. – Jacobs ist im Frühjahr 2006 neunundachtzigjährig in Toronto gestorben. Jan Kemper (Berlin)

## Soziale Bewegungen und Politik

**Bronner, Stephen Eric**, *Blood in the Sand. Imperial Fantasies, Right-Wing Ambitions and the Erosion of American Democracy*, University of Kentucky Press, Lexington 2005 (207 S., Ln., 22 US-\$)

**Fox Piven, Frances**, *The War At Home. The Domestic Costs of Bush's Militarism*, The New Press, New York 2004 (165 S., Ln., 19,95 US\$)

**Moore, Michael (Hg.)**, *Will They Ever Trust Us Again? Letters From the War Zone. The Troops and Their Families Write to Michael Moore*, Penguin, London 2004 (218 S., br., 4,99 £)

»Der Feind steht im eigenen Land.« Mit jedem Tod, den diese liebkechtsche Wahrheit im Lügengewirr der kriegstreibenden Herrschenden stirbt (vgl. Reinhard Kühnl, *Krieg und Frieden*, 2003), bleibt doch auch die Hoffnung der Widersprüche, denn die Geschichte lehrt: Jeder Krieg besitzt seine Heimatfront. – Die verheerende Wirkung moderner Kriege auf die internationalistische Arbeiterbewegung wurden von dieser lange unterschätzt. Engels warnte im Rahmen der Boulangerkrise 1888 zwar energisch davor, dass ein »Weltkrieg« die zur Massenbewegung angewachsene Arbeiterbewegung zurückwerfen würde. Dennoch hielt sich, wie Balibar in seinem Artikel »Krieg« fürs *HKWM* kritisiert, die Kriegsmetapher für den Klassenkampf in der Arbeiterbewegung auch dann noch am Leben, als sich abzeichnete, dass mit dem Übergang zu einem Krieg, in dem »drüben die französischen Genossen dicht bei Englands Arbeitsmann (lagen)« und sich über den »Graben« mit den deutschen Arbeitern einen barbarischen Krieg lieferten (Tucholsky, *GW* 4, 571), sich die leninsche Hoffnung auf einen Umschlag des imperialistischen Krieges in den revolutionären Bürgerkrieg als »Arbeiterbewegungsfolklore« (Georg Fülberth) erweisen würde. Der enge Zusammenhang zwischen (insbesondere verlorenen) Kriegen und (revolutionären) Arbeiterkämpfen besteht zwar. Zuletzt hat ihn Beverly Silver auch statistisch nachgewiesen (*Forces of Labor*, 2005, 160-67). Und doch sind Faschismus und Nazismus nicht ohne die Barbarisierung durch den Ersten Weltkrieg zu denken, war der blutige zwischenimperialistische Konflikt die Urkatastrophe des 20. Jh.

Für die USA waren beide Weltkriege anders. Verheerungen an der Heimatfront gab es keine. Im Gegenteil. Die Wirtschaftskrise wurde durch die Rüstungsproduktion behoben, Amerika belieferte v.a. England mit schuldenfinanzierten Waffen und ging als Gläubiger der Welt als einziger wirklicher Sieger aus dem Krieg hervor, das »Amerikanische Jahrhundert«

im Gepäck. Heute gilt auch im Irakkrieg die Hineinziehung der Zivilbevölkerung in den Konflikt und die verschwimmende Unterscheidbarkeit von Kombattanten und Nichtkombattanten allein für die irakische Seite. Auch mit dem Verweis auf die unvergleichlich höheren Opferzahlen in Vietnam verwerfen Kritiker den vielbeschworenen Vergleich mit dem zivilgesellschaftlich aufrüttelnden Krieg im Südosten Asiens.

Dass der Vergleich sich dennoch ziehen lässt, belegen drei Tatsachen: 1. Die geringeren Opferzahlen des Irakkriegs erklären sich aus medizinischem Fortschritt. Das Verhältnis von Getöteten zu Verwundeten hat sich von 1:2,8 in Vietnam auf 1:16 im Irak gewandelt. Addiert man die Zahlen der jeweils im Jahresdurchschnitt in Vietnam und im Irak Getöteten und Verwundeten (5290/14812 zu 795/12720), dann zeichnet sich ein ähnliches Bild von jährlich etwa 20000 zu 13515 unmittelbaren Kriegsofern. 2. Vor dem Hintergrund der verstärkten mediendemokratischen Transformation der Öffentlichkeit wirken die Kriegsoffer heute viel nachhaltiger auf die Heimatfront, selbst wenn die ›eingebetteten Journalisten‹ zu Kriegsbeginn ›saubere Kriege‹ als ›chirurgische Eingriffe‹ suggerieren. Zudem ist die pazifistische Wirkung von Kriegsversehrten deutlich höher einzuschätzen als das patriotische Ehrengrab auf dem Friedhof des US-Militarismus in Arlington. Dies erkannte schon der kommunistische Schriftsteller und ›Hollywood-Ten‹-Regisseur Dalton Trumbo, als er seinen großen Antikriegsroman *Johnny Got His Gun* ohne Kriegsszenerie konzipierte, ganz allein basierend auf dem Fanal jenes ›toten‹ Mannes Joe Bonham, der noch ›lebendig‹ genug ist, seinen ›Tod‹ zu reflektieren und der Heimatfront darüber zu berichten. 3. Der US-Nationalismus und -Militarismus, der – ähnlich wie im historischen deutschen Militarismus (die »deutsche ›Freiheit‹«) – den Kriegstod als selbstaufopfernden Dienst am Vaterland charakterisiert, profitiert zwar von einem antiliberalen Reflex gegen den postmodernen (konsum-)individualistischen Exzess; und doch sind auch noch die Kritiker des liberalen Egoanarchismus Kinder der ›Postmoderne‹. Dass die Wiedereinführung der Wehrpflicht angesichts ihrer gesellschaftlichen Sprengkraft undenkbar geworden ist, ist ein Ausdruck dieser historischen Metatendenz gesellschaftlicher Individuation. Kurzum, auch der Irakkrieg besitzt seine Heimatfront, an der sich die Dialektik des Krieges als gleichzeitig legitimierende und negierende Politik entfaltet.

Drei ›eingreifend denkende‹ Bücher, die sich mit der Heimatfrontproblematik beschäftigen, sind kurz vor bzw. nach dem Wahlsieg Bushs 2004 erschienen und spiegeln die neokonservative Hegemonie und das autoritär-nationalistische Klima wider, aus denen sich die US-Zivilgesellschaft erst im Vorlauf zu den Kongresswahlen 2006 löst. Bronners Buch eignet sich als Chronik der Ereignisse seit dem 11. September 2001. Seine Sammlung von Beiträgen überspannt den Zeitraum vom Beginn der neokonservativen Hegemonie bis zum Beginn ihrer Krise ab Mitte 2005. Verf. interpretiert die US-Politik seit 9/11 (Sicherheitsparanoia, vulgärer Moralpopulismus und Präventivkriegspolitik) nicht als Traditionsbruch, sondern bloß als Radikalisierung bestehender Kontinuitätslinien. Wo für Hayek Naturrecht, Kant und Fichte die ›slippery slope of socialism‹ begründen, da begründet bei Verf. die Monroe-Doktrin eine allgemeine »slippery slope of reaction« (4), auf der sich Amerika durch die Neokonservativen bei beschleunigtem Tempo befindet: »It would be a mistake to think that the new legitimacy accorded to unilateral action and the preemptive strike constitutes a break from the past [...]. The real legacy of 9/11 can be found in the way that the most reactionary and militaristic tendencies of American history have congealed and been legitimated.« (2)

Dabei sehen sowohl Verf. als auch Fox Piven einen engen Zusammenhang zwischen innen- und außenpolitischer Agenda des Neokonservatismus. Während ersterer die bushsche Umverteilung von unten nach oben sich im Windschatten des Krieges und im

Sinne der ›Ablenkungsstrategie‹ Charles Beards vollziehen sieht, begreift Fox Piven den Krieg zunächst als politische Klammer des hochgradig widersprüchlichen konservativen Lagers: »The anxieties and passions aroused [...] tend to smooth over [the] divisions of the Republican base, at least so long as the sense of national emergency remains strong.« (29/62f) Zweitens tue die neuere Imperialismusdebatte gut daran, den Krieg als globalkapitalistische Regulationsform (Panitch) oder Plünderungsstrategie (Harvey) zu analysieren. Der externe Krieg als in den internen gesellschaftlichen Verhältnissen wurzelnde Maßnahme reflektiere sich jedoch nicht allein in der äußeren, sondern auch in einer inneren Plünderungsdimension: der Sozialkalkhschlagsagenda der Bush-Regierung. Deren Wesensmerkmale sieht Verf. in *direkten* kapitalistischen Bereicherungsformen wie 1. den Steuergeschenken an die Reichen, 2. einer zunehmenden Abkehr von der Progressivbesteuerung, 3. der Deregulierung der Umweltpolitik, Medien und des Agrarsektors und 4. dem massiven Zurückdrehen von gewerkschaftlichen Rechten sowie *indirekt* Angriffen auf soziale Errungenschaften des *New Deal* und *War on Poverty*: »War was and is a power strategy, and for awhile at least, it smoothed the way for the implementation of the right-wing domestic agenda.« (88) Dabei ist der scheinbar ›verrückte Krieg‹ (9) instrumentell vernünftig, da die Rekordverschuldungspolitik zwar die Widersprüche zwischen den Neokonservativen und den Fiskalkonservativen und Rechtslibertären verschärft, doch das *Starving of the Beast*, d.h. die dauerhafte Ruinierung des Staatshaushaltes, gleichzeitig dazu führt, dass der Abbau sozialer Leistungen und Privatisierungen für alle nachfolgenden Regierungen unumgänglich gemacht wird. Der Krieg wird zur nach außen *und innen* gerichteten Enteignungsstrategie: »Military aggression is a strategy of plunder«, aber in diesem Fall »military aggression also paved the political way for policies that are plundering Americans. The predatory beast was turning on its own« (12).

Der Wert von Bronners Buch liegt im Gegensatz zu dieser theoretisch angeleiteten Untersuchung im bisweilen scharfsinnigen politischen Kommentar eines Kriegstagebuchs. Dabei ist der Wandel in seinen Einschätzungen ein geeigneter Gradmesser für die Entfaltung des autoritär-nationalistischen Klimas in den USA, wenn sich an den tagespolitischen Interventionen ablesen lässt, wie dessen Druck selbst noch auf denjenigen Linken lastete, die, wie Verf., der gemäßigten Linken vehement ihr Versagen vor Augen führen. Im ersten Kapitel, geschrieben weniger als einen Monat nach dem 11. September, mahnt Verf. zum bedachten Handeln. Er verweist bereits auf den Zusammenhang von konkreter US-Politik und antiimperialistischem ›Bumerang‹ (Panitch) bzw. ›Blowback‹ (Chalmers Johnson), kritisiert damit den Geschichte und ökonomische Ungleichheit ausblendenden ideologischen Huntington-Chor, verurteilt gleichzeitig den reaktionären Antiimperialismus, kritisiert scharf die Grundsatzpazifisten, die sich teilweise rein instinktiv und – wie sich herausstellen sollte – doch zurecht gegen den Afghanistankrieg stellten, entwickelt aber noch keinen Begriffsapparat, der den kriminellen Akt des 11. Septembers vor seiner instrumentalisierten Umdeutung zum Kriegsüberfall schützt. Hier ist das Tor, in das der amerikanische »Weltausnahmestandard« (Röschert, vgl. *Argument* 264/2006) einfällt; dies ist das von den Neokonservativen genutzte Zeitfenster der Paralyse der Kritik, das die Kritik der Paralyse für fast fünf Jahre behindert.

Die eigene Paralyse lockert Verf. nach der Umwandlung der afghanischen ›Polizeiaktion‹ in den entgrenzten ›Krieg gegen den Terrorismus‹, der auf einer schmittschen Freund-Feind-Dissoziation, der ›Achse des Bösen‹ aus der Rede an die Nation vom 30. Januar 2002, beruht: »President Bush embraced the logic of Schmitt's argument [...]. Steps are being taken to turn the US back into the policeman of the planet, and this requires fueling the emotional distinction

between ›us‹ and ›them.‹« (29/31) Auch reflektiert Verf. den Anpassungsdruck auf die Linke, dem er selbst nachgegeben hatte: »Support for the action undertaken by President Bush against al Qaeda and the Taliban should never have been understood as a blank check. It was provisional, and it should have been articulated as such. Perhaps then there would have been less inclination to juxtapose a ›patriotic‹ Left against a ›pacifist‹ Left.« (36)

Den analytischen Verstand schärft dem zuvor gehemmten Kriegsgegner, der sich auf das Wohlwollen und die Mäßigung der Bush-Regierung verließ, als diese schon längst (und zwar einen Tag nach 9/11) ihren wichtigsten Antiterrorberater im Nationalen Sicherheitsrat, Richard A. Clarke (vgl. *Against All Enemies*, 2004), aufforderte, eine Verbindung zwischen 9/11 und Saddam Hussein zu fingieren, im Januar 2003 eine Irakreise und ein Eindruck derjenigen Gesellschaft, »that our government wanted to blast their back into the Stone Age than it had in 1991« (38). 2003 begleitet Verf. ideologiekritisch, wie sich die Kriegspropaganda von Massenvernichtungswaffen über die Hussein-Al-Kaida-Verbindung zum Menschenrechtsbellizismus hangelt und dokumentiert anhand der unbeeindruckt paralysierten »liberals‹ in the so called Democratic Party«, wie im Krieg die Wahrheit zuerst stirbt (58). 2005 schließlich, der neokonservative Spuk verliert an Suggestionskraft, stellt sich Verf. wieder der Heimatfrontfrage und schließt: »The American public would never have supported the war against Iraq if it had been given the information available now.« (84) Die Debatte dürfe aber nicht beim Aufdecken des Lügennetzes und der gescheiterten Irakstrategie der Neokonservativen halt machen: »Debate over the illusory claims and the quality of information has produced a loss of memory concerning the real reasons for the war.« Diese sieht Verf. in »geopolitical dreams of controlling vast oil resources and four rivers [...] in one of the most arid regions of the world; intimidation of Tehran, Damascus, and the Palestinians; a belief that American interests in the Middle East can no longer be left in the hands of Israel; and the perceived need for an alternative to the military bases situated [...] in Saudi-Arabia« (85). Dem Kitten des Bruchs im transatlantischen Verhältnis zum Trotz sieht Verf. Amerika geschwächer als noch zur Zeit der ›Koalition der Willigen‹. Mit dem Austritt Spaniens, Polens und Ungarns aus der Koalition bei gleichzeitiger Kontingentreduzierungen durch zahlreiche andere Länder und kaum mehr als symbolischer Unterstützung durch ›Old Europe‹ steigern sich die »Kosten des Sieges« ins Unermessliche: 1. der Sozialstaat/Staatshaushalt (nach offiziellen Angaben 660 Mrd. US\$/Jan. 2007), 2. die internationale Glaubwürdigkeit Amerikas, 3. die Bürgerrechte, 4. das vornationalistische und präxenophobe Klima und 5. die kritische Öffentlichkeit. Gleichzeitig sei der Irak unkontrollierbar geworden. »If ever there were a president who deserved to be impeached, it is George W. Bush.« (91)

Die (Ver-)Schärfung der Kritik von Verf. ist Indikator für die Dialektik des Krieges. Niemand dürfte diese besser vertraut sein als einem machiavellistischen Theoretiker der Ordnungspartei. Es ist ein Irrtum anzunehmen, der Irakkrieg der Neokonservativen sei ein Krieg der Neorealisten gewesen und die Linke ihr einziger Gegner. Eine Mehrheit der Neorealisten argumentierte schon frühzeitig gegen den Krieg. So hat Samuel Huntington in *Who Are We?* (2004) seine nationalistische und zunehmend isolationistische Kritik am Irakkrieg anhand einer Matrix innenpolitisch hegemoniefähiger Kriege entwickelt. Hegemonie entstehe durch ein hohes Maß an äußerer Bedrohung und die Aussicht auf einen die materiellen wie menschlichen Kosten im Rahmen haltenden und daher räumlich-zeitlich überschaubaren Krieg. Der amerikanische »permanente Krieg für permanenten Frieden« (Gore Vidal) mit seinen wenig geschulterten Kosten (Unilateralismus) entspricht einem solchen Krieg nicht. Das bedeutet mithin nicht, wie Frank Unger im lesenswerten Internetforum *Rationalgalerie*

herausstreicht, dass der Krieg für Amerika ein Verlustgeschäft ist. Verf. zeigen, welcher Riss durch Amerika geht, den kein Anstreicher der Welt auf Dauer zuzustreichen vermag. Wie in jedem Krieg kriegsgewinnlern dabei die der jeweiligen Epoche und Klassenstruktur gemäßen »Junker, Staatswahn und der Fabrikantenneid«, während die Arbeiterklasse »gut genug zum Fraß für Raben« (Tucholsky, GW 4, 572) bleibt. Wie lange aber die, die vor Hunger matt und bleich sind, neben den Satten und Dicken marschieren, das allerdings ist kein Naturgesetz, sondern hängt von menschlichem Handeln und politischen Kämpfen ab. Einen nicht zu unterschätzenden Beitrag in diesem Kampf hat der Upton Sinclair des 21. Jh., Michael Moore, geleistet. Mit seinem Gespür für den Alltagsverstand der Schwachen und angewandten Gramscianismus dreht er die Patriotismuskanone der Rechten auf diese selbst: »Remember when the war started and how kind of scary it was to make any statement against the war? If you did, you had better follow it up immediately with this line: ›BUT I SUPPORT THE TROOPS!!‹ I am here to tell you that you didn't need to say that. Of course, you support the troops! Who are ›the troops?‹ The majority of them come from the poor and working classes, the very people most of you have always sided with.« (4f) Verf. besaß nicht nur den Mut, in seiner Oskarrede und amerikanischen Kriegsfiel »Fahrenheit 9/11« »Name, Anschrift und Gesicht« der »dunklen Mächte« des US-Imperialismus zu benennen, als sich das keiner getraute, sondern hat mit seinen Soldatenbriefen die Legende zerstört, die amerikanischen Subalternen triebe nicht Aufstieghoffnung, sondern konservative Gesinnung in die Fänge der Militärmaschine. Seine Aufklärungsarbeit ist für die Diskreditierung des Irakkriegs nicht gering zu schätzen.

Verstärkt wurde die Desintegration der Kriegslegitimität, der die Desintegration des republikanischen Bündnisses, das nur der Krieg zusammenhielt, auf den Fuß folgte und in die Wahl Niederlage 2006 mündete, durch eine historische Besonderheit, auf die Fox Piven hinweist: »The conduct of America's current wars violates the lessons of history. Historically, governments waging war sooner or later tried to compensate their people for the blood and wealth they sacrificed. As war continued and the rush of patriotic fervor faded, governments tried to shore up support by expanding democratic rights, making the rich share some of the costs through increased taxation, and initiating or expanding social welfare programs. This period is markedly different.« (3) Auch Bronner gelangt zu dem Schluss: »Blickt man in die amerikanische Geschichte zurück, so zeigt sich, dass die großen Kriege stets mit politischen Maßnahmen zugunsten der Armen und der Arbeiter einhergingen: Auf den spanisch-amerikanischen Krieg folgten die Anti-Trust-Gesetze und einige andere ›progressive‹ Gesetzesinitiativen; nach dem Ersten Weltkrieg kamen die gestufte Einkommenssteuer und das Frauenwahlrecht; der Zweite Weltkrieg resultierte in der GI Bill; und die sozialen Programme, die man mit der ›Great Society‹ verbindet, entstanden während des Vietnamkriegs. Die Bush-Regierung hingegen hat sich von diesem traditionellen *quid pro quo* verabschiedet.« (Verlagsinterview vom 9.9.2005)

Zumindest für den historischen Augenblick hat die Vernunft gesiegt, ist die gesamtgesellschaftlich barbarisierende Wirkung des ›postmodernen‹ Krieges abgewehrt. Die Aussicht auf ein amerikanisches Weimar mit Freikorpsproblem (vgl. Sanbonmatsu in *Argument* 264/2006) hat sich nicht bewahrheitet. Die Bush-Regierung bezahlt ihre Rechnung mit der Hegemoniekrise des Neokonservatismus. Alle Verf. arbeiten daran, dass diese sich in eine Hegemoniekrise des *Neoliberalismus* übersetzt. Dass die Halbwertszeit ihrer politischen Interventionen gering scheint, zumal wenn sie theoretisch unausgegoren daherkommen wie bei Bronner, das sei ihnen geschenkt. Zugespitzt ließe sich urteilen, dass hier ›problemlösungsorientiert‹ die kritische Theorie der Akademie in handhabbares

politisches Massenwissen übersetzt wird. Ihre Halbwertszeit spiegelt sich im konkreten erfolgreichen Handeln von emanzipatorischen gesellschaftlichen Akteuren. Dieses lässt ihre Halbwertszeit wiederum deutlich höher ausfallen als jene des theoretisch ›anspruchsvollen‹ Werkes aus der jüngsten Epoche akademischer Warenästhetik. Ingar Solty (Toronto)

## Ökonomie

**Willke, Gerhard, *Kapitalismus***, Campus Einführungen, hgg. v. Thorsten Bonacker u. Hans-Martin Lohmann, Campus, Frankfurt/M-New York 2006 (215 S., kart., 12,90 €)

Der Verf. stellt seine Erörterung unter folgende Leitfragen: »Welche Phasen hat der Kapitalismus in seiner Entwicklung bisher durchlaufen, wie ist dieses System von den Meisterdenkern des Kapitalismus in den verschiedenen Epochen bisher gesehen und interpretiert worden, und welche Kernelemente lassen sich aus dem Vergleich dieser Diagnosen als konstituierende Bestandteile der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung identifizieren? Dies führt weiter zur Frage nach der Systemlogik des Kapitalismus und seinem Erfolgsgeheimnis: Was hat den Kapitalismus zu einer ›Maschine der Prosperität‹ (Shonfield) und zu einem global konkurrenzlosen Wirtschaftssystem gemacht?« (20).

Als Phasen nennt der Verf. den »frühen Handelskapitalismus (ab dem 13. Jahrhundert), den handwerklich und hausindustriell geprägten Merkantilismus (bis ca. 1780), den leichtindustriellen Frühkapitalismus« und den »schwerindustriellen Hochkapitalismus (ab den 1870er Jahren)«. Schon vor dem Ersten Weltkrieg habe sich »ein kartellierter Finanzkapitalismus« entfaltet. Er sei in der Weltwirtschaftskrise (1929ff) kollabiert und habe das System an den Rand des Ruins gebracht. Stabilisierend wirkte ein New Deal zwischen Wirtschaft und Staat (25). Unter dem Einfluss des Keynesianismus sei nach dem Zweiten Weltkrieg ein gelenkter Kapitalismus entstanden. Gegenwärtig schwinde »das Pendel wieder zurück in Richtung ›weniger Staat, mehr Markt‹« (26). Insgesamt sei die Geschichte des Kapitalismus gekennzeichnet durch »Ausdifferenzierung autonomer Funktionsbereiche zur Bewältigung hoher Komplexität; im Ergebnis steigert dies die Effizienz, messbar am wirtschaftlichen Wachstum, am steigenden Wohlstand, an Fülle und Vielfalt des Güterangebots – was besonders auffällig ist im Vergleich zu dem Zustand von Massenelend, Hunger und Seuchen, der vor und außerhalb des Kapitalismus vorherrschend war – und ist« (34). Der Kern dieses Gesellschafts-systems bestehe »in einer Dynamik, die vom Ziel der Kapitalverwertung ausgeht. Motor dieses Geschehens ist das Gewinnstreben; gelenkt wird es vom privatwirtschaftlichen Investitionskalkül, moduliert vom Wettbewerb auf den Märkten.« (35) Armut sei »keine Folge des Kapitalismus, sondern der Massenarbeitslosigkeit, und diese ist keine Folge des Kapitalismus, sondern falscher, einen hohen Beschäftigungsstand verhindernder Rahmenbedingungen« (56). Der Wohlfahrtsstaat habe seine »Option«, mehr Gerechtigkeit zu verwirklichen, »zunächst und zeitweise erfüllt, ist dann jedoch überzogen worden und hat, jedenfalls in Deutschland, das Beschäftigungssystem so stark beschädigt, dass die resultierende Massenarbeitslosigkeit zur eigentlichen Quelle sozialer Ungerechtigkeit geworden ist« (67f).

Die »Meisterdenker«, die Willke behandelt, sind Adam Smith, Karl Marx, Werner Sombart, Max Weber und Joseph Schumpeter. »Einfacher und schlüssiger« als Marx erschließe Adam Smith »den gesellschaftlichen Mehrwert aus Arbeitsteilung und Produktivitätssteigerung als ›letzten Ursachen des Reichtums‹« (79). Hier wird offenbar Wachstum des Sozialprodukts mit Profit verwechselt. Ebenfalls gegen Marx gewendet, bemerkt Willke: »statt als ›Lumpenproletariat‹ zu revoltieren, verbürgerlicht eine schwindende Arbeiterschicht« (84).



Das Lumpenproletariat wird von Marx nirgends als revolutionäres Subjekt ausgemacht, im Gegenteil. Auf Seite 91 wird die Mehrwertrate (bei Marx  $m/v$ ) mit der Profitrate (Marx:  $m/c+v$ ) identifiziert und überdies auch noch falsch dargestellt: »Mehrwertrate = Profitrate  $p = c/v$ «. Zutreffend stellt Willke fest, Marx' Behauptung, die Arbeiter seien imstande, länger zu arbeiten, als für ihre Reproduktion notwendig ist, erfolge »ohne weitere Begründung« (95).

Hilferdings Konzept des organisierten Kapitalismus und Sombarts »deutscher Sozialismus« werden auf eine Stufe gestellt: »Gefasel nach links und Geraune nach rechts« (104). Bei der Darstellung des Marktes als eines der Kernelemente des Kapitalismus beruft der Autor sich auf Fernand Braudel (147f), ohne zu erwähnen, dass Markt und Kapitalismus für diesen nicht identisch sind, sondern der Kapitalismus bei ihm eine Verformung der Marktwirtschaft darstellt.

In Polemik gegen »vereinzelte verirrte Ultraliberale« (171) bezieht Willke eine ordoliberalen Position. »Was gut ist für (mittelständische) Unternehmen, ist auch gut für die Gesellschaft.« (172) Wenn die »kapitalistische ›Maschine‹« ihr Potenzial nicht voll entfalten könne, »dann liegt es daran, dass zu viel Sand ins Getriebe gestreut wird – sei es von der Politik, von gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden, von den Tarifvertragsparteien oder auch von Großunternehmen mit übermäßiger Marktmacht« (173). Andererseits müssten gesellschaftliche Kollektivstrukturen ein Gegengewicht gegen sonst drohende Verselbständigung der Ökonomie bilden: »Staat, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Familien, Vereinigungen und zivilgesellschaftliche Gruppen« (181).

Willke unterscheidet aktuell »koordinierte« und »liberale« Marktwirtschaften (190), »Reformländer« (Finnland, Niederlande, Österreich) und »Nichtreformländer« (Deutschland, Frankreich, Italien) (198). Die dreifache Typologie von Gøsta Esping-Andersen (marktliberaler, korporatistischer und skandinavisch-egalitärer Kapitalismus) wird von ihm nicht erwähnt. – Nützlich ist das Glossar, verwirrend die Literaturverwaltung. Im Text werden häufig andere Erscheinungsjahre genannt als in der Bibliographie, oder es gibt überhaupt keine Entsprechung, etwa Kromphardt 1980 (30 u.ö.) statt 1987 (207), Strange 1986 (63) statt 1997 (209); Hilferding 1915 (21) fehlt im Literaturverzeichnis (gemeint ist wahrscheinlich Hilferdings Aufsatz »Probleme der Zeit« von 1924), ebenso v. Mises 1940 (35), Treue 1966 (51), Scitovsky 1980 (69 u. 127), Martenstein 14/2006 (126), Hull/Giddens 2001 (180).

Georg Fülberth (Marburg)

**Hickel, Rudolf**, *Kassensturz. Sieben Gründe für eine andere Wirtschaftspolitik*, Rowohlt, Hamburg 2006 (254 S., br., 16,90 €)

Verf., prominentestes Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, setzt sich mit Ideologie und Folgen neoliberaler Wirtschaftspolitik auseinander, deren Grundzüge bekannt sind: Reduktion sozialstaatlicher Leistungen, Privatisierung, Sparpolitik der öffentlichen Haushalte, Senkung der Unternehmens- und Gewinnsteuern, Druck auf Löhne und Tarife. Hinzu komme ein nach allen Seiten ausgreifender Marktkonformismus, der nicht nur die Politik, sondern auch Wissenschaft und Medien ergriffen hat. Geht es um die Wohlfahrt der Gesellschaft, so gilt der Markt viel, der Staat hingegen wenig (231f). Gegenüber dem neoliberalen Rezept des »schlanken Staates« fordert Verf., Märkte vor »Überforderung« zu schützen (232), damit sie ihre, die Wohlfahrt des Gemeinwesens fördernde Wirkung auch tatsächlich entfalten könnten.

Der Titel des zweiten Kapitels hätte auch Buchtitel werden können: »Ein Land wird gespalten«. Nicht nur die Fiskal-, auch die Arbeitsmarktpolitik trägt zu dieser Entwicklung bei. Während der Regierungszeit Kohls wurde, so Verf., die Politik der Arbeitsmarktflexibilisierung noch durch eine »Treue zur Sozialen Marktwirtschaft« (168) im Zaum gehalten,

erst der rot-grünen Bundesregierung blieb es vorbehalten, sich dieses gesellschaftlichen Konsenses zu entledigen und an seine Stelle die bekannten Arbeitsmarktreformen sowie eine sog. Agenda 2010 zu setzen. Zusammen mit der, durch den Druck hoher Arbeitslosigkeit bedingten, zurückhaltenden Lohnpolitik der Gewerkschaften spaltet diese Politik die Beschäftigten: Einer sinkenden Zahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze steht ein expandierender Niedriglohnsektor gegenüber. Zugleich schwindet die stabilisierende Prägekraft des Tarifvertragssystems, so dass dessen mangelnde Regelungsfähigkeit für die niedrigen Löhne die gesetzliche Festlegung existenzsichernder Mindestlöhne erfordert (205, 210ff). Die arbeitsmarktpolitischen Reformvorschläge beruhen auf dem neoklassischen Allokationsmodell, welches Verf. kritisiert: der Arbeitsmarkt funktioniert eben nicht wie ein beliebiger Warenmarkt, in welchem der Preismechanismus für den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage – also für Vollbeschäftigung – Sorge. Bestimmt im neoklassischen Modell die Wahl zwischen Freizeit und Arbeitszeit den Umfang der Beschäftigung, so scheint alle Arbeitslosigkeit als frei gewählt. Ein solches Kalkül setzt, damit es ökonomisch sinnvoll ist, Vermögensbestände im Besitz der Beschäftigten voraus, von denen letztere in der einen oder anderen Weise leben können. Dagegen zeigt die Sozialstruktur moderner Gesellschaften, dass der »doppelt freie Lohnarbeiter« (Marx) auf abhängige Arbeit zur Sicherung des eigenen Lebensunterhalts angewiesen, also vom Arbeitsmarkt abhängig ist. Folglich ist die Arbeitslosigkeit kein Zustand, in dem sich die freie Wahl eines unabhängigen Individuums manifestiert, sondern »eine der schlimmsten Formen erlebter Abhängigkeit« (182).

Spaltend wirkt auch die neoliberale Fiskalpolitik: Die effektive Steuerbelastung der Gewinneinkommen sinkt in Deutschland (114); die Erhöhung der Mehrwertsteuer wirkt regressiv, die geringeren Einkommen werden stärker belastet (112f); somit verändert die Fiskalpolitik die Steuerstruktur zu Lasten der geringeren Haushaltseinkommen. Daraus ergibt sich folgende gesamtwirtschaftliche Konstellation: Die moderate Lohnentwicklung geht mit nur geringfügigen, in den letzten Jahren sogar rückläufigen Lohnstückkosten einher, so dass die Exportwirtschaft prosperiert, während die Binnenwirtschaft – aus demselben Grund – stagniert. Doch zurückhaltende Lohnpolitik und restriktive Fiskalpolitik wirken destabilisierend auf den Euro-Währungsraum: Die Exportüberschüsse im Euro-Währungsraum, die Unternehmen in Deutschland aufgrund der Lohnstückkostenentwicklung realisieren können, implizieren Handelsbilanz- und Finanzierungsdefizite der anderen Länder. – Der wirtschaftspolitische Kurs spaltete nicht nur die Konjunktur in eine florierende Exportwirtschaft und eine welkende Binnenwirtschaft, sondern darüber hinaus enthält diese merkantilistische Politik auch »einen gefährlichen Sprengsatz« für die europäische Währungsunion (45ff). – Die Nachhaltigkeit des gegenwärtigen leichten Aufschwungs beurteilt Verf. skeptisch. Im Unternehmenssektor entsteht eine hohe Überschussliquidität, also Geldkapital in großem Umfang, das nicht wieder in den Unternehmen investiert wird. Der oft propagierte Zusammenhang zwischen steigenden Gewinnen und zunehmenden Investitionen in zusätzliches Produktivvermögen kann für die letzten Jahre nicht nachgewiesen werden. Höhere Gewinne führen nicht automatisch zu höheren Investitionen und zu einer steigenden Beschäftigung (94, 116f). Stattdessen konzentriert sich dieses Kapital in der Hand neuer Finanzfonds, die ihre Macht nutzen, um höhere und kurzfristige Renditeansprüche gegenüber der Industrie durchzusetzen – Ausdruck eines finanzmarktgetriebenen »Turbokapitalismus« (Kap. 4).

Die wirtschaftspolitischen Vorschläge des Verf. zur makroökonomischen Stabilisierung erstrecken sich v.a. auf die seit langem diskutierte antizyklische Fiskalpolitik. Die staatliche Kreditaufnahme wird als Mittel zur »Vorfinanzierung« öffentlicher Investitionen betrachtet,

weil, so die These, durch das induzierte Wirtschaftswachstum die Steuereinnahmen steigen und auf diese Weise die zuvor eingegangenen zusätzlichen Verbindlichkeiten des Staates beglichen werden können. Zudem könnten auf diese Weise zukünftige Generationen an der »Finanzierung der für sie vorteilhaften öffentlichen Investitionen« (105) beteiligt werden. Ob eine solche Fiskalpolitik tatsächlich das angestrebte wirtschaftliche Wachstum induzieren kann, ist strittig, in jedem Fall aber wirkt ein gleichbleibendes oder steigendes Niveau staatlicher Ausgaben stabilisierend auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Zeiten der Rezession, wenn – wie in den zurückliegenden Jahren – weder von den Unternehmen noch von den Haushalten expansive Impulse ausgehen. Unklar bleibt allerdings, wie und von wem das keynesianische Reformprogramm des »alternativen Wirtschaftsweisen« politisch durchgesetzt werden soll.

Klaus Schabacker (Berlin)

**Boes, Andreas, u. Katrin Trinks, »Theoretisch bin ich frei!« Interessenhandeln und Mitbestimmung in der IT-Industrie**, Edition Sigma, Berlin 2006 (339 S., br., 21,90 €)

Können Betriebsräte und Gewerkschaften in der IT-Industrie Fuß fassen? Verf. präsentieren vorsichtig optimistische Ergebnisse des ISF-Projektes »Arbeitsbeziehungen in der IT-Industrie«, dessen Empirie nach dem Branchen-Boom und der Krise von 2001 ansetzt. Sie zeichnen ein Bild von IT-Arbeit unter Bedingungen geringerer Wachstumsraten, bestenfalls stagnierender Beschäftigtenzahlen und veränderter Managementstrategien im Umgang mit abhängig Beschäftigten. In den sechs untersuchten Betrieben (darunter in boesscher Terminologie »kommunitaristische Klein-«, »Lack-Turnschuh-« und »ehemals fordistische Großunternehmen«) treffen Verf. auf Belegschaften, deren Bild von der eigenen beruflichen und betrieblichen Position merklich erschüttert ist. Zustimmungsfähige Neuorientierungen oder gar eine neue Sozialordnung sind nicht in Sicht: kein klassenbewusstes Kybertariat strömt zu Betriebsratswahlen oder in die Gewerkschaften. Aber auch der sich selbst ökonomisierende Möchte-Gern-Unternehmer und Share-Holder-Value-Fetischist hat an Boden verloren. Man ist enttäuscht, weil der implizite »Vertrag« der Boomjahre (voller Einsatz gegen »Anerkennung als Mensch und »Selbstverwirklichung« in der Arbeit) durch ein zunehmend auf Rationalisierung und Kontrolle setzendes Management aufgekündigt wird, reflektiert die eigenen Interessen, kämpft um autonomere Gestaltung und Begrenzung der Arbeitszeit und erahnt gar Interessengegensätze zwischen Arbeit und Kapital (31f).

Die Auswirkung des Umbruchs nach 2001 wird aus der »Perspektive von unten« analysiert: Weil Mitbestimmung nicht mehr über die Köpfe hinweg, sondern durch die Köpfe hindurch wirken müsse (312), wird die Zukunft der Arbeitsbeziehungen danach beurteilt, welche aktiven Lernprozesse die Branchenkrise bei den Beschäftigten auslöste und wie sich deren Einstellungen zu Arbeit, Unternehmen und (kollektiver) Interessenvertretung verändert haben. Ausgangspunkt ist die Hypothese, dass die neuen Unternehmenskonzepte (flache Hierarchien, individuelle Zielvereinbarung, autonome Gruppen und indirekte Steuerung etc.) weniger eine Erosion von Institutionen der Mitbestimmung als vielmehr einen »»Formwandel« im Inneren des Systems sozialer Austauschverhältnisse« (35) bewirkt haben.

Vor dem Hintergrund von Krise und Stagnation verlieren die Managementkonzepte mit »marktzentriertem Kontrollmodus«, der die »diffuse Macht des Marktes« in den organisationalen Binnenbeziehungen von Unternehmen reproduziert und intensivierte Konkurrenz mit erweiterter »Selbstorganisation« verquickt (19), an sozialintegrativer Kraft, gerade auch in den »Lack-Turnschuh-Unternehmen« der New Economy. Die »immanenten Widersprüche« treten offener zutage, bislang tabuisierte Interessengegensätze (bezogen auf Löhne, Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten, Anerkennung, Sicherheit etc.)

zwischen Beschäftigten und Unternehmen lassen sich nicht länger verdrängen (31f). Interessen und Interessenhandeln werden dabei (im Anschluss an den Artikel von Neuendorff und Rehmann im *HKWM* 6.II) nicht als etwas Gegebenes, sondern als je aus objektiver Lage und subjektiver Situation kontingent Konstituiertes betrachtet: »Die Herausbildung von Interessenpositionen und deren Relevanzsetzung für das Handeln ist auf Seiten des Subjekts als beständiger Prozess zu verstehen, welcher sich in sozialen Beziehungen und Auseinandersetzungen vollzieht.« (45f)

Bei der Analyse der zentralen Ansprüche und Interessen von IT-Beschäftigten stehen »materielle Reproduktion«, »Zeitautonomie« und »Entfaltung in der Welt« im Mittelpunkt. »Herausragende Bedeutung in der Gewichtung durch die Beschäftigten« haben Ansprüche auf »Anerkennung und Verwirklichung«, während bei Gehalt und Qualifizierungsmöglichkeiten durchaus Bereitschaft besteht, Abstriche zu machen (237). Durchgängig ist hingegen das Bestreben, »Arbeitszeit zu reduzieren und autonome Räume für Privatleben zu schaffen« (238). In Bezug auf das Interessenhandeln der Beschäftigten unterscheiden die Verf. zwischen »arbeitnehmerorientiertem« Typus (291ff) mit »organisch gewachsenem Arbeitnehmerbewusstsein«, der nach wie vor unter einem Regime »direkter Kontrolle« arbeitet und für den Autonomie-Versprechen nie galten, und »beitragsorientiertem« Typus (281ff), der sich in einem Regime »verantwortlicher Autonomie« mit Unternehmenspositionen identifizierte und derzeit durch »Lernprozesse in sozialen Auseinandersetzungen« erst ein Bewusstsein eigener Interessen herausbildet (239). Dieser Typus will sich zwar »weiter selbst vertreten« statt zu delegieren, sucht aber nach »neuen Formen der solidarischen Absicherung und Durchsetzung« seiner Interessen (ebd.). – Insgesamt prägen innere Zerrissenheit und Neuorientierung das Bild. Die dokumentierten Gesprächspassagen sind teilweise beklemmend. Von der modischen, in Unkenntnis der betrieblichen Realitäten beschworenen »selbstverantwortlichen Wissensarbeit« ist hier kaum etwas zu vernehmen. Im Bemühen, dem differenziert entgegenzutreten, werden die Unterscheidungen zwischen Interessendimensionen, Unternehmens- und Beschäftigtentypen jedoch weiter verästelt, als dass es der recht überschaubaren Anzahl von Interviews angemessen wäre.

Verf. konstatieren eine Verschiebung des Selbstbildes von IT-Beschäftigten, die sich vor Beginn von Krise und Stagnation jenseits des Gegensatzes von Kapital und Arbeit verorteten, hin zum »Arbeitnehmer« als »bestimmender Leitvorstellung ihrer Interessenidentität und ihrer Handlungsstrategien« (305) – zum Unbegriff des Arbeitnehmers fehlt allerdings eine kritische Reflexion. Diese Neuorientierung beinhaltet einen Wandel der Sozialbeziehungen »von der Gemeinschaft zum Interessengegensatz« (318). Es entsteht ein neues, nicht-fordistisches »Arbeitnehmerbewusstsein« (310), und die Bildung von Betriebsräten wird zunehmend als »wichtiges Moment« gemeinsamer Interessendurchsetzung betrachtet (305). Ob derart weitreichende Aussagen durch das präsentierte Material gedeckt und ob die beschriebenen Tendenzen tatsächlich (schon) prägend sind, ist allerdings fraglich, bedenkt man etwa die breite Ablehnung von Betriebsratswahlen bei SAP. An anderer Stelle warnt Boes selbst vor übersteigerten Erwartungen: Die Erhaltung und teilweise Ausbreitung von Institutionen der Interessenvertretung und Mitbestimmung gehe mit einem Formwandel einher, der kollektivvertragliche Regelungen zu Mitteln der Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit werden lasse (vgl. *Argument* 248/2002). Dennoch besteht Hoffnung, dass derlei Neuorientierungen in den Köpfen (307) dazu führen, dass IT-Beschäftigte ihre Interessen stärker artikulieren und deren Durchsetzung kollektiv organisieren.

Mario Candeias (Berlin) und Nicole Mayer-Ahuja (Göttingen)

## Personenangaben

V: Veröffentlichungen A: Arbeitsgebiete M: Mitgliedschaften

*Apitzsch, Ursula*; Prof. für Soziologie und Politikwissenschaft an der J.W.Goethe Univ. Frankfurt/M und Mitglied des Instituts für Sozialforschung. V: Antonio Gramsci, *Gefängnisbriefe*, Bd. I: *Briefwechsel mit Giulia Schucht* (Hg., 1994); *Neurath-Gramsci-Williams. Theorien der Arbeiterkultur und ihre Wirkung* (Hg., 1993). A: Soziologie und Politologie im Schwerpunkt Kultur und Entwicklung; Migrations- und Biographieforschung

*Auernheimer, Georg*, 1939; Prof. em. Dr., Univ. Köln. V: *Schief lagen im Bildungssystem. Die Benachteiligung der Migrantenkinder* (2. überarb. u. erw. Aufl., 2006); *Einführung in die Interkulturelle Pädagogik* (4. Aufl., 2005); *Interkulturelle Kompetenz und pädagogische Professionalität* (2002); *Migration als Herausforderung für pädagogische Institutionen* (Hg., 2001). A: Interkulturelle Pädagogik, Schulforschung. M: Attac, InkriT, Liga für Menschenrechte

*Baratta, Giorgio*, 1938; Prof. für Philosophie an der Univ. Urbino; Mitbegr. und Vorsitzender der International Gramsci Society Italia. V: *Das dialogische Denken Antonio Gramscis* (2003); *Le rose e i quaderni. Il pensiero dialogico di Antonio Gramsci* (2003)

*Bochmann, Klaus*, 1939; Dr. phil. habil., Dr. h.c., Prof. em. für romanische Sprachwissenschaft am Zentrum für Höhere Studien der Univ. Leipzig; Leiter des Moldova-Instituts Leipzig. V: *Sprachliche Individuation in mehrsprachigen Regionen Osteuropas. I. Republik Moldova* (Hg. mit Vasile Dumbrava, 2007); *Limba română: Istorie, variante, conflicte. O privire din afară* [Die rumänische Sprache: Geschichte, Varianten, Konflikte. Eine Außenansicht] (2004); *Sprachpolitik in der Romania. Zur Geschichte sprachpolitischen Denkens und Handelns von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart* (Hg., 1993). A: Sprachgeschichte und Soziolinguistik der romanischen Sprachen; Minderheitensprachen, Sprachpolitik. M: romanistische Fachverbände, Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig

*Boer, Dick*, 1939; Dr.; Theologe. V: *Ein ganz anderer Gott. Das Lebenswerk Karl Barths* (nied. 2002, dt. 2007); »Solidarischer Widerstand. Denken über die Zeit: Barth – Miskotte – Benjamin« (*Argument* 213/1996). A: Ideologietheorie, Theologiegeschichte. M: HKWM-Werkstatt

*Boothman, Derek*; Ph.D.; Dozent für Englische Philologie und Übersetzung an der Scuola Superiore di Lingue Moderne per Interpreti e Traduttori (SSLMIT) der Univ. Bologna. V: *Traducibilità e processi traduttivi. Un caso: A. Gramsci linguista* (2004); *Gramsci, Further Selections from the Prison Notebooks* (Hg., 1995). A: Gramsci als Linguist, Übersetzungen wissenschaftlicher und technischer Texte. M: International Gramsci Society, Società di Linguistica Italiana, Associazione Italiana di Anglistica, Member of the Chartered Institute of Linguists (MCIL), Member of the Institute of Translation and Interpreting (MITI), Democratici di Sinistra

*Candeias, Mario*, 1969; Dr. rer. pol. V: *Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise* (AS 299, 2004); *Ein neuer Kapitalismus?* (Mithg. u. Verf., 2001). A: Prekarisierung, Gewerkschaften, Politische Ökonomie, Hegemonietheorie. M: GEW, InkriT, Rosa Luxemburg Verein, Beirat *Historical Materialism*

*Cohen, Robert*, 1941; Ph.D.; Adjunct Prof. für Neuere deutsche Literatur an der New York Univ. V: »Brief an Uwe Timm über sein Buch *Am Beispiel meines Bruders*« (*Argument* 254/2004); »Expressionismus-Debatte« (HKWM 3, 1997); *Peter Weiss in seiner Zeit* (1992). A: Weimarer Moderne, Literatur und Holocaust, marxistische Literaturtheorie. M: The International Brecht Society, Anna Seghers-Gesellschaft

*Engel, Sven*, 1973; Dipl.-Polit.; arbeitet in Paris in einem Städtenetzwerk zu urbaner Sicherheit

*Fastner, Daniel*, 1976; M.A.; Promovend in Philosophie an der Freien Univ. Berlin. A: Sprachphilosophie, Hegel, Marxismus

*Fülberth, Georg*, 1939; Dr. phil.; bis 2004 Prof. für Politikwissenschaft an der Univ. Marburg. V: *Finis Germaniae. Deutsche Geschichte seit 1945* (2007); *G Strich. Kleine Geschichte des Kapitalismus* (2005); *Der große Versuch. Geschichte der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten* (1994). A: Friedrich-Engels-Philologie, Geschichte des Kapitalismus, lokale Zeitgeschichtsforschung. M: DKP

*Füller, Henning*, 1977; Dipl.-Polit.; wiss. Mitarbeiter am Institut für Humangeographie, Univ. Frankfurt/M. A: Machttheorie, Stadtforschung, politische Geographie

*Haug, Frigga*, 1937; Dr. phil. habil.; Prof. f. Soziologie i.R., HWP Hamburg. V: *Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik* (2007); *Sternschnuppen. Zukunftserwartungen von Schuljugend heute* (Mitverf., 2006); *Lernverhältnisse. Selbstbewegungen und Selbstblockierungen* (2003); *Vorlesungen zur Einführung in die Erinnerungsarbeit* (1999); *Frauenpolitiken* (1996). A: Arbeit, Frauen, Methode, Lernen. M: InkriT, BdWi, Wiss. Beirat von Attac

*Hohendahl, Peter Uwe*, 1936; Prof. für allgemeine Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte, Prof. und Direktor des Institutes for German Cultural Studies an der Cornell Univ., Ithaca/NY. V: *German Studies in the United States. A Historical Handbook* (2003); *Öffentlichkeit. Geschichte eines kritischen Begriffs* (2000); *Prismatic Thought. Theodor W. Adorno* (1995). A: Literaturgeschichte und Literaturtheorie, Kritische Theorie, Geschichte und Theorie der Universität

*Jehle, Peter*, 1954; Dr. phil.; Lehrer. V: *Werner Krauss. Briefe 1922 bis 1976* (Hg., 2002); *Gramsci, Gefängnishefte Bde. 7-10* (Mithg., 1996-2002); *Werner Krauss und die Romanistik im NS-Staat* (AS 242, 1996). M: InkriT, GEW

*Kammerer, Peter*, 1938; Prof. Dr.; unterrichtet Soziologie am Institut für Philosophie der Univ. Urbino. V: *Karl Marx. Antologia. Capitalismo, istruzioni per l' uso* (Mitverf., 2007); *Willi Hoss. Komm ins Offene Freund* (Hg., 2004)

*Kemper, Jan*, 1977; Dipl.-Sozialwissenschaftler; Promovend an der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Univ. Berlin. A: Stadtsoziologie, Wissenschaftsentwicklung, Soziale Bewegungen

*Konersmann, Frank*, 1961; Dr.; wiss. Angestellter im Fachgebiet Geschichte der Univ. Duisburg-Essen. V: *Die Tenges. 400 Jahre Unternehmer in Osnabrück und Ostwestfalen* (2004); *Policey in lokalen Räumen. Ordnungskräfte und Sicherheitspersonal in Gemeinden und Territorien vom Spätmittelalter bis zum frühen 19. Jahrhundert* (Mithg., 2002); *Kirchenregiment und Kirchenzucht im frühneuzeitlichen Kleinstaat. Studien zu den herrschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen des Kirchenregiments der Herzöge von Pfalz-Zweibrücken 1430-1793* (1996). A: Agrar-, Sozial- und Kirchengeschichte, Geschichte religiöser Minderheiten der Frühen Neuzeit; Religionssoziologie; Begriffsgeschichte

*Lambrecht, Lars*, 1944; Dr. phil.; Prof. für Politische Soziologie und Gesellschaftstheorie am Departement für Wirtschaft und Politik der Univ. Hamburg und Direktor des dortigen Zentrums für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS) sowie Prof. für Philosophie an der Univ. Bremen in Kooperation mit der Deutschen Abteilung des europäischen UNESCO-Lehrstuhls für Philosophie (Paris). V: *Osteuropa in den Revolutionen von 1848* (Hg., 2006); *Zentrum und Peripherie. Arnold Ruges Korrespondenz mit Junghegelianern in Berlin* (Mithg. u. Mitverf., 2006); *Junghegelianismus als antifaschistisches Forschungsprogramm* (Hg. u. Autor, 2003); *Arnold Ruge (1802-1880). Beiträge zum 200. Geburtstag* (Mithg. u. Autor, 2002). A: Junghegelianismus und Vormärz, Demokratietheorie, Weltphilosophie

*Ludwig, Gundula*, 1979; M.A. phil.; Assistentin am Institut für Politikwissenschaft der Univ. Wien. V: »Subjektivität denken. Queer Theorien im High-Tech-Kapitalismus« (*Argument* 265/2006). A: Politische Theorie, feministische Staatstheorie, vergeschlechtlichte Subjektivierung

*Mayer-Ahuja, Nicole*, 1973; Dr., M.A., Soziologisches Forschungsinstitut (SOFI) Göttingen. V: *Wieder dienen lernen? Vom westdeutschen »Normalarbeitsverhältnis« zu prekärer Beschäftigung seit 1973* (2003); *Arbeit und Organisation im Bereich Neue Medien und Kulturindustrie* (Mithg., 2003); *Massenerwerbslosigkeit, Sozialpolitik und die gesundheitlichen Folgen* (1999). A: Arbeit, Arbeitslosigkeit, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. M: ver.di, BdWi

*Mensching, Steffen*, 1958; Autor, Schauspieler und Regisseur, lebt in Berlin. V: *Mit Haar und Haut* (Gedichte, 2006); *Lustigs Flucht* (Roman, 2005)

*Naumann, Manfred*, 1925; Prof. für Romanistik, bis 1990 Direktor d. Zentralinst. f. Literaturgeschichte der Akademie der Wiss. der DDR. V: *Stendhals Deutschland* (2001); *Blickpunkt Leser* (1984); *Prosa in Frankreich* (1978)

*Peitsch, Helmut*, 1948; Dr.; Prof. für Neuere deutsche Literaturwissenschaft am Institut für Germanistik der Univ. Potsdam. V: »No Politics«? *Die Geschichte des deutschen PEN-Zentrums in London 1933-2002* (2006); *European Memories of the Second World War* (2006); *Georg Forster. A History of His Critical Reception* (2001). A: »Vergangenheitsbewältigung« im Ost-West-Vergleich

*Röttger, Bernd*, 1961; Dr. rer. pol.; wiss. Mitarb. an der Univ. Jena. V: *Im Schatten der Globalisierung* (Mitverf., 2006); *Die erschöpfte Region* (Mithg. u. Autor, 2005); »Integraler Staat« (HKWM 6.II, 2004); *Das neue Marktregime* (Mithg. u. Autor, 2003); *Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation* (1997). A: Politische Ökonomie, Staatstheorie, Arbeitspolitik, Gewerkschaften. M: ver.di

*Schabacker, Klaus*; Dipl.-Soziologie, Dipl.-Volkswirt; Lehrbeauftragter für Volkswirtschaftslehre an der FHTW Berlin. V: *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Eine Einführung in die Kreislaufanalyse* (2002). A: nationalökonomische Theorie, keynesianische und neocardianische Diskussionen, Wirtschaftspolitik

*Schlenstedt, Silvia*, 1931; Dr. phil., Dr. sc., Literaturwissenschaftlerin; ab 1968 am Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, ab 1982 als Prof. für Neuere deutsche Literatur. V: Anna Seghers, *Transit* (Werkausgabe, Hg., 2001); *Lexikon sozialistischer Literatur. Ihre Geschichte in Deutschland bis 1945* (Mithg., 1994); *Wer schreibt, handelt. Strategien und Verfahren literarischer Arbeit vor und nach 1933* (Hg. u. Autorin, 1983). A: Deutsche Literatur des 20. Jahrhunderts, insbes. Expressionismus, Brecht, Exilliteratur, deutsch-jüdische Literatur

*Schröder, Leonie*, 1965; Dr.; freiberufliche Übersetzerin aus dem Italienischen mit Schwerpunkt Philosophie und Literaturanalyse. V: *Sardinienbilder. Kontinuitäten und Innovationen in der sardischen Literatur und Publizistik der Nachkriegszeit* (2001)

*Solty, Ingar*, 1979; M.A.; Politikwissenschaftler; Doktorand und Teaching Assistant an der York Univ. in Toronto. V: »Der Chronist der Schmuttelkinder. Zum 75. Geburtstag von Franz Josef Degenhardt« (*Argument* 268/2006); »Tony Kushners amerikanischer Engel der Geschichte« (*Argument* 265/2006); »Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keine Linkspartei?« (*Argument* 264/2006); *Der neue Imperialismus* (Mitverf., 2004). A: Politische Theorie und Philosophie, Internationale Politische Ökonomie, Materialistische Staatstheorie, Imperialismustheorie, USA. M: IG Metall, BdWi, Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung

*Thillosen, Anne*, 1964; Dipl.-Theol.; stellv. Leiterin der Stabsstelle eLearning der Ruhr-Univ. Bochum. V: *E-Learning. Handbuch für Hochschulen und Bildungszentren* (Mitverf., 2004)

*Wulff, Erich*, 1926; Dr. med., Prof. em. für Sozialpsychiatrie an der Med. Hochschule Hannover; lebt in Paris. V: *Das Unglück der kleinen Giftmischerin* (2005); *Irrfahrten* (2001); *Wahnsinnslogik* (1995, 2. Aufl. 2003); *Psychiatrie und Klassengesellschaft* (1972); *Vietnamesische Lehrjahre* (1968/1972)

## Von Rosa Luxemburg lernen



Frigga Haug  
**Rosa Luxemburg und die Kunst der Politik**  
 Argument Sonderband 300  
 ISBN 978-3-88619-350-9  
 16,50 € [D]

»Ich habe das Bedürfnis, so zu schreiben, dass ich auf die Menschen wie ein Blitz wirke, sie am Schädel packe durch die Weite der Sicht, die Macht der Überzeugung und die Kraft des Ausdrucks.«

*Rosa Luxemburg*

Die meisten Menschen kennen den Namen Rosa Luxemburg. Bekannt ist auch, dass sie ermordet wurde, im Landwehrkanal ertränkt. Einige erinnern ihr berühmtes Wort von der Freiheit, die stets die Freiheit der Andersdenkenden sei. Schon wenige wissen, dass sie in der Geschichte der Arbeiterbewegung eigentlich nie wirklich zum Zuge kam und vor allem dass in ihren politischen Vorschlägen, ihren zahlreichen Texten Unabgeholtenes steckt für gegenwärtige Politik. Das Buch rückt einiges ins Licht der Diskussion, vermisst Gegenwart im Spiegel Rosa Luxemburgs. Unter dem Vergangenen und Unwiederholbaren arbeitet Frigga Haug die Aktualität von Rosa Luxemburg heraus.

Im Buchhandel oder vom Argument-Versand: Reichenberger Str. 150  
 10999 Berlin · Fax: 030 / 611 42 70 · [versand@argument.de](mailto:versand@argument.de)

 Argument  
[www.argument.de](http://www.argument.de)



## Neue Soziale Bewegungen

FORSCHUNGSJOURNAL

1 / 2007

### Aktuelle Analyse

Ch.Butterwegge: Legitimationsmuster und Massenakzeptanz der Sozialstaatsreform

### Barfuß oder Lackschuh? Zum Verhältnis von Protest und sozialer Ungleichheit

D.Rucht: Zum Profil der Protestierenden in Deutschland

M.Vester: Weder materialistisch noch idealistisch. Für eine praxeologische Bewegungsanalyse

L.Schmitt: Soziale Ungleichheit und Protest. Waschen und Rasieren im Spiegel von ›Symbolischer Gewalt‹

F.Virchow: Die extreme Rechte auf der Straße – Protest von Deprivierten?

D.Rink u. A.Philipps: Mobilisierungsframes auf den Anti-Hartz-IV-Demonstrationen 2004

K.Lenhart: Hartz IV-betroffene Frauen: zwischen Protest und politischer Entfremdung

D.Chabanet: Die politischen Konsequenzen von Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung in Europa

D.Boris: Soziale Bewegungen als Form des Unterschichtenprotests. Das Beispiel Lateinamerika

L.Schmitt: Protestierende Götter in Weiß – Zu Risiken und Nebenwirkungen der Ärzteproteste

F.U.Montgomery: Ärztestreiks in Deutschland – »... sag' mir, was soll es bedeuten ...«

20. Jg. 2007

Herausgeber: A.Klein, H.-J.Légrand, Th.Leif – Redaktion (darüber hinaus): A.Flohé, L.Klein, P.KuleBa, M.Rohde, J.Rohwerder, J.Roose, R.Speth, K.Urich – Erscheint vierteljährlich. Einzelheft 14 €, Jahresabo 39 € zzgl. Versand. – Redaktionsanschrift: c/o Dr. Ansgar Klein, Mahlower Str. 25/26, 12049 Berlin, ansgar.klein@snaflu.de – www.fjnsb.de

## PERIPHERIE

Zeitschrift für Politik und Ökonomie  
in der Dritten Welt

105-106 / 2007

### Netzwerke in Bewegung

L.Kohlmorgen, W.Hein u. S.Bartsch: Netzwerke und Governance. Transnationale Netzwerke als Grundlage emanzipatorischer Politik in der Weltgesellschaft?

H.Schwenken: Schwierige Allianzen: Lobbypolitik aus der Perspektive ›schwacher AkteurInnen‹

W.Schaffar: HIV-Positive als politische Akteure in Thailand. Vernetzung, Selbstorganisation und Wiederaneignung

R.-M.Dackweiler: Globaler Dialog – transnationale Politik. Der ›Frauenweltmarsch gegen Armut und Gewalt‹

Sh.Hassim: Stimmen, Hierarchien und Räume. Rekonfiguration der Frauenbewegung im demokratischen Südafrika

R.Kößler: PERIPHERIE-Stichwort: Netzwerk

I.L.Acosta Reveles: Die neoliberale Agrargesetzgebung in Mexiko, 1992-2005

### Diskussion

H.Melber: Nach Nairobi. WSF – wie weiter?

A.Wutthiwong: »Netzwerk-Monarchie« – wie weit trägt das Konzept?

27. Jg. 2007

Herausgeber: Wissenschaftl. Vereinigung f. Entwicklungstheorie u. Entwicklungspolitik e.V. – Redaktion: P.Ay, V.Hammann, J.Handrack, G.Hauck, D.Haude, W.Hein, U.Hoering, O.Kaltmeier (verantwortl.), M.Korbmann, R.Kößler, D.Kumitz, H.Mertens, Th.Mutter, U.Schultz, Ch.Wichterich – Erscheint vierteljährlich. Einzelheft 9,10 €, Jahresabo 30,10 € zzgl. Versand. – Redaktionsanschrift: p/a Inst. f. Theologie u. Politik (ITP), Friedrich-Ebert-Str. 7, 48153 Münster, info@zeitschrift-peripherie.de. – Verlag Westfälisches Dampfboot

# Sozialismus

---

5 / 2007

*Aktuelle Links- und Rechtsverschiebungen*

J.Bischoff u. B.Sander: »Alles, außer Sarkozy«

W.Rätz: Über Such- und Mobilisierungsprozesse. Die Vorbereitungen auf den G8-Gipfel in Heiligendamm

U.Cremer: GRÜNEN-Streit um Friedenspolitik

R.Lauenstein: Deutlicher geht es kaum! Dem industriegesponserten Aktionsrat Bildung ist das Bildungssystem nicht unternehmensförmig genug

A.Fischer u. M.Wersig: Mehr als die Krippefrage. Linke Familienpolitik auf der Höhe der Zeit gestalten

D.Düber u.a.: Es ist 2007 und nicht mehr 1968. Neue gesellschaftliche Realitäten erfordern neue (hochschul-)politische Strategien

*Der Marxismus und seine Konjunkturen*

J.Bischoff u. Ch.Lieber: Kapital-Lektüre – die dritte Ökonomiekritik und »radikale Philosophie«

H.Hummel: Gespenster von heute. Autoritärer Kapitalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts?

*Eigentümliche Form des Kapitalismus*

L.Brangsch: Sozialstaat in Russland?

*Supplement*

R.Brenner: Gesellschaftliche Klassen und politischer Karneval. Die Kongresswahlen 2006 und die Rechtsverschiebung in den Vereinigten Staaten

34. Jg. 2007

---

Herausgeber: T.Bergmann, H.Bierbaum, J.Bischoff, K.Bullan, H.Conert, F.Deppe, O.König, S.Stamm, M.Wendl, A.Zieher u. Sost e.V. – Redaktion: J.Bischoff, R.Detje, C.Lieber, B.Müller, B.Sander – Erscheint 11mal jährlich. Einzelheft 6,20 €, Jahresabo 62 € zzgl. Porto, ermäß. 44 € – Redaktionsanschrift: Postfach 106127, 20042 Hamburg – St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg – www.sozialismus.de

# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

---

198 / 2007

H.Bock: Was tun? Russlands Februarrevolution und Lenins »April-Thesen«

*Gesellschaft – Analysen & Alternativen*

G.Gysi: Ende der Geschichte? Über die Chancen eines modernen Sozialismus

H.Langner: Zur antilinken Kritik des Finanzkapitalismus am Beispiel der »Natürlichen Wirtschaftsordnung«

*Interview*

K.P.Kisker: Plädoyer für eine gesellschaftliche Profitorientierung: Interview mit Stefan Kalmring und Andreas Nowak

*Wirtschaft & Soziales*

D.Dathe: Niedriglohnsektor. Eine Auswertung aktueller Studien

F.Virchow: Von der »antikapitalistischen Sehnsucht des deutschen Volkes«. Zur Selbststanzienierung des Neofaschismus als Anwalt der »kleinen Leute«

*Zwischen den Welten*

M.Haase: Zwischen Fremdbestimmung und Autonomie. Zur Rolle Indigener in der Entwicklungszusammenarbeit

18. Jg. 2007

---

Herausgeber: Förderverein Konkrete Utopien e.V. unter Vorsitz von G.Kohlmeier und H.Steiner – Redaktion: Wolfram Adolph, Arndt Hopfmann, Marion Kunze, Ulla Plener, Arnold Schölzel, Jörn Schütrumpf – Einzelheft 6 €; Jahresabo im Inland 57 € incl. Versand, im Ausland 75 € – Redaktionsadresse: Weydingerstraße 14-16, 10718 Berlin

# WIDERSPRUCH

Beiträge zur  
sozialistischen Politik

---

51 / 2006

## *Migration, Integration und Menschenrechte*

M.Spescha: Strukturelle Gewalt – gefährdete Migrantinnen. Frauen aus Drittstaaten in prekären Aufenthaltssituationen

S.Pittà: Die Zwangsmaßnahmen im Ausländerrecht. Widerstand in menschenrechtspolitischer Perspektive

B.Schwager: Die Sans-Papiers – illegalisiert, aber nicht rechtlos

Y.Riaño u. N.Baghdadi: Unbekannte Migrantinnen in der Schweiz

St.Jegher: Menschenhandel, Menschenrechte und Migration von Frauen

G.D'Amato u. R.Fibbi: Bürgerschaftspolitik statt Neopatriotismus

M.Terkessidis: Das Recht auf einen Ort. Von der Antiquiertheit des Integrationsbegriffs

A.Sancar: Ethnisierung, Kulturalisierung oder Politik der Gleichberechtigung

A.Juhasz: Secondas und Secondos in der Schweiz. Probleme und Zukunft der politischen Partizipation

## *Globalisierung und Arbeitsmigration*

Ch.Butterwegge: Weltmarktdynamik und Migration

Ch.Marischka u. T.Pflüger: Das militarisierte Grenzregime der EU

S.Brodal: Moderne Sklavenarbeit in der europäischen Landwirtschaft

M.R.Krätker: Der alte Staat in der neuen Weltordnung

26. Jg. 2006

---

Herausgeber und Redaktion: R.Amsler, H.Aubert, P.Franzen, S.Howald, W.Schöni, U.Sekinger, T.Soiland, E. Tomferde – Ersch. halbjährlich, Einzelheft 25 Fr./16 €; Jahresabo 40 Fr./27 € zzgl. Versand. – Redaktionsadresse: Postfach, CH-8026 Zürich. – [vertrieb@widerspruch.ch](mailto:vertrieb@widerspruch.ch), [www.widerspruch.ch](http://www.widerspruch.ch)

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

# Z.

---

69 / 2007

## *Demokratie – Herrschaft der Eliten?*

U.-J.Heuer: Luciano Canfora und der Fortschritt der Demokratietheorie

L.Canfora: Eliten und Demokratie

J.Bischoff: Verfestigte Armut in der Demokratie

H.J.Krysmanski: Politische Eliten – Wem gehört die EU?

G.Binus: Kampffeld Europa – Demokratisierung vs. Konzernmacht

G.Schirmer: Für eine alternative EU-Verfassung

## *Demokratie und Sozialismus im 21. Jahrhundert*

J.Tesch: Sozialismus aus dem Computer?

H.Nick: Demokratisch geplante Äquivalenzökonomie?

## *Weitere Beiträge*

M.Tjaden-Steinhauer: Was heißt hier Prostitution?

M.Weil: Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung Lula

E.Nyikos: Vorschlag, die Waffen der Kritik betreffend, oder: Was ist zu tun, um den geistigen Luftraum zurückzuerobern?

18. Jg. 2007

---

Hgg. v. Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt) und vom IMSF e.V. – Redaktionsbeirat: J.Bischoff, D.Boris, F.Deppe, W.Goldschmidt, H.Heininger, J.Huffschmid, U.Schumm-Garling, H.Werner – Redaktion: W.Burkhardt, A.Leisewitz, J.Reusch, D.Salomon, R.Schweicher, G.Speckmann, G.Wiegel. – Erscheint vierteljährlich. Abopreis 32 €, im Ausland 38 €, Einzelheft 9,50 € – Redaktion und Vertrieb: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 500936, 60397 Frankfurt/M

# DEN HAMMER SCHMIEDEN



**Prekärer Aufschwung**  
60x60 Abos für  
die junge Welt



Jetzt abonnieren unter [www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de) oder einfach anrufen 0 30/53 63 55 80.

## Summaries

### **Bernd Röttger: Passive Revolution: A Key Concept to Understanding the Transitions of Capitalism and the New Crisis of Union Politics**

The development and crisis of corporatist union strategies are analyzed as a process of passive revolutions with regard to the emergence of a structural reformism after the Second World War and its decline since the World Economic Crises in 1974/75. Similarly the class struggles on the 1920s that Gramsci analyzed suggest that the renewal of labor and trade union movements in Western Europe today will be the result of a new linkage between struggles within the factories and in civil society.

### **Gundula Ludwig: Gramsci's Theory of Hegemony and the Role of the State in the Process of Gender Production**

The article's aim is to connect Gramsci's theory of hegemony with feminist state theory. By referring to his notions of the ethical state, ideology and common sense the author points out that Gramsci provides instructive theories for grasping the role of the state in the process of constructing gendered subjects.

### **Derek Boothman: Gramsci and Islam**

This article attempts to reconstruct Gramsci's major writings on Islam as they appear in his *Prison Notebooks* and pre-prison journalism. While Gramsci's sources in prison were scanty he did have exposure to the subject in his capacity as Italian representative at the Comintern. Gramsci pays tribute to the great the industrial societies owed in their initial stages of development to the medieval Arabian philosophers and to Islamic culture in general. He examines the conditions implicated in the break-up of the Ottoman Empire singling out for comment a number of leaders who were to play crucial roles in the formation of the Middle East as it exists today. A major problem that Gramsci identified was that starting from the economic and political reawakening around the year 1000 C.E., the industrial countries had had nine centuries to develop, but the often stagnant feudal societies of Islam were faced with a headlong rush to complete the same inevitable process of modernization. This brings an already highly polemicized subject into play, namely, the role of the Muslim intellectuals as leaders in their countries of process or of reaction, and as leaders for or against the forces of imperial occupation.

### **Ursula Apitzsch, Peter Kammerer: What Happens to the Defeated? Antonio Gramsci's Biography from the Perspective of the *Prison Letters***

In his *Prison Letters* in Turin during the years 1928-1933 Gramsci reveals the fact that he sees himself defeated not only by the Fascist regime of Mussolini but also by the emergence of Stalinism that threatened his family in Moscow. The authors describe the deep biographical crisis Gramsci experienced during 1928 to 1933. His concept of an in-depth hermeneutic of human history and culture is not only result of

this period but also serves to him as a strategy to survive as a human being. Furthermore, the authors suggest a shared affinity between Gramsci's deep sense of the crisis of politics in his time with those held by Bertolt Brecht and Walter Benjamin, although Gramsci's historical situation was unique, and he found different solutions than other European leftist intellectuals.

**Manfred Naumann: Outsider in the State of the Workers and Peasants. Hans Mayer's Leipzig Letters**

The reviewed book is composed of 355 letters written by Hans Mayer between the years 1948 to 1963 from Leipzig. They are directed to Thomas Mann, Bertolt Brecht, Herman Hesse, Heinrich Böll, Peter Huchel, Stephan Hermlin, Johannes R. Becher, Günter Grass and other important writers representing the modern German literary tradition. These letters evince Mayer's hopes to find in Eastern Germany an outburst of the disastrous historical German traditions, and at the same time the letters show his troubles with the anti-intellectual politics put into practice against him and his friends by the government of the German Democratic Republic.

**Peter Uwe Hohendahl: The Concept of the »Total State« and the Contemporary Relevance of Carl Schmitt**

This essay focuses on Schmitt's concept of the total state in the context of his changing political views and theoretical positions. The relevance of this discussion is largely determined by the recent highly controversial Schmitt debate in which Schmitt has been revitalized not only by conservative or neo-conservative critics but also by liberal and leftist theorists. The author argues that the concept of the total state was of great importance for Schmitt during the thirties and forties. The concept allowed him to redefine the notion and also the idea of radical absolute warfare. Any attempt to rescue Carl Schmitt for the present political discourse, therefore, has to eliminate Schmitt's concept off the total state as a merely temporary moment of his theory, a move that cannot be supported by the actual development of Schmitt's theory.

## **Pädagogik**

Konsortium Bildungsberichterstattung (Hg.), <i>Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration</i> (Georg Auernheimer) .....	293
Schäfer, Alfred, u. Michael Wimmer (Hg.), <i>Tradition und Kontingenz</i> (Frank Konersmann) .....	296
Lehmann, Kai, u. Michael Schetsche (Hg.), <i>Die Google-Gesellschaft. Vom digitalen Wandel des Wissens</i> (Anne Thilloßen) .....	297

## **Psychologie**

Littell, Jonathan, <i>Les Bienveillantes</i> (Erich Wulff) .....	247
Reuleaux, Nele, <i>Nationalsozialistische Täter. Die intergenerative Wirkungsmacht des malignen Narzissmus</i> (Erich Wulff) .....	299

## **Soziologie**

Belina, Bernd, <i>Raum, Überwachung, Kontrolle. Vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung</i> (Henning Füller) .....	301
Hempel, Leon, u. Jörg Metelmann (Hg.), <i>Bild – Raum – Kontrolle. Videoüberwachung als Zeichen gesellschaftlichen Wandels</i> (Sven Engel) ...	302
Alexiou, Alice Sparberg, <i>Jane Jacobs: Urban Visionary</i> (Jan Kemper) .....	304

## **Soziale Bewegungen und Politik**

Bronner, Stephen Eric, <i>Blood in the Sand. Imperial Fantasies, Right-Wing Ambitions and the Erosion of American Democracy</i> (Ingar Solty) .....	305
Fox Piven, Frances, <i>The War At Home. The Domestic Costs of Bush's Militarism</i> (Ingar Solty) .....	305
Moore, Michael (Hg.), <i>Will They Ever Trust Us Again? Letters From the War Zone. The Troops and Their Families Write to Michael Moore</i> (Ingar Solty)	305

## **Ökonomie**

Willke, Gerhard, <i>Kapitalismus</i> (Georg Fülberth) .....	310
Hickel, Rudolf, <i>Kassensturz. Sieben Gründe für eine andere Wirtschaftspolitik</i> (Klaus Schabacker) .....	311
Boes, Andreas, u. Katrin Trinks, »Theoretisch bin ich frei!« <i>Interessenhandeln und Mitbestimmung in der IT-Industrie</i> (Mario Candeias u. Nicole Mayer-Ahuja) .....	313

## Buchhandlungen, die das Argument-Verlagsprogramm führen

Augsburg	Probuch, Gögginger Straße 34 (0821/579173)
Berlin	Argument-Buchladen, Reichenberger Straße 150 (030/611 39 83) Motzbuch, Motzstraße 32 (030/2115958) Schleichers Buchladen, Königin-Luise-Straße 40/41 (030/841902-0) Schwarze Risse, Mehringhof - Gneisenaustraße 2a (030/6928779)
Bielefeld	Eulenspiegel Buchladen, Hagenbruchstraße 7 (0521/175049)
Bremen	Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60 (0421/785 28)
Düsseldorf	BiBaBuZe, Aachener Straße 1 (0211/34 00 60)
Essen	Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8 (0201/820700)
Frankfurt/M	Unibuch, Jügelstraße 1 (069/775082) Karl Marx Buchhandlung, Jordanstraße 11 (069/778807) Herbert Bärsch Nachf. GmbH, Hostatostr./Albanusstr. 29 (069/314032-0)
Freiburg	Jos Fritz, Wilhelmstraße 15 (0761/26877)
Göttingen	Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7 (0551/42128)
Hamburg	Heinrich Heine Buchhandlung, Schlüterstraße 1 (040/441133-0)
Hannover	Annabee, Gerberstraße 6 (0511/1318139)
Heidelberg	Buchhandlung Schöbel & Kube, Plöck 65 (06221/26036)
Hildesheim	Amei's Buchecker, Goschenstraße 31 (05121/34441)
Kassel	ABC Buchladen GmbH, Goethestraße 77 (0561/777704)
Kiel	Zapata Buchladen GmbH, Jungfernstieg 27 (0431/93639)
Köln	Der Andere Buchladen, Zülpicher Straße 197 (0221/416325)
Konstanz	Buchladen zur Schwarzen Geiss, Am Obermarkt 12 (07531/15433)
Mainz	Cardabela, Frauenlobstraße 40 (06131/614174)
Marburg	Roter Stern GmbH, Am Grün 28-30 (0542/24787)
München	Basis-Buchhandlung, Adalbertstraße 41b-43 (089/2723828)
Münster	Buchhandlung Rosta, Aegidiistraße 12 (0251/449026)
Stuttgart	Buch Weiss, Ebitzweg 44, Bad Cannstatt, (0711/4703388)
Nürnberg	Buchhandlung Libresso, Bauerngasse 14 (0911/225036)
Oldenburg	Buchhandlung Carl v. Ossietzky, Markt 24 (0441/13949)
Reutlingen	Jakob Fetzer, Georgenstraße 26 (07121/239080)
Schweiz	Basel Buechlade, Theaterpassage Theaterstraße (7 061/2718404) Bern Buchhandlung Candinas, Münstergasse 41 (031/3121285)
Österreich	Wien Buchhandlung Winter, Landesgerichtstr. 20 (0043/1 405 12 34) Wien Lhotzkys Literaturbuffet, Taborstraße 28 (0043/1 276 47 36)
Niederlande	Utrecht De Rooie Rat, Oudegracht 65 (031-30-2317189)

## Frauenbuchläden, die das Argument-Frauenprogramm führen

Augsburg	Frauenbuchhandlung Elisara, Schmiedgasse 11 (0821/154303)
Bochum	Frauenbuchladen Amazonas, Schmidtstraße 12 (0234/683194)
Bremen	Hagazussa, Friesenstraße 12 (0421/74140)
Düsseldorf	Frauenbuchladen, Becherstraße 2 (0211/4644050)
Göttingen	Laura GmbH, Burgstraße 21 (0551/47317)
Köln	Rhiannon, Moltkestraße 66 (0221/523120)
Leipzig	Frauenbuchladen Tian, Könnerritzstraße 92 (0341/4797475)
Mannheim	Frauenbuchladen Xanthippe, T3, 4 (0621/21663)
München	Lillemor's Frauenbuchladen, Barerstraße 70 (089/2721205)
Nürnberg	Frauenbuchladen, Innerer Kleinreutherweg 28 (0911/352403)
Tübingen	Frauenbuchladen Thalestris, Bursagasse 2 (07071/26590)
Schweiz	Zürich Frauenbuchladen, Gerechtigkeitsgasse 6 (01/2026274)
Österreich	Wien Frauenzimmer, Lange Gasse 11 (0222/4068678)